Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Nr. 1 • 1997 55. Jahrgang 50 Schilling

AUTO INDUSTRIE GLOBAL

ZOOM Sondernummer

... Integration in NATO, WEU, GASP • Militarisierung Europas
... Neutralitätsbrüche • Neutralität im Neoliberalismus
... Abfangjänger (postmodern) • Interview Erwin Lanc
... Neutralität und Wehrdienstverweigerung

100 Seiten broschiert • öS 80 / DM 12 / SFr 11 + Versand

Bestellungen an: ZOOM, Schottengasse 3A/1/59
A-1010 Wien, Tel.: 0 222-535 11 06
Fax: 0 222-532 74 16, E-mail: zoom@thing.or.at

Licht ins Khol-Schwarz!

Auf Betreiben von ÖVP-Klubobmann Khol wurde die Publizistikförderung 1996 den Zeitschriften *akin, Die Alternative* und ZOOM durch die Bundesregierung nicht zugesprochen, obwohl sie vom zuständigen Beirat zur Förderung empfohlen worden waren. Das *TATblatt* wird bereits seit einigen Jahren aufgrund der ursprünglich von der FPÖ betriebenen öffentlichen Verunglimpfung vom Beirat nicht zur Förderung empfohlen. Die Publizistikförderung ist eine gesetzlich geregelte Aufgabe des Bundes. Alle genannten Zeitschriften erfüllen die gesetzlichen Förderungskriterien. Von den betroffenen Zeitschriften werden Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof vorbereitet.

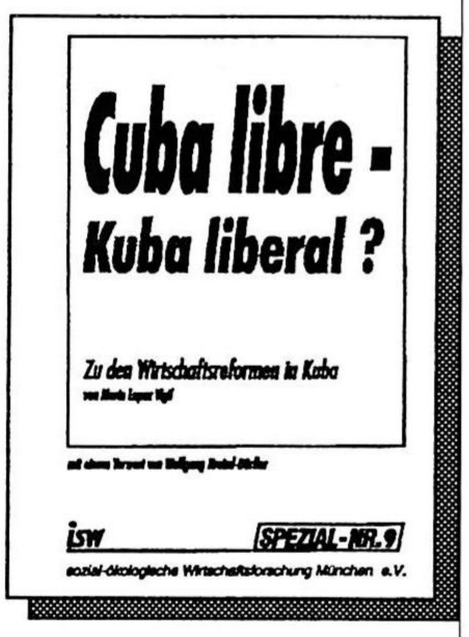
Da die Republik offenbar zur Zeit nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben wahrzunehmen, wenden wir uns an Sie, die LeserInnen alternativer Zeitschriften: Mit Ihrer Spende wollen wir die dieses Mal betroffenen Zeitschriften schadlos halten und damit die entstandene Existenzbedrohung abwenden. Wenn der Staat nicht die Republik ist, müssen wir sie eben selbst sein.

Wir bitten um möglichst großzügige Spenden auf das Konto: VAZ-Publizistikförderung, Kto.Nr. 0432-02364/01 bei CA-BV (BLZ 11.000)

VAZ-Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften
Schottengasse 3a/1/4/59 • A-1010 Wien

isw *sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.*

isw-spezial Nr. 9 dokumentiert einen Beitrag von Maria Lopez Vigil, den die cubanische Autorin und Chefredakteurin der nicaraguanischen Zeitschrift envio 1995 veröffentlichte.
Trotz der Blockade durch die USA wächst die Wirtschaft der Inselrepublik. Als „wahres Wunder" bezeichnete der Minister für Wirtschaft und Planung, Jose Luis Rodriguez, die Entwicklung der cubanischen Wirtschaft im Jahr 1996. Mit einem Wirtschaftswachstum von 7,8 Prozent sind die geplanten 5 Prozent deutlich überschritten worden. Im Jahr davor hatte die cubanische Wirtschaft ein Wachstum von 2,5 Prozent erzielt, nachdem sie in den Jahren zwischen 1989 und 1993 als Folge des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder in Osteuropa um etwa 50 Prozent geschrumpft war. Mehr als 80 Prozent des Außenhandels waren praktisch über Nacht zusammengebrochen. Cuba sucht einen Weg der wirtschaftlichen Anpassung an die neuen Realitäten, mit dem die wesentlichen Errungenschaften der Revolution bewahrt und der gesellschaftlichen Konsens zur Verteidigung des sozialistischen Cuba erhalten bleiben soll.
Mit einem Vorwort von Wolfgang Kreissl-Dörfler, Mitglied im Außenwirtschafts-Ausschuß des Europäischen Parlaments.



Neu bei isw!

Cuba Libre - Kuba liberal?
zu den Wirtschaftsreformen in Cuba
isw-spezial Nr. 9, (Januar 1997)
32 Seiten, DM 5,- + Versand

Bestellungen, Prospekte über alle isw-publikationen
bei isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

HINTERGRUND
Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik

Inhalte der letzten Ausgaben u.a.:

- Gerhard LOZEK
  Totalitarismus - (k)ein Thema für die Linke
- Hanna BEHREND
  Enthierarchisierung der Kategorien: Ein feministischer Beitrag zur Diskussion um Klassentheorie und Klassenanalyse
- Werner SEPPMANN
  Zur Theorie ideologischer Herrschaftsreproduktion: Leo Kofler
- Hartmut KRAUSS
  Faschismus und Fundamentalismus. Varianten totalitärer Bewegung
- PDS-Diskussion
- Arbeitskreis kritischer MarxistInnen

Der *HINTERGRUND* erscheint 4x im Jahr - ca. 60 S. - Einzelheft: 4,50DM, Jahresabo: 22,00DM incl. Inlands-Porto - Bestellungen: *HINTERGRUND*-Redaktion, Zum Rott 24, 49078 Osnabrück oder Buchhandel
☎ 0541/444-229 - **FAX**: 0541/445 373
Wir senden gerne ein Probeheft und/oder ein Verzeichnis aller bisher erschienenen *HINTERGRUND*-Ausgaben zu

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 28, Dezember 1996, 272 Seiten

Leisewitz / Reusch - Heinz Jung zum Gedenken / Jung - Klassen und Geschichte / Wendl - Ende der Solidarität?

Ökologie-Aspekte:
O'Connor - Zweiter Widerspruch / Weiß - Umweltpolitik / Jecht/Hiedl- Gold / Dolata - Gentechnik / Cezanne - Sustainable Development / Hüttner -„Abwicklung des Nordens" / Bömer - ökosozialer New Deal

Historikerstreit:
Klundt - Goldhagen-Kontroverse / Pätzold - Zehn Jahre danach / Wiegel - Geschichtsrevisionismus

Und: Collmer - Hegels Dialektik (II) / Sauermann - Klaus Holzkamps Lerntheorie / Tesch - Wohnungsmarkt / Fricke - Rache und Willkür / Iwanow - Sozialismus

Sowie Berichte und Rezensionen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand). Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. Tel. 069 / 7392934

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Trattnerhof 2/14, 1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Kommunistische Partei
Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Verwaltung und Vertrieb:
Robert Zöchling

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Layout:
Matthäus Zinner

Herstellung:
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Die nächste Nummer
erscheint Anfang
Mai 1997
Themenschwerpunkt:
Surrealismus und Psychoanalyse

Inhalt

Nr. 1, März 1997, 55. Jahrgang

Zum 100. Geburtstag von Margarete Schütte-Lihotzky

Keine Ästhetisierung der Armut 2

Zum 75. Geburtstag von Franz Kain

Franz KAIN: Serbenlinde und Holland-Tulpen 6

Thema: Auto/Industrie/Global

Einleitung 8

„Neoliberalismus und Demokratisierung sind nicht vereinbar" – Auszüge aus dem zentralen Dokument des VI. Treffens des São Paulo-Forums 9

Robert KURZ: Das Ende der Nationalökonomie – Globalisierung, Grenzen des Nationalstaats und die Krise des warenproduzierenden Systems 15

Ernst LOHOFF: Währungs-Harakiri – Perspektiven der Europäischen Währungsunion 22

Lutz HOLZINGER: Kuponschneider als Rentenklaus? – Über die Automobilwirtschaft und andere Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung 29

P. Josef POPULORUM: Zum ruhenden und fließenden Verkehr 35

Hubert SCHMIEDBAUER: Industriepolitik? Arbeitsplätze schaffen? – Der Versuch, eine Illusion zu zerstören 39

Antisemitismus

Stephan GRIGAT: Ökonomie der „Endlösung"? – Antisemitismustheorie zwischen Funktionalismus und Wertkritik 44

Ex-Jugoslawien

Hubert SCHMIEDBAUER: Das Balkan-Blutbad – nur „Nationalismus"? – Wieder ein aktueller politischer Roman von Paul Blaha 49

Über die Bewältigung von Vergangenheit und Gegenwart – Paul Blaha im Gespräch 52

Marxismus in Diskussion

Stephan GANGLBAUER: „Verteilungsgerechtigkeit" oder Sicherheit? 53

Julius MENDE: Restlinke – Rostlinke – Rotzlinke – Rastlinke! 57

Franz SCHANDL: Vom Fortschritt in der Geschichte über den Wert zum Gut – Überlegungen zu den Aufsätzen von Gerhard Scheit 59

LeserInnenbriefe 64

Keine Ästhetisierung der Armut

Die Person Margarete Schütte-Lihotzky als sozialrevolutionäre Architektin und Widerstands kämpferin ist bekannter als ihr Werk. Deshalb bringen wir in einer Art imaginärem Dialog eine Collage von Ansichten über das soziale Bauen für die ArbeiterInnenschaft in diesen 100 Jahren. Drei Frauen, Architektinnen, Kulturtheoretikerinnen und Österreichs bedeutendster Architekturhistoriker „sprechen miteinander". Die radikalen Positionen stammen von einer der ersten marxistischen Kulturtheoretikerinnen aus Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts, Lu Märten, einer Zeitgenossin von Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai und damit Zeitzeugin der sozialen Revolutionen des Jahrhundertbeginns. Schütte-Lihotzky greift, ohne Lu Märten genauer gekannt zu haben, diese Ansätze pragmatisch auf und setzt sie in den dreißiger Jahren in konkretes Bauen um. Christine Zwingl ist eine zeitgenössische Architektin in Wien, die anknüpfend an diese Tradition des sozialen Bauens durch Ausstellungen, Publikationen und Projekte dem Gedanken sozial engagierter Architektur gegenüber dem postmodernen Formalismus wieder Geltung verschaffen möchte.

Margarete Lihotzky, 1903, 6 Jahre alt.

Friedrich ACHLEITNER, in: Katalog zur Ausstellung über das Werk Schütte-Lihotzkys, Wien 1993

Wenn ich mich richtig erinnere, kommt die Vokabel *Architektur* in Margarete Schütte-Lihotzkys Texten nicht vor und wenn, dann in einer sozialwissenschaftlichen Bedeutung, als erweiterter Begriff, der das Bauen eben in einen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhang stellt. Dieser radikale Ansatz war Grete Lihotzky nicht in die Wiege gelegt, schließlich wuchs sie in einem (bildungs-)bürgerlichen Milieu im Wien der Donaumonarchie auf und ihre Lehrer waren sicher keine Sozialrevolutionäre. Interessant ist für uns aber, was sich die junge Studentin – die sich in den Kopf gesetzt hatte, Architektin zu werden – von ihren Lehrern aneignete: Oskar Strnad riet ihr, sich anzuschauen, wie die Arbeiter wirklich wohnen, bevor sie sich an den Entwurf von Arbeiterwohnungen machte; er forderte also den *Befund* vor einer Stellungnahme; Max Ermers und Adolf Loos bestärkten sicher ihre Begeisterung für die Wiener Siedlerbewegung und das Interesse einer sich artikulierenden Wohnkultur des Arbeiters. Was aber Grete Lihotzky von vornherein ausschloß, das war die romantische Ästhetisierung der Armut, den nicht absichtslosen Imperativ nach Bescheidenheit als kleinbürgerliche Tugend, der oft sogar von einer Avantgarde dem Arbeiter ästhetisch zugemutet wurde. Grete Lihotzkys Architekturauffassung, in vielem jener von Hannes Meyer oder Hans Schmidt verwandt, bestand in der Verbesserung aller Lebensbedingungen durch Bauen, ja mehr, in einer Architektur, die alle jene Kräfte und Prinzipien widerspiegelt, die eine bessere Zukunft herzustellen vermögen. Dies führte natürlich auch zu neuen Formen, aber diese durften nicht Selbstzweck werden.

Lu MÄRTEN,
Formen für den Alltag, Berlin o.J.

Aber es scheint mir auch wichtiger, sich dafür zu interessieren, was danach kam und weiter kommen muß – für den Typus Mietskaserne. Ihre Geschichte ist noch jung. Und wenn auch schon in Rom ein ähnlicher Häusertypus für die Proleten bestanden haben soll, so hat doch ihre Bedeutung als Wohnhaus aller Klassen kaum eine Analogie in der Geschichte. Sie war und ist durchaus die Notwendigkeit einer bestimmten Entwicklung. Ein Massenquartier, wie ihr Name sagt. Die richtige Militärkaserne oder andere staatliche Massenquartiere könnten trotzdem, oder gerade, weil sie Massenquartiere darstellen, eine Ästhetik der Architektur bieten.

Ihr Zweck ist reinlich bestimmt und durch andere Interessen in seiner Form nicht verhindert oder vernachlässigt. Der Staat, oder wer diese Bauten bestimmt, kann das erreichen, was Eigenproduktion oder Handwerkszeit erreichte, er kann den fremden, künstlerischen Willen beauftragen. Anders die Produktion der Mietskasernen. Unter den Begriffen Zweck und Notwendigkeit steht der volkswirtschaftlich deutlichere: Angebot und Nachfrage. Unter welchen Umständen wird gefordert und unter welchen wird angeboten. Die Drängung vieler Menschen in der Großstadt und der nur in gewissem Umfang vorhandene und zur Bebauung (aus festen Händen) erst zu erwerbende Grund und Boden machte die Bauform der Mietskaserne notwendig.

Sie ist also keine willkürliche architektonische Konstruktion, sondern eine nach Lage der Dinge erzwungene. Die Nachfrage einer großen Anzahl von Menschen nach Wohnungen bedingte noch nicht ohne weiteres eine Wohnhauskonstruktion, in der die Menschen über- und nebeneinander gepfercht wurden, sondern zunächst die Notwendigkeit der nötigen Anzahl Häuser und Wohnungen überhaupt. Da aber die Nachfrage nach Häusern eine solche nach Boden ist und dieser sich in der

Großstadt nicht im genügenden Umfange der Bebauung erschloß, so entstand der Zwang, in die Höhe zu bauen statt in die Weite. Damit war auch der Begriff „Raum", als ein künstlerischer, unverständlich geworden; sein Spekulationswert erniedrigte ihn selbst unter die Grenze der hygienischen Möglichkeiten, und hier in Berlin mußten ihm Gesetze erst die Grenze bestimmen, die ihn vom „Loch" noch unterscheiden konnte.

So entstand die neue Bauform der „Mietskaserne" nicht als ein Zwang neuer Lebensgewohnheiten (eher zwang sie solche auf), sondern aus den kompliziert widerstreitenden Interessen derer, die wohnen mußten, und derer, die wohnen lassen konnten. Und so wird sie weiter bestehen; denn ihre Form, ob gut oder schändlich, ist nun einmal bedingt. Aus der primitiven und gleichgültigen rohen Form ihrer ersten Periode hat man sie herausgerissen und hat sie brav herausgeputzt mit Türmchen und Erkern, angeklebten, mit Gips überworfenen Ornamenten (Stuck) und anderen Scheußlichkeiten. Von innen änderte das wenig. Da blieb das Prinzip der Raumausnutzung und dunklen Beengung. Aus all diesem Negativen aber stellt der Mietskasernentyp positive Aufgaben, die ihre künstlerische Lösung finden könnten. Eine Reihe angesehener Architekten beschäftigte sich lange mit diesem Problem und nicht, ohne daß sie hie und da eine glückliche Lösung erbrachten.

Christine ZWINGL im Gespräch mit der »Volksstimme«, 3. Jänner 1997
Soziale Kämpfe – Politische Umwälzungen

Sozialer Wohnbau entwickelte sich in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts als Folge der Wohnungsnot in den großen Städten und ging einher mit politischen und sozialen Umwälzungen und Kämpfen. Neu war dabei unter anderem, so Christine Zwingl, daß ein „staatlicher" (genossenschaftlicher, etc.) Auftraggeber „die Aufgabe übernimmt, für ‚anonyme Nutzer' bauen zu lassen. Wodurch eine ‚kollektive Aufgabe' entsteht, mit den klassischen Arbeitsgebieten Wohnungsbau und Bau entsprechender Einrichtungen im Umfeld, wie etwa Kindergärten oder Schulen".

Die dadurch enstandenen Fragestellungen wurden von den meisten Architekten der damaligen Zeit allerdings gar nicht wahrgenommen. Schütte-Lihotzkys herausragende Stellung als Architektin resultiert dagegen für Christine Zwingl gerade aus der Tatsache, daß sie in diesem Komplex „sozialer Wohnbau/soziale Architektur" von Beginn ihrer Tätigkeit an, „eine Aufgabe erkannte, die sie direkt betrifft". Erste Anstöße dazu erhielt die junge Architektin während ihres Studiums.

Entsprechend nahm Schütte-Lihotzky, im Gegensatz zu den meisten ihrer KollegInnen, das Elend „der Massen", das mit der ungelösten Wohnfrage zusammenhing, wahr und entwickelte in der Folge gerade in Auseinandersetzung mit dieser Frage ihr gesamtes Lebenswerk.

Finanzierbarer Wohnraum

Sichtbar wird der entsprechend neue Ansatz, so Zwingl, auch an der Arbeitsweise Schütte-Lihotzkys, die „eigentlich immer in Gruppen und Organisationen gearbeitet hat und dabei an jede Bauaufgabe systemisch herangegangen ist, sie immer als eine Aufgabe für eine Gruppe gesehen hat und dabei – konträr zur klassischen Aufgabenstellung eines Architekten – immer (reproduzierbare ‚Typen' entworfen hat". Dabei sah Schütte-Lihotzky ihre Herausforderung darin, unter Ausnützung neuer Technologien, standardisierter Massenfertigung, neuer Organisationsformen etc., für die „verarmten Massen" Wohnraum zu schaffen, den sich diese Menschen auch leisten konnten.

Fragestellungen einer sozial engagierten Architektin, die, ungeachtet der eben erwachten Wertschätzung für die Person Schütte-Lihotzky, von einem Großteil ihrer KollegInnen – bzw. vor allem auch der Politik – aktuell kaum noch aufgegriffen würden, so Christine Zwingl. Daß ungeachtet – oder gerade wegen solcher Ignoranz, Probleme wie Wohnungsnot bzw. unfinanzierbarer Wohnraum in den letzten Jahren überhand nahmen, macht dagegen die Ideen und das Werk von Margarete Schütte-Lihotzky wohl auch für die aktuelle Architekturdebatte wichtig.

Margarete SCHÜTTE-LIHOTZKY im Ausstellungskatalog 1993

Es ist nicht so, wie man uns Funktionalisten nachsagt, daß, wenn bei einem Entwurf die Funktion erfüllt ist, die Arbeit ihr Ende hat. Ich wäre nicht Schülerin von Strnad und hätte nicht mit Loos gearbeitet, wenn ich so denken würde. Nein, erst wenn die Funktion gelöst ist, fängt die Arbeit an der künstlerischen Gestaltung an. Der Architektur kann im Grunde genommen niemand entrinnen. Ständig bewegt sich jeder Mensch in Räumen, entweder in Innen- oder in städtebaulichen Räumen. Diese erzeugen in ihm, bewußt oder unbewußt, Wohlbefinden oder Mißbehagen, Ruhe oder Unruhe, Harmonie oder Disharmonie. Und das ist letzten Endes eine künstlerische Wirkung, eine Wirkung auf die Nerven und nicht auf das Auge.

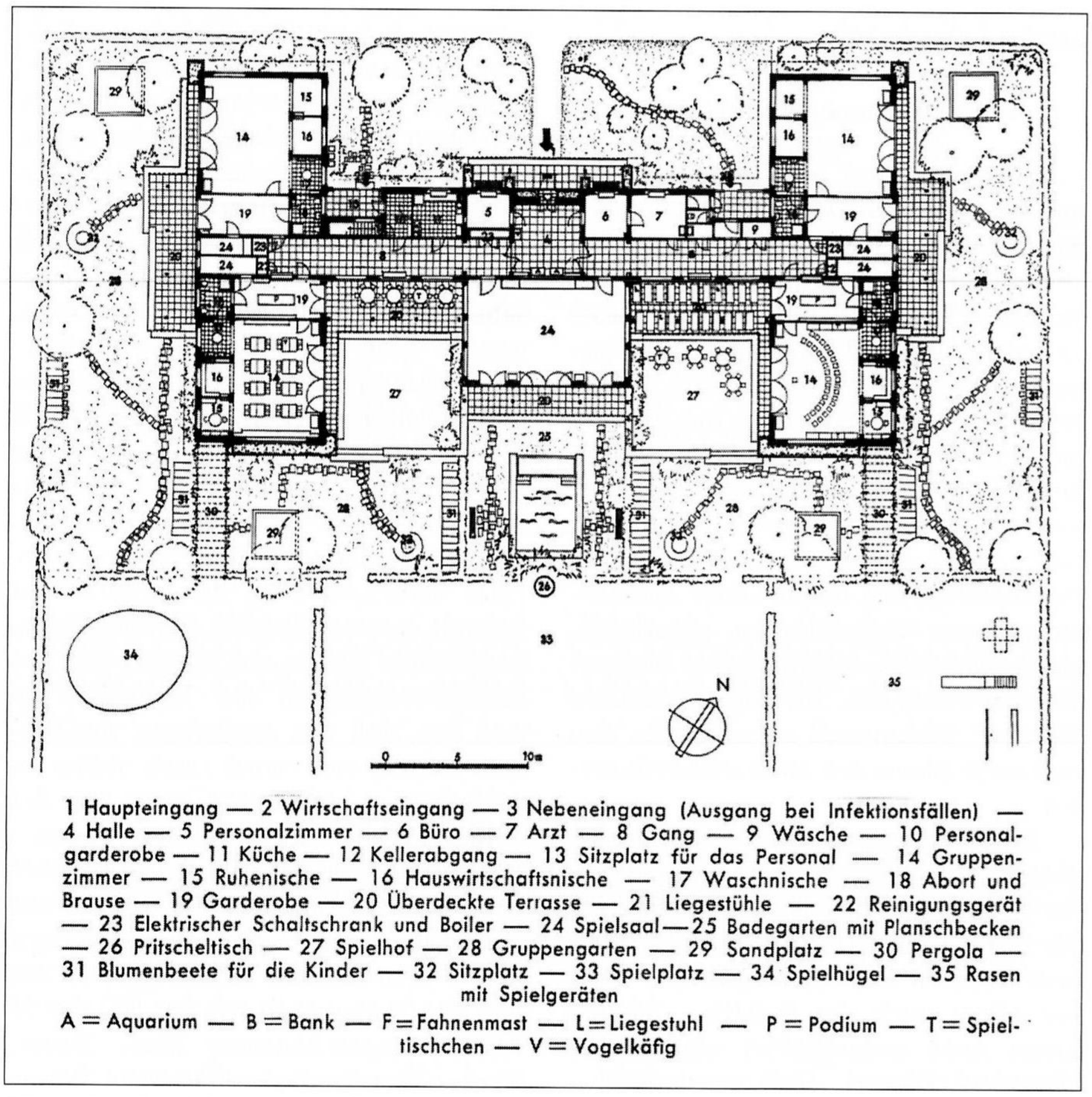
Von Anfang an wollte ich immer nur Wohnbau machen,Wohnbau mit allem was dazu gehört: Kinderanstalten, Schulen, Ambulatorien, Bibliotheken, was man eben soziales Bauen nennt. Schon 1917 hab ich mich an der Schule an einem Wettbewerb für Arbeiterwohnungen beteiligt. Vorher ging ich in die Außenbezirke und habe dort gesehen, wie die Arbeiter bei uns wohnen. In Wien gab es damals eine strenge Trennung zwischen bürgerlichen und Arbeiterbezirken. Damals habe ich erkannt, welch angespanntes, schweres Leben Hunderte und Tausende Menschen in unserer Stadt führen mußten. Mir wurde das erste Mal die große soziale Verantwortung der Architekten bewußt, mir wurde klar, daß der Wohnbau letzten Endes ein Spiegel der Lebensgewohnheiten der Menschen zu sein hat, daß wir, ausgehend von diesem Leben, von innen nach außen zu projektieren haben und nicht von der äußeren Form ausgehend nach innen.

Natürlich mache ich mir auch meine Gedanken, wie der Wohnbau heute auszusehen hat. Immer wieder komme ich zu dem Schluß, daß es grotesk ist, daß wir immer noch wie vor 60 oder 70 Jahren abgeschlossene Ein-, Zwei-, Drei-, Vierzimmerwohnungen bauen obwohl sich das Leben in den vergangenen Jahrzehnten so ungeheuer verändert hat. Eine der größten Veränderungen, die sich im Wohnbau niederschlagen muß, ist die allgemeine Berufstätigkeit der Frauen. Diese Tatsache verlangt aber völlig neue Lösungen. Wir Architekten haben deshalb die verflixte Pflicht und Schuldigkeit, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was im Wohnbau getan werden muß, um den Frauen und Männern das Leben zu erleichtern und den alltäglichen Streß abzubauen, zum Beispiel Räume für Nachbarschaftshilfe, zentrale Dienstleistungen usw. zu schaffen.

Christine ZWINGL im Ausstellungskatalog 1993

Die wichtigsten Punkte ihrer Vorträge sind:

- Die Einkommensverhältnisse, und nicht ideale Formvorstellungen bestimmen die Grundrißplanung einer Wohnung in Frankfurt.
- Rationalisierung und Massenproduktion sind für die Erzielung von niedrigen Mieten notwendig.
- Die Rationalisierung der Hauswirtschaft dient vor allem dem Zweck, mehr Zeit für Erziehung der Kinder, für Kultur, Freizeit und Sport zu haben.



Plan des Städtischen Kindergartens (1950-1952) für die Gemeinde Wien, Wien 20, Kapaunplatz.

- Zur Errichtung von Kleinstwohnungen ist es notwendig, den minimalen Bedarf an Wohnfläche für eine Familie festzustellen. Fehlende Räume für Kinder in der Wohnung steigern die Kriminalität der Jugendlichen. Je kleiner die Wohnfläche, desto besser muß die Wohnung ausgestattet sein. Eingebaute Möbel sparen bis zu 30 Prozent an Grundfläche.
- Gefordert wurden zentrale Einrichtungen in den Siedlungen, die den Frauen die Arbeit erleichtern sollen. Unbedingt notwendig sind dabei die Zentralwäscherei mit modern ausgestatteten Wascheinrichtungen und der Kindergarten, in welchem die Kinder während der Arbeitszeit oder der Erledigungen der Mutter versorgt werden.

Durch ihre Reden möchte sie den Frauen bewußt machen, daß sie sich als Hauptbetroffene gegen den schlechten Wohnungsbau zur Wehr setzen und in Hinkunft den Wohnbau beeinflussen sollen.

Voraussetzung dafür ist aber, daß die Frauen bereit sind, sich mit dem Fortschritt auseinanderzusetzen (das heißt, bereit sind, sich von konventionellen Vorstellungen über Wohnungseinrichtung und Haushaltsführung zu lösen, A.d.A). „Ein Architekt, der eine Villa plant, spricht mit der Hausfrau. Stadtverwaltungen müssen mit den Frauenorganisationen sprechen, die Erfahrungen von allen sollen allen zugute kommen."

Die Themen ihrer Arbeit sind Bauaufgaben, die vor allem Frauen zugute kommen, und deren Behandlung bereits von Frauenvereinen und Frankfurts Politikerinnen gefordert wurde. So setzte sich Elsa Bauer, die sozialdemokratische Stadtverordnete, für die Ausstattung des Hauswirtschaftsbereiches mit arbeitssparenden Geräten ein.

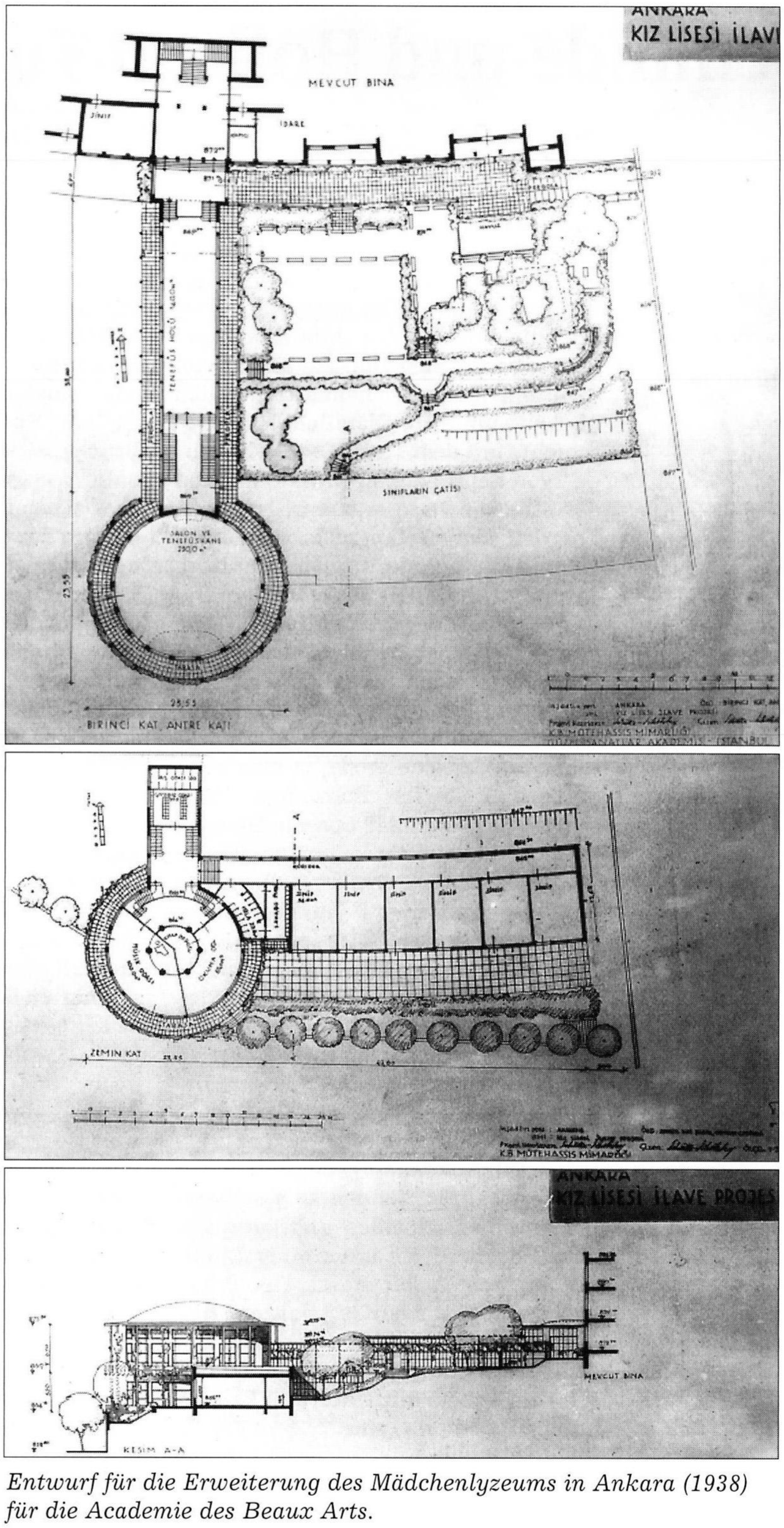
Margarete Schütte-Lihotzky arbeitet an der Lösung der frauenspezifischen Wohnprobleme. Die damals üblichen Ledigenheime lehnt die Architektin ab. Sie plädiert für eine Durchmischung der Bevölkerung und sieht daher Wohneinheiten für alleinstehende Frauen im letzten Stockwerk normaler Geschoßwohnhäuser vor. Diese bewußte Integration von Sonderwohnungen erweist sich als vorausblickend, insofern dies heute wieder speziell für Altenwohnungen gefordert wird. Der Entwurf basiert auf sehr konkreten Berechnungen zum Einkommensniveau berufstätiger Frauen und versucht, diese Wohneinheiten dem Finanzierungskonzept normaler Familienwohnungen anzupassen. Zusätzlich gelingt es ihr darzulegen, wie innerhalb eines solchen Konzeptes Dienstleistungen, die die Bewohner von der Hausarbeit befreien sollen, funktionieren könnten.

Lu MÄRTEN, Formen für den Alltag, Berlin o.J. Die Zentralisation der Hauswirtschaft (1903)

Fordert man die Befreiung der Frau und macht sie abhängig von deren endgültiger materieller Unabhängigkeit, die durch die Erwerbsarbeit als Beruf gesichert wird, so wird man sich der hieraus entstehenden Konsequenz: der Umgestaltung unserer heutigen Hauswirtschaft, nicht mehr verschließen können. Denn es ist ein Unding zu denken, daß es der Masse der Frauen auf die Dauer gelingen würde, ihrem Beruf, ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen und daneben doch alle Pflichten, die die Einzelwirtschaft erfordert, Beaufsichtigung der Kinder etc., zu erfüllen, ohne seelisch und körperlich Schaden zu nehmen, ohne die eine Tätigkeit auf Kosten der anderen zu benachteiligen. Schon in dieser einen Tatsache, daß nur durch eine Umgestaltung der heutigen Einzelwirtschaftsform jeder einzelnen Frau die Möglichkeit gegeben werden kann, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend eine Lebenstätigkeit zu wählen und darin bleibend zu wirken, ohne auf die Familie und ihre Beziehungen verzichten zu müssen, liegt meines Erachtens der wichtigste Grund für die Forderung der Einführung von Wirtschaftszentralen,

die in möglichst vollkommenem Ausbau alle hauswirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen und dem individuellen Eigenleben des einzelnen im weitesten Maße entgegenkommen sollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß obige Forderung noch auf mancherlei Widerstand stoßen wird.

Selbst in solchen Kreisen, denen sie nach ihren Bestrebungen die Konsequenz einer fortschreitenden Entwicklung sein müßte, wird sie noch nicht immer als selbstverständlich erhoben. Man fürchtet in der Hauptsache Gefährdung des alten „heiligen Familienideals“, Vergewaltigung individueller Interessen und ähnliches mehr. Der lauteste Widerspruch ertönt naturgemäß da, wo Neigung und Möglichkeit bestehen, den Haushalt in mustergültiger Weise selbst oder durch Dienstpersonal zu führen und zu überwachen, wo eigene günstige Wirtschaftslage das Verständnis für die Interessen der arbeitenden Massen, auch der Gebildeten darunter, nicht aufkommen läßt oder erschwert. Diese Gegner bedenken in der Hauptsache nicht, daß jenes mit der Einzelhauswirtschaft verbundene Familienideal schon heute für Millionen Menschen nicht mehr besteht und nicht mehr verwirklicht werden kann, daß viele Tausende verheirateter Frauen gezwungen sind, in oder außer dem Hause mitzuerwerben und entweder zugrunde zu gehen an der Überlastung, die ihre komplizierten Pflichten der Wirtschafts- und Erwerbsarbeit mit sich bringen, oder sie auf Kosten ihrer und ihrer Kinder Gesundheit zu vereinen. Sie denken ebensowenig an die zahlreichen Beamtinnen, Studentinnen, Handlungsgehilfinnen etc., denen gerade, wenn sie alleinstehen, durch entgegengebrachtes Mißtrauen und geringe Mittel die Führung eines Einzelhaushaltes, sei er noch so klein, erschwert wird und denen in den wenigsten Fällen so etwas wie ein „gemütliches Heim“ gewährleistet werden kann. Sie bedenken ferner einen Umstand nicht, der fast allen gemeinsam ist, für den Armen und Minderbemittelten aber die größte Bedeutung hat: nämlich die Verschwendung von Arbeitskraft und Material und die unhygienische Arbeitsweise, die mit der privaten Einzelwirtschaft bei den immer schwieriger werdenden Wohnungsverhältnissen verbunden ist. Denn da sich für den kleinen Haushalt die Einführung maschineller und technischer Vervollkommnungen nicht lohnt, wird in primitivster Weise mit primitiven Werkzeugen gearbeitet. In einem einzigen Hause quälen sich täglich an 20 bis 30 Herden 20 bis 30 Frauen; aus ebensoviel Küchen verbreitet sich die mit Küchendünsten geschwängerte Luft in die engen Wohnräume, und das Ungesunde dieses Zustandes wird erhöht durch das Beherbergen von offenen Schmutz- und Abfalleimern, feuchter Wäsche und andern ungesunden Dingen. Wie viele müde Mädchen und Frauen schleppen abends die Kohlen bis in die höchsten Stockwerke und quälen sich täglich bis zur Erschöpfung, um für 100 bis 120 Personen Nahrung, Heizung etc. zu besorgen, ohne dabei bedeutende Ersparnisse zu erzielen, ohne sich eine Ruhestunde gönnen oder anderen Ansprüchen nachkommen zu können. Daß alle Funktionen des privaten Einzelhaushalts, wie Reinigung, Wäscherei, Heizung u. a., in einer zentralisierten Wirtschaftsführung mit vollkommener technischer Ausrüstung besser, schneller und billiger erledigt werden können, daß auch darin der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist, versteht sich von selbst und wird keinem modernen Menschen utopisch erscheinen. ■



Entwurf für die Erweiterung des Mädchenlyzeums in Ankara (1938) für die Academie des Beaux Arts.

Serbenlinde und Holland-Tulpen

Franz KAIN

Zwischen einigen Bänden der „Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens“ Jahrgang 1893, entdeckte der junge Häftling ein Büchlein, das sich „Oberösterreichische Dichtung“ nannte. Er wußte auch gleich, wie diese Anthologie in den Stoß der vergammelten Bände kam. Der ehemalige Benediktiner Dr. P., der wegen seiner homosexuellen Neigungen eine schwere Zuchthausstrafe abgebüßt hatte und der jetzt vom Gefängnis in Wels aus, wo er in der Bücherei arbeitete, auf dem Weg ins Konzentrationslager war, hatte ihm das Büchlein zukommen lassen. Der Bibliothekar ist seit seiner Verschickung ins Lager verschollen.

Das Buch, das im Jahre 1927 verlegt worden war, schien in mancherlei Hinsicht kurios. Geradezu verdächtig kam es dem jungen Häftling dadurch vor, daß es von einem „Unterstützungsverein der aktiven und pensionierten Gendarmen Oberösterreichs“ herausgegeben worden war. Der Unterstützungsverein erhoffe sich von dem Erlös des Büchleins eine „Abtragung des Schuldenberges“, der auf einem Waisenhaus des Vereines laste, wie in einer Vorbemerkung treuherzig mitgeteilt wurde. Daß die Gendarmerie etwas mit Kultur zu tun haben könnte, und leichtfertig dabei sogar noch auf einen Gewinn hoffte, schien dem Häftling höchst sonderbar. Nach all den Erfahrungen, die er mit besagter Truppe schon gemacht hatte, mit diesen Bettelleut-fängern und Bütteln jedweder Obrigkeit, schien ihm die literarische Ambition der Gendarmen äußerst zwiespältig, und sein Mißtrauen übertrug sich auf das Buch.

Er wunderte sich daher auch nicht, als er darin Verse und Prosa fand, die aus lange nicht gelüfteten, monarchistischen und deutsch-nationalen Truhen kamen, mit all den schweren Schwaden, die da aufstiegen. Aber die Verwesungsdünste rochen heimatlich, das war nicht zu leugnen. Eine Geschichte jedoch hob sich in ihrer starken pazifistischen Haltung scharf von dem angemoderten heimattümelnden „Schrifttum“ ab. Nämlich eine Geschichte mit dem Titel „Die Serbenlinde“ von Sepp Lackinger. Es zeugt von der streckenweise sogar progressiven Trägheit der Gefängnisbibliotheken, wenn darin geradezu reichsfeindliche Literatur gestapelt war. In der Geschichte von der Serbenlinde wurde nämlich die „große Zeit“ des Ersten Weltkrieges scharf angegriffen. Eine solche Geisteshaltung wäre „draußen“ nicht ratsam gewesen, denn es war schon wieder eine große, ja eine noch größere Zeit im Schwange. Man schrieb das Jahr 1942 und die Glocken läuteten noch immer zu großen Siegen.

Die Erzählung von der Serbenlinde handelte davon, daß hundert Jahre nach dem ersten Krieg ein Feld in Mauthausen immer besonders fruchtbar war. Von dem Acker hieß es, daß darunter tausende serbische Kriegsgefangene, die in dem hiesigen Lager an Typhus zugrunde gegangen waren, begraben seien. Die Tochter eines Bauern und ein braungesichtiger Knecht, offenbar ein Abkömmling der Serben vor hundert Jahren, fanden sich schließlich in einer schwülen und bedrohlichen Sommernacht unter einer Linde, die auf dem Acker stand. Der Baum war damals, vor hundert Jahren, zum Gedenken an das große Sterben im Lager gepflanzt worden. Die ganze Geschichte atmete Mitleiden und Versöhnung mit dem, was einst bittere Feindschaft gewesen war. In der Erzählung waren auch pralle Landschaftsschilderungen enthalten, durch welche die Gegend plastisch sichtbar wurde.

Seit der Häftling die Geschichte von der Serbenlinde gelesen hatte, kannte er die Gegend um Mauthausen, obwohl er sie nie gesehen hatte. Aber er wußte, daß sich dort, nicht einmal 25 Jahre nach dem ersten Unheil, mit dem neuen Lager ein noch größeres zusammengeballt hatte.

Später wurde er nach Berlin auf Transport geschickt. Sie kamen durch Böhmen über Budweis, Tabor und Prag und hier wurden sie in dem berüchtigten Gefängnis St. Pankraz einige Wochen festgehalten. Die Reise ging dann kreuz und quer durch Deutschland, weil der Waggon mit den winzigen vergitterten Fenstern einmal an einem Verwundetentransport, dann wieder an Lastzüge auf Nebenbahnen angehängt wurde. Die Donau hatten sie bei Nacht und Nebel über die Brücke bei Steyregg überquert, oberhalb von Mauthausen. Nach einem Prozeß beim Volksgerichtshof in Berlin begann der Transport aufs neue. Diesmal ging die trübselige Reise über Thüringen und Bayern hinunter in die Ostmark. Nürnberg war nicht nur ein Knotenpunkt für militärische Transporte, für Lazarettzüge und Nachschub aller Art, hier trafen auch verschiedene Gefangenenströme aufeinander. So kam es, daß sich plötzlich eine große Anzahl von Häftlingen in Durchgangszellen der Gefängnisse zusammengepfercht fand, ehe sie, aufgeteilt nach ihren Bestimmungsorten wieder in alle Winde auseinandergejagt wurden. Der junge Häftling traf hier mit einer größeren Gruppe holländischer Juden zusammen, die, wie sie radebrechend mitteilten, auf dem Weg nach Mauthausen waren. Sie schienen noch einigermaßen gut genährt, ihr Äußeres aber war stark vernachlässigt, weil sie schon wochenlang auf Transport waren. Wenn sie miteinander sprachen, hörte sich ihre Rede wie ein breiter niederdeutscher Dialekt an.

Der Häftling trug eine Steirerjoppe, weil er noch in Untersuchungshaft war. An dieser Kleidung erkannten die Holländer, daß er ein „Einheimischer“ war. Sie drängten sich um ihn, um zu erfahren, wie es denn in Mauthausen sein werde, und was sie dort wohl zu erwarten hätten. Der Häftling geriet in Verlegenheit, denn natürlich wußte man in den Gefängnissen von Wien, Linz und Wels und wohl auch in denen von ganz Deutschland, was in Mauthausen geschah. Aber die Deportierten aus Holland waren noch fremd. Was sollte er da erzählen? Und überhaupt, vielleicht bekamen die Holländer eine bessere Behandlung als die anderen?

Als er von den wißbegierigen holländischen Häftlingen umringt war, erinnerte er sich an die schönen Landschaftsschilderungen in der „Serbenlinde“. Diese Landschaftsbilder gab er,

ergänzt durch eigene Phantasie, an die holländischen Transporthäftlinge weiter.

Ja, dieses Mauthausen liege an der Donau und das Lager auf einem Hügel, sodaß man einen schönen Blick über die weit ausgebreiteten Donauauen habe, Donau so blau, so blau, das werden sie ja sicherlich schon gehört haben. An schönen Tagen sehe man vom Lager jenseits der Donau auf den Stadtturm von Enns. Lauriacum, Lauriacum, sagte er, als müßten die Holländer wissen, was es mit diesem einstigen römischen Militärlager für Bewandtnis habe. Auch den Namen des heiligen Florian führte er an, in der Hoffnung, daß auch die holländischen Juden ihn kennen könnten. Da gäbe es große Getreidefelder ringsum, mit schwerem Weizen und zwei Meter hohem Roggen, Erdäpfelfelder und schöne Gerste mit langen Grannen, die sich wie Wellen bewegten, wenn der Wind über sie fährt. Im Herbst biegen sich die Obstbäume vor Frucht und man kann die Birnen riechen, wenn sie vom Baum fallen und den Duft ihres Saftes verströmen. Die Wiesen seien fett, die Rinder rund und glatt und Geflügel gäbe es in Hülle und Fülle bei jedem Bauernhof.

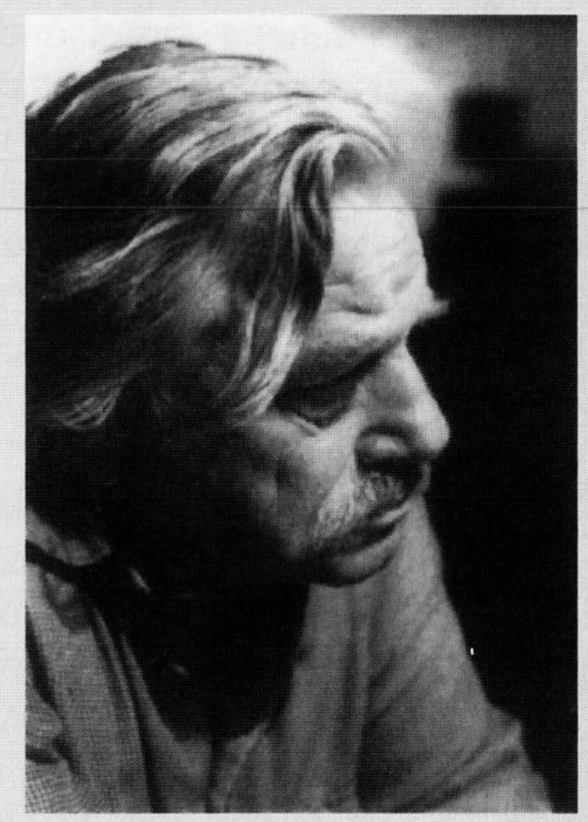
Gagi, gagi, gagaggie, sagte er, um das Hühnergeschrei anzudeuten. Die Holländer schmunzelten aus ihren ungepflegten Stoppelbärten über diese Lautmalerei. Sie nickten erfreut, um zu zeigen, daß sie sich durchaus auskannten auf den Geflügelhöfen.

Dann fragte einer der Häftlinge stockend, ob er es wohl für möglich halte, daß sie etwa in der Landwirtschaft zur Arbeit eingesetzt werden. In Nederland habe man damit große Erfahrung. Käse, Edamer, sagte er und wölbte die Hände zu einem großen Ball, um zu zeigen, welches Volumen die Käsekugeln in Holland hätten. Gänse und Enten gebe es im ganzen Land und natürlich viele Blumen. Einer der Häftlinge gebrauchte dabei das Wort „Tulipan“. Der Häftling erinnerte sich, daß auch im alten evangelischen Gesangsbuch die Tulpe in einem feierlichen Psalm „Tulipan“ genannt wurde. Das Wort hatte hier im Gefängnis zu Nürnberg einen ganz besonderen Klang. Bei der Ernte, begann der Häftling im Steirergewand vorsichtig, werde man sie sicher brauchen können. Da komme es auf jede Hand an, weil das Wetter dränge. Auch nach der Weizen- und Roggenernte gäbe es in der Landwirtschaft noch viel zu tun, denn da kämen die Rüben dran und auch der Hafer, der im Sommer eine bläuliche Farbe habe, käme erst im Herbst zum Schnitt. Und schließlich dürfe man nicht vergessen, daß es auch beim Holz allerlei Arbeit gibt und man wohl auch hier auf Gefangene zurückgreifen werde, denn die Arbeitskräfte seien schon sehr knapp geworden. Im Winter seien die Möglichkeiten der Arbeit allerdings geringer. Im allgemeinen ernähre jedoch das Land seinen Mann und es ernähre ihn nicht schlecht.

Weil er selbst bohrenden Hunger hatte, der in den Eingeweiden wühlte, kam er ins Schwärmen und sprach von einer Einbrennsuppe, die aus Roggenmehl und mit Grammeln zubereitet werde und die, wenn sie nur richtig komponiert sei, für einen ganzen langen Tag sättigen könne. Die Holländer scharten sich um ihn wie um einen glücksbringenden Sterndeuter. Sie sprachen wild durcheinander und an ihren Gesichtern merkte er, daß sie seine Informationen weiterspannen. Nach dem Krieg, so stammelte einer der Häftlinge, solle er sie einmal besuchen und sie würden ihm zeigen, wie schön und wie fruchtbar die Nederlande seien, im Frieden ein Land, in dem Milch und Honig fließen.

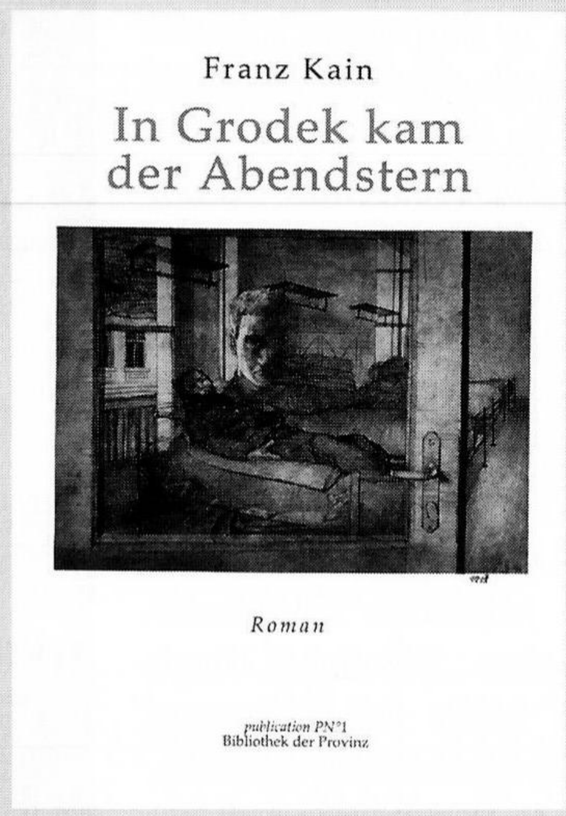
Als am nächsten Morgen die Gruppe von den anderen Häftlingen abgesondert wurde, um auf Transport nach Passau zu gehen, waren die Holländer ruhig und gefaßt. Sie bedankten sich für die Informationen und gingen mit Zuversicht ihrem Schicksal entgegen. Später erfuhr man, daß dieses Schicksal in den meisten Fällen der Tod war. Immer, wenn in späteren Jahrzehnten vom Leiden und Sterben der holländischen Juden im Konzentrationslager Mauthausen die Rede war, stand die Szene lebhaft vor ihm, als sich in Nürnberg sein eigener Weg durch die Gefängnisse mit dem der Leidensgefährten aus Holland gekreuzt hatte.

Er hat die Kameraden belogen, indem er ihnen die furchtbare Wahrheit verschwiegen hat. Aber er hat es aus Barmherzigkeit getan. Hätte er ihnen denn noch diesen Satz sagen sollen, der auch in der „Serbenlinde“ stand, nämlich den Satz: „Da warf man sie hinab in lange Gruben und schüttete sie zu mit Kalk und Sand.“? ■



Das Werk des Schriftstellers Franz Kain in der Bibliothek der Provinz

Der Schnee war warm und sanft – Erzählungen
Im Brennesseldickicht – Erzählungen
Der Föhn bricht ein – Roman
Die Donau fließt vorbei – Erzählung
Der Weg zum Ödensee – Erzählungen
Die Lawine – Erzählungen
Das Ende der Ewigen Ruh – Roman
In Grodek blüht der Abendstern – Roman
Am Taubenmarkt – Roman



Raumschiff Erde

Die Gesellschaftswissenschaften haben vorläufig noch wenig mit dem zu tun, was man aus der Lehre über die Natur als Wissenschaft zu betrachten gewohnt ist. Diese Unzulänglichkeit trifft insbesondere auf die Wirtschaftswissenschaften zu. Es bedarf keiner langwierigen Beweise für die Behauptung, daß die Wirtschaftspraktiker und Wirtschaftspolitiker ziemlich unabhängig davon im Dunkeln tappen, ob sie von Betriebs- und Volkswirtschaftlern angeleiteten werden oder nicht. Zur Bekämpfung der ständig weiter steigenden Arbeitslosigkeit etwa fällt allen zusammen so gut wie nichts ein. Das scheint in den Staatskanzleien sonderbarerweise niemanden zu ängstigen, obwohl es noch gar nicht so lange her ist, daß die bürgerliche Gesellschaft drauf und dran war, unter anderem wegen lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit in Scherben zu fliegen.

Collage und Foto : Anne Wilhelm

Leider ist aber auch die politische Ökonomie seit ihrer „Erfindung" durch Karl Marx viel zu wenig weiterentwickelt worden, um sie heute ernsthaft als Wissenschaft im Sinne der Mathematik, Physik usw. anzusprechen zu können. Zeugnis davon legt auch der hier vorgelegte Schwerpunkt zu Fragen der Entwicklung des heutigen Kapitalismus ab. Die Zahl divergierender Ansichten übertrifft die Zahl der Autoren bei weitem. Genau besehen erinnert marxistische Gesellschaftsanalyse, wenn man sich an die hier vorgelegten Beispiele hält, an folgendes Bild: Ein Raumschiff, das den Namen Erde tragen könnte, ist im All unterwegs. Je nach dem Standpunkt des Betrachters scheint es, entweder seine Fahrt zu beschleunigen und Ballast abzuwerfen oder in einem Akt der Selbstzerstörung seinem eigenen Untergang zuzusteuern oder von seinen Steuermännern willkürlich ins Schlingern gebracht zu werden oder beachtliche Kraftreserven ins Treffen zu führen. Jeder Befund stimmt zwar; trifft aber immer nur bedingt und aus einem Blickwinkel zu.

Stärken zeigt die politische Ökonomie noch heute immer dann, wenn ihre Anwender sich auf die Kritik der Kritik als Grundmethode von Karl Marx besinnen. Das macht unter anderem eine der Qualitäten von Robert Kurz aus. Aber auch alle anderen hier vertretenen Autoren erweisen sich dort am aussagestärksten, wo sie sich in ihren Beiträgen auf diese Methode verlassen. Allerdings hat es keinen Sinn zu vertuschen, daß Marxisten aller Schattierungen vor allem dann ebenso regelmäßig wie kräftig danebenhauen, wenn es um Prognosen oder Vorhersagen darüber geht, welche Maßnahmen zu welchen Ergebnissen führen werden. Der Untergang des Kapitalismus ist bisher ebenso pünktlich ausgeblieben, wie er vorhergesagt wurde. Das ist natürlich kein Grund, sich nicht immer wieder auch mit den Perspektiven und Tendenzen auseinanderzusetzen, die angesichts der jeweils aktuellen Entwicklung des kapitalistischen Verwertungsprozesses erkennbar sind. (Was in diesem Schwerpunkt ohnehin geschieht.)

Allerdings besteht kein Grund, das Licht dieses Schwerpunkts unter den Scheffel zustellen. Verwiesen sei auf folgende Beiträge: Helmut Rizy hat Dokumente vom VI. Treffen des São Paulo-Forums zu einem Artikel zusammengestellt, der eine schlüssige Analyse der Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus darstellt und alternative Vorstellungen von fortschrittlichen Kräfte aus der Dritten Welt enthält. Robert Kurz skizziert „Das Ende der Nationalökonomie" angesichts von Globalisierung und Bedeutungsverlust der Nationalstaaten. Hubert Schmiedbauer dokumentiert das Unvermögen der tonangebenden politischen Kräfte in Österreich so etwas wie eine Industriepolitik auf die Beine zu stellen. Lutz Holzinger analysiert Entwicklungstendenzen in der Automobilwirtschaft, die möglicherweise auf andere Sektoren übergreifen werden, und führt die aktuellen Verwerfungen der ökonomischen Entwicklung in erster Linie auf verstärkte Schnitte der „Kouponschneider" zurück. Einen kleinen Exkurs stellt P. Josef Populorums Artikel dar, in dem es um Geschichte und Zukunft des ruhenden und fließenden Verkehrs geht. Und Ernst Lohoff befaßt sich mit den Perspektiven des Euro – dem Thema, das heute als Alpha und Omega jeder wirtschaftspolitischen Debatte in der Europäischen Union betrachtet werden muß.

„Neoliberalismus und Demokratisierung sind nicht vereinbar“

Auszüge aus dem zentralen Dokument des VI. Treffens des São Paulo-Forums

Mehr als ein Viertel der Wählerinnen und Wähler Lateinamerikas und der Karibik repräsentieren heute, sechs Jahre nach dem ersten Treffen von São Paulo, jene Parteien und Bewegungen, deren Vertreter im Juli vergangenen Jahres in San Salvador zum sechsten Mal zusammentrafen. Ursprünglich als Reaktion auf die Krise des Sozialismus entstanden, hat das Forum von São Paulo, dem inzwischen 130 Parteien und Bewegungen angehören, schon früh die Notwendigkeit erkannt, Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln, dessen Konzept heute in besonderem Maß zu Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Lateinamerikas und der Karibik dient. Aus dem umfassenden Dokument, das in San Salvador dazu beschlossen wurde, bringen wir hier einige Auszüge.

I. Die heutige Welt

Die Welt am Ende des 20. Jahrhunderts ist Schauplatz gewaltiger, schwindelerregender Veränderungen auf wissenschaftlich-technischem, ökonomischem, sozialem und geopolitischem Gebiet. Auf den Gebieten der Kommunikationssysteme, der Computeranwendung, der Informatik, der Produktions-, Organisations- und Verwaltungstechniken vollzieht sich ein rascher Fortschritt.

Diese spektakuläre Entwicklung der Produktivkräfte hat zu neuen, immer komplizierteren und ausgefeilten Ebenen und Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung, der Erzeugungs-, Handels-, Forschungs-, Informationsvernetzung usw. geführt. All das liegt dem Globalisierungsstrom zugrunde, der in der Welt von heute vorherrscht und die Tendenz hat, eine allumfassende Erscheinung nicht nur auf wissenschaftlich-technischem und ökonomischem Gebiet, sondern auch in der sozialen Entwicklung, in Kultur und Politik zu werden.

Die Globalisierung verläuft unter der Hegemonie der kapitalistischen Hauptkräfte und -länder, die sich seit den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts von der Konzeption und Politik des Neoliberalismus und entsprechenden Programmen leiten lassen. Das macht den Globalisierungsprozeß äußerst widersprüchlich und konfliktträchtig. Während einerseits die wissenschaftlich-technische Entwicklung Möglichkeiten für neue Ebenen des Fortschritts sowie für die Lösung der Probleme der Menschheit eröffnet, verstärkt andererseits die Globalisierung die Ungleichheiten und Polarisierungen, wie sie auch die Zerstörung der Natur beschleunigt. Die globale Umweltkrise bedroht das Leben auf unserem Planeten; ihr Einhalt zu gebieten stellt eine der größten Herausforderungen für die Menschheit dar.

Diese Entwicklung des Kapitalismus hat zwei Grundzüge der Weltwirtschaft hervorgebracht, die es aufzuzeigen gilt:

1. Die astronomischen Volumen des Finanzkapitals, besonders des spekulativen, die sich auf der Jagd nach maximaler Rentabilität mit großer Geschwindigkeit um den Erdball bewegen, in völliger Unabhängigkeit und immer mehr losgelöst vom Funktionieren der produktiven Apparate, außerhalb der Kontrolle der Regierungen und selbst der transnationalen Unternehmen. Das ist ein rastloser Prozeß, der zu jeder Tages- und Nachtstunde allein durch einen Knopfdruck am Computer funktioniert und ökonomische Prosperität hervorbringen kann, meist vorübergehender Art, der aber auch die Wirtschaft von Ländern zugrunde richten, deren Erwartungen maximaler Rentabilität und Sicherheit enttäuschen kann.

2. Im Unterschied zur Vergangenheit, als die Arbeitslosigkeit den rezessiven Etappen eigen war, wächst und vervielfältigt sich die Arbeitslosigkeit und die Vergeudung der vorhandenen Produktionskapazitäten gleichzeitig mit dem Wachstum und der Expansion der Wirtschaft.

- Fortschritt und Entwicklung konzentrieren sich in einer kleinen Zahl von Ländern, die Sitz der größten Finanzzentren und anderer transnationaler industrieller, Handels- und Dienstleistungsunternehmungen sind, und in den mächtigsten Staaten, die sich im Kampf um die Vormacht auf dem Weltmarkt und bei der Lenkung der Geschicke der Welt in wirtschaftlichen und politischen Megablöcken zusammengeschlossen haben.

Die Rivalität zwischen den drei Megablöcken (dem nordamerikanischen unter Führung der USA, der Europäischen Union mit Deutschland als einflußreichstem Land und dem asiatischen Block mit Japan an der Spitze) führt zunehmend zu einem erbitterten Handels-, Technologie- und Finanzkrieg, der unter Umständen in Feindseligkeiten umschlagen und Konflikte von großer Tragweite verursachen könnte.

Diese Länder arbeiten in gemeinsamen multinationalen Organismen zusammen, wie die „G 7“ (die mächtigsten Industrieländer), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und andere Finanzzentren, die zum Austragungsort ihrer Widersprüche werden.

- Neben der Dominanz der reichen Länder, die sich auf die armen Länder verheerend auswirkt, steht das Diktat der transnationalen Gesellschaften, deren Profitgier und Hegemonie auf den Völkern und ihren Rechten, einschließlich der Völker der reichen Länder, lastet.
- Die Logik der Globalisierung zielt in zwei entgegengesetzte Richtungen. Auf der einen Seite wird sie zugunsten einer Liberalisierung des internationalen Handels dahingehend wirksam, alles zu beseitigen, was die freie Bewegung von Produkten und Kapital und

bis zu bestimmten Grenzen auch von Technologie und Wissen behindert; sie tendiert dazu, nationale Souveränität und Identität zu schwächen. Auf der anderen Seite vereinigen sich die Nationalstaaten – vor allem in der Ersten Welt – in Wirtschaftsblöcken oder Freihandelszonen, errichten protektionistische Barrieren gegen andere Blöcke und Länder, führen ihre eigenen Zahlungssysteme ein und kämpfen darum, sie als universelles System aufzuzwingen, so daß auf diese Weise Einflußzonen gebildet werden (die deutsche, die nordamerikanische, die japanische). Sie blockieren die freie weltweite Zirkulation der Arbeitskräfte und schließen sich ab gegen die Einwanderung aus den Ländern des Südens und des Ostens.

Die USA befinden sich ihrerseits in einer Phase der Neubestimmung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika und dem karibischen Raum, die an die neuen Erfordernisse des Wettbewerbs mit der Europäischen Union und Japan angepaßt werden sollen. Deshalb steht im Mittelpunkt ihrer Strategie die Schaffung einer Freihandelszone der westlichen Hemisphäre, die einen unterstützenden Faktor bei der Rückeroberung verlorenen Terrains darstellen würde, das die USA durch ihre gigantischen Militärausgaben, ihre fortgesetzten Haushaltsdefizite, ihren technologischen Rückstand in verschiedenen Zweigen der zivilen Entwicklung und den Rückgang ihrer Effizienz verspielt haben. Diese Neubestimmung könnte die internationalen Beziehungen Lateinamerikas und der karibischen Länder gerade zu einem Zeitpunkt vereinnahmen, da die eigenständige Integration und die Diversifizierung ihrer Beziehungen zur übrigen Welt unerläßlicher Rahmen für ihre Entwicklung von Souveränität und Demokratie sind.

- Die Polarisierung zwischen den entwickelten und reichen Ländern des Nordens (der Ersten Welt) und den rückständigen Ländern des Südens (der Dritten Welt) wird heute nicht nur durch den raschen technologischen Fortschritt der ersteren und ihre ungeheure Überlegenheit in der Akkumulation und Konzentration des Kapitals beschleunigt, sondern auch durch ihren fortdauernden Handelsprotektionismus gegenüber den Exporten der Dritten Welt und die Subventionierung ihrer eigenen Exporte, während sie politischen und finanziellen Druck auf die Länder des Südens ausüben, sie in den meisten Fällen regelrecht dazu zwingen, die totale Deregulierung durchzusetzen, die vollständige Privatisierung ihrer nationalen Reichtümer zugunsten der transnationalen Unternehmen durchzuführen und die Grenzen für ihr Kapital und ihre Exporte zu öffnen.
- Die Beziehungen zwischen allen Ländern werden immer stärker und asymmetrischer: Für die Länder der Dritten Welt bedeuten sie in Wahrheit mehr Abhängigkeit, während immer deutlicher wird, daß die Länder der Ersten Welt diejenigen sind, die die Regeln bestimmen und sie anderen aufzwingen.
- Mit den Umschuldungsverhandlungen, der Festlegung von Konditionen für Kooperation und Handel und anderen Druckmitteln (wie die „Zertifikationen", die die USA anwenden) werden die Länder der Dritten Welt von den kapitalistischen Mächten und den internationalen Finanzorganisationen dazu gedrängt, strukturelle Anpassungen zu verwirklichen, die die traditionelle Funktionsweise ihrer politischen Systeme, ihrer Wirtschaften und ihrer Gesellschaften als ganzes verändern.
- In der Dritten Welt gibt es ebenfalls Gruppen von Ländern, die sich – wenn auch noch zaghaft – in Handels- und Wirtschaftsblöcken zusammenschließen, um ihre Kräfte zu potenzieren und die Bedingungen ihrer Beziehungen mit den reichen Ländern von verbesserten Positionen aus zu verhandeln. Außerdem haben sich in einigen Ländern auf Grund des Schadens, den ihr produktiver Apparat durch die einseitige Öffnung genommen hat, erneut protektionistische Herangehensweisen herauszubilden begonnen, die früher oder später starke Staaten, regionale Allianzen und eine Diversifikation der Handelspartner erfordern werden.
- Die neoliberale ökonomische Umstrukturierung ruft auch in der Dritten Welt Veränderungen im Kräfteverhältnis und in den Hierarchien innerhalb der traditionell dominierenden Kreise hervor, darunter die effektive Verringerung des Einflusses und sogar die Verdrängung bisher maßgeblicher Gruppen von der Macht.
- Die Folgen dieser Widersprüche finden ihren Ausdruck auch in der Verstärkung der Wanderbewegungen nach dem Norden, denen mit Restriktionen und sogar massiven Abschiebungen begegnet wird, wie es in den USA geschieht. In diesem Zusammenhang fördern die herrschenden Interessen in den reichen Ländern den Fremdenhaß und rassistische Bewegungen.

In den Ländern der Dritten Welt gibt es Minderheiten der Bevölkerung mit Lebensformen und einem Lebensniveau wie in der Ersten Welt, während sich in dieser breite Bevölkerungsgruppen mit Lebensformen wie in der Dritten Welt herausbilden.

So ist also die Welt, in der wir leben, nicht globalisiert, sondern eher regionalisiert in Megablöcken, von denen jeder Hegemonie in seinem unmittelbaren Einflußgebiet und in anderen mehr peripheren Bereichen ausübt und die dabei untereinander – graduell unterschiedlich – in Streit liegen. Es gibt zweifellos bestimmte Erscheinungen der Globalisierung, die über die Regionalisierung hinausgehen, wie das bereits erwähnte Finanzkapital, das eine außerordentliche Fähigkeit zu weltumspannenden Verschiebungen und Umschichtungen erlangt hat (vor allem das spekulative Kapital).

Die Regionalisierung wird sich fortsetzen, sie ist langfristig eine mächtige Tendenz in der Ersten Welt und darüber hinaus auch notwendig für die Länder des Südens, wo sie noch in den Anfängen steckt. Die Regionalisierung ist in der Tat eine Stufe im unvermeidlichen Übergang zur Globalisierung.

- Trotzdem sind wir weit davon entfernt zu meinen, daß die widersprüchliche, konfliktreiche und zur Globalisierung übergehende Welt von heute nur Nachteile und Bedrohungen für unsere Länder und Völker bietet. Wir sind weit davon entfernt zu glauben, daß der beste Rat wäre, sich zu isolieren. Diese Welt von heute bietet auch Möglichkeiten und Vorteile für die Entwicklung, aber ihre Nutzung erfordert die Konzipierung und Verwirklichung alternativer nationaler Programme, die breitesten Konsens und ein starkes Engagement erzielen können.

Der Prozeß der Globalisierung ist mit Sicherheit unumkehrbar, aber er setzt keineswegs voraus, daß die Eingliederung der sogenannten Dritten Welt und im besonderen Lateinamerikas und der Karibik sich notwendigerweise in den Bahnen des Neoliberalismus vollziehen muß.

Der nationale Konsens, die regionale Integration und die diversifizierte Beziehung zur übrigen Welt sind Faktoren, die die alternativen Projekte gangbar machen können.

Die Entscheidung darüber zu treffen und auszuführen, darin bestehen Selbstbestimmung und Souveränität in der von Abhängigkeitsverhältnissen gekennzeichneten Welt von heute.

(...)

II. Lateinamerika und der karibische Raum heute

1. Die Gesamtsituation der Region

Nach mehr als zehn Jahren der Anwendung neoliberaler ökonomischer Modelle sind die Ergebnisse für die Gesamtheit der Länder Lateinamerikas und der Karibik im wesentlichen die gleichen: Neben dem ungleichmäßigen ökonomischen Wachstum und der relativen makroökonomischen Stabilität, die als Erfolge des Modells herausgestellt werden, hat sich die Zerstörung der Natur erheblich beschleunigt, und die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Armen auf dem Kontinent haben sich bedeutend verschlechtert, die „soziale Kluft" hat ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Zugleich bilden sich andere enorme strukturelle Ungleichgewichte heraus, darunter die Zerstörung eines großen Teils der produktiven Basis dieser Länder, mit wenigen Ausnahmen; die riesigen und untragbaren Handelsdefizite „fressen" die Devisen auf und verhindern, daß diese produktiv investiert werden können. Zusammen mit den fortdauernd hohen Auslandsschulden ersticken und blockieren sie die Entwicklungsmöglichkeiten auf mittlere und lange Sicht.

Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, das Wuchern des tertiären und des informellen Sektors verändern die Wirtschaften und die Gesellschaften. Das führt zur Schwächung verschiedener Körperschaften des Volkes, darunter Teilen der Gewerkschaften, während sich neue soziale Protagonisten herausbilden und organisieren, einige der schon bestehenden sich festigen, zu neuen Aktionsformen übergehen und großen Kampfgeist entwickeln. In verschiedenen Ländern werden erfolgreich Anstrengungen unternommen, den sozialen Bewegungen neues Leben zu verleihen und ihre Kämpfe für ihre konkreten Forderungen wie auch den Kampf um Demokratie zu intensivieren.

Der neoliberale Katechismus basiert auf der Entscheidung für eine Politik, die die makroökonomische Stabilität unter rein monetaristischer Betrachtung sichert. Sie beinhaltet die unbarmherzige Öffnung für den Außenmarkt von untergeordneten Positionen aus, die Liberalisierung und Deregulierung der ökonomischen Aktivitäten, die Entsagung des Staates von allen Funktionen der Leitung der ökonomisch-sozialen Entwicklung, die Privatisierung der Güter, Unternehmen und staatlichen Aufgaben, vor allem zum Nutzen der transnationalen Unternehmen und jener kleinen Gruppe einheimischer Unternehmer, die mit ihnen verbunden ist, die Durchführung tiefgehender regressiver und volksfeindlicher Steuerreformen usw.

Dieses dogmatische Gebot wird mit dem Versprechen gerechtfertigt, einen globalen Rahmen zu errichten, der den Umbau aller sektorialen ökonomischen Aktivitäten und der produktiven Basis im ganzen stimulieren könnte, mit dem Ziel, auf den Außenmärkten wettbewerbsfähig zu sein, auf diese Weise die Exporte immer mehr zu steigern, ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum zu erreichen und in der Folge den Nutzen an die Bevölkerung als ganzes „auszuschütten".

In der Praxis führt die künstliche Gegenüberstellung von makroökonomischer und sektorialer Politik, die der Neoliberalismus vornimmt, dazu, daß der eine „Teilbereich" der Wirtschaft eine scheinbare Stärkung erfährt, während der andere „Teil", die Sektoren der produktiven Basis, fortgesetzt geschwächt wird und mittelfristig kaum zu reaktivieren ist. So ist es in den meisten unserer Länder zu einem Niedergang der landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsaktivitäten bezüglich der nationalen Produktion gekommen. Das hat zur Marginalisierung breiter Teile der Bevölkerung geführt, darunter auch Teile der Mittelschichten, der kleinen und mittleren Unternehmer in Stadt und Land und selbst Sektoren der Bourgeoisie, die die neuen Monopol- und Oligopolbedingungen des Wettbewerbs, wie er durch die sogenannte Liberalisierung aufgezwungen wird, nicht überstehen. Im Ergebnis ist der sogenannte informelle Sektor der Wirtschaft schnell und massiv angewachsen.

Die Vertreter des Neoliberalismus erklärten, daß Maßstab für den Erfolg ihres Modells die Steigerung des Exportvolumens sein würde, dessen steiles Wachstum die Importe finanzieren und den Abbau der durch frühere politische Fehler angehäuften Auslandsschulden ermöglichen könnte; daß durch diese positive Entwicklung die ausländischen Privatinvestitionen reichlich fließen würden; daß die inländischen Investoren über genügend Mittel verfügen und sie in die Entwicklung investieren würden, stimuliert auch durch die zu ihren Gunsten getroffenen großzügigen steuerpolitischen Maßnahmen; und daß insgesamt die Finanzierung der Entwicklung gesichert sein würde.

In der Realität ist die Mehrzahl der Volkswirtschaften unserer Länder zu Importwirtschaften verkommen, das Gewicht ihrer Exporte im Welthandel hat sich verringert. Der sogenannte Index der Öffnung nach außen hat sich mehr durch das unaufhaltsame Anwachsen der Importe als durch die Steigerung der Exporte erhöht.

Das Handelsbilanzdefizit vergrößert sich Jahr für Jahr und wird nur kompensiert durch den Zustrom privaten und öffentlichen Auslandskapitals; die Auslandsverschuldung wächst unaufhörlich, und der Schuldendienst verschlingt einen wachsenden Teil der Exporterlöse. Die Binnenwirtschaften liegen mehr darnieder als zuvor, ihre heimische Basis ist zutiefst geschwächt. Das Modell funktioniert also keineswegs in der versprochenen Weise.

Obwohl selbst seine Hauptverfechter, wie die Weltbank, diesen nicht zu leugnenden Widerspruch zwischen dem Makroökonomischen und der wirtschaftlichen und sozialen Realität erkennen mußten, akzeptieren die meisten Regierungen der lateinamerikanischen und karibischen Länder weiter die neoliberalen Dogmen, um mit internationalen Finanzmitteln rechnen zu können.

Selbst die Weltbank bestätigt, daß die Armut angestiegen ist, aber sie beharrt darauf, daß das Heilmittel „noch mehr von derselben Medizin" sei: mehr Handelsöffnung, mehr Zollerleichterungen, mehr Liberalisierung der Wirtschaft und mehr „Kompensation", um das Elend der Armen erträglicher zu machen, das ein wesentliches Merkmal des Modells geworden ist und nicht nur eine zeitweilige Erscheinung – „bis die Anpassung geschafft ist".

Um den Völkern von diesen Rezepten noch mehr aufzuzwingen, muß sich der Neoliberalismus notwendigerweise von der Demokratisierungstendenz abwenden, die sich seit den achtziger Jahren auf dem Kontinent Bahn gebrochen hat, beflügelt durch den intensiven Kampf der demokratischen Kräfte und in einigen Fällen als Folge langer revolutionärer Kriege. Die Demokratisierung stellt ein Hindernis für den Neoliberalismus dar, und deshalb stärkt das Modell die Unterdrückungskapazität des Staates, während seine Fähigkeit zur Einflußnahme auf die Wirtschaft im Namen einer angeblichen ökonomischen Freiheit und im

Vertrauen auf die Wunderkräfte des Marktes abgebaut wird.

In einigen Ländern ist deutlich geworden, daß die Wahrnehmung der politischen Freiheiten nicht ausreicht, um eine Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit in Bewegung zu setzen, daß es darüber hinaus unerläßlich ist, die ökonomischen und sozialen Menschenrechte anzuerkennen, die der Neoliberalismus blockiert.

Und wenn diese politischen Rechte mit Hilfe des Volksvotums gegen offen neoliberale Regierungen in Anspruch genommen werden und zugunsten anderer Kräfte wirken, die andersgeartete Programme vertreten, dann annullieren die internationalen Finanzorganisationen die Volksentscheidung und zwingen den Regierungen das Programm auf, das sie anzuwenden haben. Die neoliberale Woge hat sogar die Tendenz, auf ideologischem Weg den Raum noch mehr einzuengen, in dem der souveräne Wille des Volkes die nationalen Geschicke bestimmen kann: Zu den alten Mythen und Tabus sind neue hinzugekommen, vorgeblich Ausdruck des „Realismus" und des „Modernismus", die wie unüberwindliche Mauern die Denkweise der Politiker, der Parteien, der Führer der sozialen Bewegungen und der programmatischen Plattformen einengen sollen.

Die Einführung des neoliberalen Schemas in unseren Ländern und die daraus resultierende soziale Polarisierung waren häufig von einem uferlosen Anwachsen der Korruption in der öffentlichen Verwaltung begleitet. Die Korruption in allen ihren Formen und ihre straflose Duldung ist Quelle unermeßlicher Bereicherung der bürokratischen und oligarchischen Cliquen, schränkt den Rechtsstaat ein, vertieft den Glaubwürdigkeitsverlust der Institutionen. In vielen Ländern verstärken sich Wahlenthaltung und Mangel an Vertrauen in die politischen Systeme und demokratischen Prozesse. Es wird immer mehr zu anderen Ausdrucksformen und Druckmitteln im politischen und sozialen Kampf gegriffen. Die produktiven Investitionen verflüchtigen sich, und im Endergebnis werden die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder blockiert.

Neoliberalismus ist mit Entwicklung und politischer, ökonomischer und sozialer Demokratisierung letztlich nicht vereinbar. Die Kräfte, die der Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie verpflichtet sind, müssen sich entschlossen dem Neoliberalismus entgegenstellen und ihm eine Niederlage bereiten, um vorwärts zu kommen.

(...)

III. Partizipative Demokratie, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung für Lateinamerika und die Karibik

Selbstverständlich kann es kein einheitliches alternatives Modell gegenüber dem Neoliberalismus als Rezept für alle und jedes unserer Länder geben. Aber es gibt gemeinsame Grundzüge, die in den Entwicklungsprojekten für jede unserer Nationen vorzufinden sein werden.

1. Die Menschen, die Völker und die Bewahrung des Lebens stehen im Mittelpunkt unseres Vorschlages

Die Entwicklungskonzeption muß ganzheitlich sein; die Ausübung und Verteidigung der Souveränität und der Schutz der nationalen Reichtümer, der soziale Fortschritt, ökonomisches Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung sowie tiefgehende Demokratisierung sind nicht voneinander zu trennen.

Die Individuen, ihre Würde, ihre Freiheit und ihre Rechte, ihr Wohlergehen und der Schutz des Lebens stehen im Mittelpunkt dieser Konzeption. Das bedeutet: die Armut zu überwinden, die extreme Ungleichheit und Marginalisierung der Frau zu beseitigen, die ökologischen Voraussetzungen für die Zukunft zu sichern, Ausbildungsniveau und Qualität der Bildung zu erhöhen, Gesundheit und Sicherheit der Bürger zu verbessern und generell die Lebensqualität der Bevölkerung zu heben, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger und gerechter zu machen, die Transparenz und die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und des Wahlsystems zu verbessern, entschiedene Schritte zur Durchsetzung der partizipativen Demokratie auf allen Ebenen des Staates und in allen Bereichen des nationalen Lebens zu unternehmen.

2. Partizipative Demokratien aufbauen

Die repräsentative Demokratie ist das offizielle Paradigma von Parteien und Regierungen, die verfassungsmäßige Norm des politischen Systems gewesen, wie auch die Ausübung des Wahlrechts ihr hauptsächlicher und zentraler Ausdruck ist. Abgesehen davon, daß dieses Paradigma durch Militärdiktaturen, die im 20. Jahrhundert in weiten Teilen des Kontinents herrschten, vergewaltigt und in den Staub getreten wurde und auch durch die übliche Praxis des Wahlbetrugs ständig verletzt wird, ist offensichtlich, daß die repräsentative Demokratie als politisches System unzureichend ist, um der Gesellschaft jene Räume zu sichern, von denen aus sie wirksam auf die Entscheidungen Einfluß nehmen könnte, die ihre Freiheit und Lebensqualität betreffen.

Die Schwierigkeiten, auf die die alternativen Projekte treffen, bestehen in den Grenzen, die die „bestehenden Machtverhältnisse" setzen, die ausländische Einmischung, der Widerstand der Oligarchien und der transnationalisierenden Eliten. Zuweilen resultieren sie auch aus einer bestimmten Bündnispolitik und aus Wahlkompromissen sowie aus einem breiten Spektrum sozialer, politischer und kultureller Faktoren, die jedem Land eigen sind. Nicht gering sind auch die Einschränkungen, die aus dogmatischer und sektiererischer Ideologie herrühren.

Auf die Erscheinungen des deutlichen Verfalls des politischen Systems muß man mit mehr Demokratie, mehr sozialem Rechtsstaat, Partizipation und Bürgerkontrolle über die politischen Geschäfte antworten.

Dies müßten Eckpfeiler der stabilen und dauerhaften Entwicklung unserer Länder werden. Das Thema der Demokratie ist eine Entscheidungsfrage auf unserem Kontinent. Man muß die Wahlsysteme demokratisieren, damit sie glaubwürdig und vertrauenswürdig werden. Man muß das Prinzip wählbarer Vertretungen in verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen einführen, wo es heute nicht existiert. Man muß die Informationshorizonte erweitern, die Objektivität und Qualität der Information verbessern und die Freiheit des Ausdrucks und der Organisation sichern. Aber vor allem ist es unabdingbar, reale Möglichkeiten für Beteiligung der Bürger und der Gemeinschaften an der Entscheidungsfindung, der Durchsetzung dieser Entscheidungen auf allen Ebenen und der Kontrolle über die Tätigkeit der Beamten und der öffentlichen Institutionen zu öffnen.

Die Demokratie zu stärken und zu vertiefen erfordert, von der reinen Ausübung des Wahlrechts zur Bürgerbetei-

ligung bei der täglichen Leitung der Geschicke des Landes zu gelangen, von der kommunalen, lokalen und regionalen Ebene bis zur nationalen, und es erfordert, diesen Prozeß durch eine Wiederherstellung der politischen Ethik, der Ethik der Parteien und Politiker zu begleiten, durch deren enge und lebendige Verbindung zu den Menschen und die Förderung und Entwicklung der Volkskontrolle als wesentliche und unerläßliche Form der demokratischen Bürgerbeteiligung.

Die politischen und Wahlprogramme dürfen nicht die Ideale, die Prinzipien und Grundwerte unserer weitergesteckten Ziele aufs Spiel setzen. Aber das Eintreten für die Bewahrung unserer Ideale darf auch nicht die unmittelbare politische Aktion lähmen.

3. Ein demokratischer und moderner Staat

Das Projekt des Volkes erfordert einen starken Staat, was kein Synonym für einen umfangreichen, bürokratischen Staat oder für Korruption ist: ein Staat, der bestimmten Mechanismen der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen ist, der die Nutzung der Überschüsse regelt und die Kosten und Ergebnisse nach den Kriterien der Angemessenheit und Gerechtigkeit verteilt. Dieser Staat soll Garant der rationalen Nutzung der eigenständigen Naturressourcen im Rahmen eines ökologisch nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungskonzepts sein.

Es ist unzweifelhaft, daß der öffentliche Sektor eine höhere Effizienz erlangen muß. Das bedeutet eine Neudefinierung seiner Funktionen und Aufgaben, um ihn als Promotor der Entwicklung, als Mechanismus zur Verteilung der Ressourcen und der Regulierung der ökonomischen und sozialen Sphäre zu legitimieren.

(...)

8. Globalisierung und regionale Integration

Die Eingliederung in den Globalisierungsprozeß kann nur vorteilhaft sein, wenn sie die nationale Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit, die menschliche Entwicklung und die Demokratie fördert. Es erscheint angebracht, die ökonomische Öffnung zur Welt als einen graduellen Prozeß zu realisieren, kombiniert mit selektiven Schutzmaßnahmen, durch Handelsabkommen mit anderen lateinamerikanischen und karibischen Staaten und mit anderen Ländern und Blöcken, ohne sich nur an einen Partner zu binden.

Die Fähigkeit zur Eingliederung in den Globalisierungsprozeß muß sich auf die Steigerung der Effizienz der eigenen Wirtschaft stützen, die erreicht werden muß, ohne die sozialen Rechte der werktätigen Klasse zu schmälern, sowie auf die regionale Abstimmung.

Es ist erforderlich, daß unsere Entwicklungsprojekte ein Gleichgewicht herstellen zwischen der Stärkung der Binnen- und Regionalmärkte, der effizienten Ersetzung von Importen, der Eingliederung in die Weltmärkte und der Öffnung auf dem Gebiet der Zollpolitik. Der Außenmarkt darf nicht mehr der ausschließliche Orientierungspunkt für die nationale Produktion sein.

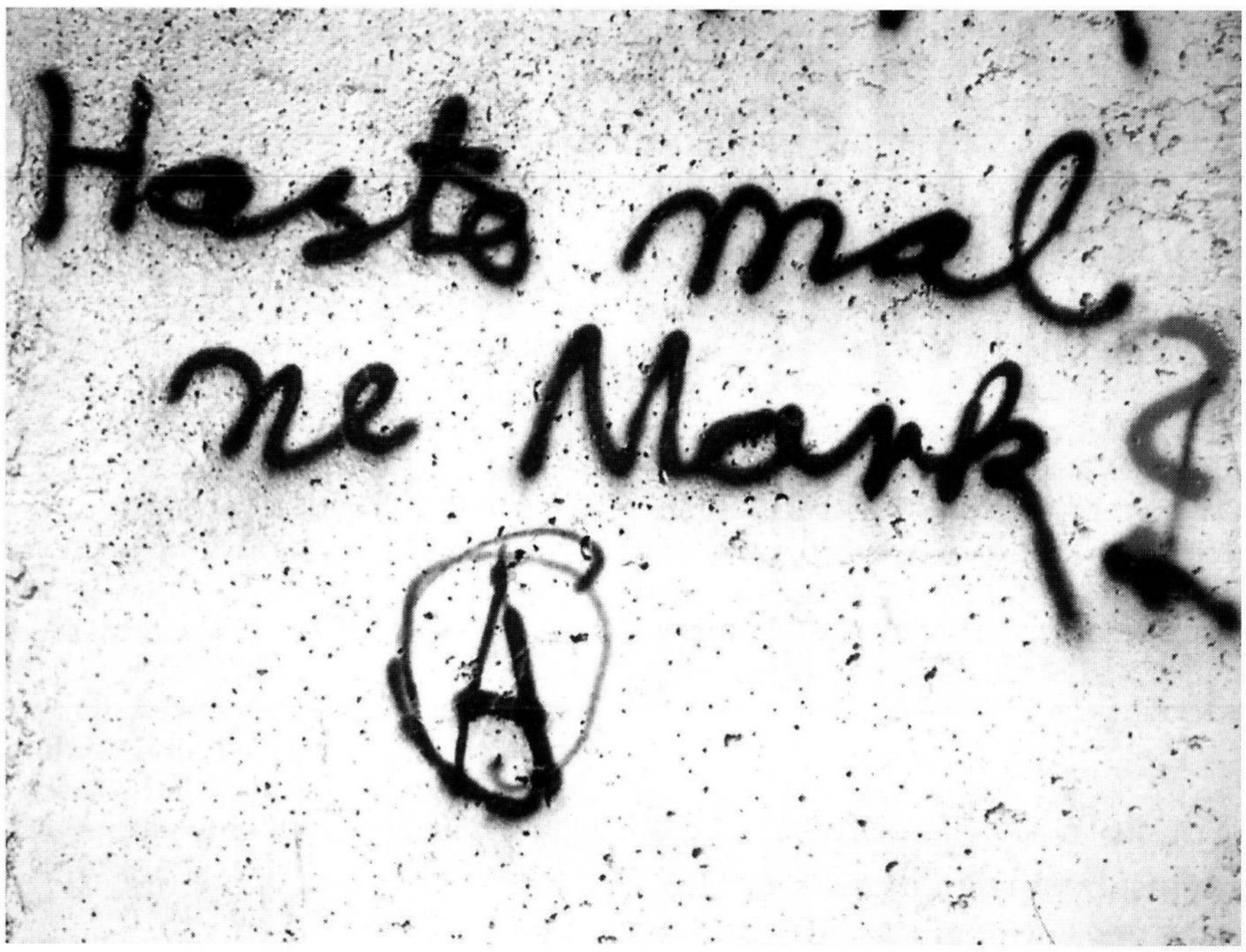


Foto: Jens Schuhmann

Graffiti in Berlin.

Die Substitution der Importe und der Schutz des nationalen Binnenmarkts sind Komponenten einer alternativen Politik, deren Ergebnisse in früheren Entwicklungsstrategien kritisch geprüft werden müssen, die aber nicht grundsätzlich verworfen werden sollte.

Die Entwicklungsstrategie auf dem Gebiet der Produktion sollte die Stärkung des Binnenmarktes und zugleich den Export im Blick haben.

Die Stärkung und Erweiterung des Binnenmarktes erfordert die Durchführung struktureller Reformen in der ökonomischen Basis und auch im institutionellen System.

Die Region müßte sich stärker und kreativer an den Foren und Organisationen der internationalen Gemeinschaft beteiligen, die mit den ökonomischen, Handels-, Finanz-, politischen und kulturellen Entwicklungsproblemen im Zusammenhang stehen, besonders an den Spezialorganisationen der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten und den subregionalen Organisationen.

Die Abstimmung über Integrationsabkommen und -prozesse, vor allem zwischen den Ländern unserer Region, ist wesentlich für die alternativen Vorschläge und Bestandteil des lateinamerikanisch-karibischen Gedankenguts.

Die Integration schließt nicht die Wahrnehmung der nationalen Interessen aus, sie wird als ein gradueller Prozeß angesehen und nicht als eine übereilte und unvorbereitete Umstrukturierung der nationalen Wirtschaften, die zu einem wirtschaftlichen und sozialen Schock führen könnte, der den ganzen Prozeß diskreditieren und verzögern würde. Die Integration muß als Prozeß in die Wege geleitet werden, sodaß sie zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Ergänzung der Länder der Region auf ökonomischem und sozialem Gebiet führt.

Nur durch die subregionale und regionale Integration wird es möglich sein, ein spezifisches Gewicht zu erreichen, das uns gestattet, erfolgreich mit den Wirtschaftsblöcken zu verhandeln, die sich heute in der Welt konsolidieren.

Das Projekt der regionalen Integration muß das unterschiedliche Entwicklungsniveau und die Heterogenität in der Region in Rechnung stellen. Um gerecht und solidarisch vorzugehen, wird es erforderlich sein, Präferenzmechanismen, positive Diskriminierungen und Entlastungen für solche Länder, Sektoren oder Zweige vorzusehen, die sonst durch diesen Prozeß geschädigt würden.

Andererseits ist die Integration nicht nur eine technische oder ökonomische Frage, sondern stellt eine vor allem politische Aufgabe dar, von so großer Reichweite und Bedeutung, daß sie nicht allein den Regierungen überlassen werden darf. An ihr müssen sich die politischen Parteien, die Gewerkschafts- und Bauernorganisationen, die Volksbewegungen, die Nichtregierungsorganisationen, die Unternehmer und alle jene beteiligen, die tatsächlich den Reichtum erzeugen.

Der Kampf der politischen Parteien und Bewegungen des Forums von São Paulo und der Gesamtheit der Volkskräfte für die Integration kann sich nicht auf den Rahmen ihrer jeweiligen Nationen beschränken und kann auch nicht auf die Zeit vertagt werden, wenn sie die Regierung übernommen haben; es handelt sich um eine gemeinsame Aufgabe, die zuallererst erfordert, zu erkennen, daß sich die heutige Welt in einer engen Wechselbeziehung zwischen dem Nationalen, dem Regionalen und dem Internationalen entwickelt.

(...)

10. Die Verteidigung der kubanischen Revolution ist die Verteidigung der Souveränität und Selbstbestimmung unseres Amerika

Unter den gegenwärtigen Umständen einer Neugruppierung und des Aufschwungs der sozialistischen, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Lateinamerikas und der Karibik ist es von entscheidender Bedeutung, das Recht des kubanischen Volkes zu verteidigen, sein Schicksal selbst zu bestimmen, frei von Einmischung und Druck seitens der USA.

Der Kampf Kubas um einen eigenständigen Kurs und um die Verfolgung seiner eigenen Strategie und Politik für ökonomische und soziale Entwicklung hat überragende Bedeutung für die übrigen Länder der Hemisphäre. Der wachsende Konsens auf dem Kontinent, von der US-Regierung die Achtung des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität Kubas zu fordern, ungeachtet aller traditionellen ideologischen Standortbestimmungen, ist hervorzuheben und zu begrüßen.

Niemals zuvor sind gesellschaftliche Organisationen, Unternehmergruppen, politische Parteien, akademische Kreise, Massenmedien und Regierungen des amerikanischen Kontinents so entschieden mit der Forderung nach Aufhebung der Blockade gegen Kuba und der Achtung seiner Souveränität hervorgetreten. Jedem ist klar, daß sich diese Forderung direkt aus der Notwendigkeit ableitet, die Souveränität und Selbstbestimmung jedes einzelnen unserer Länder gegen fremde interventionistische Bestrebungen zu unterstreichen.

IV. Das Forum von São Paulo, eine Alternative des gemeinsamen Kampfes für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung

Im Kampf gegen den Neoliberalismus, für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ist die intensive und aktive Mobilisierung und Zusammenführung der nationalen und Volkskräfte eine zentrale Aufgabe. Es geht um jene, die in Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Indio- und kommunalen Organisationen, Umweltgruppen, Frauenorganisationen, Kultur- und akademischen Organisationen zusammengeschlossen sind, um Universitäten und andere Zentren der Forschung und wissenschaftlichen Arbeit, und um die politischen Parteien.

Das Schlüsselelement für die Verwirklichung der Alternativprojekte, die den Erwartungen des Volkes entsprechen, bleibt die Macht. Das wesentliche Ziel der Parteien und Bewegungen des Forums von São Paulo, der politischen Kraft, die den Neoliberalismus zu Fall bringen will, ist es, die Macht zu erobern und sie für die Entwicklung, Abstimmung und Durchführung eines Projekts der integralen Entwicklung mit langfristiger Perspektive zu gebrauchen, für ein Projekt, dem ein Programm tiefer ökonomischer, politischer und sozialer Veränderungen zugrunde liegt und das die globale Tendenz der Verelendung der Mehrheit der Menschen und der Zerstörung der Umwelt umkehren soll. Es soll zum Ziel haben, die strukturellen und anderen Probleme zu lösen, die die Nationen bedrücken, die Streitkräfte und Polizeikräfte den gesellschaftlichen Interessen der Mehrheit unterzuordnen und eine Außenpolitik zur Verteidigung der Souveränität, der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit festzulegen.

Das alternative Projekt soll pluralistisch sein und fähig, die nationalen Energien in Bewegung zu setzen und zu bewirken, daß das Land vor der internationalen Gemeinschaft einheitlich auftritt.

Gleichzeitig ist es wichtig, regionale Bündnisse zwischen lateinamerikanischen und karibischen Regierungen und anderen sozialen und politischen Kräften, mit der übrigen Dritten Welt und mit den fortschrittlichen Kräften Nordamerikas, Europas und anderer Kontinente zu schließen.

Von diesen Positionen der subregionalen und regionalen Integration aus und mit diesen internationalen Bündnissen wäre eine Strategie der ökonomischen Beziehungen mit den verschiedenen Megablöcken in der Welt und mit den internationalen Finanzzentren vorteilhafter und effektiver zu gestalten. Diese Strategie wird die Souveränität wahren und müßte sich auf flexible und ideenreiche Initiativen stützen, um die Projekte der Entwicklung mit Gerechtigkeit zu unterstützen, indem man die Internationale Entwicklungsbank, die Weltbank usw. beim Wort nimmt.

Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist, einen Entwicklungskurs für unsere Länder zu artikulieren, der eine Alternative zum neoliberalen Kurs aufzeigt. Wir wollen dadurch erreichen, daß unsere Völker uns als vertrauenswürdige Kräfte anerkennen, die fähig sind, die ungerechte Realität der Marginalisierung, Armut, Unsicherheit und Rückständigkeit, in der sie leben, umzugestalten.

Wir fühlen uns den Rechten und der Würde der Individuen und der Bewahrung des Lebens auf unserem Planeten verpflichtet, die durch das herrschende System bedroht sind. Die theoretische Arbeit an diesem Projekt muß weitergeführt werden, um die Umrisse einer gerechteren Gesellschaft zu zeichnen und die langfristige Perspektive einer Entwicklung klarzustellen, die nicht auf den Kapitalismus begrenzt sein wird.

Dazu brauchen wir revolutionäre Ideen, wissenschaftliche Tiefe, Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit und Festigkeit bei der Beibehaltung des gewählten Weges. ■

Das Ende der Nationalökonomie

Globalisierung, Grenzen des Nationalstaats und die Krise des warenproduzierenden Systems

Robert KURZ

Schon seit einem Dreivierteljahrhundert ist die kritische Theorie der kapitalistischen Entwicklung weitgehend zum Stillstand gekommen. Während die kapitalistische Produktionsweise die Stufen einer rasanten Binnengeschichte durchlief, blieb das theoretische Bezugssystem der Kapitalakkumulation und ihrer inneren Schranken wie eine defekte Uhr spätestens in den zwanziger Jahren stehen.

Das theoretische und analytische Interesse verlagerte sich von der Akkumulations- und Krisentheorie auf die Äußerlichkeit bürgerlicher Willensverhältnisse, das heißt auf die subjektiven Präferenzen blind vorausgesetzter Waren- und Geldbesitzer einerseits und auf die staatliche sogenannte Wirtschaftspolitik andererseits.

Diese theoretische Verkürzung hatte ihren realhistorischen Grund. Denn in der Epoche der Weltkriege rückte der Entwicklungsprozeß des Kapitals selber die bürgerliche Massensubjektivität und die politische Sphäre in den Mittelpunkt. Den industrialisierten Krieg konnten keine Muschiks und Zipfelmützen-Untertanen mehr gewinnen. Auch in der ökonomischen Reproduktion des Kapitals verlangte die zweite industrielle Revolution des Fordismus die Ablösung der knechtsbescheidenen menschlichen Arbeitstiere durch subjektiv kalkulierende demokratische Massensubjekte. Die neue Stufe der Akkumulation, die den Kapitalismus erstmals zum flächendeckenden System machte, konstituierte eine „fordistische Kohärenz" der Massenproduktion hochwertiger Konsumgüter (Autos, Haushalts- und Unterhaltungselektronik), der Masseneinkommen in Form des Geldlohns und des Massenkonsums von Waren.

Aufstieg und Fall der politischen Regulation

Schon in den Turbulenzen der fordistischen Transformation hatte die Weltwirtschaftskrise gezeigt, daß ein derart hybrides System des totalen „Vollkapitalismus" nicht ohne einen qualitativen Sprung der staatlichen Regulation zu haben ist. Nicht nur die Entwicklungsdiktaturen einer „nachholenden Modernisierung" im Osten und später im Süden mit ihrer oberflächlich sozialistischen ideologischen Legitimation machten den Staat zum „Generalgouverneur" des warenproduzierenden Systems und seiner „fordistischen Kohärenz". Auch der westliche Keynesianismus favorisierte den verstärkten staatlichen Eingriff; zwar sollte der Staat dabei nicht zum „sozialistischen" Generalunternehmer, aber doch zum makroökonomischen Regulator der „Volkswirtschaft" avancieren. Als das „Wirtschaftswunder" nach dem Zweiten Weltkrieg die Erinnerung an das Krisenproblem allmählich verblassen ließ, wurde die mehr oder weniger keynesianische Regulation zumindest in West- und Mitteleuropa zur großen Umverteilungsmaschine, auf die sich die politischen Subjekte in ihren Auseinandersetzungen bezogen.

Schon in den siebziger Jahren war jedoch die zweite industrielle Revolution des Fordismus als Stufe der Kapitalakkumulation historisch ausgebrannt. Seither hat die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik erstmals in der Geschichte des Kapitalismus weltweit in wachsendem Maße mehr kapitalistische Arbeitsplätze wegrationalisiert, als durch Expansion der Märkte zusätzlich eingesaugt werden konnten. Die damit verbundene „Krise der Arbeit" markiert aber auch die innere Schranke des Kapitals selbst, insofern dieses in letzter Instanz an die reale Wertsubstanz „abstrakter Arbeit" (Marx) gebunden bleibt. Die dritte industrielle Revolution löst nicht nur den hybriden Vollkapitalismus der „fordistischen" Entwicklungsstufe und die Existenzbedingungen der kapitalistischen Peripherie auf, sondern droht überhaupt das moderne warenproduzierende System und dessen Logik der Verwandlung von „abstrakter Arbeit" in Geld aus den Angeln zu heben.

Es ist offensichtlich, daß die seit den zwanziger Jahren nicht mehr innovativ behandelten Probleme der Akkumulations- und Krisentheorie verschärft und auf einer bis jetzt gar nicht reflektierten neuen Entwicklungsstufe zurückkehren. Aber nur widerwillig und oberflächlich hat die Linke den Faden der Krisentheorie aufgegriffen, um ihn schnell wieder fallenzulassen. Dem Trägheitsgesetz einer auf die politischen Subjekte des warenproduzierenden Systems verkürzten Begriffsbildung folgend wurde stattdessen seit Ende der siebziger Jahre als Reaktion auf die strukturelle Krise allmählich die sogenannte Regulationstheorie hegemonial.

Dieser Ansatz verallgemeinerte die Problematik der keynesianischen Regulation, die auf die historische Entwicklungsstufe der (fordistischen) zweiten industriellen Revolution bezogen war, für einen abstrakten Begriff des Kapitalismus überhaupt, der nun als eine (im Prinzip endlose) Abfolge von „Akkumulations- und Regulationsmodellen" erschien. Natürlich kann man metaphorisch für bestimmte Zusammenhänge den Begriff des „Modells" verwenden, aber in der Diktion der Regulationstheorie wurde daraus eine geradezu ahistorische Bestimmung. Geschichte und Krise reduzieren sich dann auf einen bloßen „Modellwechsel" innerhalb eines zeitlos gewordenen Kapitalismus. Die Frage der inneren Schranke wird eskamotiert. An die Stelle der akkumulations- und krisentheoretischen Fragestellung im eigentlichen Sinne tritt die Debatte über eine „politische Theorie" für das vermeintliche „nächste" Akkumulations- und Regulationsmodell. Das historische Unikat des Fordismus-Keynesianismus als Ausdruck einer nie wiederkehrenden Entwicklungsstufe wird so in abstraktifizierter Form zum falschen Begriff der Zukunft und die darauf bezogene Linke auch explizit zu jenem Wurmfortsatz des Keynesianismus, der sie de facto sowieso schon seit langem war.

Das Glück des Schwelgens in politischen Reformkonzepten, die von Jahr

zu Jahr seichter ausfielen, wird jedoch inzwischen erheblich getrübt durch eine Metamorphose des Kapitals, die seit den neunziger Jahren unter dem Stichwort „Globalisierung" firmiert und die sich dem Zugriff politischer Regulation grundsätzlich zu entziehen scheint. Obwohl diese Entwicklung selber ein Moment der säkularen Krise ist, hat die Debatte darüber erst recht nicht zu einer Erneuerung der Krisentheorie geführt. Die Globalisierung scheint vielmehr das strukturelle Krisenproblem zu überlagern, sie wird quasi als neue Entwicklungsstufe des „ewigen" Kapitalismus wahrgenommen, vergleichbar mit der industriellen Revolution. Dabei findet ein logischer „Ebenensprung" in der Argumentation statt, denn die Globalisierung steht keineswegs für sich, sondern ist selbst Bestandteil der mikroelektronischen Revolution. Deswegen eröffnet sie keine „Chancen" einer neuen „postindustriellen" Entwicklungsstufe, sondern strukturiert nur die Verlaufsformen einer Krise neuen Typs jenseits des bisher gewohnten Bezugssystems.

Nationalökonomie und Weltmarkt

Die Kapitalakkumulation und ihre marktwirtschaftliche Realisationssphäre waren noch nie eine rein nationale Angelegenheit. Das Verhältnis von Kapital und Nationalstaat ist wie das von Henne und Ei; es gibt dabei keine eindeutige historische Kausalität. Nach dem Weltsystem-Theoretiker Immanuel Wallerstein entstand die kapitalistische Produktionsweise zunächst sogar auf dem Boden des frühen Weltmarkts seit den sogenannten Entdeckungen (deren Triebkraft kommerzieller Natur war), noch bevor sich eigentliche Nationalökonomien herausgebildet hatten. Dennoch kann es keinen Zweifel geben, daß sich zusammen mit der ersten industriellen Revolution im 19. Jahrhundert die kapitalistische Reproduktion in nationalökonomischen Räumen verdichtete, deren „ideeller Gesamtkapitalist" (Marx) der moderne Nationalstaat wurde. Diese Staatsmaschine, die verschiedene Entwicklungsstufen und Erscheinungsformen von der Cromwell-Diktatur bis zur Nachkriegs-Demokratie durchlief, bezog ihre „Souveränität" als Erbe des Absolutismus zunächst aus dem Gewaltmonopol nach innen und außen, aus der Steuerhoheit und schließlich aus der Geldhoheit (nationale Notenbanken als staatliche Institutionen). Erst allmählich kamen mehr und mehr infrastrukturelle und sozialstaatliche Aufgaben hinzu (Bildungs- und Gesundheitswesen usw.).

Im Zusammenspiel von Kapitalakkumulation und Staatsaufgaben (die bis zum Ersten Weltkrieg keine makroökonomische Staatsregie einschlossen) entstanden so kohärente Nationalökonomien, für die der Weltmarkt zum sekundären Bezugssystem wurde, während sich der Großteil der kapitalistischen Reproduktion „innerhalb der Mauern" vollzog. Die Beziehungen auf dem Weltmarkt erschienen daher im wesentlichen als Export bzw. Import zwischen verschiedenen relativ unabhängigen Nationalökonomien (nur in diesem Bezug machen solche Begriffe überhaupt Sinn, nach denen bis heute die Statistik des Welthandels strukturiert wird). Und selbstverständlich bildet diese Art der Verflechtung auch jetzt noch ein Moment des Weltmarkts. Es werden also in einem Land produzierte Waren auf den Märkten eines anderen Landes verkauft, und darüber gab es und gibt es ein ständiges Gerangel unter den Nationalstaaten. Kein Land will eine „negative Handelsbilanz" haben, weil dadurch Außenverbindlichkeiten und damit Abhängigkeiten entstehen.

Dieser Export und Import von Waren bezieht sich zunächst einmal auf Rohstoffe, Vor- und Zwischenprodukte. Weil zum Beispiel in Deutschland nicht genügend Eisenerz zu fördern ist, importiert die deutsche Stahlindustrie traditionell Erz aus Skandinavien, damit sie überhaupt produzieren kann (auch für den eigenen Binnenmarkt). Eine höhere Stufe ist der wechselseitige Export und Import von Fertigprodukten, der zu einer internationalen Spezialisierung führt. Schon Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelte dazu der ökonomische Klassiker David Ricardo seine berühmte Theorie der „komparativen Vorteile" eines solchen internationalen Handels. Am Beispiel der Produktion von Wein und Textilien in Portugal und England zeigte er, daß eine Spezialisierung Portugals auf Wein und Englands auf Tuch bei wechselseitigem Austausch für beide Seiten auch dann vorteilhaft sein kann, wenn beide Waren in beiden Ländern hergestellt werden könnten und England in beiden Fällen Produktivitätsvorteile hätte. Denn durch die beiderseitige Konzentration der Arbeitskraft auf den jeweils relativ produktiveren Sektor ergibt sich auch für beide ein relativer Kostenvorteil.

Grundsätzlich gilt Ricardos berühmtes Exempel jedoch nur dann, wenn erstens das Produktivitätsgefälle zwischen den austauschenden Ländern ein gewisses Ausmaß nicht überschreitet und zweitens auf beiden Seiten die volle Fertigungstiefe des jeweiligen Endprodukts beherrscht wird. Klafft das Produktivitätsniveau zu weit auseinander oder kann das eine Land nur Rohstoffe gegen Fertigprodukte liefern bzw. muß die Technologie für die eigenen Fertigprodukte anderswo einkaufen, dann bluten die schwächeren Handelspartner durch einen Verfall ihrer „terms of trade" (Preisrelationen des Außenhandels) unvermeidlich aus, das heißt sie müssen unverhältnismäßig viel eigene Arbeitskraft aufwenden, um das Produkt von viel weniger fremder Arbeitskraft erwerben zu können. In diesen Fällen erweist sich Ricardos Theorie als schlichte Milchmädchenrechnung. Tatsächlich gab es beim Handel der kapitalistischen Zentren mit der Peripherie und den Kolonien bzw. der späteren Dritten Welt für letztere nur in wenigen Ausnahmefällen „komparative Vorteile", im großen und ganzen jedoch einen heute sogar noch forcierten Ausblutungsprozeß.

Die Flucht in den Warenexport

Globalisierung bedeutet hinsichtlich der Entwicklung des traditionellen Außenhandels zunächst eine quantitative Expansion. Exporte und Importe der kapitalistischen Zentren untereinander und mit der Peripherie, aber auch zwischen den armen Ländern selbst sind in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen. Sogar derart stark binnenorientierte Ökonomien wie die der USA oder Chinas haben heute einen größeren Außenanteil als jemals zuvor. Die sprunghafte Entwicklung des Außenhandels nach dem Zweiten Weltkrieg und noch einmal seit der mikroelektronischen Revolution zeigt sich im säkularen Vergleich besonders deutlich bei einem traditionell exportorientierten Land wie Deutschland. Lag der Anteil des Exports am Sozialprodukt 1913 im Deutschen Reich bei 17 Prozent, so fiel er bis 1938 auf ein Tief von 5,2 Prozent, um in der Nachkriegs-BRD bis 1985 auf das Rekordhoch von 29,1 Prozent zu klettern. Die globale quantitative Expansion des Außenhandels ist jedoch auch von einer qualitativen Veränderung begleitet. Zunehmend spezialisieren sich die Länder nicht mehr auf bestimmte Produkte, was ja eine Voraussetzung für

Ricardos Theorie gewesen war, sondern alle liefern einander alles: die USA Fertigsuppen, Autos und Chips nach Europa und Japan; Japan und Europa Fertigsuppen, Autos und Chips in die USA usw. Eine solche Art Steigerung des Außenhandels ist nicht nur ein absurdes Theater und eine Vergeudung von Ressourcen, sie hat auch nichts mehr mit irgendwelchen „komparativen Vorteilen" zwischen Nationalökonomien zu tun. Vielmehr handelt es sich um die Kehrseite der kapitalistischen Strukturkrise selbst. Denn nicht aus Gründen allgemeiner Wohlfahrtssteigerung expandierte der Außenhandel seit den siebziger Jahren derart massiv, sondern genau umgekehrt als Folge der zunehmenden industriellen Massenarbeitslosigkeit und der allgemeinen Lohnsenkung durch postindustrielle „Mac-Jobs".

Die „fordistische Kohärenz" innerhalb der Nationalökonomien zerbricht. Da die mikroelektronische Revolution die Produktivität steigert wie noch nie und gleichzeitig die Massenkaufkraft auf frühkapitalistisches Niveau zurückbombt, flüchten die Produktionsunternehmen aus dem vertrocknenden eigenen Binnenmarkt auf die Exportmärkte. Dort treffen sie sich und es tobt ein globaler Verdrängungswettbewerb in allen Branchen. Die Abwehrversuche der Staaten bleiben trotz eines weiterschwelenden Protektionismus schwächlich, weil alle derselben Strukturkrise und derselben Verwüstung des Binnenmarkts unterliegen. Die vermeintlichen politischen Souveräne müssen mit allen Mitteln die Exportindustrien hätscheln und der globalen betriebswirtschaftlichen Schlacht hilflos zusehen.

Foto: Argus

Vom Kapitalexport zum transnationalen Krisen-Kapitalismus

Verliert der Weltmarkt auf diese Weise schon auf der Ebene traditioneller Exporte und Importe von Waren seinen Charakter als Beziehung zwischen relativ unabhängigen Nationalökonomien, so wird dies noch deutlicher auf der Ebene des Kapitalexports. Diese Erscheinung rückte erst im 20. Jahrhundert ins Blickfeld und war bekanntlich Gegenstand der marxistischen Debatte im Ersten Weltkrieg. Im Vergleich zum bloßen Warenexport handelt es sich dabei um eine höhere Ebene der Außenverflechtung: Unternehmen exportieren nicht mehr im eigenen Land hergestellte Waren auf ausländische Märkte, sondern gründen oder kaufen im Ausland Unternehmen, um für die dortigen Märkte zu produzieren. Zu Beginn des Jahrhunderts warf dieser Kapitalexport (sowohl in andere entwickelte Länder als auch in Kolonien und periphere Gebiete) noch die Frage der politischen „Einflußzonen" von imperialen Nationalökonomien bzw. Nationalstaaten auf und war mit ein Grund für den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der Kapitalexporte nicht nur quantitativ zu, sondern es deutete sich auch eine Verkehrung von betriebswirtschaftlicher und nationalökonomischer Rationalität an: Schon die multinationalen Konzerne („Multis") der siebziger Jahre waren nicht mehr eindeutig Bestandteile einer nationalökonomischen Strategie, sondern ansatzweise „Staaten in den Staaten", oder besser gesagt quer zur Staatenwelt liegende Fremdkörper; teilweise sogar mit eigenen militärischen Aktivitäten. Der Prozeß der Globalisierung brachte seit den achtziger Jahren auch in dieser Hinsicht eine sprunghafte Beschleunigung: „Während in den siebziger Jahren die Zahl der multinationalen Unternehmen einige hundert nicht überstieg, sind es heute mehr als 40.000. Und das gesamte Geschäftsvolumen der 200 weltgrößten Unternehmen beträgt mehr als ein Viertel der globalen Wirtschaftstätigkeit. Dabei beschäftigen diese 200 Unternehmen nur 18,8 Millionen Menschen, also nicht einmal 0,75 Prozent der Arbeitskraft der Welt" (Ignacio Ramonet, »Le Monde diplomatique« 1/1997).

Was formal als Kapitalexport zwischen Nationalökonomien erscheint, ist längst etwas qualitativ anderes, nämlich die Konstitution eines trans-

nationalen Kapitals, dessen betriebswirtschaftliches Kalkül nicht mehr auf einen nationalökonomischen Raum, sondern direkt auf den Weltmarkt bezogen ist. Bei Siemens überschritt der Anteil der „ausländischen" Beschäftigten in den neunziger Jahren erstmals den der „inländischen"; dasselbe gilt für den Umsatz. Und Sony-Präsident Nobuyuki Idei erklärte offen: „Wir sind keine japanische Firma. Wir sind ein globales Unternehmen, das seinen Sitz nur aus historischen Gründen in Japan hat. Nur 30 Prozent unserer Umsätze kommen aus Japan" (»Der Spiegel« 5/1997). Aber dieses neue „globalitäre Regime" (Ramonet) des Kapitals ist ebensowenig wie die Steigerung der Exportquoten von Waren eine reines Entwicklungsphänomen, sondern getrieben von der strukturellen Krise und seinerseits diese Krise treibend. Auf die Flucht der Waren in den Export folgt logischerweise die Flucht des Kapitals auf die global verstreuten „Wachstumsinseln". Dabei wird mitnichten ein neues und zusätzliches Terrain der Kapitalakkumulation geschaffen. Denn zum einen führt die als „Kapitalexport" firmierende Globalisierung der Investitionen in der Regel nicht zu Neugründungen, sondern zum Aufkauf und „Ausschlachten" bereits existierender Unternehmen, die entweder durch Rationalisierung ausgedünnt oder überhaupt stillgelegt werden, weil sie nur zwecks Ausschaltung von Konkurrenz erworben wurden.

Zum andern beschränkt sich die globale Diversifikation nicht darauf, an verstreuten Standorten für die dortigen Märkte zu produzieren. Vielmehr hat sich bei den globalen Unternehmen ein mikroelektronisch vernetztes Verbundsystem sogenannter „transnationaler Wertschöpfungsketten" entwickelt, das für beliebige Märkte produzieren kann: Während die arbeitsintensive Produktion in Polen oder China und die automatisierte Endmontage in Deutschland läuft, die Betriebsabrechnung in Indien abgewickelt wird, die Forschung in den USA sitzt und die Steuern in Belgien oder auf den Kayman-Inseln anfallen, kann das Produkt dieser Kette in Deutschland ebenso wie in Japan oder in einer Kaufkraft-Nische in Nairobi auf den Markt kommen.

Über die rein technischen Potentiale der mikroelektronischen Revolution hinaus potenziert die Dynamik der Globalisierung die Ausdünnung sämtlicher Produktionslinien durch „Wegrationalisieren" ganzer Ebenen der Unternehmensstruktur. In einem Eskalationsprozeß verschärft sich daher die Krise von Arbeit und Realakkumulation dramatisch. Die auf der ganzen Welt in immer neuen Schüben sinkende Massenkaufkraft erzeugt sowohl bei den Kapitalinvestitionen als auch bei der Warenproduktion den Zwang zur galoppierenden globalen Diversifikation, aber durch den Verdrängungswettbewerb auf einer immer schmaleren Basis. Jede neue Runde der Globalisierung ist von massenhafter Kapitalvernichtung begleitet.

Diese Kapitalvernichtung macht aber nicht wie in früheren Entwicklungsstadien des Kapitalismus den Weg frei für einen neuen säkularen Akkumulationsschub durch neue Industrien. Es handelt sich also nicht um eine im kapitalistischen Sinne „schöpferische Zerstörung" (Schumpeter). Denn die mikroelektronische Rationalisierung, betriebswirtschaftlich durch den Mechanismus der globalisierten Konkurrenz erzwungen, ätzt die lebendige Arbeit als einzige gesamtkapitalistische Wertschöpfungsquelle immer schneller weg und überholt die Expansionsfähigkeit aller neuen Produkte bei weitem. Die Globalisierung stellt so nur für einzelne Unternehmen (von ihrem betriebswirtschaftlich bornierten Standpunkt aus) vorübergehend eine Erweiterung ihrer Märkte dar, nicht jedoch für das Gesamtkapital. Der Kapitalismus wird zum autokannibalistischen System.

Die Kompetenz der Staaten gegenüber der Ökonomie verfällt auf diese Weise weiter. Sie müssen nicht nur die Exportindustrien einseitig fördern, sondern sogar zunehmend darum betteln, daß das in seinem Überlebenskampf transnational gewordene Kapital auf dem Territorium ihres „Standorts" überhaupt noch eine Produktion für den Weltmarkt betreibt und nicht anderswohin abwandert, wo die Bedingungen kostengünstiger sind. Statt „ihre" jeweils eigenen Exportindustrien irgendwie politisch dirigieren zu können, müssen die Staaten durch Steuerdumping, Sozialdumping und Ökodumping untereinander um die Gunst der transnationalen Kapitalinvestitionen konkurrieren. Der Staat verliert also de facto seine Steuerhoheit und seine Souveränität in großen Teilen der Gesetzgebung.

Fiktives Kapital und transnationale Finanzmärkte

Die Abwärtsspirale des kapitalistischen Systems über Rationalisierung und Globalisierung verstärkt sich durch die Verselbständigung des (zinstragenden) Geldkapitals gegenüber der realen Warenproduktion. Weil die Realakkumulation lahmt und Erweiterungs- bzw. Arbeitsplatz-Investitionen immer weniger rentabel werden, drängt seit Beginn der achtziger Jahre eine wachsende Masse von Geldkapital aus den jeweils vorangegangenen Reproduktionsperioden in den reinen Finanzüberbau. Waren schon die „fordistische Kohärenz" und die keynesianische Regulation nur durch eine ständig steigende Kreditzufuhr und damit einen Vorgriff auf „zukünftige Arbeit" möglich gewesen, so findet nun eine unmittelbare „positive Rückkoppelung" des Geldkapitals auf sich selber statt. Das Geld als Ware, das eigentlich nur in Form von Krediten für die Produktion von realen Waren kapitalistisch fungieren kann, tritt scheinbar auf gleicher Ebene neben die realen Waren und durchläuft einen eigenen inhaltslosen „Produktionsprozeß". In demselben Maße, wie sich das Realkapital autokannibalistisch selber auffrißt, wächst spiegelbildlich das reine, den Finanzüberbau nicht mehr verlassende Geldkapital an und simuliert auf diese Weise einen ungestört weiterlaufenden Akkumulationsprozeß. Die Verwertung des Geldes verlagert sich also zunehmend simulativ auf das „fiktive Kapital" (Marx) der spekulativen Finanzmärkte (Aktien-, Immobilien- und Devisenspekulation, Finanzderivate) und suggeriert die Möglichkeit eines substanzlosen Wachstums, das gar nicht mehr den Umweg über die betriebswirtschaftliche Vernutzung menschlicher Arbeitskraft nimmt.

Gerade auf diesem Sektor des „fiktiven Kapitals" ist die Globalisierung am weitesten vorangeschritten. Die mikroelektronische Revolution hat finanzielle Transaktionen unabhängig von Entfernungen und Zeitzonen in „Echtzeit" möglich gemacht, weil „körperlose" elektronische Buchungsimpulse im Unterschied zu realen Waren und Dienstleistungen keinerlei Kapazität und Zeit für Produktion und Transport benötigen. Mit dieser technischen Möglichkeit und unter dem Verwertungsdruck des „fiktiven Kapitals" haben sich transnationale Finanz- und Spekulationsmärkte herausgebildet, die praktisch exterritorial funktionieren und den Staaten das letzte Szepter ökonomischer Souveränität entreißen: die Geldhoheit und Geldpolitik der nationalen Notenbanken. So groß ist die Masse des tagtäglich auf globaler Ebe-

ne frei zirkulierenden Geld- und Spekulationskapitals geworden, daß die Notenbanken selbst mit konzertierten Aktionen nicht mehr dagegen intervenieren können.

Gleichzeitig wird die Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber den transnationalen Finanzmärkten dadurch gelähmt, daß er von der Zufuhr des Kredits aus diesem Bereich immer abhängiger wird, weil sich sein finanzieller Spielraum binnenökonomisch von Jahr zu Jahr mehr verengt. Durch die Globalisierung tendieren die Steuern aus Vermögen und Gewinnen gegen Null, sodaß die verbliebenen Lohneinkommen bis über die Schmerzgrenze belastet werden und das Steueraufkommen dabei weiter sinkt, weil ein stetig wachsender Teil der Bevölkerung aus der kapitalistischen Reproduktion ausgespuckt wird. Die absolute Masse der Verarmung wächst schneller als die Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sodaß die Sozialkosten trotzdem steigen. Allen antisozialen Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung zum Trotz explodiert die Staatsverschuldung weltweit, während die nationalen Sparquoten längst nicht mehr ausreichen.

Das „fiktive Kapital" wird so auf einer zweiten Ebene noch einmal fiktionalisiert, indem sich die Staaten auf den transnationalen Finanzmärkten hemmungslos verschulden und die Einnahmen einer immer ferneren Zukunft schon heute verbrauchen. Dasselbe gilt für die global zunehmende Verschuldung der Produktionsunternehmen und der Konsumenten, die im Unterschied zu den Zeiten fordistischer Akkumulation nicht mehr durch langfristige Gewinne und Einkommen abgesichert ist. Während die Last der Verzinsung auf allen Ebenen eine „Schuldenkrise" nach der anderen hervortreibt, wächst das substanzlose transnationale Geldkapital ungebremst weiter. Die Renditen aus dem verselbständigten Geldgeschäft sind realökonomisch unerreichbar. So investieren nicht nur die großen institutionellen Anleger wie Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften, sondern auch die großen Konzerne, die staatlichen oder kommunalen Verwaltungen und Privatleute vorrangig in den Blähungsprozeß der Finanz- und Spekulationsmärkte.

Auf der einen Seite bricht die reale Reproduktion von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten weg, auf der anderen Seite rechnen sich diejenigen reich, die vorläufig im „Kasinokapitalismus" noch mithalten können. In der ganzen Gesellschaft macht sich eine „Kultur der Simulation" breit, die auch den postmodernen Geistesbetrieb prägt. Die Aktiengesellschaften werden mit dem Konzept des „Shareholder value" dazu gezwungen, im Interesse kurzfristiger und rein spekulativer Anleger zur Substanzverschleuderung überzugehen, nur um die Aktienkurse permanent nach oben zu treiben. Überhaupt wird die ganze Gesellschaft darauf ausgerichtet, sich vollständig und bedingungslos den Interessen der Besitzer und Verwalter von Geldkapital zu unterwerfen. Aber diese scheinbar überwältigende Macht des neuen transnationalen Finanzkapitalismus ist hohl. Denn im Unterschied zum alten Finanzkapital der fordistischen Epoche forciert der „Kasinokapitalismus" nicht die Realakkumulation, sondern muß so tun, als könne er sie ersetzen. Auch die Globalisierung des Geldkapitals ist keine eigene neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus, sondern eine Verlaufsform seiner Selbstzerstörung.

Südostasien: das entzauberte Wunder

Manche Beobachter neigen zu der Ansicht, daß die Globalisierung des Kapitals nur für die alten Industriegesellschaften des Westens als Krise erscheint und in Wirklichkeit den Schwerpunkt der Realakkumulation nach Südostasien verlagert. Angeblich ist das „pazifische Jahrhundert" des jungen und hungrigen asiatischen Kapitalismus angebrochen, der ein neues „konfuzianisches Modell" kreiert und das „kulturelle Kapital" (Bourdieu) seiner spezifischen Traditionen für eine dem Westen überlegene Akkumulationsform ausmünzt: Vollbeschäftigung und Knappheit der Arbeitskraft statt Massenarbeitslosigkeit, zweistellige Wachstumsraten statt Dauerstagnation, nationale Erfolgsstories der Globalisierung statt Krise der Nationalökonomie, starke Staatsregie statt Souveränitätsverlust gegenüber dem transnationalen Kapital.

Solche Einschätzungen lassen sich grob vom Augenschein einer schon wieder vergehenden Oberfläche der Entwicklung täuschen. Mit Ausnahme Japans, dessen Industrialisierung parallel zur westlichen lief, operiert kein einziger der südostasiatischen Newcomer mit einer mikroelektronisch hochgerüsteten Maschinerie, die auf hohe Produktivität ausgerichtet ist, weil sie diese Ausrüstung weder selbst herstellen noch für ihre gesamte Industrie bezahlen können. Damit verfehlen sie das entscheidende Kriterium dauerhafter Konkurrenzfähigkeit von vornherein. Südostasien wirft kein neues „Akkumulationsmodell" in die Waagschale, sondern eine prekäre Kombination aus Billiglohn und heruntermanipulierten Wechselkursen für die „Exportindustrialisierung".

Soweit es sich dabei um ein „Modell" handelt, ist es ein primitives mit einer äußerst kurzsichtigen Kalkulation, das zu einem schnellen Ausbrennen verurteilt ist. Wenn ein Land mit tausend Arbeitern und altfordistischer Basistechnologie soviel produziert wie ein einziger westlicher Arbeiter in einem automatisierten High-Tech-Aggregat und dieses Produkt trotzdem auf den Weltmärkten durch Armutslöhne und niedrige Wechselkurse billiger anbieten kann, dann handelt es sich dabei um einen (vorübergehenden) äußerlichen Vorteil, aber um keinerlei zusätzliche Realakkumulation. Denn weil „Wert" ein relativer Begriff ist, der sich auf den Maßstab eines gegebenen und nur nach oben veränderlichen Produktivitätsniveaus bezieht, schöpfen die tausend kein bißchen mehr Wert als der eine. Von einem neuen historischen Akkumulationsschub in Südostasien kann also keine Rede sein.

Berauscht von den schnellen Erfolgen ihres vermeintlichen „Modells" haben die asiatischen Tigerländer mechanisch eine Erweiterungs-Investition an die andere gereiht. Der hohe Kapitaleinsatz diente so gut wie gar nicht einer Erhöhung der Produktivität, sondern war von einem ebenso hohen Einsatz billiger Arbeitskraft begleitet. Selbst wenn die Tigerländer High-Tech-Produkte wie Chips und Unterhaltungselektronik herstellen, beherrschen sie nur einen Bruchteil der Fertigungstiefe und müssen die wichtigsten Maschinen importieren. Die Infrastruktur, deren unproduktiven Kostendruck man umgehen will und die deshalb vernachlässigt wird, bleibt weit hinter den Anforderungen der einseitigen Exportproduktion zurück und ist hoffnungslos überlastet. Es existieren keinerlei moderne Sozialversicherungssysteme; stattdessen verläßt man sich auf archaische Familienverbände und die Garantie lebenslanger Arbeitsplätze in den „Betriebsfamilien" der Exportindustrie.

Dieses „Modell" ist bereits in sein Verfallsstadium eingetreten. Durch den gemessen am Weltniveau völlig überhöhten Faktoreinsatz der Arbeitskraft

wird diese knapp und damit rapide verteuert; die zweistelligen Wachstumsraten der Löhne etwa in Südkorea signalisieren aber nicht eine dauerhafte Angleichung des Lebensstandards an ein erreichtes Erfolgsniveau, sondern ein Eckpfeiler des bisherigen Preisvorteils auf dem Weltmarkt zerbricht. Gleichzeitig wird durch die benötigte zunehmende Einfuhr westlicher und japanischer Technologie der für den Export heruntermanipulierte Wechselkurs zum Bumerang, denn dadurch verteuern sich die Importpreise. Nach zeitweiligen Überschüssen explodiert neuerdings das Handelsbilanzdefizit der Tigerstaaten, die rasch in eine neue Schuldenfalle schlittern.

Die bisher nationalen Exportkonzerne flüchten in dieselbe globale Diversifizierung wie ihre westlichen und japanischen Kollegen, während „zuhause" die „Betriebsfamilie" aufgekündigt wird und Massenentlassungen anstehen. Gleichzeitig löst sich unter dem Eindruck von Globalisierung und kapitalistischer Individualisierung der alte Familienverband auf, ohne daß auch nur das rissige Auffangnetz der westlichen keynesianischen Auslaufmodelle zur Verfügung steht. Die Welt wird in naher Zukunft nicht die Erfüllung des „pazifischen Traums" erleben, sondern ein schreckliches „blaues Wunder", mit dem die allzu billige Hoffnung des südostasiatischen Kapitalismus sich in Blut und Tränen verwandelt.

Das Ende der bürgerlichen Zivilisation

Im Krisenprozeß der Globalisierung hört der Staat auf, der „ideelle Gesamtkapitalist" eines nationalökonomischen Kapitalstocks zu sein. Damit verschwindet aber der Nationalstaat nicht einfach, denn seine Funktionen als Garant der Rechtsverhältnisse und Vertragsbeziehungen bürgerlicher Subjekte, als Organisator der Verwaltung und Infrastruktur, vor allem aber als Träger des Gewaltmonopols bleiben auch für die Reproduktion des globalisierten Kapitals unerläßlich. Es entsteht ein neuer Selbstwiderspruch des Kapitalismus, denn das transnationale Kapital schlägt dem Staat die Mittel für seine Funktionen aus der Hand, auf die es selber angewiesen bleibt.

Auch dieser immanente Widerspruch nimmt eine naturwüchsige Verlaufsform: Sukzessive geben die Staaten ganze Regionen und Bevölkerungsteile auf. Jedes Jahr fallen neue Menschenmassen aus der kapitalistischen Reproduktion, aus der Statistik, aus den Rechtsverhältnissen und de facto aus der Staatsbürgerlichkeit heraus. Verwaltung und Infrastruktur nehmen überall eine koloniale Struktur an, das heißt sie konzentrieren sich mangels Finanzierungsfähigkeit auf die Standort-Regionen und Bedürfnisse des transnationalen Kapitals, während der Rest verfällt und verrottet. An die Stelle der bürgerlichen Öffentlichkeit tritt eine Art Skizirkus oder Seifenoper kommerzieller Medien. Gleichzeitig verhärtet sich der Sicherheitsapparat,

Graffiti in Berlin.

Foto: Jens Schuhmann

der die Massen der Herausgefallenen zunehmend militärisch in Schach halten muß.

Die bürgerliche Zivilisation löst sich auf und geht in eine sekundäre Barbarei über. Überall wird die Mittelklasse aufgerieben, während sich die schrumpfende Zahl der „Gewinner" in perversen Sicherheitsghettos einigelt. Die Gesellschaft polarisiert sich und treibt in einen latenten oder manifesten Bürgerkrieg ohne emanzipatorische Front. Auf der einen Seite lebt auf den Inseln des transnationalen Kapitals hinter Stacheldraht und von Privatarmeen beschützt ein ignoranter Menschentyp der Globalisierung, der die überall gleichen Bungalows bewohnt, die überall gleichen Flughafen-Terminals und ICE-Trassen benutzt, seine Kinder auf die überall gleichen Privatschulen schickt und eingehüllt ist in die überall gleiche flache Telekom-Kultur, die in eine einzige durchgehende Werbesendung überzugehen scheint. Die Loyalität dieses neuen transnationalen Herrenmenschentums gehört der eigenen abstrakten Individualität und danach dem jeweiligen betriebswirtschaftlichen Bezugssystem („Made by Mercedes"). Den Verlierermassen gegenüber entwickelt sich die Haltung eines militanten Sozialdarwinismus.

Auf der anderen Seite wächst aus der neuen Armut und Verslumung die nicht weniger barbarische Gegenreaktion des Sozialnationalismus und Ethnizismus, mit der die fordistisch-sozialstaatlichen Gratifikationen kontrafaktisch eingeklagt werden durch Haßgesänge der Konkurrenz gegen andere Herausgefallene und gegen Minderheiten (Ausländerfeindlichkeit, „Deutschland zuerst", „Festung Europa" usw). Viele Menschen flüchten sich auch in die vermeintliche Geborgenheit religiöser Sekten und in die irrationale Militanz fundamentalistischer synthetischer Religionsbewegungen. Die Solidarität als systemkritische Aufhebung der Konkurrenz verfällt, weil sie keinen ideellen Fokus mehr bilden kann. An die Stelle von Reflexion und emanzipatorischer Rebellion tritt auch bei den Verlierern die Orientierung an den Bildern des kommerziellen Zirkus der Medien, die das Denken und das Lebensgefühl in den beiden sonst hermetisch getrennten Welten der Globalisierung verbinden und auf deren Wellen die neuen „postpolitischen" Rattenfänger vom Typus Haider oder Berlusconi surfen.

Natürlich ist dieser Zerfall der modernen bürgerlichen Zivilisation weltregional unterschiedlich weit fortgeschritten und frißt sich langsam von der Peripherie in die Zentren voran. Die alte Ungleichzeitigkeit der Entwicklung macht sich auch im Untergang bemerkbar. Aber der Imperialismus der Zentren ist kein nationaler mehr und richtet sich nicht mehr auf die Annexion von Territorien und die Bildung von „Einflußzonen". Interessant für das transnationale Kapital sind nicht nationalstaatlich kontrollierte Großregionen, sondern allein die global verstreuten Produktivitäts- und Kaufkraftinseln, die gegen Ausbrüche der Verzweiflung, Massaker und Bürgerkriege durch eine gesamtimperiale (euphemistisch als „Friedenssicherung" bezeichnete) „Weltpolizei" geschützt werden sollen. Dieser globalisierte „negative" Imperialismus, der schon in der Nachkriegsordnung der „Pax Americana" vorbereitet wurde und den weiterhin hauptsächlich die USA tragen, ist am ehesten noch mit der gemeinsamen imperialen Interven-

tion in China zu Beginn des Jahrhunderts vergleichbar, und auch die deutsche Militärbeteiligung entspricht diesem Charakter („Germans to the front") und entspringt keiner nationalpolitischen Strategie mehr.

Umgekehrt verfallen auch die früheren antiimperialistischen Bewegungen der „nationalen Befreiung", denn ihre Zielsetzung einer selbständigen nationalökonomischen Teilnahme am Weltmarkt wird gegenstandslos. Ihre Überreste verdingen sich entweder an die Institutionen des transnationalen Kapitals und seiner Agenturen oder sie verwildern ebenso wie die Polizei- und Militärapparate in vielen Ländern, die von den Staaten nicht mehr bezahlt werden können und die sich ihren Plünderungszoll nehmen, wo sie ihn kriegen können. Sowohl die eingeigelte Pseudo-Zivilisation der Globalisierung als auch die postpolitischen Zerfallsprodukte des Ethnizismus und religiösen Fundamentalismus werden von mafiotischen Strukturen einer neuen Kriminalität durchsetzt, die sich gleichfalls transnational organisiert und den zerfallenden Kapitalismus beerbt, ohne eigene Reproduktionsformen aufbauen zu können. Im Endstadium dieser Entwicklung verschwinden auch die Inseln des ghettoisierten Geldkapitals in einer Flut von ziellosen Bandenkriegen, wenn sie nicht vorher schon von der Entwertung des „fiktiven Kapitals" ereilt werden.

Ignoranz und Krise der politischen Linken

Die linke und reformerische Gesellschaftskritik hat sich durch ihre akkumulations- und krisentheoretische Ignoranz längst selber paralysiert. Da die Linke den Untergang des Staatssozialismus ebenso wie die neoliberalen Ideologen als „Sieg" der westlichen Marktwirtschaft mißverstand und nicht als Moment einer gemeinsamen Krise des modernen warenproduzierenden Systems in allen seinen (historisch ungleichzeitigen) Erscheinungsformen dechiffrieren konnte, ist ein Großteil der ehemaligen Gesellschaftskritiker unter der Fahne eines angeblichen „Realismus" zur genuin westlichen Marktwirtschaft übergelaufen. Statt den Zusammenhang zwischen der inneren Krise der kapitalistischen Reproduktion, der Globalisierung des Kapitals und den weltweiten sozialen Erschütterungen und Bürgerkriegen herzustellen, verteidigt man defensiv die vergehende kapitalistische Normalität der Metropolen. Das neue Motto dieser „Realisten" heißt „Kapitalismus oder Barbarei", und im Namen dieser Parole einer fundamentalen Unwahrheit läßt man sich einschwören auf die Interventionen der kapitalistischen „Weltpolizei" und kürt so den Bock zum Gärtner.

Aber auch die verbliebene Linke stellt bloß noch eine leere Hülle vergangener Gesellschaftskritik dar, die sich von den billigen Ergüssen bürgerlicher Mahner und Warner kaum noch unterscheidet. Der krisentheoretische Analphabetismus will Ursache und Wirkung verdrehen, um eine „falsche Politik" statt die objektive innere Schranke der Realakkumulation für die Krise verantwortlich zu machen. Exemplarisch für diesen verkürzten Blickwinkel ist das Buch „Die Globalisierungsfalle" (1996) der beiden »Spiegel«-Journalisten Hans-Peter Martin und Harald Schumann, die kunterbunt und begriffslos die Erscheinungen aneinanderreihen, um zu dem Schluß zu kommen, die Globalisierung folge „keineswegs einem Naturgesetz oder einem linearen technischen Fortschritt", sondern sei „vielmehr das Ergebnis einer seit Jahrzehnten bewußt durchgeführten Regierungspolitik" (S. 152).

Das ist durchwegs auch die Argumentation der akademischen und politischen Linken. Übertroffen wird diese Ignoranz nur noch von einer kontrafaktischen Verzweiflungstheorie, in der BRD neuerdings vertreten von einigen linkskeynesianischen Wissenschaftlern und altlinksradikalen Politikern wie Rainer Trampert und Thomas Ebermann, die schlankweg die Existenz von Krise und Globalisierung bestreiten. So wird etwa die Gesamtsumme aller Investitionen unabhängig von ihrem Charakter ins Feld geführt, um zu „beweisen", daß der Anteil der Auslandsinvestitionen „immer noch" relativ gering sei. Daß die deutsche öffentliche Hand Straßen nicht in Frankreich baut, ist freilich ebenso selbstverständlich und für die Globalisierung irrelevant wie die Tatsache, daß die meisten privaten BRD-Bauherren ihre Häuser nicht in China errichten. Relevant sind die Investitionen des produzierenden Gewerbes als Herzstück der Realakkumulation, und diese sind in der BRD die ganzen neunziger Jahre hindurch gefallen, während die transnationalen Investitionen in derselben Zeit nach oben schossen. Erst recht ist es kein Argument gegen die Globalisierung, daß das transnationale Kapital hauptsächlich innerhalb der industriell entwickelten Weltregionen (EU, USA, Japan) investiert und erst in zweiter Linie in den Schwellenländern. Das ändert nichts daran, daß sich die bisherigen Nationalökonomien auflösen.

Mit derart peinlichen Verdrängungskünsten wird die linke Begriffsbildung zu einer Art UFO-Religion oder Hohlwelttheorie. Dem entspricht der Köhlerglaube an die (ihrem Begriff nach nationalstaatlich gebundene) politische Sphäre des warenproduzierenden Systems: „Die Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit, die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft ist (...) die zentrale Zukunftsaufgabe" (Martin/Schumann, S. 223). Diese Hoffnung wird zum Warten auf Godot und führt zur Adaption an den grassierenden Sozialnationalismus als keynesianischer Verfallsform. Wie der rechte endet auch der linke Meinungsumfragen-Populismus mit dem Ohr am Puls der Massenbarbarei, statt den Fokus einer neuen emanzipatorischen Gesellschaftskritik zu bilden.

Der fordistisch-keynesianischen Epoche, ihrer bürgerlich-demokratischen Massensubjektivität, ihrer politischen Regulation und ihren Umverteilungsformen nachzutrauern, ist ebenso reaktionär wie es naiv ist, mit der Parole „Es ist genug Geld da" das global zirkulierende „fiktive Kapital" für einen neuen Boom reeller kapitalistischer Warenproduktion anzapfen zu wollen. Ein derartiges Revival der politischen Regulation würde nur den sowieso fälligen Entwertungsschock beschleunigen. Was die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik auf die Tagesordnung setzt, ist ein historischer Paradigmenwechsel radikaler Gesellschaftskritik.

Statt immer kläglicher nach „Arbeitsplätzen" zu winseln, ist das System der „abstrakten Arbeit" samt seiner destruktiven betriebswirtschaftlichen Rationalität grundsätzlich in Frage zu stellen. Das bürgerliche Wechselspiel von Markt und Staat bzw. Politik geht zu Ende. Soziale Emanzipation ist nur noch möglich jenseits von Markt und Staat, als transnationale Gegenbewegung einer Entkoppelung der Ressourcen von den fetischistischen Formen des warenproduzierenden Systems. Wie sagte doch Karl Marx so schön? „Hic Rhodus, hic salta"! ■

Robert KURZ ist Publizist. Er lebt in Nürnberg und ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis«.

Währungs-Harakiri

Perspektiven der Europäischen Währungsunion

Ernst LOHOFF

Die Warengesellschaft hat auf ihrem Siegeszug die Vorherrschaft traditioneller, religiös unterfütterter Welterklärungen nur zerstört, um neue, säkularisierte Formen von Religion hervorzutreiben. Während der Durchsetzungsphase des modernen Kapitalismus übernahm vor allem der Glaube an die Politik die Funktion des verblassenden Gottesglaubens.

Globalisierung und Neoliberalismus

Mit der Französischen Revolution und verstärkt seit dem Aufkommen der Arbeiterbewegung schien das Geschick der Menschen der Hand des Allmächtigen nur zu entgleiten, um einem neuen, kaum weniger mächtigen Demiurgen in die Hände zu fallen. So erbittert in unserem Jahrhundert Faschisten, Kommunisten und Demokraten auch miteinander gerungen haben, was das zugrundeliegende Credo angeht, waren sich die verfeindeten Protagonisten immer einig: Wer die staatliche Maschinerie kontrolliert, kann im Guten wie im Bösen die Gesellschaft seinem freien Willen gemäß formen.

Das absolute Vertrauen in die etatistische Gestaltungskraft, wie es noch die sozialdemokratische Reform-Ära der frühen siebziger Jahre charakterisiert hat, ist aber mittlerweile in seinen Grundfesten erschüttert. Das hat gute Gründe und es fällt nicht schwer, zwei der zentralen strukturellen Ursachen für diese Entwicklung zu benennen. Zum einen zeigt sich seit dem Auslaufen des fordistischen Booms immer deutlicher, daß Staatsinterventionen keineswegs die basale Logik der Akkumulationsbewegung steuern und damit ökonomische Krisen ein für alle Mal aus der Welt schaffen können. Die unter dem Eindruck von Stalinismus und Faschismus entstandene und seitdem tausendfach wiedergekäute These der Kritischen Theorie vom Primat der Politik über die Ökonomie entpuppt sich als veritable Fehldiagnose. Zum anderen unterminiert das Weltmarktdiktat, sobald es mit der Vollendung des warenproduzierenden Systems zur allgegenwärtigen *unmittelbaren* Gewalt aufsteigt, die Basis der traditionellen einzelstaatlichen Souveränität und damit das reale Substrat der Politikreligion, nämlich die regulative Funktion des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Die Nationalstaaten verfügten selbstverständlich immer schon nur über eine relative Handlungsautonomie. Angewiesen auf eine möglichst starke Stellung der eigenen Nationalwirtschaft in der internationalen Konkurrenz, konnten die etatistischen Apparate in die inneren Wettbewerbsbeziehungen der Warensubjekte letzten Endes nur soweit modifizierend eingreifen, wie diese Interventionen die internationale Position der noch wesentlich national organisierten Kapitalien direkt oder indirekt stärkten oder zumindest nicht untergruben. Der politischen Emphase war von daher – der Zusammenbruch des Sozialismus hat das handgreiflich gemacht – seit jeher ein illusionäres Moment eigen. Das darf allerdings nicht den Blick für die dramatischen qualitativen Veränderungen verstellen, die sich seit einigen Jahren Bahn brechen. Unter den Bedingungen des „globalisierten" Kapitalismus wird die von allen nationalen Schranken befreite Kapitalbewegung für das einzelstaatliche Handeln zusehends selbst dort *unmittelbar* zur Schranke, wo Staatlichkeit nur ihrer traditionellen Aufgabe nachzukommen versucht und die weiteren Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion zu sichern bemüht ist. Angesichts einer neuartigen Kapitalmobilität tun sich Einzelstaaten immer schwerer damit, gegen die Logik der betriebswirtschaftlichen Kostenminimierung und Externalisierung jene Steuermittel aus dem Verwertungskreislauf abzuschöpfen, die sie als Garanten der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nun einmal benötigen und auch die Aufrechterhaltung von einheitlichen sozialen und ökologischen Standards wird zum strukturellen Problem.

Religionen verschwinden nicht ohne weiteres, nur weil sie ihre traditionelle Grundlage verlieren. Auch der Glaube an die Politik erweist sich als äußerst zäh und beginnt sich keineswegs zu verflüchtigen, sobald der säkulare Trend hin zur Paralyse der abstrakten Allgemeinheit, der heute unter dem Stichwort „Globalisierung" durch die öffentliche Diskussion geistert, anfängt Konturen zu gewinnen. Vielmehr findet die Krise politischer Regulation zunächst einmal innerhalb der politischen Sphäre ihre provisorische Auflösung.

Am einfachsten läßt sich die schleichende Zersetzung staatlicher Steuerungsfähigkeit natürlich durch simple Leugnung der realen Entwicklung wegschieben. Insbesondere im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lager erfreut sich diese „Strategie" bis heute denn auch recht großer Beliebtheit. Gerade die Kräfte, die den großen Etatisierungsschub der sechziger und siebziger Jahre getragen haben, neigen dazu, die Tragweite der gegenwärtigen Umwälzungen herunterzuspielen, um solange es geht und auch noch darüber hinaus business as usual zu betreiben.

Das gesamtgesellschaftliche Klima prägt seit den achtziger Jahren allerdings eine etwas raffiniertere und von daher auch erfolgreichere wie folgenreichere Variante der Verlängerung des Politikglaubens, nämlich dessen neoliberale Version. Diese hegemoniale Kraft bringt das Kunststück fertig, die Misere staatlicher Regulation, die sich seit dem Ende der siebziger Jahre abzeichnet, offensiv zu wenden und wiederum in die Sprache politischer Machbarkeit zu übersetzen, indem sie das Zurückweichen vor dem blinden Wüten der Marktlogik und die Abdankung der Politik paradoxerweise wiederum in den Rang eines politischen Programms erhebt. Der Neoliberalismus überspielt die sich abzeichnende Paralyse des Politischen, weil er den blanken Markt selber zur erstrebenswerten sozialen Ordnung ausruft und Deregulierung und Entstaatlichung zum expliziten ideologischen Ziel

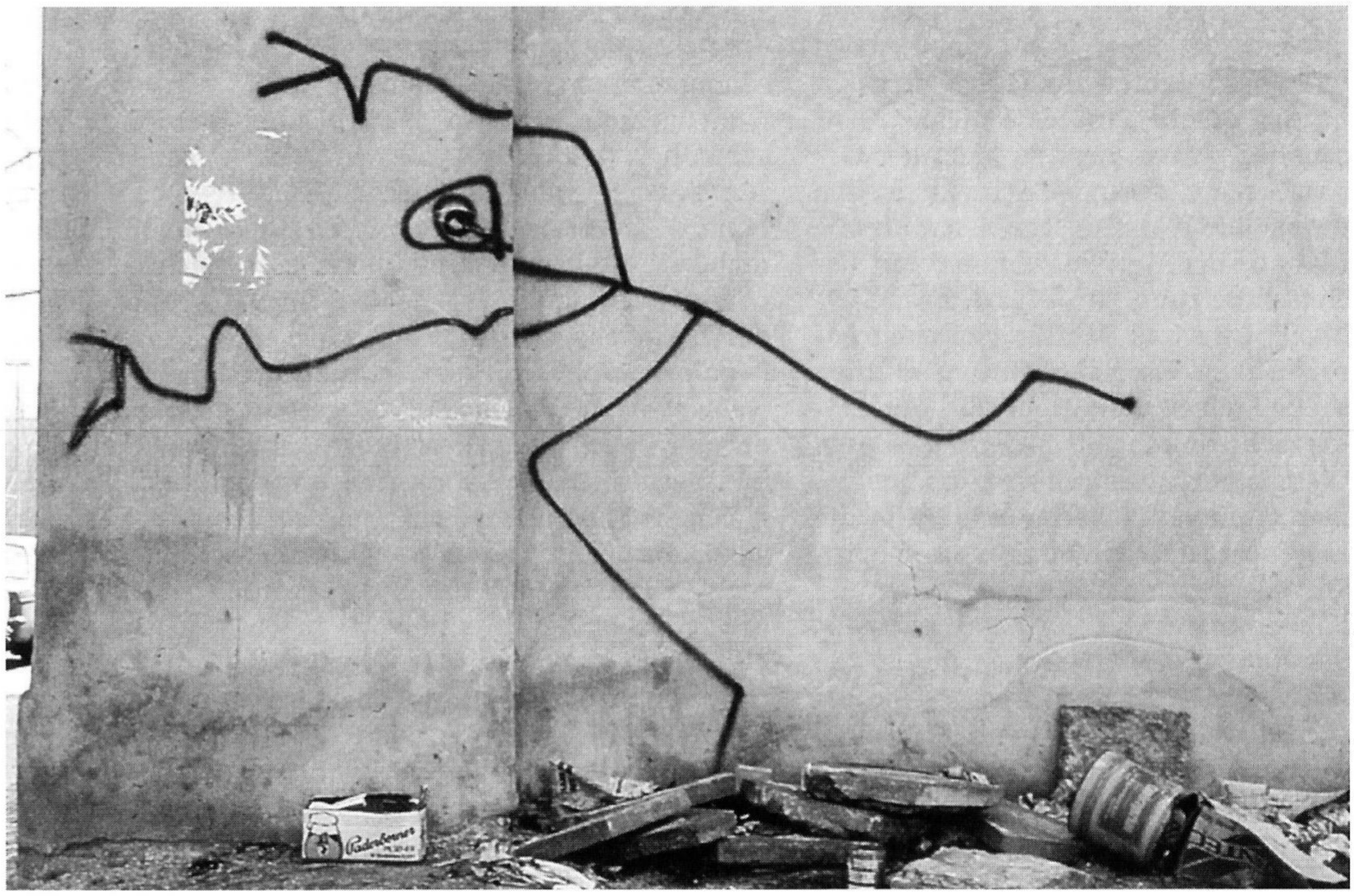
macht, das es gegen die bestehenden gesellschaftlichen Widerstände überhaupt erst willentlich durchzusetzen gilt. Die selbstläufige Logik der vollendeten Weltmarktgesellschaft tritt der Politik also nicht allein äußerlich gegenüber; sie hat in ihrem Innenleben in Gestalt einer breiten politisch-gesellschaftlichen Strömung auch noch einen fanatischen Anwalt.

Diese Verdoppelung ist für die Verlaufsform des „Globalisierungsprozesses“ und für die Art und Weise, in der die Paralyse staatlicher Regulation manifest wird, von entscheidender Bedeutung. Die paradoxe Verkehrung der bedingungslosen Kapitulation des Politischen in ein gesellschaftliches Pseudo-Reformprojekt wäre unmöglich, würde neoliberale Politik lediglich der normativen Kraft des Faktischen gehorchen, also sich allein damit begnügen, den jeweils bereits erreichten Stand der Zersetzung staatlicher Regulation einfach institutionell nachzuvollziehen. Die gnadenlose Unterwerfung unter das Marktdiktat kann sich nur als politisch-gesellschaftliches Gestalten gerieren, indem es als *vorauseilender* Gehorsam eine Vorreiterrolle übernimmt. Damit schiebt sich zwischen den stummen globalkapitalistischen Sachzwang und die gesellschaftliche Wirklichkeit aber allemal schon deren neoliberale Deutung. So verheerende Folgen die „Globalisierungsdynamik“ als solche auf Dauer auch zeitigen mag, ihre ganze Dramatik gewinnt die gegenwärtige Entwicklung erst durch all die „Anpassungsmaßnahmen“, mit denen die Markt-Chiliasten die „überfetteten“ Volkswirtschaften reif für den totalen Markt machen wollen. Bevor die „westlichen Wohlstandsgesellschaften“ die Gelegenheit haben, am Selbstlauf des Globalisierungsprozesses zu zerbrechen, gehen sie an den großartigen Fitnessprogrammen zugrunde, die ihnen die jeweiligen neoliberalen Dr. Eisenbart-Riegen präventiv angedeihen lassen.

Konkurrenz ohne Wechselkursventil

Wenn wir die Triadenregionen Nordamerika, Ostasien und (West)Europa betrachten, auf deren Märkte die Weltwirtschaft gerade im Rahmen dessen, was als „Globalisierung“ firmiert, immer mehr zusammenschrumpft, dann gilt diese Negativdiagnose vor allem für den Westteil unseres Kontinents. Das liegt nicht allein daran, daß in sämtlichen EU-Ländern dem staatlichen Sektor traditionell ein weit höheres Gewicht zukommt als etwa in den USA und deshalb deutlich mehr „etatistische Substanz“ zum Abschmelzen gebracht werden kann; in Europa gelten die laufenden, vom Geiste des Neoliberalismus inspirierten Umgestaltungsbemühungen außerdem einer Dimension, die bei den neoliberalen Machern andernorts in ihrem Traum vom entgrenzten Markt wohlweislich keine Rolle spielt. In der EU bezieht sich die angestrebte Umgestaltung nämlich auch auf das *Niederreißen der Währungsschranken* und greift damit eine der klassischen Grundvoraussetzungen jedes regulären staatlichen Handelns an, nämlich die Kongruenz von nationalem Währungsgebiet und nationalem wirtschaftspolitischem Bezugsrahmen. Wenn es nach dem Willen der führenden europäischen Regierungen geht, dann sollen die Einzelstaaten der Möglichkeit monetärer Regulation für ihr Wirtschaftsgebiet ein für allemal entsagen und eine Einheitswährung etablieren, auf daß innerhalb dieser Triadenregion die Marktteilnehmer künftig ihre Geschäfte auf einer vereinheitlichten monetären Basis abwickeln können.

Aus der Perspektive der großen marktbeherrschenden europäischen Einzelkapitalien – ein anderer Standpunkt existiert für den Neoliberalismus ja nicht – macht die Erweiterung der laufenden Deregulierungsprogramme durch die monetäre Entgrenzung des europäischen Wirtschaftsraums durchaus ihren Sinn, mehr noch: Der Übergang zum Euro scheint sich fast unabweisbar aufzudrängen. Die EU hat sich in den letzten drei Jahrzehnten zu dem mit Abstand am dichtesten verflochtenen transnationalen Wirtschaftsraum der Erde entwickelt. In dieser Zeit haben aber makroökonomische Ungleichgewichte und spekulative Bewegungen das Wechselkursgefüge innerhalb dieses Blocks mehr als einmal derart durcheinandergewirbelt, daß dem betriebswirtschaftlichen Kalkül der kontinental operierenden Konzerne im nachhinein der Boden entzogen wurde. Die Währungsturbulenzen



Fotos: Joachim Schmid

Graffiti von Harald Naegeli.
Harald Naegeli: „Ich habe die Meinung – und das ist auch Teil meiner Aktion -, daß ich für eine wertfreie Kunst arbeite, also eine Kunst, die man nicht kaufen und vermarkten kann. Ich habe die Aufträge ausgeschlagen, gegen Bezahlung zu sprühen...“

beispielsweise, die 1992 und 1993 zum Zusammenbruch des EWS führten, bedeuteten für deutsche, österreichische oder holländische Unternehmen nicht nur eine schlagartige Entwertung ihres in Spanien, Portugal oder Frankreich investierten Kapitals, sie zwangen gleichzeitig die in Aufwertungsländern beheimateten Warenexporteure dazu, in den Abwertungsländern bis auf Weiteres unter ihren Gestehungskosten zu verkaufen, wollten sie ihre Marktanteile dort behaupten. Wenn durch alle währungspolitischen Steuerungsmaßnahmen, mit denen die Europäer in den letzten 25 Jahren ihr Glück versucht hatten, solche Probleme nicht auszuschalten waren, liegt da nicht der Gedanke nahe, derartige Schwierigkeiten durch eine Währungsfusion ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen? Mit der Einschmelzung von Pfund, Franc, D-Mark, Lira und Schilling zu einer europäischen Einheitswährung würden schließlich ex definitione alle Wechselkursschwankungen zwischen diesen Währungen aufhören und die „continental players" wären endlich in die Lage versetzt, zu einer von solchen Turbulenzen nicht mehr gestörten und daher optimierten „Allokation knapper Ressourcen" zu finden, in der die Neoliberalen die Voraussetzung für reibungsloses Wachstum sehen wollen.

Diese simple Logik, die den Plänen der EWU-Befürworter zugrunde liegt, darf indes über die weitreichenden Folgen, die ihre Umsetzung nach sich ziehen muß, nicht hinwegtäuschen. Gerade bei den Abrißunternehmen dilettantischer Bauherren ist es gar nicht so selten, daß ihr realer Umfang im umgekehrten Verhältnis zu den eher bescheidenen ursprünglichen Plänen steht. So mancher Amateur hat beim Versuch, ein größeres Wohnzimmer zu schaffen, schon das ganze umgebende Gebäude zum Einsturz gebracht, nur weil er sich versehentlich bei seiner „Renovierung" an einer tragenden Wand zu schaffen gemacht hat. Den genialen Umbauarchitekten, die Europa zum Wohl des freien Waren- und Geldflusses vom Währungshindernis befreien wollen, wird es keinen Deut besser gehen. Was aus einer engen betriebswirtschaftlichen Perspektive Sinn macht, kann sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als vollkommen aberwitzig erweisen.

Den EWU-Protagonisten gilt in ihrer marktharmonistischen Weltdeutung die währungspolitische Zersplitterung des europäischen Wirtschaftsraums als Anachronismus, der im Widerspruch zum Fortschreiten der „europäischen Integration" steht. Wer die europäische Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht durch diese ideologische Brille sieht, dem drängt sich indes eine gänzlich andere Interpretation auf. Bei einem „Integrationsprozeß", der insofern nie einer war, als er die gravierenden Entwicklungsgefälle zwischen den beteiligten europäischen Volkswirtschaften eher versteilt denn eingeebnet hat, war die Existenz nationaler Währungen nie ein Hindernis, sondern im Gegenteil immer die unabdingbare Voraussetzung für die Zusammenfassung dieses Gebietes zu einem gemeinsamen Markt. Unterschiedlich produktive Volkswirtschaften können nämlich überhaupt nur ohne schützende Zollschranken und nichttarifäre Handelshindernisse in einem gemeinsamen Markt nebeneinander bestehen, wenn den schwächeren (weniger kapitalstarken) Teilnehmern wenigstens die Möglichkeit offen steht, durch periodische Abwertungen ihre Wettbewerbsnachteile partiell auszugleichen. Fällt dieser Kompensationsmechanismus in Europa weg und müssen alle Betriebe auf der Basis *desselben Wertmaßstabes* einander gegenübertreten, dann bedeutet dies für die traditionellen Weichwährungsländer die flächendeckende Abrasur ganzer Industriezweige.

Welche Bedeutung dem Wechselkursventil zukommt, läßt sich an der ostdeutschen Entwicklung recht eindrucksvoll ablesen. Wenn die DDR-Wirtschaft trotz gigantischer Transferleistungen die deutsch-deutsche Vereinigung nicht überlebte, während die wesentlich unproduktivere polnische Industrie zumindest im Kern die marktwirtschaftliche Transformation zunächst überstand, dann vor allem deshalb, weil Polen vor der überlegenen Konkurrenz Zuflucht beim Währungsdumping nehmen konnte, während die Ex-DDR zu ihrem umverteilungspolitischen Glück, aber industriestrukturellen Pech, Teil des bundesdeutschen Währungsgebietes geworden war. Dieses Grundproblem, an dem die Wirtschaft Ostdeutschlands nach 1990 zerschellte, wiederholt sich unweigerlich auch im EU-Rahmen. Daß Frankreich und Italien heute noch über einen eigenen Maschinenbau sowie eine chemische Industrie verfügen, verdanken sie einzig und allein dem Umstand, daß Lira und Franc vom Ende der sechziger Jahre bis 1992 ebenso beständigen Abwertungen gegenüber der D-Mark (der europäischen Ankerwährung) unterworfen waren wie das britische Pfund oder die spanische Peseta.

Der Verlust nationalökonomischer Kohärenz

Die Etablierung des „Euros" verändert in allen Wirtschaftssektoren die Wettbewerbsbedingungen zugunsten einiger weniger kontinentaler Anbieter und beschleunigt dementsprechend enorm die Verdrängung von mittleren aber auch größeren Unternehmen, die auf den jeweiligen nationalen Markt ausgerichtet waren. Diese Entwicklung wird sicherlich mit einer weiteren *regionalen Konzentration* der Kernsegmente der europäischen Industrie, aber auch zentraler Dienstleistungsbranchen (Banken, Versicherungen) einhergehen. Das dürfte indes nicht nur eine Verschiebung der ökonomischen Gewichte zugunsten der bisherigen Hartwährungsstaaten in der EU bedeuten, sondern gleichzeitig zu einer krassen *regionalen Polarisierung* innerhalb aller bestehenden Nationalökonomien führen. Der Stärkung einiger im europäischen Binnenmarkt zentraler Agglomerations-Regionen steht die Ausdünnung der wirtschaftlichen Substanz von großen, zur bloßen Peripherie herabgedrückten Gebieten gegenüber. Gerade durch den Bedeutungsverlust der nationalen Märkte schrumpft die wirtschaftliche Aktivitätszone Europas zusehends auf jenen schmalen Gebietsstreifen, der in der volkswirtschaftlichen Diskussion meist als „blaue Banane" apostrophiert wird, und vielleicht wenige zusätzliche Enklaven. Insbesondere der Süden des EU-Raums wird im Währungseuropa bis auf wenige Kernregionen abgehängt, und auch diesen Gebieten bleibt mit der Vernichtung der heimischen Binnenindustrien nur noch die Option, als Standorte verlängerter Werkbänke multinationaler Konzerne subalterne Teile von Wertschöpfung und Beschäftigung wieder an sich zu ziehen. Selbst diese Möglichkeit wird sich allerdings nur dann realisieren lassen, wenn die Beschäftigten mit großen Abstrichen beim Reallohnniveau und bei den Sozialstandards den volkswirtschaftlichen „Anpassungsdruck", der einst in Abwertungen sein Ventil fand, selber übernehmen. Ansonsten werden es die westeuropäischen Konzerne wohl doch eher vorziehen, die arbeitsintensiven Teile der Produktion in Länder wie Tschechien oder Polen auszulagern, die ihre gün-

stigen Lohnkosten für ausländische Unternehmen durch Währungsdumping absichern können.

Fanden in den siebziger Jahren und abgeschwächt auch noch im folgenden Jahrzehnt die innereuropäischen Entwicklungsgefälle noch ihren Hauptniederschlag in unterschiedlichen Inflationsraten und auseinanderdriftenden Wechselkursen, so müssen sie unter den Bedingungen der Einheitswährung in anderer Form zu Buche schlagen: entweder als sich versteilendes Sozial- und Einkommensgefälle oder als extreme Ausdifferenzierung der Arbeitslosenraten (von der dritten theoretischen Möglichkeit großer Wanderungsbewegungen innerhalb Europas kann man angesichts der nach wie vor bestehenden großen kulturellen Unterschiede in diesem Zusammenhang wohl eher absehen).

Im neoliberalen Europa der Einheitswährung löst sich indes nicht nur die nationalökonomische Kohärenz der schwächeren Mitgliedsstaaten auf. Die Auslagerung zahlreicher arbeitsintensiver Fertigungsabschnitte aus dem europäischen Zentrum bedeutet gleichzeitig auch für die Länder, deren Territorium zu einem guten Teil zur „blauen Banane“ gehört, den Verlust tragender Beschäftigungssektoren. Auch in den „Gewinnerregionen“ bleiben breite Teile der Bevölkerung von der Teilnahme an diesen Erfolgen ausgespart.

Die Standortkonkurrenz der öffentlichen Hände

Um dem doppelten realwirtschaftlichen Polarisierungseffekt (Polarisierung zwischen den ehemaligen europäischen Nationalökonomien und regionale Polarisierung innerhalb der Einzelstaaten) auch nur ansatzweise gegenzusteuern, wären sowohl auf der gesamteuropäischen wie auf der einzelstaatlichen Ebene massive staatliche Programme notwendig. Die Etablierung der EWU verkleinert aber gerade nachhaltig den regulären Umverteilungsspielraum, der den öffentlichen Händen noch geblieben ist. Wo mit dem Währungsrisiko die letzten Hemmnisse für das anlagesuchende Kapital wegfallen, können sich die betriebswirtschaftlichen Einheiten in einem neuen Maße der Verantwortung gegenüber „ihrem“ Staat entziehen. Sie stehen nun vielen Anbietern „öffentlicher Güter“ gegenüber und verfügen über das Privileg, zwischen ihnen wählen zu können. Damit zerbricht die dreihundertjährige Ehe zwischen Territorialstaat und Kapital. Die Einzelstaaten geraten in einen neuartigen Wettbewerb um die Gunst von Investoren und Geldanlegern. Das wird zunächst einmal auf der Ebene des Steuerwesens spürbar. Wenn sich Betriebe und Geldkapitalbesitzer dank „outsourcing“, innovativer Buchführung und grenzenloser Freiheit des Kapitalverkehrs aussuchen können, in welchem europäischen Land sie ihre Abgaben entrichten wollen, haben es die Staaten zunehmend schwerer, den hochmobilen Faktor „Kapital“ überhaupt noch zu besteuern. Im Zugriff des Fiskus verbleibt langfristig nur mehr die Ware Arbeitskraft, der die notwendige Ausweichflexibilität naturgemäß abgeht.

Mit den sogenannten „Steuerreformen“, die derzeit im Vorfeld der EWU in vielen europäischen Ländern in Angriff genommen werden, unterwerfen sich die Regierungen bereits freudig dem selber geschaffenen „Sachzwang“. Bei den schon ergriffenen Maßnahmen wird es aber kaum bleiben. Aller Wahrscheinlichkeit nach bahnt sich ein regelrechter Steuerdumping-Wettlauf an. Ein einheitlicher Währungsraum, der aber kein homogenisiertes Steuersystem kennt, lädt nicht nur zum Ausnutzen der bestehenden Differenzen durch das Privatkapital förmlich ein, sondern auch zur Verfolgung von Sonderinteressen durch die Einzelstaaten. Insbesondere für kleinere europäische Länder wie Luxemburg, Belgien und Österreich wird es mehr denn je äußerst attraktiv sein, durch exorbitant niedrige Sätze massenhaft ausländische Steuerzahler und Geldanleger zu rekrutieren. Bei einer vergleichsweise kleinen Zahl einheimischer Steuerzahler werden die Steuereinbußen pro Kopf nämlich schnell durch Steuerzuwanderer überkompensiert. Es liegt auf der Hand, was das für die künftige Entwicklung der Staatsfinanzen in den größeren Flächenstaaten bedeutet.

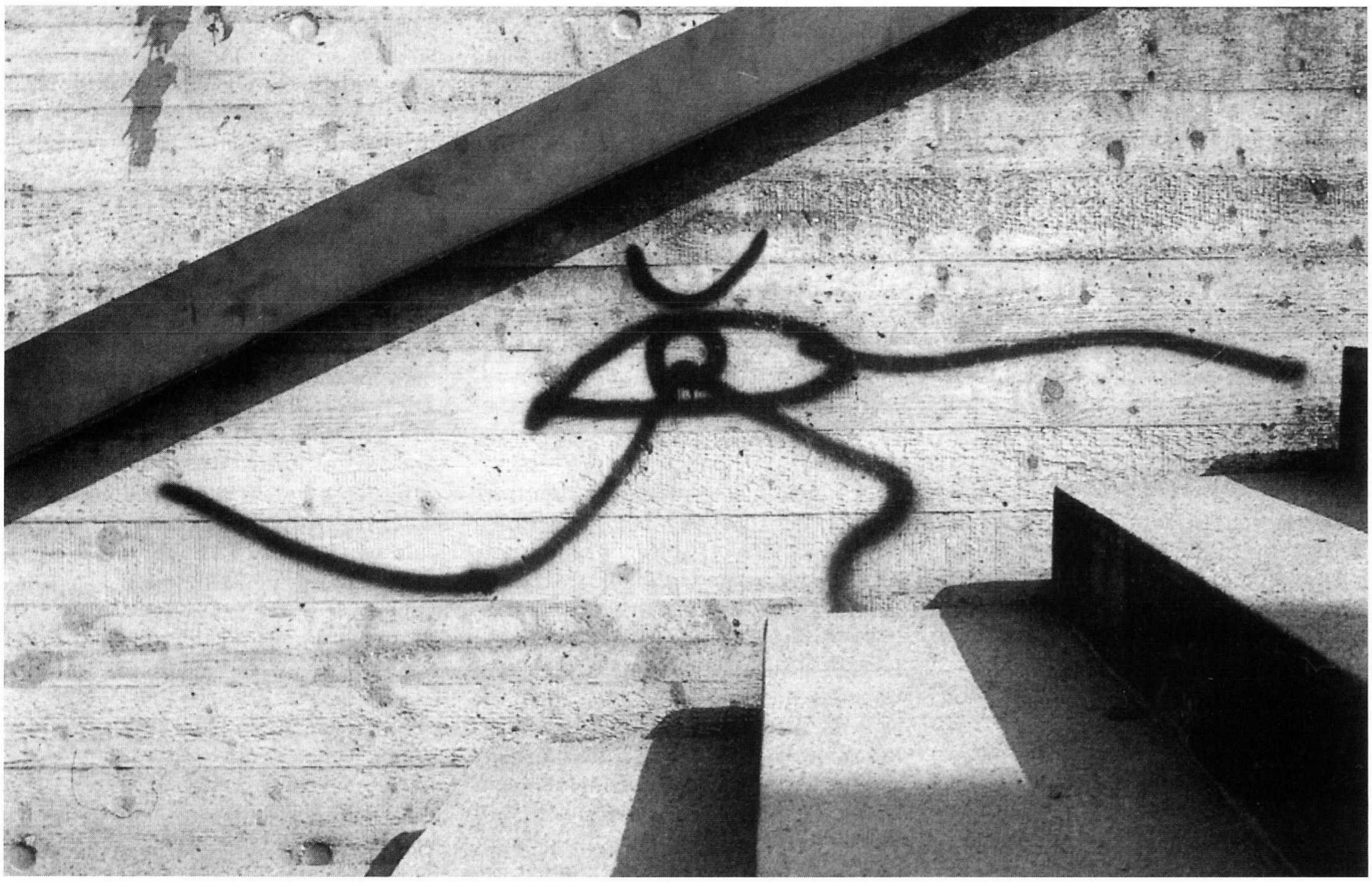
Die gleiche Dumpinglogik, die dabei ist, die Grundlagen des „Abgabenstaates“ zu zerstören, bedroht natürlich auch den „Auflagenstaat“. Vom freien Flottieren des auf bedingungslose Kosten-Externalisierung konditionierten Kapitals geht ein immenser Druck zur Aufweichung ökologischer und sozialer Standards aus. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und leerer Staatskassen wird sich unter dem Druck der EWU die innereuropäische Standortkonkurrenz allemal stärker erweisen als das soziale und ökologische Restgewissen.

Den neoliberalen Ideologen ist das natürlich nur recht. Mit der EWU rückt das, was sie sowieso schon lange anstreben, immer mehr in den Rang eines „Sachzwangs“. Die Äußerungen Norbert Bertholds vom renommierten Walter-Eucken-Institut über die zu erwartenden „Reformen des Sozialstaats“ im währungsvereinigten Europa sprechen Bände und können für eine ganze Strömung stehen: „Die These, wonach offenere Faktorenmärkte und mobilere Produktionsfaktoren in der EG den „Tod“ des europäischen Versicherungsstaates bedeuten, ist sicher richtig. Dies ist allerdings nicht negativ zu bewerten, sondern vielmehr erwünscht, kann doch das Gut „Sicherheit“ wesentlich effizienter auf privaten Märkten als durch den Staat produziert werden.“

Die Wachstumsillusion

Daß die Einführung des Euro mit verschärften Rationalisierungs- und regionalen Polarisierungstendenzen verbunden sein könnte, räumen die reflektierteren unter den Befürwortern der EWU durchaus ebenso ein wie den Verlust an nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit. Wie schon beim Übergang zum Binnenmarkt am Anfang des Jahrzehnts schwören sie indes Stein und Bein, derlei Effekte mit ihren negativen Wirkungen auf das europäische Beschäftigungsniveau würden durch die großartigen Wachstumsimpulse kompensiert, die sie der Einheitswährung zuschreiben. Auch diesmal dürfte sich allerdings eine solche Hoffnung schwerlich erfüllen. Selbst wenn die Beseitigung des Währungshindernisses die Wettbewerbssituation der in Europa beheimateten „global players“ tatsächlich nachhaltig verbessern würde, so könnte das erfolgreiche Auskonkurrieren der überseeischen Wettbewerber niemals auch nur annähernd so viel Beschäftigung schaffen, wie bei dieser Zurichtung der europäischen Wirtschaft auf die Globalisierungsbedingungen gleichzeitig vernichtet wird. Gerade weil das Gros des Außenhandels der EU-Staaten auf den europäischen Binnenhandel entfällt und die europäischen Staaten viel mehr untereinander als mit dem Rest der Welt verflochten sind, hängt die europäische Beschäftigungsentwicklung weniger davon ab, wie die Währungsunion die Wettbewerbsbedingungen *zwischen* den drei Triadenregionen verändert, als vor allem davon, welches Resultat die Verschärfung des Wettbewerbs *innerhalb* des europäischen Bezugsrahmens

zeitigt. Wenn 1992 allein der Handel der 10 Millionen Niederländer mit den übrigen Mitgliedern der damaligen Zwölfer-Gemeinschaft den gleichen Umfang erreichte wie der Handel zwischen dem gesamten EU-Block und den USA und gar den mit Japan um das Zweieinhalbfache überschritt, dann werden die Proportionen deutlich, um die es hier geht. Es wäre absurd, wollte ausgerechnet der größte Binnenmarkt der Welt auf ein einseitiges gesamteuropäisches Exportmodell



Fotos: Joachim Schmid

Graffiti von Harald Naegeli.

setzen. Aber genau in diese Richtung laufen die neoliberalen Phantasien, die europäische Wirtschaft durch eine radikale Verschlankung, sprich durch Sozialabbau und Lohnkostenminimierung, auf Kosten der Binnennachfrage genesen zu lassen.

Das EWU-Projekt als Flucht nach vorn

Angesichts der wenig erbaulichen Perspektiven, die sich aus dem Projekt Währungsunion insbesondere für die schwächeren europäischen Staaten ergeben, drängt sich unweigerlich die Frage auf, warum überhaupt die Regierungen Frankreichs, Italiens, ja selbst die irische, die portugiesische und die spanische Administration mit aller Gewalt ihre Aufnahme in die EWU anstreben. Die neoliberale Verblendung allein kann diese lemminghaften Ambitionen nur zum Teil erklären. Diesem Ehrgeiz liegt auch noch ein anderes gegenläufiges Motiv zugrunde. Das „Euro"-Projekt stellt auch den Versuch dieser Länder dar, aus den mit der Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte entstandenen währungspolitischen Dilemmata auszubrechen.

Bei den EWU-Plänen handelt es sich zweifellos um ein historisches Novum. Eine offizielle europäische Währung hat es bisher ebensowenig gegeben wie eine offizielle Europäische Zentralbank. Das darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß de facto schon geraume Zeit mit der D-Mark eine privilegierte Bezugswährung existiert und daß die Verwalter dieser Währung längst als eine Art inoffizielle europäische Zentralbank fungieren, an deren Vorgaben sich sämtliche EU-Länder bei ihrer Geldpolitik notgedrungen orientieren müssen. Die Idee einer Einheitswährung läßt sich so gesehen aus der Perspektive ihrer vornehmlich in Frankreich und Italien beheimateten Initiatoren als Versuch verstehen, die bestehende *asymmetrische Währungsstruktur* aufzubrechen, indem sie die faktische Europawährung D-Mark mit dem „Euro" durch eine offizielle ersetzen.

Die D-Mark-Hegemonie wurde erst mit der Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte in den letzten anderthalb Jahrzehnten zum Strukturproblem. In den siebziger Jahren, als Geldkapital noch im Überfluß vorhanden war, konnten die europäischen Länder ohne besonderes Augenmerk auf die Sicherung des Außenwerts ihrer Währungen eine eigene, an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Geldpolitik betreiben. Im selben Maß, wie mit der Staatsverschuldung der Kreditbedarf der öffentlichen Hände wuchs, das internationale Realzinsniveau seit dem übergang zu den Reaganomics sprunghaft in die Höhe schoß und die Abhängigkeit der Nationalökonomien vom transnationalen Finanzkapital eine neue Qualität erreichte, war es damit freilich vorbei. Unter den neuen Bedingungen mußte jeder Staat, der auch nur in den Verdacht geriet, er würde eine Abwertung der eigenen Währung in Kauf nehmen, unweigerlich damit rechnen, daß er dafür von den internationalen Finanzmärkten

mit Kapitalabzug und entsprechenden einschneidenden „Risikozuschlägen" bei den Zinsen abgestraft würde. Die Weichwährungsoption verlor damit ihre Attraktivität. Das Diktat der Finanzmärkte bedeutet aber – und das ist für unseren Zusammenhang zentral – gleichzeitig die unumschränkte Herrschaft der Lieblingswährung des transnationalen Geldkapitals in Europa. Der verschärfte Wettbewerb um günstige Refinanzierungs-Bedingungen zwang die europäischen Staaten nämlich nicht nur dazu, den Außenwert ihrer Währungen gegenüber der europäischen Ankerwährung auch auf Kosten der Binnenkonjunktur stabil zu halten; eine solche Orientierung auf festgezurrte Paritäten als ultima ratio jeder Geld- und Wirtschaftspolitik ließ sich überhaupt nur durchhalten, indem die europäischen Zentralbanken allesamt faktisch auf ihre Souveränität verzichteten und jede Maßnahme der deutschen Bundesbank brav nachvollzogen. Wenn die Frankfurter Währungshüter die Leitzinsen anhoben, um in Deutschland die Inflationsgefahr zu bannen, dann blieb Paris, Rom und Madrid nichts anderes übrig, als die gleichen Signale zu setzen – ohne Rücksicht auf die konjunkturpolitischen Folgen im eigenen Lande.

In einer solchen Situation kann es als verlockend erscheinen, die Flucht nach vorn anzutreten. Wenn seit der Globalisierung der Finanzmärkte das Wechselkursventil sowieso klemmt und nur mehr über heftige Währungskrisen vermittelt seine Funktion erfüllt, liegt es da nicht nahe, dieses Ventil ersatzlos auszubauen, um im Gegenzug durch die Auflösung der D-Mark in eine Kollektivwährung wenigstens wieder eine Hand ans entglittene geldpolitische Steuer zu bekommen? Dadurch werden aber nur neue Widersprüche hervorgetrieben.

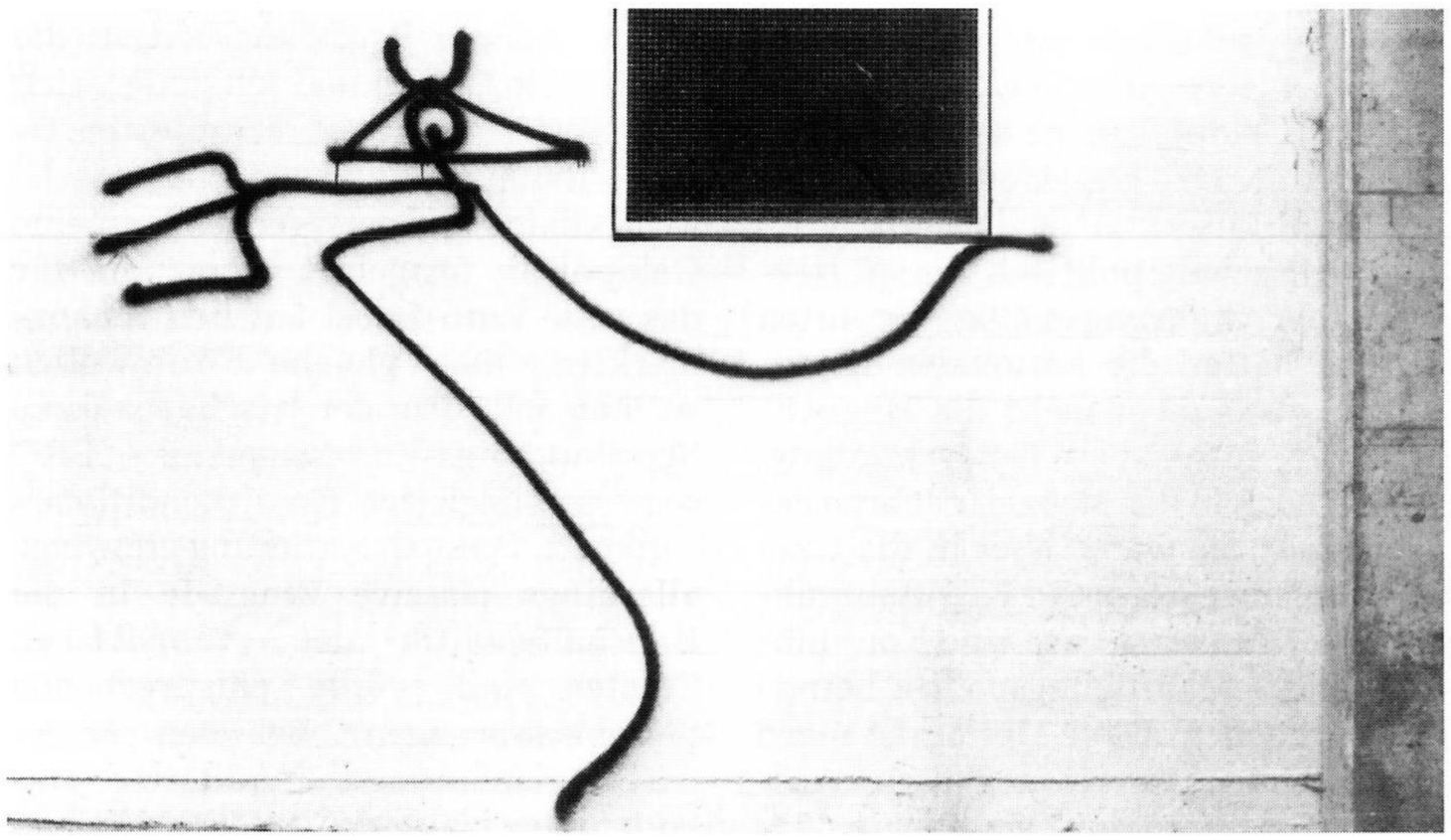
Die neue deutsch-französische Feindschaft

Auch wenn die Befürworter der EWU noch so penetrant ihren Glauben an ein Zusammenwachsen Europas beteuern mögen, so sind in die EWU-Pläne doch völlig gegenläufige, miteinander unvereinbare Motive eingegangen. Die Währungsunion läßt sich als das Schlüsselprojekt der neoliberalen Offensive auf unserem Kontinent beschreiben; ihre Umsetzung würde eine Art Dammbruch bei der Herstellung des totalen Marktes auslösen. Gleichzeitig markiert sie aber auch den Versuch der schwächeren europäischen Länder, wieder einen gewissen Einfluß auf die Geldpolitik zu erlangen und das über die DM-Hegemonie vermittelte „Stabilitätsdiktat" zu lockern. In einem wirtschaftspolitisch zersplitterten, aber währungsmäßig vereinten Europa hätten die nationalen Regierungen zwar nicht mehr die Möglichkeit zur autonomen Geldschöpfung, wie sie noch in den siebziger Jahren gegeben war; sie wären aber in die Lage versetzt, über exzessive Kreditaufnahme wieder so etwas wie eine Konjunktur- und Beschäftigungspolitik betreiben zu können. Diese Option ist umso verlockender, als die negativen Auswirkungen verstärkter staatlicher Verschuldung, nämlich steigende Zinsen an den Kapitalmärkten, das gesamte Währungsgebiet gleichermaßen treffen, also externalisiert würden, während die positiven Effekte internalisiert blieben. Die Inkongruenz von Währungsgebiet und wirtschaftspolitischem Bezugsrahmen, wie sie die Maastrichtverträge festschreiben, bereitet so gesehen einem äußerst prekären einzelstaatlichen Interventionismus den Boden. Es ist kaum zu erwarten, daß diese Gegenbewegung zum Traum von radikal verschlankter Staatlichkeit, deren praktisches Resultat nur in einem fatalen Verschuldungswettlauf zwischen den europäischen Einzelregierungen bestehen kann, angesichts der enormen sozialen und ökonomischen Folgelasten des Übergangs zur EWU eine bloß theoretische Möglichkeit bleiben wird. Vielmehr dürfte der Konflikt zwischen der neoliberalen und der neo-etatistischen Linie der Einzelstaaten die weitere praktische Entwicklung der EWU wesentlich bestimmen und die monetäre Haftungsgemeinschaft sehr schnell auf eine schwere Probe stellen.

Ein solcher Verlauf ist umso wahrscheinlicher, als sich diese Kollision schon im Vorfeld der Währungsunion abzeichnet. Wenn heute Bonn und Paris sich nicht auf ein gemeinsames Konzept für die praktische Ausgestaltung der EWU einigen können und die Frankfurter Bundesbank zusehends in die Schußlinie der französischen Öffentlichkeit rückt, dann handelt es sich dabei weder um bloß technische Detailfragen noch um die Privatfehde der beiden europäischen Vormächte; hier prallen bereits jene unvereinbaren Interpretationen über die Ausgestaltung der EWU aufeinander, die zu einer scharfen Polarisierung innerhalb der Währungsgemeinschaft führen müssen.

Die Bonner Regierung vertritt die neoliberale Option und imaginiert sich die EWU als eine Art erweiterten D-Mark-Raum. Sie will die Europäische Zentralbank dementsprechend auf eine Geldpolitik festgelegt sehen, die für das neue Euro-Label auf den Finanzmärkten das gleiche Wohlwollen wecken soll, dem der frischgebackene Verschuldungs-Europameister BRD seine privilegierten Kreditkonditionen verdankt. Diese Orientierung erzwänge allerdings massive Eingriffe in die Haushaltspolitik der europäischen Staaten und würde entsprechende „Nachbesserungen" bei den Maastrichtvereinbarungen implizieren. Das läuft indes völlig den Intentionen insbesondere der französischen Partner entgegen, die für ihren Gehorsam gegenüber den Maastrichtkriterien mit stockendem Wachstum und einer mittlerweile auf über 13 Prozent angeschwollenen Arbeitslosigkeit bezahlen müssen und kaum gewillt sind, diesen Kurs ad ultimum fortzusetzen. Dementsprechend fand die Vorstellung automatischer Sanktionen, für die sich Bundesfinanzminister Waigel stark gemacht hatte, auf der Dubliner Konferenz der Regierungschefs im November letzten Jahres keine Mehrheit. Mehr noch: Westlich des Rheins mehren sich mittlerweile bis in die höchsten Regierungsstellen hinein Stimmen, die eine grundsätzliche Modifikation der reinen Stabiltätskultur einklagen. In diese Richtung weisen nicht nur die Pläne des französischen Finanzministers Arthuis (der neben der EZB einen „Stabilitäts- und Wachstumsrat" der europäischen Regierungen installieren möchte, in dem die „Stabilitätssünder" zweifellos in der Mehrheit wären), sondern auch die Versuche von Premierminster Alain Juppé, die alleinige Zuständigkeit der EZB für die europäische Geldpolitik auszuhebeln.

Die Tragweite des Konflikts zwischen Bonn und Paris läßt sich kaum überschätzen. Das gilt umso mehr, als Frankreich mit seiner Position mittelfristig kaum allein stehen wird und auf die stille Sympathie und Unterstützung der Mehrheit der europäischen Regierungen rechnen kann. Die spanische, die portugiesische und die italienische Administration sowie die Regierungen der anderen Wackelkandidaten können zu der für die Wirtschaft ihrer Länder mörderischen Hartwährungsoption, wie sie die Bonner Regierung vertritt, momentan noch keinen expliziten Gegenstandpunkt beziehen. Sie müssen sich vorläufig noch im alltägli-



Graffiti von Harald Naegeli.

Fotos: Joachim Schmid

chen Kotau vor den „Konvergenzkriterien" üben, um überhaupt ihre Zulassung zur Währungsunion zu sichern. Bei ihrem Wohlverhalten gegenüber den Geboten der Stabilitäts-Simulation verlassen sie sich aber offensichtlich jetzt schon darauf, daß sich nach dem Inkrafttreten der Maastrichtvereinbarungen genug Möglichkeiten bieten werden, die feierlich unterschriebenen Stabilitätsverpflichtungen aufzuweichen, wenn erst die strukturellen Zwänge zur Subsumtion der eigenen Währungspolitik unter die Vorgaben der Bundesbank mit der Abschaffung der D-Mark verschwunden sind. Wie sonst läßt sich beispielsweise das Vorgehen der italienischen Regierung bei der Erfüllung der Konvergenzkriterien interpretieren? Wenn in den nächsten beiden Jahren eine Zwangsanleihe eingeführt wird, die zwar das laufende Budgetdefizit für diesen Zeitraum, wie im Maastrichtvertrag gefordert, unter 3 Prozent drücken soll, aber nach dem Eintritt in die EWU zurückgezahlt wird, dann hat das mit einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung wohl nicht allzuviel zu tun.

Das Stabilitätstheater

Angesichts der Entwicklung der bundesdeutschen Staatsfinanzen entbehrt es nicht einer gewissen Komik, wenn sich ausgerechnet die Bonner Administration und allen voran der für seinen virtuosen Umgang mit Schattenhaushalten weltbekannte Bundesfinanzminister Theo Waigel in die Pose der Stabilitätshüter werfen. Die Haushaltspolitik der BRD war zwar traditionell dank der starken Position des „Exportweltmeisters" vergleichsweise solide; seit der Wiedervereinigung ist die BRD aber längst dabei, ihren relativen Verschuldungsrückstand beschleunigt aufzuholen. Wer gegenüber den unsicheren europäischen Kantonisten die bundesdeutsche „Stabilitätskultur" ausspielen will, beschwört eine Vergangenheit und einen gewissen Ruf, aber keine dementsprechende haushaltspolitische Praxis mehr. Wenn der europäische Verschuldungswettlauf nach der Etablierung der EWU in eine neue Runde geht, wird sich Deutschland sicher einen Platz in der ersten Reihe sichern.

Dennoch hat die Beschwörungsformel, der „Euro müsse so stark wie die Mark" werden, mit der die Bundesregierung für ihr Einheitswährungskonzept trommelt und das ganze groteske Stabilitätstheater, das sie dabei aufführt, durchaus ihre Logik. Der Euro kann zwar unmöglich die durch die starke realwirtschaftliche Position der Bundesrepublik gestützte Stellung der D-Mark in den siebziger und frühen achtziger Jahren übernehmen; er muß aber, koste es was es wolle, die allein durch das Blankovertrauen der Finanzmärkte gedeckte Pseudovitalität der D-Mark erben, wenn seine Einführung keine Währungskrise auslösen soll.

Unter den heutigen Bedingungen nachhaltig sich verschlechternder realwirtschaftlicher „fundamentals" und einer negativen Zahlungsbilanz funktioniert die D-Mark-Stärke längst als eine Art Selbstläufer, der die BRD vorläufig noch gegen die Unbilden und Turbulenzen der realwirtschaftlichen Entwicklung abfedert. Allein die Tatsache, daß 20 bis 25 Prozent der Weltliquidität in D-Mark gehalten werden und weiterhin eine hohe Nachfrage nach dieser Währung herrscht, verschafft der BRD zu sehr günstigen Konditionen Zugang zum internationalen Geldkapital und erlaubt es ihr überhaupt, ihren enormen Refinanzierungsbedarf zu decken. Die BRD lebt als frischgebackener Megaschuldner also wesentlich von den Privilegien, die sie ihrer früheren Existenz als zweitgrößter Gläubiger auf der Welt verdankt. Dieser Mechanismus der Pseudosstabilisierung wird aber in dem Augenblick unterbrochen und in sein Gegenteil verkehrt, in dem das Vertrauen in die künftige Stabilität dieser Währung nachläßt oder gar eine allgemeine Absetzbewegung aus ihr einsetzt. Sobald die im Ausland gebundenden DM-Massen die BRD überschwemmen, muß dies einen Entwertungsschub auslösen, der sowohl den Außenwert in den Keller sinken läßt als auch einen Inflationsschub zur Folge hätte und gleichzeitig zu einer Explosion der Zinssätze führen müßte.

So wenig sich ein objektiver Punkt angeben läßt, an dem das Blanko-Vertrauen der Finanzmärkte in die D-Mark in ein allgemeines Mißtrauen umschlagen wird, eins liegt auf der Hand: Der Übergang zum Euro wird in diesem Zusammenhang äußerst problematisch. Wenn die Finanzmärkte dem „Euro" nicht die gleiche „Stabilität" zutrauen wie der bisherigen europäischen Ankerwährung und wenn sie sich nicht bereit zeigen, ihre DM-Vermögen unbesehen zum 1. Januar 1999 in „Euros" zu tauschen, dann wird dieses Mißtrauen unweigerlich zur self-fullfilling-prophecy, mit nicht absehbaren Folgen. Falls schon im Vorfeld der Währungsunion das Simulationstheater nicht mehr so recht greift, dürfte noch vor dem Jahr 1999 die DM-Herrlichkeit in einem Währungs-Crash ihr jähes Ende finden – und damit würden auch die EWU-Pläne platzen. Läßt sich die neoliberale Linie aber erst in den folgenden Jahren nach dem Übergang zur EWU nicht mehr durchhalten, so wird die sich selber verstärkende Abwärtsbewegung von Abwertung und Kapitalflucht dann auf der Basis der Einheitswährung einsetzen. Wie dem auch sei, sowohl die Fortschreibung der alten DM-Hegemonie unter dem Euro-Label als auch die Flucht nach vorn, der Versuch also, die Vorherrschaft der D-Mark via Euro zu brechen, können nur in einem Desaster enden. ■

Ernst LOHOFF ist Publizist. Er lebt in Nürnberg und ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis«.

Kuponschneider als Rentenklaus?

Über die Automobilwirtschaft und andere Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung

Lutz HOLZINGER

Es war einmal eine Zeit, in der es nicht darauf ankam, die Welt zu erklären, sondern sie zu verändern. Der erste groß angelegte Versuch, eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung zu bewerkstelligen, ist gescheitert. In dieser Lage kann es zumindest nicht schaden, ganz von vorn zu beginnen und gründlich zu überlegen, wo sinnvolle Ansätze für grundlegende Veränderungen zu finden sind. Derartigen Versuchen muß allerdings die Anstrengung vorangehen, die soziale und wirtschaftliche Realität zu begreifen und sie so darzustellen, wie sie ist. Es ist unangebracht, sie immer sofort unter Anwendung von traditionellen, mittlerweile falsifizierten dogmatischen Leisten zu interpretieren. Merke: Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als die herkömmliche marxistische Schulweisheit (oder was dafür gehalten wird) sich träumen läßt.

Ein Moderator des ORF-Hörfunkprogramms Ö1 hat vor kurzem für sich das Wort Globalisierung zum Begriff des Jahres 1996 erkoren. Das unterstreicht den inflationären Gebrauch dieses Stempels, der in der Tendenz allem und jedem aufgedrückt wird. Es fragt sich daher, ob mit Globalisierung überhaupt noch ein Phänomen bezeichnet wird, das eine relevante Veränderung oder einen bezeichnenden Tatbestand der gesellschaftlichen Wirklichkeit benennt.

Es liegt der Verdacht nahe, daß damit nur eine weitere Verschleierung von Herrschaftsinteressen beabsichtigt ist. Konstruiert wird mit dem Begriff ein zusätzlicher „Sachzwang", der einen bestimmten „Handlungsbedarf" auslöst. Etablierter Politik bleibt dabei keine andere Wahl, als der jeweils vermeintlich objektiven Anforderung zu entsprechen. (Ein derartiger Imperativ könnte nach der Implosion des „realen Sozialismus" etwa darin bestehen, den mangels Systemkonkurrenz entbehrlichen „revolutionären Schutt", der als Sozial- oder Wohlfahrtsstaat bezeichnet wird, schleunigst wegzuräumen.)

Keine Frage, daß Politik heutzutage nach dem skizzierten Muster funktioniert. Aber damit kommt man nicht unbedingt aus dem Schneider, was die Globalisierung betrifft. Denn es ist genau so einfältig, immer wieder auf denselben Schmäh hereinzufallen, wie signifikante Veränderungen als ohnehin vertraute Gewohnheiten abzutun. Zieht man die Kfz-Wirtschaft (das Konglomerat von Industrie, Import, Groß- und Kleinhandel sowie die beteiligten Gewerbe und alle vor- und nachgelagerten Industrie- und Dienstleistungsbereiche) als Beispiel heran, dann ist die Globalisierung kein leeres Wort. Sie bezeichnet vielmehr die Tatsache, daß sämtliche selbständig agierenden Wirtschaftssubjekte – und das sind in der Regel ausschließlich sogenannte Global Players – nun endgültig vor der Notwendigkeit stehen, ihr Geschäft im weltweiten Maßstab zu betreiben. (Was nichts an der weiteren Zuspitzung der Konkurrenz zwischen den Produzenten ändert. Sie wird – unabhängig von der Globalisierung – mit kürzeren Zyklen bei der Modellinnovation, steigendem Ausstattungsniveau der Fahrzeuge, längerer Lebensdauer und der Preispolitik ausgetragen. Alle diese Faktoren haben auch Rückwirkungen auf die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze.)

Beispiel Automobilwirtschaft

Den steigenden Internationalisierungsgrad in der Automobilwirtschaft illustrieren einige Vorgänge, die in jüngster Zeit gemeldet wurden:

- Nach der Aufstockung der Mazda-Aktienanteile von 25 auf 33 Prozent durch Ford und der Installierung eines britischen Staatsbürgers an der Konzernspitze mit Sitz in Tokyo schreibt der japanische Konzern in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres wieder Gewinne.
- Der US-amerikanische Lkw-Konzern Paccar hat vor kurzem mit Zustimmung von Aufsichtsrat und Vorstand der betroffenen Firma das niederländische Unternehmen DAF übernommen und verfügt damit über insgesamt vier selbständige Nutzfahrzeugmarken.
- Der südkoreanische Daewoo-Konzern plant umfangreiche Investitionen in Produktionsniederlassungen in Polen, Rumänien und Usbekistan – unter anderem, um die Märkte in Zentralasien sowie in Ost- und Mitteleuropa aufzurollen.
- Der malaysische Konzern Proton hat vor kurzem die Übernahme des traditionellen britischen Unternehmens Lotus, das auf Automobilengineering und Sportwagenbau spezialisiert ist, bekannt gegeben.
- BMW will rund 1 Milliarde DM in ein neues Motorenwerk in Großbritannien investieren. Etwa gleichzeitig wurde bekannt, daß der Konzern gemeinsam mit Chrysler die Errichtung eines Motorenwerks in Brasilien plant.
- Fiat konzipiert seine neuesten Modelle als sogenannte Weltautos, die auf beinahe allen Kontinenten in elf verschiedenen Standorten – von wenigen etwa klimabedingten Varianten abgesehen – formgleich hergestellt werden.
- Das Prinzip, ein und dasselbe Modell an mehreren zum Teil weit voneinander entfernten Standorten produzieren zu lassen, wird insbesondere auch von Ford (Corsa) und VW (Golf) in zunehmend weltumfassender Weise praktiziert.

Dabei handelt es sich lediglich um eine kleine Auswahl einschlägiger Meldungen aus der Automobilwirtschaft. Die Basisdaten besagen, daß dieser Sektor für rund 10 Prozent der wirtschaftlichen Aktivitäten in der ganzen Welt verantwortlich ist. In den entwickelten Industriestaaten macht der

Sektor bis zu einem Sechstel der gesamten Wirtschaftstätigkeit aus. Die Hauptakteure in diesem Business sind die amerikanischen Konzerne General Motors, Ford und Chrysler, die japanischen Hersteller mit Toyota (weltweit bereits Nummer 3 der Branche) an der Spitze sowie die europäischen Traditionsfirmen wie BMW, Mercedes Benz und Volkswagen, Citroen, Peugeot und Renault oder Fiat, Saab und Volvo. Zwischen ihnen wird es in Zukunft zu Kooperationen, Allianzen und Zusammenschlüssen kommen. An Bedeutung werden diese Konzerne in überschaubarer Zeit vermutlich nicht verlieren, weil es bis auf weiters keine brauchbare Alternative zum Automobil gibt, um den sich immer stärker auf den Freizeitbereich verlagernden Mobilitätsdrang der Individuen und die Transporterfordernisse der Wirtschaft zu befriedigen.

Schwellenländer spielen mit

Abgesehen von kleineren selbständigen Firmen wie Porsche oder den Tochterunternehmen einzelner Konzerne (Seat und Skoda von VW oder Rover von BMW), treten unterdessen auch Anbieter aus Schwellenländern (Südkorea und Malaysia) auf dem nordamerikanischen und westeuropäischen Markt in Erscheinung. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß die drei in Österreich präsenten südkoreanischen Pkw-Marken in kurzer Zeit durchwegs jeweils rund ein Prozent Marktanteil erobern konnten. Das ist insofern kein schlechtes Ergebnis, als diese Firmen noch über eine eher geringe Vielfalt beim Modellangebot verfügen. Daewoo verfolgt das Ziel, bis zur Jahrtausendwende weltweit die Nummer 10 unter den Automobilherstellern zu werden.

Die Bedeutung der Märkte von Nordamerika und Westeuropa für die Automobilwirtschaft besteht in ihrem gewaltigen Volumen. Die Nachfrage wird hier allerdings im wesentlichen lediglich vom Erneuerungsbedarf stimuliert. Um zusätzliche Kaufanreize zu bieten, setzen die Automobilhersteller auf eine immer differenziertere und auf verschiedenste Verwendungszwecke abgestellte Produktpalette (Sportwagen, Familienkutsche, Geländewagen usw.). Der nächste Schritt im Pkw-Marketing wird vermutlich in der verstärkten Nutzung der Möglichkeiten flexibler Fertigung bestehen – etwa um die einzelnen Produkte wesentlich weitgehender als bisher auf individuelle Wünsche und Anforderungen der KäuferInnen abzustimmen. Chrysler hat bereits angekündigt, eingespartes Forschungs- und Entwicklungspotential für diesen Zweck aufwenden zu wollen.

Von der Dynamik bzw. vom Wachstum her gewinnen jedoch die Märkte in Südostasien und Lateinamerika zunehmend an Bedeutung. Das macht es insbesondere auch für die europäischen Hersteller erforderlich, in diesen Hoffnungsgebieten mit eigenen Produktionsanlagen (je nach dem vom Zusammenbau bis zur Vollproduktion) präsent zu sein. Wie hoch die strategische Bedeutung der Marktentwicklung in diesem Bereich eingeschätzt wird, geht etwa daraus hervor, daß der VW-Aufsichtsrat vor kurzem beschlossen hat, den erfolgreichen Audi-Chef von dem Tochterunternehmen abzuziehen und mit der Leitung der Niederlassung in Brasilien zu betrauen, von der aus die gesamten Aktivitäten von VW in Lateinamerika gesteuert werden.

Daß die gewissermaßen physische Anwesenheit einer Produktionsfirma im jeweiligen Land ausschlaggebend für ihre Marktchancen ist, bestätigt BMW in der Praxis. Der Konzern läßt Luxusautos in Vietnam zusammenbauen und in den USA produzieren, um das jeweilige Absatzpotential optimal ausschöpfen zu können. Unterdessen ist auch Mercedes Benz diesem Beispiel mit einer Produktionsstätte für die A-Klassen-Fertigung in Brasilien und einem Assemblingwerk in Vietnam gefolgt. Mit derartigen Produktionen werden zwangsläufig auch die dazugehörigen Produktionsprinzipien exportiert, wenn sie nicht ohnehin automatisch weltweit entsprechende Folgen nach sich ziehen. Das trifft etwa auf die Tendenz der Automobilhersteller zu, die Fertigungstiefe der Produktion systematisch zu reduzieren und immer mehr Aktivitäten (auch der Forschung und Entwicklung) auf die Zulieferfirmen zu übertragen.

Breit gestreutes Risiko

Musterbeispiele dafür sind das von der Swatch-Herstellerfirma SHB und Mercedes Benz gemeinsam ausgeheckte Stadtautoprojekt Smart Car (die Markteinführung ist im Frühjahr 1998 vorgesehen) und eine von VW in Brasilien aufgezogene Lkw-Fertigung. In beiden Fällen beschränkt sich die Produktion im engeren Sinn auf den Zusammenbau der von den Zulieferfirmen (zumeist sogenannte Systemzulieferer, die ihrerseits wieder jede Menge Lieferanten benötigen bzw. beschäftigen) „just in time" bereitgestellten Komponenten, bei denen es sich nicht bloß um einzelne Bestandteile, sondern um ganze Bauteile der Fahrzeuge handelt. Der Vorteil für die Projektbetreiber besteht dabei darin, daß sie Forschung, Investitionen und Risiko für auf diese Weise konzipierte neue Produkte nur zu einem geringen Teil selbst tragen müssen und zum größten Teil auf Kosten der Zulieferer auslagern können. Um eine gewissermaßen globale Methode handelt es sich dabei aus zwei Gründen: Einerseits besteht die Tendenz, diese Systematik weltweit anzuwenden. Anderseits haben einzelne Systemzulieferer die Chance, weltweit zum Zug zu kommen.

Es liegt auf der Hand, daß die Internationalisierung der Automobilherstellung durch die verschärfte Konkurrenz auf dem in den Hauptabsatzgebieten (Nordamerika, Westeuropa und USA) stagnierenden Markt weiter beschleunigt wird. Bisher sind die europäischen Produzenten, was die Präsenz auf anderen Kontinenten betrifft, im Rückstand. Speziell in Europa sind General Motors (unter der Markenbezeichnung Opel) und Ford (mit gewissermaßen „rein" europäischen Modellen wie dem Escort) sowie die japanischen Konzerne (mit eigenen Produktionsanlagen vor allem in Großbritannien, aber auch in den Niederlanden und Portugal) vertreten. Im Vergleich dazu ist die Anwesenheit der europäischen Marken in Nordamerika oder Ostasien bisher unbedeutend, obwohl vor allem die deutschen Konzerne erhöhte Anstrengungen unternehmen, um ihre Präsenz in diesen Regionen auszubauen. Im Rahmen dieses Aufholprozesses sind Projekte vorgesehen, die von bloßen Montagewerken über Joint Ventures (etwa eine gemeinsame Motorenfabrik von Chrysler und BMW in Brasilien) bis zu eigenen Produktionsstätten reichen.

Auf dem Gebiet der Automobilwirtschaft tut sich übrigens auch in Österreich mehr, als man auf den ersten Blick für möglich halten würde. Das trifft nicht nur auf die vor kurzem durchgesetzte Redimensionierung der Semperit Reifen AG zu, die 1986 von der damals staatseigenen CA für einen Spottpreis und mittlerweile realisierte Subventionszusagen von mehr als einer Milliarde Schilling an die Continental AG abgestoßen und damit zur verlängerten Werkbank des deutschen Konzerns degradiert wurde. Trotz dieses

Husarenstücks als „Qualitätssiegel" der CA bei der Veräußerung von Industriebeteiligungen im Übernehmerinteresse ist es der Bank bisher nicht gelungen, der Steyr Daimler Puch AG als einstigem nicht vollverstaatlichten heimischen Paradekonzern ebenfalls das Licht auszublasen.

Streichers Kunststück

Allerdings hat Generaldirektor Rudolf Streicher – AMAG-Sanierer der achtziger Jahre, Verkehrs- und Verstaatlichtenminister sowie Präsidentschaftskandidat der SPÖ – die Konzernzentrale weitgehend in eine Verwaltung von Minderheitsbeteiligungen umgekrempelt. Die einzelnen Teile des Unternehmens wurden bis auf wenige Ausnahmen nach und nach an diverse ausländische Konzerne der Automobilbranche abgestoßen. Allerdings haben sich die dabei gebildeten Joint Ventures zumindest bisher weitgehend als Kerne positiver industrieller Weiterentwicklungen erwiesen. Beispielsweise hat der deutsche MAN-Konzern, der sich schon vorher die Wiener ÖAF unter den Nagel gerissen hatte, die Lkw-Fertigung von SDP im ehemaligen Hauptwerk in Steyr übernommen. Die Bus-Fertigung von Steyr in Wien ging an den schwedischen Konzern Volvo, die Landmaschinenherstellung in St. Valentin an den US-Konzern Case, die Kugel- und Wälzlagerproduktion in Steyr an den schwedischen Weltkonzern SKF und das einstige Joint Venture zur Pkw-Motorenfertigung in Steyr ist längst zu 100 Prozent im Besitz von BMW.

Obwohl das Zweirad-Know-how von Puch an Piaggo verscherbelt und die Zweirad-Fertigung in Graz ausgerechnet kurz vor dem Zeitpunkt eingestellt wurde, als der jüngste Fahrrad- und Motorradboom ausgebrochen ist, konnte sich der Konzernstandort in der steirischen Landeshauptstadt besonders gut behaupten. Ausschlaggebend dafür war die Kombination von technischem Kompetenzzentrum (z.B. für Allradtechnik und Kfz-Ingenieurleistungen aller Art) und verlängerter Werkbank im Zusammenbau von Fahrzeugen. Die Grazer haben sich unter anderem durch die Montage von VW-Bussen mit Vierradantrieb, Mercedes-Geländewagen (in Österreich unter der Bezeichnung Puch G auf dem Markt) oder neuerdings des Jeep Cherokee sowie das Joint Venture Eurostar, das gemeinsam mit Chrysler zur Produktion der Großraumlimousine Voyager auf die Beine gestellt wurde, einen Namen gemacht.

Die ersehnte „österreichische Lösung" in der Lkw-Fertigung – zum Beispiel in Form der Konzentration von Steyr Daimler Puch, ÖAF und Gräf & Stift hat es zwar nie gegeben. Dafür hat aber der deutsche Nutzfahrzeugkonzern MAN ziezerlweise die Herrschaft über sämtliche drei Marken übernommen. Auch zur Wiederbelebung einer eigenständigen Pkw-Produktion, die unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus von den USA hintertrieben wurde, ist es trotz der Propagierung des „Austro-Porsche" in den späten siebziger, frühen achtziger Jahren durch die SPÖ-Alleinregierung nicht gekommen. Dennoch verfügt Österreich, wenn man die Zulieferindustrie mitrechnet – mittlerweile über eine beachtliche Produktionsbasis im Kfz-Bereich.

Neben der Nutzfahrzeugherstellung durch die MAN in Steyr und Wien-Liesing sind zu nennen die Steyr Antriebstechnik und die Steyr Spezialfahzeugproduktion (Panzer), die Entwicklungs- und Engineering-Dienstleistungen von Steyr Daimler Puch und der AVL List, die Busfertigung von Volvo/Steyr und ÖAF, das Opel Motoren- und Getriebewerk in Wien-Aspern und das BMW-Motorenwerk in Steyr, die Produktion von KTM-Motorrädern und von Rotax-Zweiradmotoren. Dazu kommen die verstärkten Aktivitäten von Magna (weltweit einer der größten Zulieferkonzerne der Automobilindustrie und im Besitz des gebürtigen Österreichers Frank Stronach) und das Engagement einer ganzen Reihe von Betrieben, die ebenfalls erfolgreich im Bereich der Zulieferung für die Automobilherstellung (angefangen von Teppichen bis zu Spezialmetallen) tätig sind. Insgesamt übersteigt der Produktionswert der österreichischen Firmen, die im Kfz-Bereich arbeiten, im Durchschnitt (Rekordjahre beim Pkw-Verkauf wie 1996 bilden möglicherweise eine Ausnahme) deutlich den Wert der Automobilimporte. Dabei ist bemerkenswert, daß zu den Kunden der heimischen Zulieferer nicht nur europäische sondern auch nordamerikanische und japanische Konzerne gehören.

Kleine zum Handkuß

Man kann davon ausgehen, daß die Automobilwirtschaft zu den Branchen gehört, die von der Globalisierung am stärksten berührt sind. Am Beispiel Österreich scheint sich zu zeigen, daß dieser Prozeß selbst aus der Perspektive eines Landes, in dem keine Global Players der Branche zu Hause sind, nicht von vornherein und in jeder Hinsicht lediglich negative Aspekte aufweist. Unterscheidet man zwischen der Tendenz der meisten Industriebranchen, stärker zu rationalisieren als zu wachsen, und dem Beschäftigungseffekt, den die Aufnahme neuer Produktionen und/oder die Ansiedlung neuer Betriebe hat, so dürfte insgesamt sogar die Arbeitsplatzbilanz der heimischen Automobilwirtschaft positiv aussehen. Dazu kommt, daß etwa das BMW-Motorenwerk in Steyr sich zum Kompetenzzentrum des Konzerns im Bereich der Dieselmotorentechnologie entwickelt hat und Graz der Europastützpunkt von Chrysler werden könnte.

Auch in dieser Branche kommen freilich die „Kleinen" zum Handkuß. Dem Kfz-Einzelhandel und den im Kfz-Bereich tätigen Gewerben wird ein beschleunigter Schrumpfungsprozeß vorausgesagt. In der Wirtschaftskammer Österreich rechnet man bis zum Jahre 2001 mit dem Aus für ein Viertel oder gar ein Drittel der Unternehmen. Diese negative Prognose für Einzelhandel und Gewerbe der Kfz-Branche wird jedoch wenn überhaupt, dann nur höchst indirekt von der Globalisierung verursacht. Vielmehr tragen vor allem höhere Lebensdauer der Fahrzeuge und geringerer Wartungsbedarf einerseits und weniger rasch steigende bis sinkende Realeinkommen andererseits dazu bei, daß die Frequenz sinkt, mit der Autohäuser und Reparaturwerkstätten aufgesucht und gebraucht werden.

Bei vorurteilsloser Analyse konkreter wirtschaftlicher Entwicklungen – wie hier der Automobilbranche – dämmert der Verdacht, daß die vermeintliche „Globalisierungsfalle" vor allem die Funktion hat, von den eigentlichen Ursachen nachhaltiger ökonomischer Veränderungen abzulenken. Tatsächlich ist es äußerst absurd, den in den entwickelten Industriestaaten angesagten Sozialabbau ausgerechnet auf die wachsende geographische Ausdehnung des Verwertungszusammenhangs von Schlüsselbranchen und Schlüsselunternehmen der Weltwirtschaft zurückzuführen. Aufgabe marxistischer Analyse kann es nicht sein, ins allgemeine Geheul über die Globalisierung einzustimmen. Vielmehr geht es um die Entschleierung dessen, was sich hinter dem Getue verbirgt.

Dr. Franz Hahn und Dr. Peter Moslechner vom Wirtschaftsfor-

schungsinstitut haben im Auftrag der Bundesarbeitskammer eine Literaturstudie zu den „Globalisierungstendenzen in der österreichischen Wirtschaft" verfaßt. Zum Gegenstand der Untersuchung heißt es in einer Kurzfassung: „Die sprunghaft zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung und der damit einhergehende zunehmende Wettbewerb der Standorte – Stichwort Globalisierung – hat zu einer Erosion der traditionellen wirtschaftspolitischen Instrumentarien im Bereich der nachfrageseitigen gesamtwirtschaftlichen Steuerung auf nationalstaatlicher Ebene geführt. Die Globalisierung beschränkt sich nicht nur auf die Produktion und den Handel mit Waren und Dienstleistungen, sondern umfaßt auch die Internationalisierung von Eigentums – und Verfügungsrechten an Unternehmen. Die Auswirkungen dieser zunehmenden Multinationalisierung der Eigentümerstrukturen auf die Wirtschaftsstruktur, die Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes sind eine der wesentlichen heutigen Fragestellungen."

Die Nase vorn

Das Resultat der Analyse ist nicht gerade weltbewegend: „Internationale, ‚globalisierte' Unternehmen neigen dazu, die wertschöpfungsintensiven Kernbereiche des Unternehmens im Stammland zu halten. Außerdem scheinen jene Unternehmen produktiver zu sein, in denen Großaktionäre strategisches Eigentum mit langfristigem Interesse am Unternehmensbestand halten." Weitere Auffälligkeiten, die von den beiden Studienautoren aufgespürt wurden, lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

- Verflechtungen der österreichischen Wirtschaft sind geringer als in vergleichbaren OECD-Ländern.
- Internationalisierte Unternehmen sind wettbewerbsfähiger.
- Strategische Wertschöpfung bleibt im Stammland.
- Strategische Eigentümer haben langfristige Interessen.

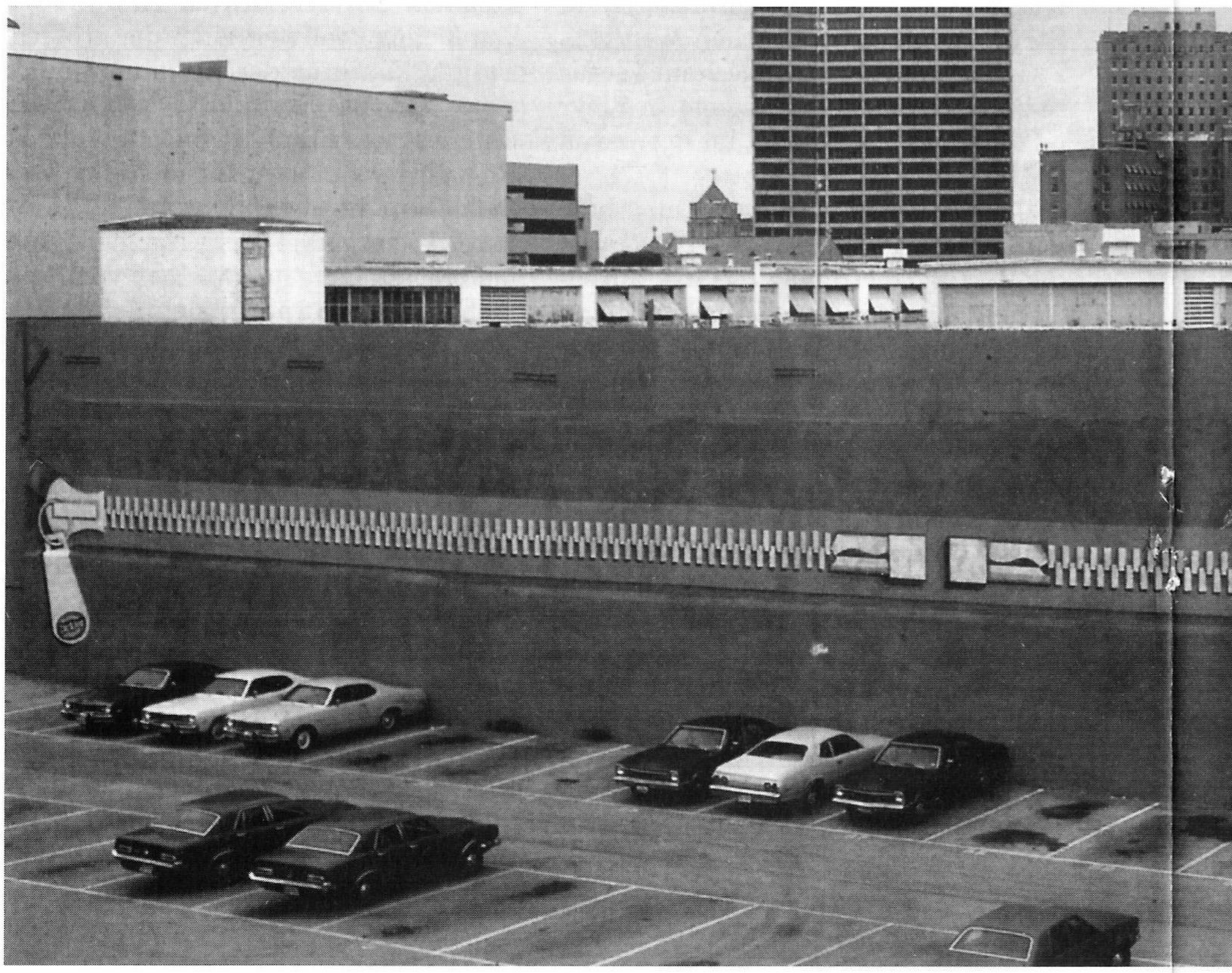
Interessant ist im Zusammenhang mit der Suche nach den Ursachen für die Verschärfung der sozialpolitischen Gangart insbesondere in Europa der Verweis auf die Eigentümerstrukturen. Über sie heißt es in der Kurzfassung der Studie konkret:

„Die kritische Wirtschaftstheorie steht insbesondere den behaupteten positiven Wohlfahrtseffekten von modernen Kapitalmärkten, vor allem der Aktienmärkte, kritisch gegenüber. Dies wegen der unzureichenden und ungleichgewichtigen Information der Marktteilnehmer. Insbesondere wird die Effizienz der Unternehmenssteuerung über Kapitalmärkte mit vielen Kleinaktionären – also die Kontrolle über Außenseiter – zunehmend in Frage gestellt, da eine Mehrzahl von – nicht durch einen gemeinsamen Willen verbundenen – Minderheitseigentümern schon bei sich kurzfristig verschlechternder Ertragslage mit Anteilsverkauf reagieren (shareholder value Prinzip). Dies führt üblicherweise zu einer Verlangsamung notwendiger Anpassungsmaßnahmen und/oder im Extremfall zur Vermögensliquidation. Aus diesem Grund ist in den USA und in Großbritannien seit einiger Zeit eine intensive Diskussion über die Vorzüge des kontinentaleuropäischen bzw. japanischen Systems, also über die Vorteile der Unternehmenskontrolle durch informierte Eigentümer wie Großaktionäre und andere stakeholder, im Gange."

Das jeweils andere besticht

Dazu heißt es in der von der Bundesarbeitskammer vermutlich nicht zufällig kurz vor dem Bekanntwerden des Bank Austria-Interesses an einer Übernahme der Creditanstalt veröffentlichten Studie weiter: „In Kontinentaleuropa überwiegt aus diesen Gründen das large shareholder Prinzip – im Sinne von strategischem Eigentum mit langfristigem Interesse am Unternehmensbestand. In Frankreich, Deutschland und Österreich sind mehr als 85 Prozent der großen börsennotierten Unternehmen im Besitz von Aktionären, die mehr als 25 Prozent des Aktienkapitals halten. In Japan sind etwa 25 Prozent des Aktienkapitals von großen Finanz- und Industrieunternehmen im Besitz anderer japanischer Unternehmen. Im Gegensatz dazu sind die large shareholders (in den USA und Großbritannien) überwiegend institutionelle Investoren (Versicherungen, Pensionsfonds), die jedoch nicht nur einen geringeren Anteil am aushaftenden Eigenkapital halten als die Großaktionäre in Kontinentaleuropa und Japan, sondern auch ihre Eigentümerfunktion in einem geringen Ausmaß ausüben (kurzfristige Ertragsorientierung)."

Zur Unterstützung von Großanlegern insbesondere auch aus dem Bereich der öffentlichen Hand, deren Rolle gerade in Österreich (siehe etwa die Energieversorger) äußerst problematisch ist, heißt es wörtlich: „Große Anteilseigner (strategische Eigentümer) sind in der Regel nicht nur besser informiert als Kleinaktionäre. Sie haben üblicherweise auch ein langfristiges



Interesse am Unternehmensbestand. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bedeutet dies eine verstärkte Verpflichtung – im Sinne von langfristig stabilen Beziehungen – von strategischen Eigentümern für den Unternehmensbestand und damit gegenüber den wichtigsten „stakeholdern" (Beschäftigten, Lieferanten, Kunden, Banken). Die kritiklose Übernahme des shareholder value Prinzips als Maxime der Unternehmenssteuerung ist mehr als problematisch, da es vom Grundsatz her ein sehr kurzfristig angelegtes Gewinnmaximierungsprinzip zum Schutz von uninformierten Kleinaktionären ist, das mittel- bis langfristige Perspektiven der Unternehmensentwicklung außer acht läßt."

Die Ergebnisse der WIFO-Studie wurden hier ausführlich dargestellt, um auf eine Auffälligkeit zu verweisen, die wesentlich zur Erhellung der spezifischen Verwertungsbedingungen für das Kapital in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe beitragen kann. Gewissermaßen unter der Hand signalisieren die beiden Autoren, daß es zu einer Wiedergeburt der Kuponschneider gekommen ist. In anderen Worten: Der Verlauf des Wirtschaftsprozesses und seine Ergebnisse werden auf betrieblicher Ebene wiederum wesentlich von der Tatsache beeinflußt, daß die rasch steigenden Ansprüche von Aktienbesitzern verschiedenster Größenordnung bedient werden müssen. Ihr einziges Interesse besteht in möglich hohen Revenuen aus dem Kapital, das sie in Aktien (also Besitztiteln von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen) gesteckt haben. Diese Charaktermaske stellt sich unabhängig davon ein, ob es sich bei dem angelegten Geld um Kapital von Unternehmern oder um Abfertigungen und andere Rücklagen von Werktätigen handelt.

Was im Rahmen der ökonomischen Entwicklung gegenwärtig wirklich gespielt wird, hat vor kurzem Wirtschaftswissenschaftler Erich W. Streissler von der WU-Wien in wünschenswerter Offenheit in einem Artikel mit dem Titel „Im Sturmschritt zurück ins 19. Jahrhundert!" vermutlich nicht zufällig in der »Presse« (14. Dezember 1996) enthüllt. In bezug auf Keynes schreibt der Universitätsprofessor: „Und sein großer gesellschaftspolitischer Fehler war es, an die ‚Euthanasie des Rentiers', des Zinseinkommensempfängers zu glauben. Heute werden die Zinssätze wieder auf den Weltkapitalmärkten bestimmt. Und die Empfänger von Zinseinkommen sind bedeutender denn je, auch wenn sie eher als große Pensionsfonds auftreten."

Wiedergeburt des Rentiers

So korrekt Streisslers Analyse sein mag, so fragwürdig erscheint die besondere Hervorhebung der Pensionsfonds als dominanter „Zinseinkommensempfänger". Tatsächlich verkörpern sie zwar eine neue Qualität in diesem Bereich. Er wird aber weiterhin nicht nur von institutionellen Anlegern, sondern auch vom fungierenden (an sich in der Industrie veranlagten) Kapital dominiert. Die Trennung zwischen produktivem und unproduktivem Kapital (bzw. Investitionen und Geldrücklagen) ergibt in diesem Zusammenhang keinen Sinn, weil im Zuge seines Reproduktionsprozesses ohnehin beide Stadien durchlaufen werden müssen. Es liegt überdies auf der Hand, daß die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals (der zunehmende Anteil des Kapitalvorschusses, der für Produktionsanlagen aufgewendet werden muß) dazu führt, daß ein immer höherer Prozentsatz des vorgeschossenen Kapitals vorübergehend Geldform annimmt und bis zur Reinvestition in neue Maschinerie usw. zwangsläufig zur Veranlagung auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung steht.

In Österreich schien der Spezies des Zinseinkommensempfängers mit dem Untergang der Monarchie das letzte Stündlein geschlagen zu haben. Die Totalentwertung der Kriegsanleihen und das Einfrieren der Mietzinse hat den Rentiers für lange Zeit den Garaus gemacht. Erst Jahrzehnte kontinuierlicher wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung seit der Befreiung vom Faschismus haben in Österreich die Voraussetzungen für die Wiedergeburt der sogenannten Kuponschneider geschaffen. Konkret waren dafür mehrere Momente verantwortlich:

Erstens die Akkumulation von Kapital in der Hand von Privatunternehmern, die diesen Überschuß in der Tendenz immer weniger in ihrem eigenen Aktivitätsbereich veranlagen konnten und können.

Zweitens die Rückführung des unter Mieterschutz gestellten Wohnungsbestandes in Altbauten (speziell in Wien) in die Sphäre der Kapitalverwertung und das damit verbundene zum Teil explosive Anwachsen der Hauptmieteinnahmen in der Hand von Hausbesitzern, deren Realitäten sich in der Vergangenheit bereits vielfach rentiert hatten.

Drittens die durch das kontinuierliche Wirtschaftswachstum in der Zweiten Republik begünstigte Bildung von Vermögen (durch Bau- und Versicherungssparen, Abfertigungen und Erbschaften usw.) auch in der Hand von Lohnabhängigen.

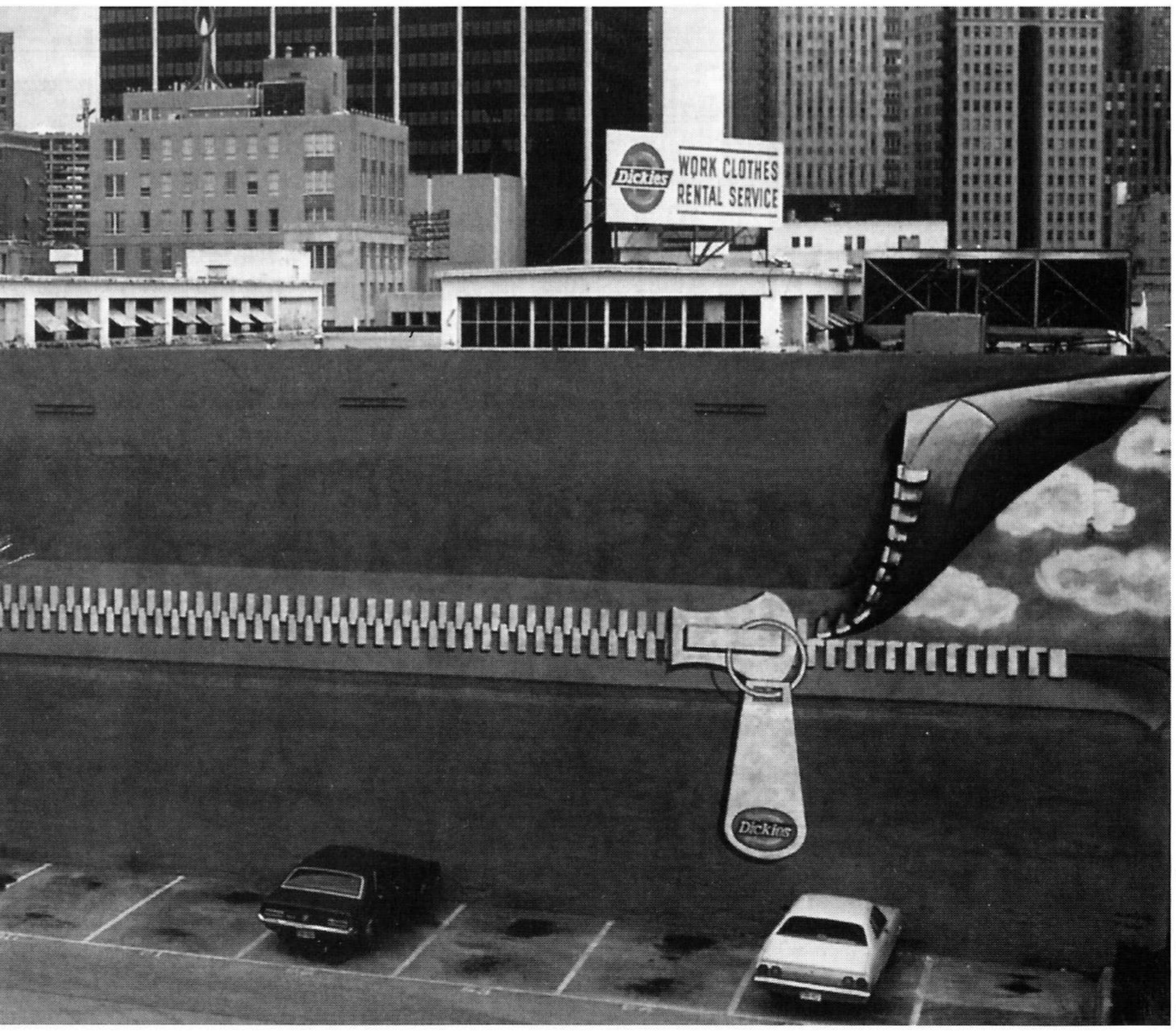


Foto: Georg Gerster

Reichtum, der arm macht

Es gehört zu den Absurditäten der kapitalistischen Entwicklung, daß ausgerechnet dieser steigende gesellschaftliche Reichtum die sozialpolitischen Errungenschaften zu zerstören droht, die etwa in Europa im Laufe des 20. Jahrhunderts durchgesetzt wurden. Denn Streissler irrt, wenn er in dem bereits zitierten Gastkommentar in der »Presse« folgende Feststellung macht: „Der Wohlfahrtsstaat aber zerschellt an einem großen humanitären und wissenschaftlichen Fortschritt, den die letzten 150 Jahre brachten, nämlich an der dank der modernen Medizin errungenen Vergreisung der Bevölkerung. Eine staatliche Pension während 30 Jahren inaktiven Alters ist unfinanzierbar und reißt alle anderen sozialen Fürsorgen des Wohlfahrtsstaats mit in den Abgrund."

Derartige Ammenmärchen glauben vielleicht die LeserInnen der »Presse«. Was den Sozialstaat in Frage stellt, ist nicht der finanzielle Aufwand für die Sozialversicherung. Vielmehr machen seinen Verwaltern die bis vor kurzem kaum ins Gewicht fallenden, nun aber ständig steigenden Ansprüche der Kuponschneider zu schaffen. Freilich gehört dazu die absurde Tatsache, daß die von Streissler zitierten Pensionsfonds, die in Österreich allerdings nur zögerlich ins Kraut zu schießen beginnen, zum Druck auf die bestehenden Sozialsysteme beitragen. Bei ihnen handelt es sich im wesentlichen um Investmentfonds, in die Werktätige vor allem der USA einzahlen, um sich gegen massive Einkommensverluste im Alter zu wappnen, weil sie über keinen ausreichenden Pensionsversicherungsschutz verfügen. Daß die Orientierung dieser Pensionsfonds auf maximale Renditen dazu beiträgt, die soziale Sicherheit in Europa und Japan zu untergraben, ist ein zwar nicht beabsichtigter, aber dennoch damit zusammenhängender Nebeneffekt. Diese Entwicklung wird dazu beitragen, daß auch europäische Lohnabhängige, die es sich leisten können, verstärkt in Pensionsfonds oder entsprechende Äquivalente einzahlen. Womit die negative Wirkung weiter gesteigert und ein Teufelskreis in Gang gesetzt wird.

Um jedoch die Kirche im Dorf zu lassen, muß unterstrichen werden, daß die Erosion des dualen Systems der Verteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit nicht von der Erfindung der Pensionsfonds, sondern von der Wiedergeburt des Rentiers als Faktor des Verwertungsprozesses sowohl von Kapital als auch von Grund und Boden verursacht wurde und wird. Sind es in den USA eher die Aktionäre, mit deren Hilfe Unternehmen sich finanzieren und die daher auch Erträge oder Dividenden sehen wollen, so agieren in Europa an ihrer Stelle die Banken, die allerdings kein höheres Interesse verfolgen oder einen besseren Durchblick haben (wie die Rekorde bei Firmenpleiten in Europa und Österreich beweisen), aber ebenfalls auf ihre Rechnung (Kreditzinsen) kommen wollen. Wobei in Europa im allgemeinen und in Österreich im besonderen ein verstärkter Trend zur Unternehmensfinanzierung über Aktienausgabe zu beobachten ist.

Am anschaulichsten lassen sich die Folgen des Auftretens einer dritten Partei bei der Verteilung des Volkseinkommens an der Mietpreisentwicklung in Wien darstellen. Bis zur Mietrechtsänderung durch die ÖVP-Alleinregierung im Jahr 1968 waren Wohnungen in Wien knapp. Man mußte Ablösen zahlen, um an sie heranzukommen. Die Hauptmiete in Altbauten belief sich jedoch lediglich auf einen minimalen Anteil des Einkommens von Lohnabhängigen. Nach zahllosen „Reformen" des Mietrechts sind Wohnungen weiterhin knapp. Mittlerweile müssen selbst für Gemeindewohnungen geschmalzene Baukostenzuschüsse gezahlt wirden. Und die Kosten für die Hauptmiete sind explodiert (in Altbauten in 30 Jahren von 1 Schilling pro Quadratmeter auf 100 Schilling pro Quadratmeter) und betragen bereits ein Drittel und mehr durchschnittlicher Einkommen. Das früher für Wien typische „soziale Wohnen" ist längst ein Fremdwort. Im Gegenzug ist zwar das früher im internationalen Vergleich relativ niedrige Lohnniveau in Österreich deutlich gestiegen, aber ein nicht unbedeutender Anteil mußte von den Arbeitern und Angestellten für die explodierenden Wohnungskosten aufgewendet werden, von denen sie allerdings nicht alle in gleicher Weise betroffen sind.

Unprogrammatisch

Auch die Privatisierung der Verstaatlichten kann als Maßnahme gelesen werden, die in Zusammenhang mit der Überakkumulation von privatem Reichtum steht. Um den Abfluß von namhaften Geldbeträgen ins Ausland zu verhindern und die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten, schien es den politisch Verantwortlichen geboten, potentiellen Anlegern im Inland attraktive Alternativen zu bieten. Mit der Privatisierung der gesamten verstaatlichten Industrie und zunehmend auch der öffentlichen Wirtschaft wurde und wird diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen.

Es liegt auf der Hand, daß die Erosion des Sozialstaates damit zusammenhängt, daß ein wachsender Anteil des Volkseinkommens für Zinseinkommen aufgeht – gleichgültig ob er bei Privaten, institutionellen Anlegern oder Banken landet. Deshalb bleibt für die Aufteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit weniger übrig. Allerdings handelt es sich auch bei den Zinseinkommensbeziehern in letzter Konsequenz nicht um anonyme Mächte, sondern um lebendige Menschen. Obwohl die Reichen und Superreichen dominieren und am meisten profitieren, gibt es immer mehr Lohnabhängige, die gleichzeitig auf Grund von Erbschaften und anderen Faktoren in mehr oder weniger großem Umfang über Aktien- und/oder Realitätenbesitz verfügen. Daraus erhellt, daß die Grenzen zwischen den Klassen heutzutage in der Praxis längst nicht mehr linear verlaufen, sondern sich äußerst verwickelt erweisen.

Dieser Text ist der Versuch, einen schmalen Ausschnitt der ökonomischen Wirklichkeit und ihrer Entwicklungstendenzen nachzuzeichnen, ohne daraus sofort Bewertungen, Einordnungen und Konsequenzen abzuleiten. Dahinter steht die Überzeugung, daß theoretische Arbeit, die sich auf Marx beruft, bis auf weiteres in erster Linie der Aneignung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Realitäten sowie der Beschreibung ihrer Wirkung dienen sollte. Es geht bis auf weiteres darum, nicht immer sofort Bescheid zu wissen, sondern Material als Grundlage für die systematische Erfassung der Funktionsweise des heutigen Kapitalismus zu sammeln. Ihm kann man zwar mit Instrumenten von Marx, aber nicht mit den in seinem Namen von anderen abgeleiteten Theorien auf die Spur kommen. Dabei helfen weder neue noch alte Zusammenbruchstheorien und auch nicht die Erwartung, daß die Arbeiterklasse die Menschheit von allen Übeln erlösen wird. Es ist überfällig, Marx in diesem Punkt aus der Transzendenz zurück auf den Boden der Tatsachen zu führen. ■

Dr. Lutz HOLZINGER ist Journalist und Autor.

Zum ruhenden und fließenden Verkehr

P. Josef POPULORUM

Trotz unterschiedlichster Vorstellungen über die Funktion der Straße und deren Nutzung, trotz heftiger Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen BenützerInnengruppen um die Verfügung über den Straßenraum, hat das Kraftfahrzeug in den letzten 200 Jahren seinen Anspruch auf den Straßenraum behauptet und ausgebaut. Und es ist nicht absehbar, daß sich daran in Zukunft etwas ändern wird. Selbst die letzten Versuche (Parkraumbewirtschaftung, Verkehrs- und Parkleitsysteme) sind am Primat des motorisierten Individualverkehrs orientiert.

Schon vor der Erfindung – Einführung, Verbreitung – des Automobils machten sich bereits prinzipielle Probleme im Straßenverkehr bemerkbar.[1] Die Situation der FußgängerInnen (keineswegs so rosig, wie das aus heutiger Sicht gerne gedacht wird), der ruhende und fließende Verkehr im Straßenraum, forderten und förderten schon früh Lösungen, die in Ansätzen heute noch gültig sind.

Seit Anfang des 18. Jahrhunderts dient die Straße vorrangig dem fließenden Verkehr, wobei damit sowohl die Fortbewegung mit Wagen als auch das Fortkommen zu Fuß verstanden wurde. Der Straßenraum war bis dorthin wenig reglementiert, die Trennung in Gehsteige und Fahrbahnen war nicht vorhanden. In der Folge, mit zunehmendem Verkehrswachstum, wurden Verordnungen erlassen, die die Einschränkung von Verkaufsständen, die Räumung von auf Straßenflächen lagernden Gütern, die Verweisung der FußgängerInnen auf ihnen zugedachte Streifen, das Vorgehen gegen vorschriftswidrig geparkte Wagen und die Offenhaltung von Passagen zum Ziel hatten. Der ruhende Verkehr wurde dabei als zentrales Hindernis für den Verkehrsfluß angesehen. Wie heute dienten auch damals Halte- und Parkverbote der Aufrechterhaltung der Flüssigkeit des Verkehrs:

1706 – erste Anweisungen, daß leere Wagen, die in engen Gassen abgestellt sind, aus dem Weg geräumt werden sollen;

1753 – Verfügung, daß vor Wirtshäusern keine Wagen abgestellt werden dürfen[2],

1775 – das Abstellen von Fuhrwerken vor Häusern wird ausdrücklich verboten.

Der ruhende Verkehr stellte also schon im 18. Jahrhundert ein Problem dar, das schrittweise einer konsequenten Lösung zugeführt wurde: Das Parken im öffentlichen Straßenraum wurde zunehmend reglementiert und schließlich gänzlich verboten. Und daran sollte sich bis 1928 bzw. 1930 nichts ändern. Die Pferdestärke wurde zwar ab 1890 zunehmend durch den Benzin-, Diesel- und Elektromotor ersetzt, der Straßenraum blieb bis 1928 bzw. 1930 zuallererst Verkehrsraum, der jedoch für andere Nutzungen offenstand. 1928 wurde für Wien eine Straßenverkehrsordnung verabschiedet, die das Parkverbot von Fuhrwerken im öffentlichen Straßenraum aufrechterhielt. Ein dezidiertes Parkverbot für Automobile war darin zwar nicht enthalten, Fuhrwerke wurden jedoch als mit Tieren bespannte oder motorisch bewegte Fahrzeuge definiert. Das Fahrzeug Automobil blieb im Zustand eines „Stehzeugs" aus dem Straßenraum verbannt, bzw. wäre verbannt geblieben, wenn dieses Gesetz nicht in der Folge verfassungsrechtlich aufgehoben worden wäre. In der Übernahme eines Bundesgesetzes (BGBl Nr. 438 vom 20. Dezember 1929) wurde im Gesetz vom 15. April 1930 (Gesetz über die Straßenpolizei im Bundesland Wien) der öffentliche Straßenraum auch in Wien zum Abstellraum für Fahrzeuge.[3] Straßen und der über ihnen befindliche Luftraum dürfen ab diesem Zeitpunkt nur mehr zu Zwecken des Verkehrs benutzt werden. Jede andere Verwendung des öffentlichen Straßenraumes ist genehmigungspflichtig. Die Weichen für die automobile Beschlagnahme des öffentlichen Raumes waren gestellt.

„Damit wurde die Umfunktionierung des gemischt genutzten mittelalterlichen Lebensraumes Straße in den Verkehrsraum der Moderne auch rechtlich zum Abschluß gebracht. Aber auch der Verkehrsraum wird durch diese gesetzlichen Bestimmungen in seiner Nutzung revolutioniert: War das Parken bisher generell verboten und an die ausdrückliche Genehmigung durch die Behörde gebunden, wird ab nun das Halten und Parken generell gestattet und die Behörde muß die Halte- und Parkverbotszonen verordnen und kennzeichnen. Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Regelung des Straßenraumes wird der öffentliche Raum nun auch zum Lagerraum für abgestellte Fahrzeuge."[4]

Und daran hat sich wiederum bis heute wenig geändert. Auf die solcherart verschärfte Konkurrenz um den Straßenraum auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden bzw. geplanten Motorisierung wurde erstmals in der Reichsgaragenordnung (1939) reagiert.[5] Das Abstellen von Fahrzeugen im öffentlichen Straßenraum wurde darin nicht grundsätzlich verboten, die bisherigen gesetzlichen Regelungen blieb also aufrecht. Es wurde allerdings das Instrument der Stellplatzverpflichtung eingeführt. Die Reichsgaragenordnung verpflichtete denjenigen (diejenige), der (die) „Wohnstätten, Betriebs- und Arbeitsstätten oder ähnliche bauliche Anlagen errichtet oder Um- und Erweiterungsbauten ausführt, die den Wert solcher baulichen Anlagen erheblich steigern, hat für die vorhandenen und zu erwartenden Kraftfahrzeuge der Bewohner, des Betriebes und der Gefolgschaft Einstellplatz in geeigneter Größe, Lage und Beschaffenheit samt den notwendigen Zubehöranlagen auf dem Baugrundstück oder in der Nähe zu schaffen".[6]

Mit der Reichsgaragenordnung wurde somit zweierlei versucht. Einerseits sollte, durch die Freihaltung der Straßen vom ruhenden Verkehr, der Verkehrsablauf optimiert und damit ein höherer Motorisierungsgrad möglich gemacht werden, andererseits war beabsichtigt, die Erreichbarkeit diverser Ziele (Wohnung, Arbeitsstätte etc.) mit dem Automobil zu ermöglichen. Die Stellplatzverpflichtung wurde in die Gesetze der Zweiten Republik übernommen und modifiziert, wobei scheinbar in Vergessenheit geriet, daß es sich dabei um ein Instrument zur

Forcierung der Motorisierung handelt. Eine Entlastung des öffentlichen Straßenraumes vom Verkehr, wie dies in den folgenden Jahrzehnten immer wieder argumentiert wurde, konnte damit nicht erreicht werden.

Der automobile Aufbruch in den fünfziger und sechziger Jahren fand somit optimale gesetzliche Bedingungen vor. Der Motorisierungsgrad stieg in diesem Zeitraum sprunghaft an, die Situation im Straßenraum verschärfte sich zunehmend.[7] Von seiten der Politik wurde das Problem als solches zwar erkannt, die Lösungsvorschläge waren im großen und ganzen aber an den Interessen der KraftfahrerInnen orientiert. Beispielhaft zeigt sich das in einer Erklärung des damaligen Wiener Bürgermeisters Jonas:

„In jeder Großstadt sind die Verkehrsprobleme die allerdringlichsten geworden, da mit ihnen auch die Verkehrsunfälle in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Sie sind deshalb überall so schwer zu lösen, weil man die Struktur und die Größe der Straße nicht so rasch ändern kann, als die Zahl der Fahrzeuge steigt." [8]

Das Problem wurde nicht im steigenden Verkehrsaufkommen gesehen, sondern in der Organisation des Verkehrs und in den räumlichen Gegebenheiten, die einer reibungsloseren Verkehrsabwicklung im Wege standen. Weiter führt Jonas aus, wäre es natürlich selbstverständlich, daß „die Gemeinde alle (sic!) Straßenflächen schafft", die der fließende Verkehr benötigt. Eine ungerechte Belastung der Allgemeinheit wäre es nach Jonas allerdings, wenn die Gemeinde allein für die Erstellung von Garagen und Parkflächen zu sorgen hätte. Wer ein Auto besitzt, hat jedenfalls selbst dafür zu sorgen, daß er es „in der Nacht wo abstellen kann".[9] Damit zumindest dies reibungslos vor sich gehen konnte, wurden in immer größerem Umfang Flächen für den ruhenden Verkehr gewidmet. Durch Gehsteigverschmälerungen und die Zerstörung eines funktionierenden Radwegenetzes wurde der, auch von den Medien vehement geforderte Parkraum geschaffen. Zunehmend wurden städtebauliche Entwicklungen forciert, die auf das Auto als Verkehrsmittel zugeschnitten waren. Die immer weitergehende Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes durch den motorisierten Individualverkehr wurde selbstverständlich. Im Rahmen der ersten Wiener Verkehrsenquete (1955) wurden zwar erstmals kritische Stimmen laut, die in diesem Rahmen geforderte Einhebung einer Dauerparkgebühr war jedoch nicht durchsetzbar. Weitgehend hatte sich damals schon die Überzeugung durchgesetzt, daß es quasi ein Recht der AutofahrerInnen auf (kostenlosen) Parkraum gebe.

Zeichnete sich die Situation in den fünfziger und sechziger Jahren durch eine zunehmende Belegung des Straßenraumes für die Zwecke des motorisierten Verkehrs aus, so setzte sich diese Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten beinahe ungebremst fort. Zwar kam es im Rahmen einer Gegenbewegung (beginnend in den späten sechziger Jahren) zur Errichtung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und einem (immer noch ungenügenden) Ausbau des Radwegenetzes, Grundsätzliches an der Haltung zum motorisierten Individualverkehr hat sich jedoch nicht geändert. Die Interessen der AutofahrerInnen blieben bei der Gestaltung des Straßenraumes und der Stadt dominierend. Durch die getroffenen Maßnahmen (Straßenbau, Garagenbau, fortlaufende Anpassung der Bestimmungen zur Stellplatzerrichtung) wurde die Ausweitung der Problematik und nicht deren Lösung befördert.

„Fast 40 Prozent des gesamten Straßenraumes einer durchschnittlichen Straße im dichtbebauten Stadtgebiet werden mittlerweile vom ruhenden Verkehr in Anspruch genommen. Weder eine laufende Angebotsausweitung im öffentlichen Raum noch die im Zuge der Neubautätigkeit geschaffenen Stellplätze außerhalb des Straßenraumes konnten verhindern, daß sich besonders seit 1985 die Parkraumsituation im dichtbebauten Stadtgebiet weiter verschlechtert."[10]

Die Auswirkungen der in den letzten Jahrzehnten gesetzten Maßnahmen sind somit als katastrophal zu bezeichnen, ohne hier konkret auf einzelne Punkte (Umwelt, Zersiedelung, Nutzung des öffentlichen Raumes) einzugehen. Die in den letzten Jahren teils geforderten, teils umgesetzten und auch geplanten Maßnahmen unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich. Den Bemühungen zur Entschärfung der Situation durch Straßenneu- bzw. -umbau ist zwar etwas seltener Erfolg beschieden, das grundsätzliche Bekenntnis zum motorisierten Individualverkehr und dessen Wachstum ist jedoch ungebrochen. Die neuen Schlagworte lauten Parkraumbewirtschaftung, Verkehrs- und Parkleitsysteme. Die Optimierung des fließenden und die Organisation des ruhenden Verkehrs sollen den begrenzten Straßenraum für die Aufnahme einer noch größeren Zahl von Automobilen befähigen.

Katastrophale Auswirkungen

Im Hinblick auf den ruhenden Verkehr ist vor wenigen Jahren in Wien das Modell der Parkraumbewirtschaftung eingeführt worden. Mit ihr wurde, Jahrzehnte nach der erstmaligen Forderung zu deren Einführung, eine Maßnahme durchgesetzt, die die Benützung von Parkplätzen durch Gebühren regelt. Notwendig und letztlich auch durchsetzbar ist die Parkraumbewirtschaftung geworden, nachdem im dicht bebauten Stadtgebiet die Situation einzelner BenutzerInnengruppen (BewohnerInnen) nicht mehr „tragbar" war. Durch die Parkraumbewirtschaftung sollen die Bedingungen für den Wirtschaftsverkehr, die Verbesserung der Umweltqualität durch den Rückgang des Parksuchverkehrs, die Rückgewinnung von Gestaltungsräumen im öffentlichen Raum, eine Finanzierungsgrundlage für den Bau von Garagen und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs erreicht werden. Die Erfahrungen mit diesem Modell sind auf den ersten Blick als durchaus positiv zu bewerten[11], trotz einiger „Vorteile" werden gewisse Probleme im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr von diesem Modell der Parkraumbewirtschaftung jedoch nicht oder nur langfristig vermindert. Die immer wieder angeführte attraktivere „Gestaltung" des öffentlichen Raumes benötigt Flächen, in/auf denen das realisiert werden kann. Die Parkraumbewirtschaftung geht aber davon aus, daß die BewohnerInnen jedenfalls, wenn auch gegen Gebühr, einen Stellplatz haben. Der öffentliche Straßenraum ist jedoch alleine durch die BewohnerInnen fast zu 100 Prozent ausgelastet. War es bisher selbstverständlich, daß das Kraftfahrzeug im öffentlichen Raum kostenlos (mit Einschränkungen) abgestellt werden konnte, so wurde mit der Parkraumbewirtschaftung und dem BewohnerInnenvorrecht ein Anspruch auf Parkraum festgeschrieben. Und es ist festgehalten, daß die Stellplätze nur unter Berücksichtigung der Parkraumbilanz im Straßenraum reduziert werden dürfen. Großartige Veränderungen sind unter diesen Bedingungen, betrachtet man die Prognosen zur Motorisierung und der Stellplatzbilanz für die nächsten 10 bis 15 Jahre, nicht zu erwarten.[12]

Gleichzeitig kann im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung von Kostenwahrheit keine Rede sein. Untersuchungen zu den Kosten eines Stellplatzes im öffentlichen Straßenraum kommen zu überraschenden Ergebnissen. Urban (1993) kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß für einen Quatratmeter Stellplatz pro Jahr ohne Berücksichtigung der Umweltkosten als Minimum Kosten von rund 1.150 Schilling anfallen. Ein Parkplatz mit 14 Quatratmeter würde so im Monat rund 1.140 Schilling bzw. 16.050 Schilling pro Jahr kosten. Die Umweltkosten berücksichtigend, kommt er auf eine Summe von über 18.000 Schilling pro Jahr und Stellplatz, das sind fast 900 Prozent mehr, als derzeit für einen Stellplatz zu bezahlen ist. Den größten Teil davon machen die Grundstückskosten aus. Knoflacher (1993) geht in seinen Berechnungen bzw. Betrachtungen im Hinblick auf die Kosten eines Parkplatzes im öffentlichen Raum noch einen Schritt weiter.

„Es wird behauptet, daß wir in einer Gesellschaft der freien Marktwirtschaft, der sozialen Marktwirtschaft, ja gar der öko-sozialen Marktwirtschaft leben. Wenn dieses System funktionieren soll, dann ist es selbstverständlich erforderlich, wesentliche Lebensbereiche, wie etwa jene des Verkehrs, diesen Prinzipien ebenfalls zu unterwerfen."[13]

Er legt seinen Berechnungen die durchschnittliche Miete für Wohnungen zugrunde und errechnet aus ihnen den Preis für einen Quatratmeter Boden. So erhält er für einen Parkplatz, den er mit 10 Quatratmeter annimmt, eine monatliche Miete von ca. 2.000 Schilling, würden die Nebenflächen (Zu- und Abfahrt) eingerechnet, ergäbe sich ein Betrag von 4.000 Schilling pro Monat. Dazu rechnet Knoflacher noch die ökologischen Kosten, den Wert von Grün in der Stadt, ein. Unter Vernachlässigung der sozialen Aspekte ist so nach Knoflacher in einer funktionierenden Marktwirtschaft der Wert eines Parkplatzes (10 Quatratmeter) im öffentlichen Straßenraum im Inneren der Stadt mit etwa 4.000 bis 5.000 Schilling pro Monat zu veranschlagen. Die von ihm vorgeschlagene Lösung ist die Schaffung von Stellplätzen in Garagen.

Was das jedoch am Grad der Motorisierung und an der bevorzugten Nutzung der Straße durch Automobile ändern würde, ist zu hinterfragen. Und inwieweit andere Nutzungen, Spiel- und Freiräume, unter Anlegung marktwirtschaftlicher Prinzipien so noch Raum hätten, muß ebenfalls fraglich bleiben. Bestehen bleibt jedoch, daß für eine kostendeckende Gebühr ein Vielfaches der augenblicklich veranschlagten Gebühr bezahlt werden müßte.[14]

Foto: Gertrud Vogler

Leitsysteme

Parkleit- und Verkehrsleitsysteme stellen augenblicklich den Hoffnungsträger zur Lösung automobiler Engpässe dar. Im Verkehrskonzept für Wien (1994) wird festgehalten, daß neue Informationssysteme genauestens auf deren Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr überprüft werden müssen, um nicht gegenläufige verkehrspolitische Entwicklungen zu unterstützen. Parkleitsysteme im Sinne einer übergeordneten Steuerungsstrategie werden dabei positiv beurteilt, weil der Parksuchverkehr doch einen wesentlichen Bestandteil der Belastung durch den Verkehr einnimmt.

In Wien haben sich alle institutionell zuständigen Magistratsabteilun-

gen, Behörden, ParkhausbetreiberInnen und Interessensvertretungen zur Einrichtung eines Parkleit- und Informationssystems entschlossen. Es handelt sich dabei jedoch um kein „reines" Parkleitsystem, sollen dadurch doch die Verkehrssicherheit, die Umweltbedingungen und die Effektivität des Verkehrsablaufes verbessert werden. Es soll Teil eines zukünftigen Gesamtsystems sein, das den Verkehrsfluß beeinflussen soll. Hier ist die Kritik an Leitsystemen für den Kfz-Verkehr anzusetzen. Wird einerseits mit der reibungsloseren Verkehrsabwicklung und den ökologischen Vorteilen, die natürlich nicht fehlen dürfen, argumentiert, so darf nicht übersehen werden, daß zuallererst einer Optimierung der Auslastung des begrenzten Straßenraumes und damit wiederum einer Vergrößerung des Verkehrsaufkommens Vorschub geleistet wird. Die durch Verkehrsinformationen zeitlich und räumlich verringerten Wege und die damit verbundenen positiven ökologischen Auswirkungen werden durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen wieder „wettgemacht". In Deutschland ist die Entwicklung im Hinblick auf Verkehrsleitsysteme weiter fortgeschritten, die ersten Erfahrungsberichte lassen allerdings wenig Positives erwarten. Das Rezept heißt Telematik. Die Verbindung der Rechenleistung moderner Computer mit der flexiblen digitalen Kommunikation ist in Deutschland schon längere Zeit im Einsatz, um das Chaos in den Straßen zu ordnen und Verkehrsunfälle vermeiden zu helfen. Eva-Maria Thoms hat die Kritikpunkte und auch die finanziellen Hintergründe im Zusammenhang mit der Einrichtung von Verkehrsleitsystemen zusammengefaßt:

„Weil dem Expansionsdrang des Autoverkehrs nicht beizukommen ist, klammert sich die kommunale Verkehrspolitik an jeden Strohhalm. Vor allem die Elektroindustrie im Verein mit den Autobauern preist die telematische Verkehrssteuerung fast als Wundermittel gegen den Stau an. Die einfache Tatsache, daß schlichtweg zu viele Autos in den Städten unterwegs sind, weiß zwar jeder, doch nur wenige wollen sie wahrhaben. (...) Und weil gerade die Autoindustrie weiß, daß Autos sich nur solange verkaufen lassen, wie man auf den Straßen auch fahren kann, ist Stuttgart zur heimlichen Hauptstadt der Telematik geworden. Bis zum Ende des vergangenen Jahres (1995, Anm. Verf.) war die Schwabenmetropole Testfeld eines großangelegten Versuches, mit Hilfe der Telematik den Verkehrsfluß zu verbessern. Finanziert wurde das Ganze von der Industrie. (...) Nur eines hat der Versuch mit dem Namen Storm nicht gebracht: freie Fahrt in Stuttgart."[15]

Den gesetzten Maßnahmen ist somit eine neue Qualität abzusprechen. Vielmehr handelt es sich darum, mit neuen Mitteln eine Politik fortzusetzen, in deren Mittelpunkt das Automobil bzw. dessen Fortkommen und nicht so sehr die Lösung der durch das Automobil verursachten Probleme stehen. Für die nahe Zukunft ist denn auch, von lokalen Verbesserungen abgesehen, keine Veränderung der Situation im öffentlichen Straßenraum zu erwarten. Bestenfalls ist vor dem Hintergrund der weiter steigenden Motorisierung keine Verschärfung der Situation zu erwarten. ■

Mag. P. Josef POPULORUM hat Werkerziehung an der Akademie der bildenden Künste studiert.

Anmerkungen

1 Wie die frühe Festlegung auf den Vorrang des Fließverkehrs, so war auch die Faszination eines eigenen Wagens schon vor der Erfindung des Automobils festzustellen: „Wagen und Pferde – davon träumt und phantasirt jeder Großstädter! Dreißig Jahre mißt er in seinem Laden Perkal und Bänder (...), dreißig Jahre handelt er mit Syrup und Käse (...), bloß um nach Verlauf dieser mittleren Dauerzeit des menschlichen Lebens das Vergnügen zu genießen, in eigener Equipage zu steigen und nach Hietzing oder Döbling zu fahren." (Czeike, F.: Regelung und Sicherung des großstädtischen Straßenverkehrs seit dem 18. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Wien, Wien 1981, S. 199).

2 Diese Regelung wurde von den GasthausbesitzerInnen als geschäftsschädigend eingestuft und, jedoch ohne Erfolg, beeinsprucht – glückloser als heutige Bemühungen gegen die Absenkung der Promillegrenze.

3 In 1 wurde die Fahrbahn als Teil der Straße, der für den Fahrverkehr bestimmt ist, festgeschrieben. Das Halten wurde als das Stehenlassen zum Ein- und Aussteigen, Auf- und Abladen und das Parken als Stehen und Warten lassen eines Fahrzeugs für längere Zeit definiert. Weiters wurden mit diesem Gesetz Halte- und Parkverbote und die Nutzung der Straßen im allgemeinen geregelt.

4 Hieß H.: Garagenbauprogramm für Wien, 1995, S. 16.

5 „Die Förderung der Motorisierung ist das vom Führer und Reichskanzler gewiesene Ziel. Die Zunahme der Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr erfordert, daß die öffentlichen Verkehrsflächen für den fließenden Verkehr frei gemacht und möglichst wenig durch ruhende Kraftfahrzeuge belastet werden. Zu diesem Zweck müssen die Kraftfahrzeuge dort, wo sie regelmäßig längere Zeit stehen, außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen ordnungsgemäß eingestellt werden." (RGO: Verordnung über Garagen und Einstellplätze, Berlin, 18. 2. 1939).

6 Ebd.

7 1951 war von der Polizeidirektion bekanngegeben worden, daß es in Wien rund 63.000 Kraftfahrzeuge gebe und wöchentlich 200 Fahrzeuge neu angemeldet würden. Bis 1970 stieg die Zahl der Kraftfahrzeuge auf knapp 370.000 an.

8 »Rathaus Korrespondenz«, 10. Oktober 1955, Blatt 1765.

9 Ebd.

10 Verkehrskonzept für Wien, 1994, S. 76.

11 Ein deutlicher Rückgang der Stellplatzauslastung, insbesondere in der Morgenspitze, war zu verzeichnen; eine Reduktion des ein- und ausströmenden Verkehrs um 10 bis 15 Prozent; eine wesentliche Reduktion des Falschparkeranteils; einen bedeutenden Rückgang des Parkplatzsuchverkehrs; eine starke Reduktion der Pkw-Verkehrsleistung innerhalb des 1. Bezirkes; eine bessere Auslastung der öffentlichen gewerblichen Garagen; keine signifikant zusätzlichen Belastungen der Parkraumsituation in den Randbereichen der angrenzenden Bereiche. (Vgl. Klotz, A.: Die Parkraumbewirtschaftung in Wien; in: »Perspektiven« 7/1996, S. 30).

12 Die Prognosen für das Jahr 2011 weisen eine 91- bis 98-prozentige Auslastung des öffentlichen Straßenraumes aus. (Vgl. Hieß, H.: Garagenbauprogramm für Wien, 1995).

13 Knoflacher, H.: Zur Harmonie von Stadt und Verkehr: Freiheit vom Zwang zum Autofahren, 1993, S. 121.

14 Für Deutschland werden die Kosten für die Allgemeinheit im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr mit 9 bis 15 Milliarden Mark angegeben.

15 Thoms, E.-M.: Die total verkehrten Städte; in: »Die Zeit«, 9. August 1996, S. 10.

Industriepolitik? Arbeitsplätze schaffen?

Der Versuch, eine Illusion zu zerstören

Hubert SCHMIEDBAUER

Die österreichische Politik bewegt sich auch im neuen Jahr zwischen Illusion und Angeberei, wenn es um ihre Hauptaufgabe geht, den Moloch Marktwirtschaft mit seinen unheilbaren Geschwüren Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Ausbeutung und Finanzspekulation nicht nur durch staatliche Eingriffe am Funktionieren zu erhalten, sondern seine Entwicklung auch zu beeinflussen. Letzteres war seit Jahren vergeblich, wofür im folgenden eine Auswahl von Zeugen beigebracht wird.

Diese Ratgeber aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaft haben seit Jahren vorgerechnet, was aufgrund der herrschenden Praktiken passiert: der Konkurs aller bisherigen Versuche irgendwelcher Wirtschafts„politik", die den Lebensbedürfnissen der Menschen nachhaltig Vorrang geben könnte. Wirtschaftspolitik passiert lediglich als Zulieferer für die Profitwirtschaft.

Die Wirtschaft wächst

Die Wirtschaft wächst, auch die reale Wertschöpfung der Industrie, stellten die österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS in ihrer jüngsten Prognose übereinstimmend fest, auch wenn ihre Daten im Detail voneinander abweichen. Übereinstimmend die Tendenz sinkender Massenkaufkraft und Beschäftigtenzahlen sowie steigender Arbeitslosigkeit.

Laut WIFO beträgt der Zuwachs an Wertschöpfung 1996 2,5 Prozent und wird für 1997 mit 2,7 Prozent prognostiziert. Das IHS kommt auf 2,9 bzw. 3,1 Prozent. Auf jeden Fall wächst das Bruttoinlandsprodukt, und zwar von 2352 Mrd. 1995 auf 2421 und 2496 Mrd. (IHS) bzw. auf 2411 bzw. 2477 Mrd. (WIFO). Die Teuerungsraten bewegen sich zwischen 1,6 und 1,9 Prozent.

Die Bruttolohnsumme wird 1997 laut IHS um 2 Prozent auf 1278 Milliarden steigen (1988-96: 51,4 Prozent), die Einkommen aus Besitz und Unternehmen um 3,8 Prozent (65,9 Prozent) auf 700 Milliarden. Das Wachstum der Abschreibungen um 3,8 Prozent (64,1 Prozent) auf 331 Milliarden wird weiterhin rascher vor sich gehen als das Wachstum der Wirtschaft und signalisiert ebenfalls gute Geschäfte. Die Arbeitsproduktivität (je aktiv Beschäftigtem) stieg laut IHS 1996 um 1,7 Prozent und wird 1997 um 1,6 Prozent wachsen, das WIFO nimmt für 1996 und 1997 eine Steigerung der Produktivität je Erwerbstätigem von je 1,5 Prozent an, die Steigerung Stundenproduktivität (Produktion je geleisteter Arbeiterstunde) allerdings um 4,5 bzw. 5 Prozent.

Dennoch: Die schwache Inlandsnachfrage bremst Aufschwung und Konjunktur. Die Realeinkommen setzen 1996 mit -0,2 Prozent, 1997 mit -0,4 Prozent ihre Schrumpfung fort. Die Lohnquote, 1988 noch auf 70,58 Prozent, fiel bis 1996 auf 67,62 Prozent und wird 1997 auf 67 Prozent zurückgehen. Ab 1997 sind neue Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen angekündigt. In einigen Industriebranchen wird die Produktion weiter sinken (Textil, Bekleidung, Möbel u.a.), die Bauproduktion wird sich nicht erholen, der Arbeitsmarkt nicht entlastet, die Arbeitslosigkeit von 7,1 auf 7,5 Prozent der Unselbständigen steigen (nach EU-Methode von 4,0 auf 4,2 Prozent), melden die WirtschaftsforscherInnen.

„Sieben von hundert Menschen sind nicht beschäftigt – 93 haben Arbeit!" versuchte kürzlich ein hoher Beamter aus dem Sozialministerium das Thema Arbeitslosigkeit herunterzuspielen. Dieser Gag ist doppelt zynisch: Die Zahl der von Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres Betroffenen hat nichts mit der Zahl der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit (1996: 231.000, 1997 244.000) zu tun, sondern ist um ein Vielfaches höher. In Österreich nähert sie sich der Millionengrenze. Außerdem nehmen Dauer und Zahl der Langzeitarbeitslosen zu.

Auf der anderen Seite nähern sich die Geldvermögen der Vier-Billionen-Schilling-Grenze (4000 Milliarden, fast das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts eines Jahres). Davon entfällt nur rund ein Viertel auf Konten „kleiner" Sparer, und dieser Anteil wird zur Zeit auffallend kleiner, denn die Auswirkungen des Belastungspakets wurden durch Sparschweinschlachten gemildert. Wurden 1995 von sämtlichen verfügbaren persönlichen Einkommen noch 200 Millarden „gespart", waren es 1996 nur mehr 182 Milliarden und für 1997 werden laut WIFO gar nur 158 Milliarden auf die Sparbüchln abgezweigt. Bei der Investitionstätigkeit gibt es zaghafte Steigerungen, melden WIFO und IHS, die Bauinvestitionen sind aber weiterhin mäßig.

„Mächtige Kräfte"

Österreich könne als Mitglied des Binnenmarktes und Hartwährungsland keine grundlegend andere Wirtschaftspolitik betreiben als die führenden europäischen Industrieländer, stellte der oberösterreichische AK-Präsident *Fritz Freyschlag* erst kürzlich bei der *13. Ruster Tagung des Verbandes der Gemeinwirtschaft* (Thema: Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik) fest. Die wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit der einzelnen Staaten habe durch den Binnenmarkt abgenommen. Wenn keine EU-weit abgestimmte Politik dagegengesetzt wird, seien weitere Verschlechterungen der Einkommensverteilung die Folge, daher auch keine Lösung der Budgetprobleme, Schwächung der Binnennachfrage – die Spirale von Verschlechterung des Lebensstandards trotz wachsenden Reichtums, des Sozialabbaus trotz steigender Arbeitsproduktivität, der weiteren Globalisierung der Märkte, des uneingeschränkten Transfers von Geld und Standorten, wachsender Unsicherheit und Arbeitslosigkeit.

„Das Ende der Systemkonkurrenz bedeutet nicht das Ende der Systemdebatte", meinte der IG-Metall-Vorsitzende *Klaus Zwickel* auf einer sozialpartnerschaftlichen industriepoliti-

schen Tagung im Mai 1995 in Stuttgart und steckte gleich die Grenzen der Debatte ab: „Es geht nicht um Alternativen *zum* Kapitalismus, sondern um Alternativen *im* Kapitalismus." Ziel sei die Harmonie langfristiger Gewinninteressen mit den Bedarfsinteressen, ein neues wettbewerbspolitisches Leitbild, die Demokratisierung des Arbeitsalltags, die öffentliche Gestaltung industriepolitischer Zukunftskonzepte, ein neues verteilungspolitisches Leitbild. Zwickels Worte mögen in Gottes Ohr gelangt sein – die Ohren sowohl der Industrie als auch der Politik können damit nichts anfangen.

Die Frage ist berechtigt, wie weit und ob überhaupt unter den gegenwärtigen Bedingungen Industriepolitik möglich ist. Die *EU-Kommission* hat in ihrer Mitteilung vom 22. März 1995 zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit festgestellt, daß die Aktionsprioritäten wohl Sache der Unternehmen seien, die öffentliche Hand jedoch die Voraussetzungen zu schaffen habe. Es bestünden zwar Anforderungen des öffentlichen Interesses, doch die Wahl der Mittel zur Umsetzung sei der Industrie zu überlassen. Wettbewerbsfähigkeit könne nur gekräftigt werden, wenn sie die Staaten nicht durch nationale Regelungen einengen. Erweitern darf der Staat natürlich – damit sind durchaus nicht nur öffentliche Investitionen gemeint, um Infrastruktur und andere Rahmenbedingungen zu finanzieren, oder Steuerbefreiung von Jungunternehmern für drei Jahre, wie es der liberale Wiener Ex-Spitzenkandidat *Bachmayer* verlangt hatte.

Der *Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)* beklagte auf seinem Kongreß in Brüssel 1996, daß in Westeuropa Aushöhlung der Tarifverhandlungen und des Streikrechts durch Gesetze und Behinderungen durch Unternehmer auf der Tagesordnung sind. Das ist nur die westeuropäische Erfahrung aus dem Globalisierungsprozeß. Das in jahrelangem Feilschen um die Nachfolge des GATT entwickelte Konzept der WTO (Welthandelsorganisation) ist Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, in der das vernetzte Finanzkapital die Regierungen vor sich hertreibt.

Auf diese Weise „werden die Arbeitsplätze und das Entgelt der Beschäftigten, die Bedingungen und die Beschäftigungsverträge sowie die gewerkschaftliche Verhandlungsstärke zusehends vom verstärkten weltweiten Wettbewerbsdruck unterminiert, der selbst grundlegende Menschenrechte gefährdet. Die Rechte der Arbeitnehmerschaft und selbst die Demokratie sind durch mächtige Kräfte (?) gefährdet, die beim Streben nach Gewinnmaximierung und Marktanteilen bereit sind, Beschäftigte zu opfern."

„Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird von transnationalen Gesellschaften (TNG) angetrieben (...) Die von ihnen getroffenen Entscheidungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, die Arbeitsplätze, den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen, und lassen häufig die sozialen Folgen außer acht (...) Die Globalisierung und eine dauerhafte politische Kampagne zur Schwächung (...) von Gewerkschaften haben das Verhandlungsklima generell zugunsten der Wirtschaft und insbesondere der Hochfinanz verlagert." *(IBFG-Kongreß 1996.)* Die sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaftsinternationale hegt also keine Illusionen darüber, wer in der Welt das Sagen hat.

Spirale abwärts

Keine Frage, daß die bisherige Politik in den Industrieländern – egal von welchen Parteienkonstellationen beherrscht – nicht bereit oder imstande war, diesen Entwicklungsprozeß zugunsten der Menschen nachhaltig zu beeinflussen. Und schon gar nicht ist diese Weltwirtschaft und Weltpolitik den eigentlichen globalen Problemen nähergekommen. 700 Millionen Erwerbsfähige nicht produktiv beschäftigt, 200 Millionen Kinder unter fünf Jahren akut unterernährt, IWF und Weltbank berücksichtigen nach wie vor nicht den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und sozialer Entwicklung, zitiert der IBFG die ILO und nennt als Wurzeln unter anderem Liberalisierung, Krisenmanagement, Druck der großen Wirtschaftsmächte, Versagen der Koordination von Politiken zwischen einzelnen Ländern, Vormacht der Finanzspekulation – also bereits wieder ein Konglomerat von betriebs- und konzernökonomischen Aktivitäten bzw. des Finanzkapitals einerseits und solchen Folgen aus Aktivitäten oder Versäumnissen, die den politischen Ebenen (Staaten, EU usw.) zuzuordnen sind.

Wenn man noch die zunehmende millionenfache Armut in den entwickelten Industrieländern berücksichtigt, muß sich der globale Kapitalismus trotz des aufreizenden Reichtums einer dünnen privilegierten Schicht das Prädikat *Mangelwirtschaft* gefallen lassen. Ein anderes wenig schmeichelhaftes Prädikat kommt unter diesem Aspekt den Theorien von einer „gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit" zu, die von bürgerlich-liberalen „Denkern" kommen und grünbemooste Häupter wie leider auch schon Gewerkschaftskreise infiziert haben. Wie soll jemand, der sich – unter Mißdeutung des Solidaritätsbegriffs – auf die Ebene der Umverteilung innerhalb der Lohnabhängigen und des Sozialsystems begibt, zugleich wirksam die Umverteilung vom Kapital zur Arbeit oder des Spekulationskapitals zu gesellschaftlich und ökologisch vordringlichen Investitionen betreiben? Und wie sollen die Menschen zu möglichst breiter gemeinsamer Aktion fähig werden, wenn man sie zur gleichen Zeit gegeneinander ausspielt – Arbeitslose gegen Arbeitsplatz„besitzer", Ältere gegen Jüngere, ja sogar innerhalb von Lohn- und Gehaltsgruppen. Eine Lösung der tatsächlichen Probleme wird somit ferner denn je.

Wenn unter diesen Begleiterscheinungen jemand – wie der Gewerkschafter *Klaus Zwickel* – auf die Gefahr verweist, die Wirtschaft könnte Vorherrschaft über die Politik bekommen, dann blinzelt er voll daneben. Wann jemals in der neueren Geschichte hat sich die Politik so hilflos den „mächtigen Kräften" des Kapitals untergeordnet? Übrigens hat in »Weg und Ziel« (2/1994) bereits *Hans Kalt* zur Frage „Industriestandort Europa in Gefahr?" Stellung genommen. Ohne seinen Beitrag zu wiederholen, seien einige Stichworte angeführt:

Die Veränderung von Standortbedingungen ist wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung, hier sind jedoch viele Faktoren maßgebend, abgesehen von der Verfügbarkeit von akkumuliertem Kapital und „freier" Arbeitskraft, zunehmend die Infrastruktur. Die kapitalistische Wirtschaft ist nur durch staatliche Eingriffe funktionsfähig. Aus Europa verlagert sich die Rohstofferstverarbeitung zu den Fundregionen, das wird durch differenzierte Weiterverarbeitung ausgeglichen. Europa hat durch dichte Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte Standortvorteile. Die Verlagerung von Produktionen nach Mittelosteuropa, wo es Arbeitsbereitschaft zu niedrigen Kosten gibt, ist mit einer Offensive gegen die soziale Lage verknüpft.

In seinem Buch *„Ist die Wirtschaft noch zu steuern?"* schreibt *Kalt*: Es ist „am wahrscheinlichsten, daß sich der ökonomische Reproduktionsprozeß

auch in den hochentwickelten Ländern dem Zustand der Dauerdepression nähert. Dabei kann durch partielle Wirkung von Regulierungsmaßnahmen in Teilbereichen auch vorübergehend eine Aufwärtsentwicklung eintreten (...) Jedenfalls wird weiter kennzeichnend sein: Stagnation der Produktion, andauernde oder sogar weiter zunehmende Belastung zugunsten des überakkumulierten Finanzkapitals, weiter zunehmende Arbeitslosigkeit."

Und die etablierte Wissenschaft?

Eines haben die Wirtschafts- und SozialwissenschafterInnen der Politik voraus: Sie brauchen keine Angst davor zu haben, abgewählt zu werden. Im Gegenteil. Je weniger soziales Gewissen, desto höher dotiert und desto sicherer sind sie, am Privilegienkuchen der Gesellschaft tüchtig mitnaschen zu dürfen. Ungebrochen die Hegemonie des bürgerlich-kapitalistischen Denkens, aus der stets neue Legionen von Wirtschaftstheoretikern (kaum ein Wissenschaftsbereich hat noch eine derart geringe Frauenquote!) hervorgehen. Seit der Ablösung der keynesianischen Varianten des Funktionierens (und bedingten Steuerns) nationaler wie internationaler Kapitalpraktiken durch radikalere, brutalere, „liberale" Praktiken und insbesondere seit Zerschlagung des alternativen Wirtschafts- und Sozialsystems in Mittelosteuropa hat sich die Wirtschaftswissenschaft – zumindest jener Teil davon, der über Medien und politische Kommunikationsebenen öffentlich bekanntgemacht wird – völlig auf die Seite des globalen Marktkapitalismus geschlagen. Diese Elite begnügt sich mit der Beschreibung dessen, was schon passiert ist, mit möglichen kurzfristig absehbaren Variationen oder mit der Weiterentwicklung von mathematischen Modellen zur mehr oder weniger genauen – wen kratzt das schon! – Prognose bevorstehender Lohn-Preis-Profit-Relationen sowie zur wissenschaftlichen Untermauerung von Forderungen des Kapitals bzw. der Unternehmerorganisationen.

Von der Industrie und dem Finanzkapital gehätschelt wird gegenwärtig der Wirtschaftsprophet *John Naisbitt*, dessen zehn „Megatrends" der Entwicklung auf der unkritischen Akzeptanz des globalisierten Brutalismus beruhen: Wie frohlocken doch die TNG über solche Prophezeiungen wie die „Beseitigung der Auswüchse des Wohlfahrtsstaates", die „Deregulierung und Reduktion der Steuern", die „Honorierung und Förderung von Unternehmerfähigkeiten". Und weil es neben den TNG noch den notwendigen Markt der (zuliefernden und abhängigen) Kleinunternehmer und Dienstleister geben muß, sind laut Naisbitt, je größer die Weltwirtschaft, „desto mächtiger ihre kleinsten Mitspieler", die Klein- und Mittelbetriebe.

Übrigens schlägt sogar der einst als links-sozialdemokratisch gestempelte Sozialwissenschafter *Ernst Gehmacher* in eine ähnliche Kerbe, wenn er kürzlich angesichts des Imageverlustes der (Spitzen)Politik behauptete, in Zukunft „hat die Politik der kleinen Taten eine Chance" und „wird zum alltäglichen Konsumartikel. Der Boom der Magazine und Talk-shows deutet darauf hin." Die Entscheidungsebenen rücken immer weiter auseinander – in der Wirtschaft geographisch durch die Globalisierung und strukturell durch neue Organisationsformen der Konzerne, und in der Politik nach Brüssel –, aber das nächste Wirtshaus ist ja gleich um die Ecke.

Was Gehmacher als Vision von der kleinen, aber ach so schönen Politik auf den Tisch legt, ist bei Naisbitt die Zerbröselungstheorie vom Ersatz der Nationalstaaten durch neue Netzwerke, die von Unternehmen aufgebaut werden, und ist der Hinweis auf die asiatischen Gesellschaften: „Die brauchen kein Sozialsystem, weil sich die Familien um ihre Mitglieder kümmern." Man erinnert sich: Die soziale Kompetenz in der EU liegt nicht in Brüssel, sondern in den immer weniger dazu fähigen Nationalstaaten. Der österreichische Familienminister – ein erfolgreicher Unternehmer – wird den Familien von Nachtarbeitenden, Handelsbeschäftigten und in Zwangsarbeit gejagten Arbeitslosen schon sagen, wie sie mit den Problemen fertigwerden.

Foto: H. Schmidt-Brümmer

Was sehen WIFO und IHS als Möglichkeiten österreichischer Politik für Industrie und Beschäftigung? Ungeachtet der Widersprüche innerhalb der EU und der Zweifel an der Realisierbarkeit der Maastricht-Kriterien schwärmen beide Institute – rein wissenschaftlich – im Tonfall der Industriellenvereinigung: Die WWU werde uns helfen, denn „wir haben die Lohnsteigerungen besser im Griff als andere Länder" *(Walterskirchen, WIFO)*. Die Lohnfindung sei Gottseidank nicht mehr an der Produktivität orientiert (die steigt wesentlich rascher als die Löhne), das werde den Unternehmern mehr Luft verschaffen für Umstrukturierungen, denn die Lohnpolitik sei das entscheidende Instrument für die Anpassung. Aber nicht nur der Lohn, auch alle Steuern und Abgaben seien zu überprüfen *(Felderer, IHS)*.

Einer scheint über das Kuckucksnest zu fliegen: Die österreichische Lohnpolitik (Herbst 1996) habe sehr wohl Rücksicht auf den Wettbewerb genommen, denn die Erhöhung (der Metaller-Löhne) liege etwa in der Höhe der Inflationsrate und betrage ein Viertel der für 1997 prognostizierten Produktivitätssteigerung – somit verblieben drei Viertel des Wertzuwachses den Unternehmen *(Guger, WIFO)*.

Für einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" macht sich *Prof. Herbert Walther (WU Wien)* stark und warnte u.a. bei der erwähnten Tagung der Gemeinwirtschaft vor einer „Nachäffung amerikanischer Verhältnisse (Flexibilisierung! Flexibilisie-

rung!)", die „viele produktivitäts- und wohlfahrtsrelevante Vorzüge unseres Arbeitsmarktregimes zerstören" würde. Sein frappierend einfacher Ausweg aus diesem Dilemma ist, „über wirksame (das heißt notfalls auch schmerzlich spürbare) Anreizmechanismen ein diszipliniertes Lohnverhalten im Aufschwung (...) zu erzwingen". Auch er definiert Lohnpolitik als „eines der wenigen wirtschaftspolitischen Instrumente der Beschäftigungspolitik", weil für ihn die Verteilungsrelationen Lohnquote/Gewinneinkommen unantastbar sind und damit die Unmenschlichkeit des Kapitalismus.

Profit oder Menschenrechte

Die Praxis: Der »Standard« brachte am 4. November 1996 den Bericht über die Praktiken „der hochprofitablen Semperit Holding AG" in Thailand, wie sie deren Chef *Rainer Zellner* österreichischen Journalisten präsentierte: „Bei freier Kost und Quartier (?) beträgt der Verdienst pro Acht-Stunden-Schicht (...) zirka 67 Schilling (...) Von 1993 bis 1996 konnte der Umsatz (...) nahezu verdreifacht werden. Während sich österreichische Unternehmen mit einer Umsatzrendite von drei bis fünf Prozent begnügen müssen, offeriert Zellner in Thailand zwischen 13 und 16 Prozent. Sollten diese Gewinnspannen nicht mehr möglich sein, hat Zellner keine Skrupel, das Werk zu schließen und wo anders neu zu beginnen. ‚Die Investitionen haben wir bereits jetzt dreimal verdient.'"

Das Kapital stampft Menschenrechte nieder, wenn es die entsprechenden Prozente herausholen kann, hatte schon Karl Marx herausgefunden. „Die Empfänger von Zinseinkommen sind bedeutender als je", argumentierte kürzlich Wirtschaftsprofessor *Streissler* (Uni Wien) mit deren angeblich großer zahlenmäßiger Bedeutung und verlangte in einem »Presse«-Kommentar angesichts „der dank der modernen Medizin errungenen Vergreisung der Bevölkerung" den Weg „zurück im Sturmschritt ins 19. Jahrhundert". Ob er zur Sicherung arbeitsloser Zinseinkommen den Rückzug der modernen Medizin anregt oder die Liquidation des Pensionssystems, ist vom humanistischen Gesichtspunkt dasselbe.

Aber er bekam es ein paar Tage später mit einer Gegentheorie von Professor *Tichy* (Uni Graz) zu tun. Nicht zurück ins 19. Jahrhundert, sondern mit mutiger Reform ins 21. Jahrhundert, bot er seinem Kollegen die Stirn. Und mutig schlägt er unter anderem die Erhöhung des Pensionsalters, die Reduzierung der Pensionshöhe auf 50 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage usw. vor.

Das ließ dem Staatsschuldenprofessor *Frisch* (TU Wien) keine Ruhe. Er verfaßte eine Replik, die am 4. Jänner 1997 an derselben Stelle in der »Presse« erschien und ihn als Dritten im Bunde ausweist: Er beschwört die Unzufriedenheit mit dem Wohlfahrtsstaat vom Gesichtspunkt des „subjektiven Gefühls, jeder zahle mehr in den Topf ein als er bekommt" und bestätigt die Reformwünsche seiner Kollegen gegenüber dem Pensionssystem zur „Anpassung des Leistungsrechts an die neuen wirtschaftlichen Umstände".

Nun wiederum fühlte sich *Streissler* bemüßigt, ein Schäuferl Zynismus nachzulegen (»Presse«, 7. Jänner 1997): unter anderem werden in Europa die Löhne (für „Hilfsarbeiter" unter das Existenzminimum) sinken, um Arbeitsplätze zu sichern und die staatliche Krankenversicherung „auf die Großausgaben des Kranken beschränkt werden müssen".

Über die Unantastbarkeit des Profitsystems mit all seinen Auswüchsen und natürlich auch der parasitären Zinseinkommen dürften die drei Herren – als bedeutende Empfänger – mit dem Finanzkapital konform gehen. Alternativen zur Spirale nach unten sind von ihnen nicht zu erwarten.

Gewerkschaften: Matte Gegenwehr

Die Anforderungen an politisches Handeln gehen hier allerdings von den politischen Parteien auf andere Subjekte über: die Gewerkschaften als Gegenpol zur Unternehmerpraxis. Das Kapital bedarf ja nicht unbedingt politischer Organisationen oder Interessenvertretungen, um zu funktionieren; die oben erwähnte Hegemonie funktioniert und reproduziert sich über den Staat. Politisches Handeln der Lohnabhängigen braucht hingegen ein Mindestmaß an Organisiertheit, an kollektiver Interessenvertretung, um sich gegenüber dem Kapital durchzusetzen, ob dieses sich an einen Tisch setzen will oder nicht.

Was InteressenvertreterInnen zu sagen haben oder vielleicht auch in der Praxis umzusetzen versuchen, ist daher wichtig. Von Wirtschaft und Wissenschaft als angeblichen Faktoren zur Sicherung von Industrien und Arbeitsplätzen strapaziert werden unentwegt die Lohnkosten, und dabei wird die Phrase von den „Nebenkosten" täglich heruntergeleiert. Es komme auf die Berechnungsmethode an, zeigte *Fritz Freyschlag* auf der bereits zitierten Ruster Tagung. So betragen die Lohnnebenkosten nur mehr 67 Prozent, wenn Urlaubs- und Weihnachtsgeld rechtens zu den Lohnkosten gerechnet würden. „Für die Wettbewerbsfähigkeit sind ohnehin nur die gesamten Arbeitskosten plus Produktivität und Wechselkursdifferenzen maßgeblich, die Lohnstückkosten – und da liegt Österreich um 20 Prozent niedriger als der Exportweltmeister Deutschland!"

Was Freyschlag den Wissenschaftern vorhalten kann, sind die tatsächlichen Ursachen für Wirtschaftsprobleme: die Entwicklung der Realzinsen führt zu Kapitalmarktanlagen statt Anlagen in Sachkapital; aufgrund schwächerer Interessenvertretungen bei hoher Arbeitslosigkeit und langsamer steigenden Löhnen eine Umverteilung zu den Gewinnen, die nicht in Sachkapital investiert, aber steuerentlastet werden; zusätzliche Schwächung der Nachfrage durch die Budgetpolitik.

Was aber vernimmt man kurz vor dem Jahreswechsel aus dem Lager von ÖGB und AK? Dort hat man sich mit dem Maastricht-Diktat und den Richtlinien der offiziellen Wirtschaftswissenschafter wohl schon abgefunden, denn in der „Briefschule" werden Betriebsräte, Gewerkschafter und AK-Räte usw. orientiert, daß „den Mitgliedsstaaten als einziges Instrument, mit dem sie wirtschaftliche Schocks und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen können, die Lohnpolitik" verbleibe. Daher sei die „Reallohnflexibilität", die in Österreich „aufgrund der Sozialpartnerschaft" höher sei als in den meisten anderen europäischen Ländern, so wichtig.

Tröstlich zu hören, daß ÖGB-Präsident *Verzetnitsch* zum Jahreswechsel offensive Strategien verlangte: „Ein Europa, das das Vertrauen seiner Bürger braucht, muß endlich wieder Wirtschaftspolitik machen (...) Was nützen sinkende Budgetdefizite, wenn in Europa 20 Millionen ohne Arbeit sind." Die Einführung des Euro könne nur Unterstützung finden, wenn es zu einer für die Bevölkerung erlebbaren und nachvollziehbaren Beschäftigungspolitik komme. Der EGB werde am 28. Mai einen europaweiten Aktionstag für mehr Beschäftigung veranstalten. Und dann?

Gibt es also Gegenstrategien? Wenn schon nicht *zum* Kapitalismus, dann

wenigstens *im* Kapitalismus als Reformbewegungen? Ein gegen den Strom schwimmender Wissenschafter, *Stefan Schulmeister* vom WIFO, in den letzten Monaten oft zitiert und auch von Gewerkschaften und Arbeiterkammern häufig eingeladen, beweist die Gefahren des gegenwärtigen globalen Wirtschaftskurses mit Lohnsenkung, Sozialabbau und anderen „Flexibilisierungen" als Spirale nach unten und bietet Argumente für eine kämpferische Reformpolitik. Doch die muß erst einmal gewollt werden.

Gegenstrategien

Auf einige kritische Positionen und Gegenstrategien ist zu verweisen, weil nunmehr innerhalb der EU der Kampf um Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und gegen Lohndumping voll einsetzen muß.

Scharfe Kritik übte der *DGB* an der oben zitierten Mitteilung der EU-Kommission, die eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nur über Kostensenkung vorsehe und im übrigen keine konkreten Maßnahmen und Vorschläge entwickelt habe. Es bleibe völlig offen, wie eine aktive Industriepolitik mit den herrschenden wettbewerbspolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen sei. Der faktische Verzicht auf die Einhaltung sozialer und Umweltstandards sei völlig unakzeptabel. Enttäuschendster Abschnitt sei jedoch der über den öffentlichen Sektor, zu dem es eine Vielzahl ideologisch geprägter Aussagen statt des Hinweises auf Möglichkeiten der Nachfragelenkung durch öffentliche Aufträge in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelttechniken gebe. Der Staat einschließlich der Länder und der EU müsse die Schlüsselfunktion für eine Industriepolitik behalten.

Klaus Zwickel, ebenfalls oben bereits zitiert, bezeichnete die Maastricht-Kriterien als „künstliches Hemmnis für Beschäftigungspolitik" und meinte, Maastricht II müsse so vorbereitet werden, daß bis zum Jahr 2000 tatsächlich 15 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen würden. In der Aufzählung der notwendigen Schritte findet sich auch ein neues verteilungspolitisches Leitbild: Statt skrupellosem Zugriff auf die unteren Einkommen müsse es einen Zugriff auf die Höchsteinkommen geben, andererseits wäre durch währungspolitische Abstimmung die Devisenspekulation zu beenden – das Spekulationskapital übertrifft mittlerweile auch in Österreich bereits das Bruttoinlandsprodukt eines ganzen Jahres.

Der *IBFG* hatte auf seinem Kongreß im Juni 1996 in Brüssel in mehreren Dokumenten aktive Beschäftigungspolitik gefordert und auf die Erfüllung der beim Kopenhagener Weltsozialgipfel 1995 formulierten Ziele gedrängt. Dem öffentlichen Sektor stehe eine besondere Rolle zu. Steigende Kaufkraft, ausreichende staatliche Dienste im Bereich der Gesundheit, der sozialen Sicherheit und der Bildung seien auszubauen. Sozialklauseln im Welthandel (ohne Mißbrauch zu protektionistischen Maßnahmen) könnten Löhne, Kaufkraft und Produktivität weltweit steigern. Die weltweite Zusammenarbeit der Gewerkschaften vor allem in den Transnationalen Konzernen müßte internationale Kampagnen, Streiks und Boykottmaßnahmen möglich machen.

Der österreichische Publizist *Hubert Feichtlbauer*, wahrlich kein „Linker", meinte in einem Gastkommentar in der »Presse« am 10. Oktober 1996 unter dem Titel „Weltweit für höhere Löhne kämpfen": Die Wettbewerbsbedingungen seien durch höhere Löhne in den Konkurrenzländern anzugleichen, nicht umgekehrt. Auch er zitierte *John Naisbitt*, der gesagt habe, die Zeit der Billiglohnwanderungen sei ohnehin vorbei, denn der Anteil der Arbeitskosten an der Weltproduktion habe 1970 noch 25 Prozent betragen, heute aber nur mehr vier Prozent. Feichtlbauers Schlußfolgerung: Arbeitsplätze seien nicht durch Sozialabbau zu schaffen, sondern durch Sozialaufbau in den Konkurrenzländern.

Zu erwähnen wäre noch der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Beigewum), dessen jüngste Studie „Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?" wohl eine wertvolle Analyse bringt, als Alternative aber nur fromme Wünsche formuliert.

Wirtschaftspolitik alternativ

„Die wahrscheinlichste Variante der weiteren ökonomischen Entwicklung ist, daß jeweils ausgehend von den drei Weltfinanzzentren eine regionale Regulierung erfolgen wird. Dies schließt nicht aus, daß auch im Rahmen der G7 weiter globale Regulierungen versucht werden. Diese werden nur dort Bedeutung haben und einheitliches Handeln bewirken, wo es um die weitere Strategie der drei Hauptmächte gegen die unterentwickelten Länder und jetzt auch gegen jene Randländer der entwickelten Welt geht, die in den Zustand der Peripherisierung gedrängt werden (...) Der jetzt vielfach praktizierte Ausweg, die Folgen solcher Widersprüche auf die Schwächsten, vor allem die unterentwickelten Länder abzuwälzen, löst kein Problem." *(Hans Kalt, „Ist die Wirtschaft noch zu steuern?").*

Und weiter: „Was tun, um andere, besser funktionierende Normen des Zusammenlebens der Menschen zu erreichen? (...) In Wirklichkeit findet der Kapitalismus als Gesellschaftssystem immer einen Ausweg aus seinen ökonomischen Krisen (...) Die Hauptopfer der Krisen, die Arbeiterklasse, alle von ihren Folgen Betroffenen, haben nur eine Möglichkeit, nachhaltig ihre Interessen zu vertreten: Ihr eigenes bewußtes Handeln im Rahmen ihrer solidarischen Organisation und auf der Basis der wissenschaftlichen Analyse der Lage, der objektiven Bewegungsgesetze ihrer Entwicklung und der sich daraus ergebenden anzustrebenden erreichbaren Ziele (...) Auf klare Standpunkte, ja auf eine Teilnahme an der Wirtschaftspolitik unter kapitalistischen Bedingungen zu verzichten, wäre nicht revolutionär, sondern dumm, da es Verzicht auf eine wichtige Methode zur Entwicklung von Klassenbewußtsein wäre."

Industriepolitik, Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik – das heißt organisiertes Handeln auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse ohne Reinfall auf die Legion der falschen Propheten. Fehlender politischer Einfluß auf industrielle bzw. gesamtwirtschaftliche Entwicklungen muß ersetzt werden durch wahre Demokratisierung, durch Einflußnahme der vom Kapital Gehandelten und Behandelten, also jener, durch deren Arbeit materielle Werte überhaupt erst entstehen können.

Das Recht, an diesem Prozeß teilnehmen zu dürfen, kommt nicht von Gott, Kaiser, Tribun, Regierung, Unternehmern. Die SP-Führungen besorgen nach wie vor für das Kapital die Drecksarbeit und verlieren nun die junge Generation an rechte Populisten. KP und GLB haben, gestützt auf ihre traditionelle wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz, Ansätze formuliert. Aber dies ist in anderen Beiträgen zu behandeln, ebenso die Anforderungen an eine Wissenschaft, die dafür entprechende Grundlagen liefert. ■

Hubert SCHMIEDBAUER ist Journalist.

Ökonomie der „Endlösung"?

Antisemitismustheorie zwischen Funktionalismus und Wertkritik

Stephan GRIGAT

Zu den meisten Kriegsverbrechen, Massakern und Schlächtereien in der Geschichte gibt es eindeutige Stellungnahmen. Ein Massaker im Rahmen eines kolonialen Krieges wird entweder mit dem Hinweis auf militärische oder politische Notwendigkeiten gerechtfertigt oder aus humanitären Gründen verurteilt. Der Sinn eines solchen Massakers ist aber auch seinen Kritikern einsichtig. Man verurteilt das Verbrechen, weiß aber, warum es stattfindet.[1]

Bei Auschwitz stellt sich das anders dar. Die Verurteilung des Massenmordes an den europäischen Juden ist (fast) einhellig. Dafür wird in der Regel davon ausgegangen, daß sich in diesem Fall das letztendliche Motiv für dieses Verbrechen der Kenntnis und der Nachvollziehbarkeit der Kritiker entzieht.

Mit dieser Annahme brachen Ende der achtziger Jahre ein Historiker und eine Historikerin. Götz Aly und Susanne Heim haben mit ihren Veröffentlichungen eine heftige Kontroverse ausgelöst, in deren Mittelpunkt die Diskussion um Rationalität und Irrationalität der von den Nazis betriebenen Vernichtung von Juden stand.

Die Diskussion über eine Ökonomie der „Endlösung" wird derzeit kaum geführt. Die Thesen von Aly/Heim haben aber – zumeist in stark vulgarisierter Form – Eingang in die linken Diskurse über Antisemitismus und Judenvernichtung gefunden.[2] Immer wieder werden Versatzstücke aus den Arbeiten von Aly/Heim in Diskussionen eingebracht. Meist dienen sie dazu, äußerst verquere Vorstellungen von Faschismus zu untermauern und dementsprechend blödsinnige antifaschistische Strategien zu rechtfertigen. Aus diesem Grund wird hier versucht, einige der grundsätzlichen Punkte aus der bereits vor Jahren geführten Diskussion über die Thesen von Aly/Heim erneut darzulegen.

Phasen der Vernichtung

Götz Aly und Susanne Heim wenden sich in ihren Arbeiten stets gegen die in der Wissenschaft vorherrschende Ansicht, Auschwitz als Synonym für die Massenvernichtung der europäischen Juden sei letztendlich unerklärlich. Sie verurteilen alle Ansätze, die in Auschwitz keinen Sinn entdecken können.[3] Zentrales Anliegen ihrer Forschungen ist es, die angebliche Rationalität des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms herauszuarbeiten.

Ausgangspunkt für ihre Überlegungen ist die personelle und institutionelle Zuschreibung der Vorbereitung, Entwicklung, Legitimierung und Durchführung der „Endlösung". Maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und vor allem der Legitimierung hätte demnach eine Gruppe junger, karriereorientierter, rationalistisch handelnder Wissenschaftler und Funktionäre aus der zweiten und dritten Reihe in der NS-Hierarchie gehabt – „allen voran Ökonomen, Agrarwissenschaftler, Bevölkerungsexperten, Arbeitseinsatzspezialisten, Raumplaner und Statistiker."[4] Institutionell wird der Entschluß zur „Endlösung der Judenfrage" als auch deren Vorantreiben vornehmlich wirtschaftspolitischen Institutionen zugeschrieben. Von besonderer Bedeutung seien dabei die Vierjahresplanbehörde unter Göring und das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) gewesen.[5] Die generelle Zuständigkeit für antijüdische Maßnahmen habe bei der Vierjahresplanbehörde gelegen. Diese habe die Durchführung der geplanten Aktionen „regelmäßig dem Reichssicherheitshauptamt (übertragen)".[6]

Mit dieser institutionellen und personellen Zuschreibung wird bereits deutlich, daß für Aly/Heim nicht in erster Linie Rassismus und Antisemitismus für die Judenverfolgung und -vernichtung im „Dritten Reich" ausschlaggebend waren, sondern sozial- und wirtschaftspolitische Gründe.

Die Entwicklung zur Errichtung von Vernichtungslagern ist nach Aly/Heim in drei Phasen abgelaufen. In der Zeit von der Machtübernahme 1933 bis zum Beginn des Krieges 1939 sei es noch keineswegs um eine völlige Vernichtung gegangen. Aber auch die in diesen Zeitraum fallenden antisemitischen Aktivitäten seien ökonomisch motiviert gewesen. Die „Arisierungen" jüdischen Eigentums werden als Beispiel angeführt, daß diese antisemitischen Maßnahmen Teil eines groß angelegten Programms zur Rationalisierung und Konzentration der Wirtschaft gewesen seien. Insbesondere an den Vorgängen in Wien soll gezeigt werden, daß es den Nazis darum ging, „Entjudung und Rationalisierung der Wirtschaft miteinander zu verknüpfen".[7]

Die zweite Phase setzen Aly/Heim mit dem Überfall auf Polen 1939 an. Ab dieser Zeit habe die Planung der Massenvernichtung eingesetzt. Diese Planung sei aber nur im Kontext der allgemeinen Planung zur Umstrukturierung der eroberten Gebiete, die mittels einer gigantischen Vernichtungsaktion vollzogen werden sollte, zu verstehen. Entscheidend für die Argumentation von Aly/Heim ist es, daß sie darauf hinweisen, daß diese Pläne weit mehr Menschen für die Vernichtung vorsahen als die Juden. Diese Pläne hätten von Beginn an ebenso auf die Vernichtung großer Teile der russischen Bevölkerung und anderer als „überzählig" definierter Menschen abgezielt. Insofern mache es keinen Sinn, die Pläne zur Vernichtung der Juden isoliert zu betrachten. „Negative Bevölkerungspolitik" sei prinzipiell das Mittel der Deutschen bei der Neustrukturierung der eroberten Gebiete gewesen.[8]

Die dritte Phase der Radikalisierung der antisemitischen Maßnahmen setzen Aly/Heim mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 an. In dieser Phase wurden die Pläne zur Vernichtung in die Tat umgesetzt. Auch hier bestehen Aly/Heim darauf, daß die Judenvernichtung nur ein Teil viel weitreichenderer Vernichtungspläne war. Daß sich die Umsetzung dieser Vernichtungspläne zunächst in erster Linie gegen die Juden richtete, wird ei-

nerseits mit den Bedingungen des Krieges versucht zu erkären.[9] Andererseits wird auf die soziale Lage insbesondere der osteuropäischen Juden verwiesen:

„Mit den Juden ließ sich (...) ein großer Teil der sichtbaren Armut vernichten, verschwanden die elendsten Quartiere in den Städten. Völkermord war hier eine Form, die soziale Frage zu lösen."[10]

Der letzte Satz liest sich wie eine Zusammenfassung der Thesen von Aly/Heim. Die Vernichtung der Juden erscheint als Instrument der staatlichen Sozialpolitik. Der Antisemitismus der Nazis wird in erster Linie als Instrument zur Täuschung der Massen angesehen. Die Nazis hätten ihren Antisemitismus zunächst als „populistisch orientiertes rassistisches Programm"[11] gedacht. Daß heißt, sie „nutzten den historischen Antisemitismus"[12] ohne wirklich Antisemiten zu sein.

Antisemitismus als Taktik?

Die Forschungen von Götz Aly und Susanne Heim haben wichtige Beiträge zur Vertiefung der Erforschung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik geleistet. Durch ihre Untersuchungen wurden bestimmte Aspekte wie etwa die Rolle bestimmter Wissenschaftsdisziplinen bei der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der Judenvernichtung in den Blick der Forscher und Forscherinnen gerückt.[13]

Ihre aus ihren Forschungen abgeleiteten Thesen hingegen haben massive Kritik hervorgerufen.

Erstens haben Aly/Heim ihre personelle und institutionelle Zuschreibung der Planung und Durchsetzung der „Endlösung" ungenügend abgesichert. Sowohl die Behauptung, die von Aly/Heim näher untersuchte Personengruppe hätte die „Endlösung" letztendlich durchgesetzt als auch die These von der hauptverantwortlichen Zuständigkeit der Vierjahresplanbehörde und der Übertragung der Durchführungskompetenzen an das Reichssicherheitshauptamt sind nicht ausreichend belegt.[14]

Zweitens zielt die Kritik auf das Rassismusverständnis von Aly/Heim. Wird Rassismus oder auch Antisemitismus in erster Linie als Vorurteil begriffen, so lassen sich damit tatsächlich nicht die nationalsozialistischen Verbrechen erklären und man muß sich gezwungenermaßen auf die Suche nach anderen Erklärungsmöglichkeiten begeben. Rassismus und insbesondere der rassistische Antisemitismus der Nazis ist aber weit mehr als nur ein Vorurteil oder eine charakterliche Deformation von Individuen. Der rassistische Antisemitismus der Nazis tritt vielmehr als allumfassende Welterklärung auf, die sich auf angeblich natürliche Gesetze beruft. Er imaginiert sich seine eigene naturwissenschaftliche Basis. Zugespitzt könnte man davon ausgehen, daß der Nazi-Antisemit, so er seine eigenen Wahnvorstellungen ernst nimmt, zwangsläufig zur sogenannten „Endlösung" gelangt. Er braucht dafür keine außerhalb seiner Welterklärung liegenden Gründe, also keine ökonomische Rationalität und auch keine als solche definierten Notwendigkeiten der Bevölkerungspolitik. Wäre dem nicht so und man bräuchte für zur Tat schreitenden Antisemitismus tatsächlich das Versprechen von wirtschaftlichem Nutzen, von ökonomischer Rationalität, so müßte es umgekehrt ebenso funktionieren. Das heißt, mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Unsinnigkeit des Antisemitismus müßten sich Antisemiten von ihren Vorhaben abbringen lassen. Das dem nicht so ist, wußten schon Adorno und Horkheimer:

„Daß die Demonstration seiner ökonomischen Vergeblichkeit die Anziehungskraft des völkischen Heilmittels eher steigert als mildert, weist auf seine wahre Natur: es hilft nicht den Menschen, sondern ihrem Drang nach Vernichtung. (...) Gegen das Argument mangelnder Rentabilität hat sich der Antisemitismus immun gezeigt. Für das Volk ist er ein Luxus."[15]

Dem Antisemiten genügt also sein Antisemitismus zum antisemitischen Handeln. Gelingt es jemandem, andere „Gründe" für Judenverfolgungen aufzuzeigen – seien sie bevölkerungspolitischer, sozial- oder wirtschaftspolitischer, medizinischer oder sonstiger Art – so dienen diese zwar als willkommener, aber auch so schon längst erbrachter Beweis für die Richtigkeit des eigenen Antisemitismus.[16]

Derartige Überlegungen können Aly/Heim bei der Formulierung ihrer Thesen nicht beeinträchtigen, da bei ihnen Antisemitismus stets nur als Herrschaftsmittel, als Ablenkungsmanöver, als Mittel zur Durchsetzung etwas außer seiner selbst liegenden in Erscheinung tritt. Sie stehen damit in der schlechtesten Tradition der marxistisch-leninistischen Linken, für die Antisemitismus und Rassismus immer schon eine besondere Perfidie der herrschenden Klasse waren, über die die ihr Angehörenden frei, als selbstbewußte Subjekte im Kampf gegen politische Emanzipationsbestrebungen verfügen können. Bezüglich des Nationalsozialismus zeigt diese Sichtweise besonders fatale Folgen. Der Antisemitismus, insbesondere der der führenden Kreise in Politik und Wirtschaft, wird in bezug auf die sich aus ihm ableitbaren Handlungen völlig unterschätzt.

Die These von Aly/Heim, die Judenvernichtung sei als Vernichtung von sichtbarer Armut betrieben worden, läßt sich leicht durch den Verweis auf die tatsächliche Sozialstruktur im Osten Europas widerlegen. Es gab bei der Verteilung der Armut keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ju-

Graffiti in Aachen.

den und Nicht-Juden.[17] Außerdem verkennt diese These wiederum den Charakter des nationalsozialistischen Antisemitismus, dem es zur Ermordung von Juden eben ausreicht, daß es sich um Juden handelt.

Mit ihrer Auffassung, die Shoa sei nur im Rahmen der umfassenden, weitere Vernichtungen einschließende Modernisierungspläne der Nazis zu begreifen, laufen sie Gefahr, den Unterschied zwischen der antisemitisch motivierten Massenvernichtung in Auschwitz einerseits und dem imperialistisch-rassistischen Feldzug gegen die sonstige Bevölkerung andererseits einzuebnen. Selbstverständlich gab es diese umfassenden Vernichtungspläne bezüglich Russen, Polen und anderen slawischen Völkern. Diese Pläne haben sich bereits massiv in der Kriegsführung im Osten niedergeschlagen.[18] Nur ist fraglich, ob die Judenvernichtung als ein – quasi avantgardistischer – Teil dieser Vernichtungspläne betrachtet werden kann. Bei den Vernichtungsplänen gegen Russen, Polen etc. ging es um klar definierte Zwecke. Die an ihnen begangenen Untaten fallen in jene eingangs erwähnte Kategorie von Verbrechen, bei denen auch dem Kritiker die Ziele dieser Taten offen vor Augen liegen.

Man verfolgte bestimmte Ziele wie die Erlangung militärischer Vorteile, Eroberung größerer Gebiete oder Ausschaltung tatsächlicher oder potentieller Widerstandskämpfer. Daß die deutsche Wehrmacht auch dabei mit in der Geschichte fast beispielloser Brutalität vorging darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Handlungen zweckgebunden waren. Eine endgültige Vernichtung des „Russentums" war nie genuines Ziel der nationalsozialistischen Ideologie.[19] Im Fall des Krieges gegen die Sowjetunion diente der Rassismus tatsächlich als Legitimationsideologie. Er sollte den mit allen Mitteln vorgehenden Imperialismus der Deutschen rechtfertigen und war sich nicht Selbstzweck.

Prinzipiell ist der Hinweis von Aly/Heim auf die Bedeutung des Kriegsbeginns und später des Angriffs auf die Sowjetunion für die Radikalisierung der antisemitischen Maßnahmen richtig. Nur muß dabei nicht mit wirtschafts-, sozial- oder bevölkerungspolitischen Notwendigkeiten oder Optionen argumentiert werden. Durch den Krieg erlangten die von den Nazis selbst erneut reproduzierten Figuren des „Monopol-", „Kollektiv-" und letztlich auch „Liberalitätsjuden" in den Augen des nationalsozialistischen Staates reale Gestalt und verfügten in Form der alliierten Kriegsgegner nun über ein tatsächliches Bedrohungspotential. Der beginnende Krieg erschien als existentieller Entscheidungskampf gegen die Juden. So gesehen wurde die Judenvernichtung mit dem Krieg rational, aber nicht im wirtschaftlichen Sinne, sondern rational innerhalb des faschistischen Wahns.[20]

Sinn, Ökonomie, Vernichtung

Gibt es eine Sinnhaftigkeit von Auschwitz oder nicht? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Massenvernichtung der Juden oder nicht? Auch wenn man die Thesen und Schlußfolgerungen von Aly/Heim kritisiert und weitestgehend verwirft, so bleiben diese Fragen weiterhin bestehen.

Hannah Arendt war eine der striktesten Vertreterinnen der These von der absoluten Unsinnigkeit der Massenvernichtung. Sie bezeichnete Auschwitz als eine Welt, „in der nur noch gestorben wurde, in der es keinen, aber auch gar keinen Sinn mehr gab."[21] Sie zieht dabei allerdings nicht in Betracht, daß auch eine objektiv als sinnlos erkannte Handlung im Rahmen einer Ideologie logisch, sinnvoll, einleuchtend sein kann. Raul Hilberg beispielsweise vertritt zwar ebenso die Ansicht, daß die Ermordung von mehr als fünf Millionen Juden ein sich selbst genügender Prozeß war, der keineswegs in Gang gesetzt wurde, um ein anderes Ziel zu erreichen, sondern selbst schon das Ziel war. Er erkennt aber, daß vom Standpunkt des Antisemiten Massenmord an Juden Sinn machen kann. Dies bezeichnet er als einen der Hauptgründe, warum es zu Auschwitz kam. Dieser Gewaltausbruch fand statt, „weil ihm die Täter einen Sinn beimaßen."[22] Diese Sichtweise unterscheidet sich allerdings maßgeblich von der von Aly und Heim. Der Sinn von Auschwitz wird hier nicht in einer „Ökonomie der Endlösung" gesehen, sondern der Sinn entsteht nur in den Augen der Nazis.

Weiter oben ist das Rassismus- und Antisemitismusverständnis von Aly und Heim kritisiert worden. Vermutlich müßte man darüber hinausgehen und ebenso ihren Begriff von Ökonomie hinterfragen. Sie postulieren die Existenz einer „Ökonomie" der Massenvernichtung der Juden und meinen dabei immer ökonomische Nützlichkeit. Ein Zusammenhang zwischen Auschwitz und der ökonomischen Verfaßtheit der Gesellschaft wird bei ihnen nur insofern thematisiert, als der Drang nach fortschreitender Verwertung einerseits und die Mißachtung nicht verwertbarer Menschen und Dinge andererseits als Ausgangspunkt für die Art von Sozial- und Bevölkerungspolitik ausgemacht werden, die sie für die sogenannte „Endlösung" verantwortlich halten. Die Grundlage dieses Strebens nach fortschreitender und möglichst besserer Verwertung und deren möglicher Zusammenhang mit Auschwitz geraten dabei aus dem Blick. Das heißt, Aly und Heim verbleiben bei ihrer Analyse an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft. Sie haben einen verkürzten Begriff vom Gegenstand ihrer eigentlichen Kritik. Wollte man so etwas wie eine „Ökonomie der Endlösung" untersuchen, so müßte man zunächst versuchen, die Entwicklung, die letztendlich zu Auschwitz geführt hat, aus dem Wertgesetz und der Warenförmigkeit zu entwickeln und nicht erst bei den aus dem Wertgesetz und der Warenförmigkeit resultierenden Erscheinungen mit der Analyse beginnen.

Einer der wenigen Versuche, den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Auschwitz auf der einen und Wertgesetz und Warenförmigkeit auf der anderen Seite zu untersuchen, stammt von Moishe Postone. Er rekapituliert die Grundkategorien des Marxschen Kapitals und kommt über die Analyse des Doppelcharakters der Ware und der diesem entsprechenden Teilung in konkrete und abstrakte Arbeit zu dem Schluß, daß die im modernen Antisemitismus den Juden zugeschriebenen Eigenschaften denen entsprechen, die die Wertdimension der Dinge für die Individuen der bürgerlichen Gesellschaft darstellen. „Mehr noch: Diese Dimension – wie die unterstellte Macht der Juden – erscheint nicht unmittelbar, sondern nimmt vielmehr die Form eines stofflichen Trägers, der Ware, an."[23]

Der Wert existiert nicht real. Er ist lediglich ein Produkt menschlicher Vorstellungskraft: er ist ein Fetisch. Da er selbst keine reale Substanz besitzt braucht er eine stoffliche Hülle. Diese findet er im Gebrauchswert der Ware, der so zum materiellen Träger des Tauschwerts wird. Wird der Wert zum sich selbst verwertenden Wert, ist er Kapital. Als Kapital besitzt der Wert die extremste Form von Abstraktheit und Mobilität. Die Juden werden dementsprechend nicht selbst als Abstraktheit, Mobilität etc. angesehen, sondern

nur mehr als die stofflichen Träger dieser Abstraktheit. Nach Postone gerät der in der Kritik der politischen Ökonomie sichtbar werdende Gegensatz von stofflich Konkretem einerseits und Abstraktem andererseits zum „rassischen Gegensatz von Arier und Jude."[24]

Für die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik bedeutet die Betrachtung des Juden als stofflichen Träger der Abstraktion, daß Auschwitz nicht wie die gewöhnlichen kapitalistischen Fabriken funktionierte, in denen Wert in der Hülle von Dingen produziert wird, sondern „Auschwitz war eine Fabrik zur Vernichtung des Werts, das heißt, zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten."[25]

Auschwitz war also die Organisierung eines industriellen Prozesses, der dazu führen sollte, das Konkrete vom Abstrakten zu „befreien". Die der Vernichtung vorausgehende Entmenschlichung der Opfer erscheint so als Versuch, den Juden die „Maske" der Menschlichkeit wegzureißen und sie als das zu zeigen, was „sie wirklich sind": nicht einmal Abstraktion, sondern nur Träger von Abstraktion. Diese wurden dann ausgerottet. Dabei vergaß man jedoch nicht, „die letzten Reste des konkreten Gebrauchswerts abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife."[26]

Wertkritik und Antisemitismus

„Auschwitz ist marxistisch nicht erklärbar."[27] Diese Behauptung wäre richtig, würde sie sich nur auf die Tradition der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie, in der Antisemitismus und die Judenvernichtung unter den Nazis tatsächlich nie adäquat reflektiert wurden, beziehen. In weiten Teilen stehen Aly und Heim in dieser Tradition. Moishe Postone hingegen arbeitet zwar mit Kategorien aus der Kritik der politischen Ökonomie, betont aber, daß der Holocaust keine funktionale Bedeutung hatte. Der Holocaust war sich selbst Zweck – „Ausrottung um der Ausrottung willen."[28] Postones Ansatz ist somit ein gutes Beispiel dafür, daß es keinen Sinn macht, den Marxismus auf seine vom dogmatischen Parteikommunismus sowjetischer Prägung beeinflußten Richtungen zu reduzieren.

Jenseits dieser Richtungen findet seit Beginn der neunziger Jahre eine verstärkte Rezeption von Postones Ansatz statt. Äußerst kritisch setzt sich Klaus Holz mit ihm auseinander. Postone identifiziert die Verkehrtheit des ideologischen Bewußtseins mit den Verkehrungen der Warenform. Nach Holz konstruiert er damit eine „ontologische Ideologietheorie", die obsolet sei.[29] Statt dessen müsse der Antisemitismus als Ideologie dadurch erklärt werden, „daß man die Struktur des Antisemitismus in ihrer Entstehung, in der Subjektentwicklung nachzeichnet."[30]

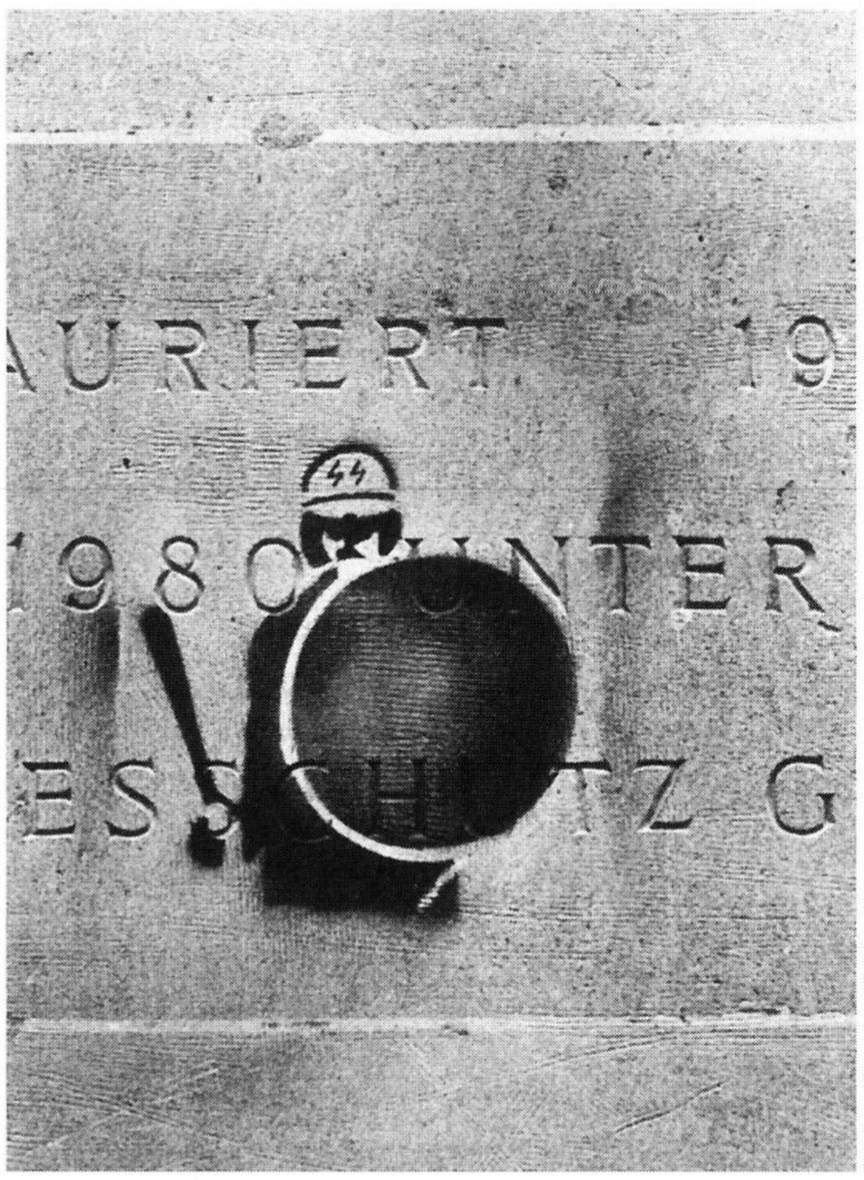


Foto: Gertrud Vogler

Gesprüht in Zürich.

Gegen Holz läßt sich einwenden, daß die Denkformen, also auch die Verkehrtheit des ideologischen Bewußtseins, tatsächlich in der Warenform wurzeln. Worin sollten sie in einer warenförmigen Gesellschaft denn auch sonst begründet sein? Wenn Holz fordert, die Struktur des antisemitischen Bewußtseins daraufhin zu untersuchen, „unter welchen sozialen und subjektseitigen Bedingungen sie entsteht", will er damit zwar einen Kontrapunkt zu wertkritischen Analysen setzten, zeigt in Wirklichkeit aber nur deren Notwendigkeit auf, da die zu untersuchende grundlegende soziale Bedingung gerade die Warenproduktion mit der daraus resultierenden Warenförmigkeit der menschlichen Beziehungen ist, und die ebenfalls zu untersuchende grundlegende subjektseitige Bedingung die, daß die unter der Herrschaft des Werts lebenden Menschen sich beständig als kapitalproduktiv, also zur Verwertung des Werts geeignet, und als staatsloyal erweisen müssen.

Gewichtiger als Holz' Kritik ist der Vorwurf, Postone habe die Rolle des Staates bei seinen Überlegungen vernachlässigt.[31] Joachim Bruhn hat darauf hingewiesen, daß Postone ansatzweise sogar auf eine potentiell positive Rolle eines wahrhaft bürgerlichen, am jus soli orientierten Staates spekuliert.[32] In eine ähnliche Richtung zielt die Kritik der Antifaschistischen Liste Göttingen, die Postone zurecht vorhält, seine dialektische Methode nicht konsequent auf die Konstitution des nationalsozialistischen Staates angewendet zu haben.[33]

Stark rezipiert wurden die wertkritischen Analysen von Postone auch in den Zeitschriften »Bahama«[34] und »Krisis«[35]. Roswitha Scholz versucht Postones Ansatz mit den grundsätzlichen Thesen der Krisis-Gruppe zum „Turbo-" oder „Kasinokapitalismus" in Einklang zu bringen. Für Postone war die Identifizierung der Juden mit dem Wert im Nationalsozialismus entscheidend. Der Wert ist die Verkörperung abstrakter Arbeit. Nach Ansicht der Krisis-Gruppe nimmt diese abstrakte Arbeit heute rapide ab. Der Wert habe daher längst begonnen, „obsolet zu werden".[36] Nach Scholz' Ansicht befinden wir uns im „historischen Ausgang des Wertverhältnisses".[37] Verschwindet der Wert, wird aber auch Postones Ansatz, bei dem der Wert die zentrale analytische Kategorie ist, tendenziell obsolet. Es stellt sich die Frage, wie sich dann heute Antisemitismus äußern kann. Scholz' Antwort darauf lautet, daß sich Antisemitismus gerade daraus ergeben könnte, daß der Wert verschwindet, seine Zwänge aber erhalten bleiben.[38] Problematisch wird diese Einschätzung – abgesehen von der fragwürdigen These vom tendenziellen Verschwinden abstrakter Arbeit – wenn daraus gefolgert wird, staatliche Vernichtungsprogramme seien in Zukunft weitgehend auszuschließen. Zwar ist eine staatlich organisierte Massenvernichtung von Juden derzeit tatsächlich kaum vorstellbar; nur läßt sich das wohl kaum mit dem angeblichen Verschwinden abstrakter Arbeit oder, wie Scholz es tut, mit der fortgeschrittenen Globalisierung erklären. Sich auf die partiell zivilisierende und zügelnde Rolle der Kapitalbewegungen zu verlassen, ist ungefähr so beruhi-

gend wie Robert Kurz' Versicherung, ein neuer Faschismus sei in Deutschland schon deswegen nicht möglich, weil heute massenhaft „junge Männer mit Zöpfchen und Ohrklips“[39] herumrennen.

In der weiteren Auseinandersetzung mit Postone wird versucht werden müssen, wertkritische Analyse des Antisemitismus nicht mit dem Ziel zu betreiben, nachweisen zu wollen, daß extreme Formen des Antisemitismus beim gegenwärtigen Zustand der Warengesellschaft unmöglich sind. Vielmehr geht es um eine allgemeine Theorie des Fetischismus, in der ein auf Massenvernichtung abzielender Antisemitismus seinen Platz als eine besonders gefährliche, und als solche nachdrücklich zur Abschaffung der Wertverwertung mahnende Form des Fetischismus hat. ■

Stephan GRIGAT studiert Politologie. Er schreibt an seiner Diplomarbeit über Wertkritik.

Anmerkungen

1 Vgl. Arendt, Hannah: Nach Auschwitz. Berlin 1989, S. 8f.
2 Vgl. dazu Kustreich, Tjark: Flüchtling contra „Rothschilds“. Neueste Antworten auf Antisemitismus, Rassismus und die soziale Frage. In: »Bahamas«, Nr. 14, 1994.
3 Aly, Götz/Heim, Susanne: Sozialplanung und Völkermord. In: »konkret« 10/89, S. 82.
4 Ebenda.
5 Vgl. Aly, Götz/Heim, Susanne: Die Ökonomie der „Endlösung“. In: Sozialplanung und Judenvernichtung. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5) Berlin 1987, S. 11 und S. 19f.
6 Aly/Heim: Sozialplanung und Völkermord, a.a.O., S. 84.
7 Ebenda, S. 82.
8 Ebenda, S. 85.
9 Vgl. Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Neuordnung. Frankfurt/M. 1993, S. 491.
10 Aly/Heim: Sozialplanung und Völkermord, a.a.O., S. 86.
11 Aly/Heim: Vordenker der Vernichtung, a.a.O., S. 488.
12 Ebenda, S. 490.
13 Vgl. Browning, Christopher R.: Vernichtung und Arbeit. In: »konkret« 12/1989, S. 69; Roth, Karl Heinz: Europäische Neuordnung durch Völkermord. In: Schneider, Wolfgang (Hg.): „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland. Hamburg 1991.
14 Vgl. Herbert, Ulrich: Rassismus und „Rationalität“ In: »konkret« 11/1989, S. 56.
15 Adorno, Theodor W./ Horkheimer, Max.: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M. 1988, S. 179.
16 Vgl. Herbert: Rassismus und „Rationalität“, a.a.O., S. 60.
17 Vgl. ebenda, S. 59.
18 Vgl. Rürup, Reinhard (Hg.): Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945. Eine Dokumentation. Berlin 1991, S. 80ff.
19 Vgl. Herbert: Rassismus und „Rationalität“, a.a.O., S. 60.
20 Vgl. Enderwitz, Ulrich: Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung. Freiburg 1991, S. 137ff.
21 Arendt: Nach Auschwitz. a.a.O., S. 30.
22 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 3, Frankfurt/M. 1994, S. 1061.
23 Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In: »ISF: Kritik und Krise. Materialien gegen Ökonomie und Politik«, Nr. 4/5, Freiburg 1991, S. 7.
24 Ebenda, S. 9.
25 Ebenda.
26 Ebenda.
27 Pelinka, Anton: Auschwitz in uns. In: »profil« Nr. 6, 6.2.1995, S. 82. Ganz ähnlich, aber aus linksradikaler Sicht, behaupten Jürgen Dedinszky und Thorsten Scholz, Auschwitz, Rassismus und Antisemitismus seien innerhalb der Marxschen Theorie nicht erklärbar. Vgl. Faschismus und Totalitarismus. In: Neue Ansätze für eine undogmatische Linke. »Tatblatt Extra«, Extra-Ausgabe Plus 19, 1995, S. 9.
28 Postone, a.a.O., S. 6.
29 Vgl. Holz, Klaus: Antisemitismus als Ideologie? Zur Struktur des antisemitischen Selbst- und Gesellschaftsbildes. In: Bay, Hansjörg/ Haman, Christof (Hg.): Ideologie nach ihrem „Ende“. Gesellschaftskritik zwischen Marxismus und Postmoderne. Opladen 1995, S. 162.
30 Ebenda.
31 Vgl. Enderwitz, Ulrich: Linker Strukturalismus. Einige Überlegungen zu Postones Antisemitismus-Thesen. In: »Kritik und Krise. Materialien gegen Ökonomie und Politik«, Nr. 6, 1993, S. 45ff.
32 Vgl. Bruhn, Joachim: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg i. Br. 1994, S. 105. Eine auffallende Differenz zwischen Postone und Bruhn besteht darin, daß bei Postone die Vernichtung der Juden als versuchte Vernichtung des Werts begriffen wird, während Bruhn meint, daß Juden und andere rassistisch Verfolgte als „Erscheinung des Anti-Werts, als Agenten der Entwertung bekämpft werden.“ Ebenda, S. 150.
33 Vgl. Antifaschistische Liste Göttingen: Marxistische Faschismustheorien. Eine Darstellung und kritische Betrachtung. Göttingen 1995, S. 112. Die ansonsten stark an Postone orientierte Antifaschistische Liste bezieht sich punktuell auch auf Götz Aly, was die Erklärung dafür sein dürfte, daß in ihrer Broschüre von der Dienstbarmachung des Antisemitismus für das Monopolkapital die Rede ist. Vgl. ebenda, S. 125. (Diese vergriffene Broschüre erscheint überarbeitet und erweitert unter dem Titel „Marxistische Faschismustheorien“ im April 1997 im Verlag Pahl Rugenstein Nachfolger (Bonn). 160 Seiten, 14,90 DM. ISBN: 3-89144-235-1.)
34 Vgl. Müller, Elfriede/Andrews, Ben: Über die Widerspenstigkeit einer Ideologie. Nationalismus im Spiegel liberaler und linker Analysen. In: »Bahamas«, Nr. 18, 1995; Krug, Uli: Der Fall Deutschland. Sonderweg oder Exempel? In: »Bahamas«, Nr. 18, 1995; Vogt, Stefan/ Benl, Andreas: „No Germans, no Holocaust.“ Zur Kritik von Daniel Jonah Goldhagen: Hitler's Willing Executioners. In: »Bahamas«, Nr. 20, 1996.
35 Vgl. Lohoff, Ernst: Von Auschwitz nach Bagdad. Anmerkungen zu den wundersamen Wandlungen des Anti-Antisemitismus. In: »Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft« Nr. 13. Bad Honnef 1991; Scholz, Roswitha: Die Metamorphosen des teutonischen Yuppie. Wohlstandschauvinismus, 90er-Jahre-Linke und kasinokapitalistischer Antisemitismus. In: »Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft« Nr. 16/17. Bad Honnef 1995.
36 Ebenda, S. 146.
37 Ebenda, S. 147.
38 Ebenda, S. 150.
39 Kurz, Robert: Honeckers Rache. Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschland. Berlin 1991, S. 144.

Das Balkan-Blutbad – nur „Nationalismus“?

Wieder ein aktueller politischer Roman von Paul Blaha*

Hubert SCHMIEDBAUER

Nun sind innerhalb von fünf Jahren drei Romane von Paul Blaha erschienen, die sich alle mit Themen aktueller Politik befassen. War die „Schöne freie Welt“ (Langen Müller, 1991) noch als Polit-Fiction mit Zeitreisen zwischen unserem und dem nächsten Jahrhundert angelegt, blieben „Die Hinterbliebenen“ (Haymon, 1994; siehe »Weg und Ziel« 6/1994) knapp auf dem Boden der Nach-Kreisky-Jahre in Österreich.

Beiden gemeinsam ist, eingepackt in blutvolle Lebensgeschichten seiner Figuren, der kritische Blick auf die österreichische Politik und wohl auch der Pessimismus für das, was die junge Generation zu erwarten hat – wenn sie sich von den herrschenden Machtverhältnissen treiben läßt.

Der neue Roman von Paul Blaha geht von der jüngsten Vergangenheit in unserem Nachbarland Slowenien aus, forscht nach der Geschichte des blutigen Zusammenbruchs der jugoslawischen Föderation, muß zwangsläufig in die Geschichte der letzten hundert Jahre eindringen, vermittelt ein Stück österreichischer Geschichte von Metternich bis Mock und ist daher eine Skizze über die Geschichte der Einmischungen am Balkan.

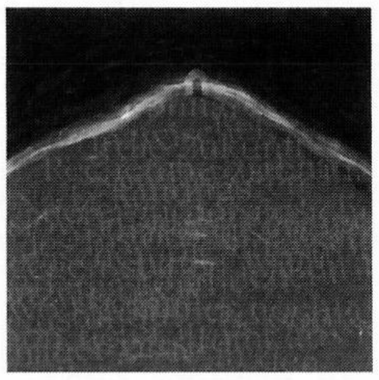
Der Roman im Roman

Kurz die Handlung: Das hinterlassene Romanfragment seines slowenischen Vaters veranlaßt im Jahr 1994 den US-Journalisten Felix Dohnal, nach Maribor zu reisen, um dort nach den Spuren seiner Familie und der Geschichte zu suchen. Er will den Roman fertigstellen, wird im Laufe seiner Begegnungen immer tiefer mit dem blutigen Zerfall am Balkan konfrontiert, während er auch die Geschichte von der Monarchie bis zum Partisanenkampf gegen die deutsche Besetzung begreifen lernt. Blaha zeigt eine Geschichte der Nationalismen und der Faschismen, der unterschiedlichen Nationalitäten einschließlich der für den Nationalsozialismus anfälligen deutschsprachigen Gruppe in Slowenien, der Dekadenz des Kleinbürgertums, in Ansätzen auch einer kämpferischen Arbeiterbewegung, aus der gemeinsam mit Studenten die Organisatoren des Widerstands gegen den heimischen wie den deutschen Faschismus kommen.

Der Amerikaner gerät in eine intensive Beziehung mit einer Slowenin, deren bosnisch-serbischer Mann irgendwo im Einsatz steht, kommt im Verlauf seiner Recherchen auch in das Wien der Neonazi und Briefbombenmörder, erlebt das zerstörte Mostar, bis er schließlich die neuen Erfahrungen und Erlebnisse nicht mehr verkraften kann. Er wird den Roman nicht vollenden. Die Beziehung mit der Slowenin Nada stirbt ab, aus der spannungsgeladenen Begegnung mit einer starken Frau in Wien wird schon nichts mehr. Er verliert sich in Hoffnungslosigkeit und Alkohol, hat nicht die Kraft, sich der dekadenten Hälfte seines Familienbewußtseins zu widersetzen, während seine beiden (entfernt verwandten) weiblichen Bezugspersonen das Leben aktiv bewältigen.

Geschichte der Einmischungen

Blaha zeichnet den Weg der jugoslawischen Nationalitäten nach, und wie man sich in diesen Weg stets von außen eingemischt hat – zum Schaden der Völker in diesem Raum. Der halbe Teil war jahrhundertelang vom Osmanischen Reich besetzt. Um die andere Hälfte rauften nicht nur das Habsburgerreich und Italien. Naturprodukte, Bodenschätze und Arbeitskraft wurden in kolonialistischer Manier ausgebeutet. Das Ausland beherrschte die industrielle Entwicklung.



Ein Großteil der Industrien, des Handels, von Grundstücken und Häusern waren zum Beispiel in Slowenien vor der Okkupation 1941 in deutschem Besitz. *„Das sind Fakten, mein lieber Herr. Das läßt sich nicht vergessen, das schreit nach Revision“*, läßt Blaha seinen Romanhelden 1994 in Maribor durch einen Immobilienschakal informieren, der das große Geschäft wittert. *„Ich wußte allerdings nicht“*, fügt er leise hinzu, *„daß sich in dieser Richtung bereits etwas tut. Die Fäden laufen in Graz zusammen, eine Organisationsstelle aber befindet sich in Maribor, bemerkenswerterweise leitet sie ein Slowene, und natürlich ist alles ganz legal.“ (...) „In einem Rechtsstaat, in einer Demokratie, zu der sich Slowenien neuerdings bekenne, sei nun einmal alles erlaubt. Kameradschaftsbünde, Traditionsverbände, Landsmannschaften, alles, dafür gebe es doch nun einmal die Demokratie, oder etwa nicht.“*

(Es wäre hinzuzufügen: Lange vor 1991 gingen BRD-Unternehmer als offizielle oder inoffizielle Eigentümer in ganz Jugoslawien ein und aus wie in einem westdeutschen Landkreis. An der Küste war die nunmehr durch Geld statt Waffen gelungene deutsche Eroberung schon ein geflügeltes Wort.)

---

* Paul Blaha: Die Recherche. Roman, Haymon-Verlag, Innsbruck 1996, 252 Seiten, 250 Schilling. – Zitate aus dem Buch sind *kursiv* gesetzt.

Auf einer Party spricht der US-Bürger Felix Dohnal mit einem österreichischen Händler: *„Was kann man denn bei Ihnen kaufen?“ – „Geräte aller Art. Elektronik. Fernsehapparate, Taschenlampen und Staubsauger, mit denen man serbische Panzer knacken kann.“ – „Waffen? Wirklich?“ – „Sicher, Mister. Neunzehnhunderteinundneunzig haben wir Steyrer-Gewehre an die Territorialarmee geliefert.“ – „War denn das erlaubt?“ mischte sich Nada ein. „Den Behörden war es erlaubt, wegzusehen, würde ich sagen.“*

Dieselbe Nada ist allerdings nicht ganz so naiv, denn sie erzählt Felix von dem aus einer slowenisch-deutschen Familie stammenden Wiener Neonazi Konrad Fiedler: *„In unseren Zeitungen steht ja nicht viel darüber, aber jeder weiß, daß Leute wie er in Österreich Militärlager unterhalten, in denen unter anderem Killer für die faschistischen Verbände in Kroatien ausgebildet wurden.“* – Felix Dohnal erfährt in einem Gespräch über „interessante Leute“: *„Sie kommen soeben aus Deutschland. Er organisiert Pauschalurlaubsreisen nach Dalmatien, spottbillig, zahlbar in Waffen. Das ganze funktioniert über Spendenaktionen.“*

Die Slowenen sind jetzt frei, ist an anderer Stelle zu erfahren. Es habe sich „eingependelt“: *„Die wenigen Wohlhabenden können sich mehr als im Sozialismus leisten, die vielen Armen weniger.“* Darauf der Vorwurf, daß es auch „damals“ Leute gab, die im Luxus lebten, während die Mehrheit darbte. *„Deshalb versagte dieser Sozialismus ja schließlich auch. Aber im Sozialismus ist ökonomische Ungleichheit eine Fehlentwicklung. Im Kapitalismus gehört sie zum System. Der Kapitalismus lebt vom sozialen Unrecht.“*

Derlei bringt den amerikanischen Besucher zum Lachen. Aber auch zum Nachdenken über seine neue Heimat, wie ein paar Seiten später zu sehen ist: *„Felix Dohnal ist gegenüber seinem Amerika nie kritiklos gewesen, er stand stets im liberalen Lager. (...) Doch erst jetzt, in diesen Wochen (...) beginnt er all die Bestrebungen zu Hause, den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen, das soziale Netz abzubauen, zu verabscheuen.“*

Die DM-Zone am Balkan

Blaha läßt den weiteren Denkprozeß von Felix Dohnal sich schließlich um die internationale Balkanpolitik bewegen. Er versteht die *„Winkelzüge der internationalen Balkanpolitik“* nicht, *„die den blutigen Konflikt schüren, anstatt ihn zu beenden“*. Er muß die Ausweglosigkeit des Konflikts *„in den Interessenkonflikten der Großmächte“* suchen. Die waren sich uneinig, *„als die slowenischen und kroatischen Nationalisten unter deutscher Schirmherrschaft, von den Deutschen ermuntert und angefeuert, Jugoslawien zerschlagen haben“*. (Blaha verzichtet auf den Hinweis, daß an den Fäden der einen deutschen Hand ein österreichischer Außenminister und ein steirischer Landeshauptmann zappelten.)

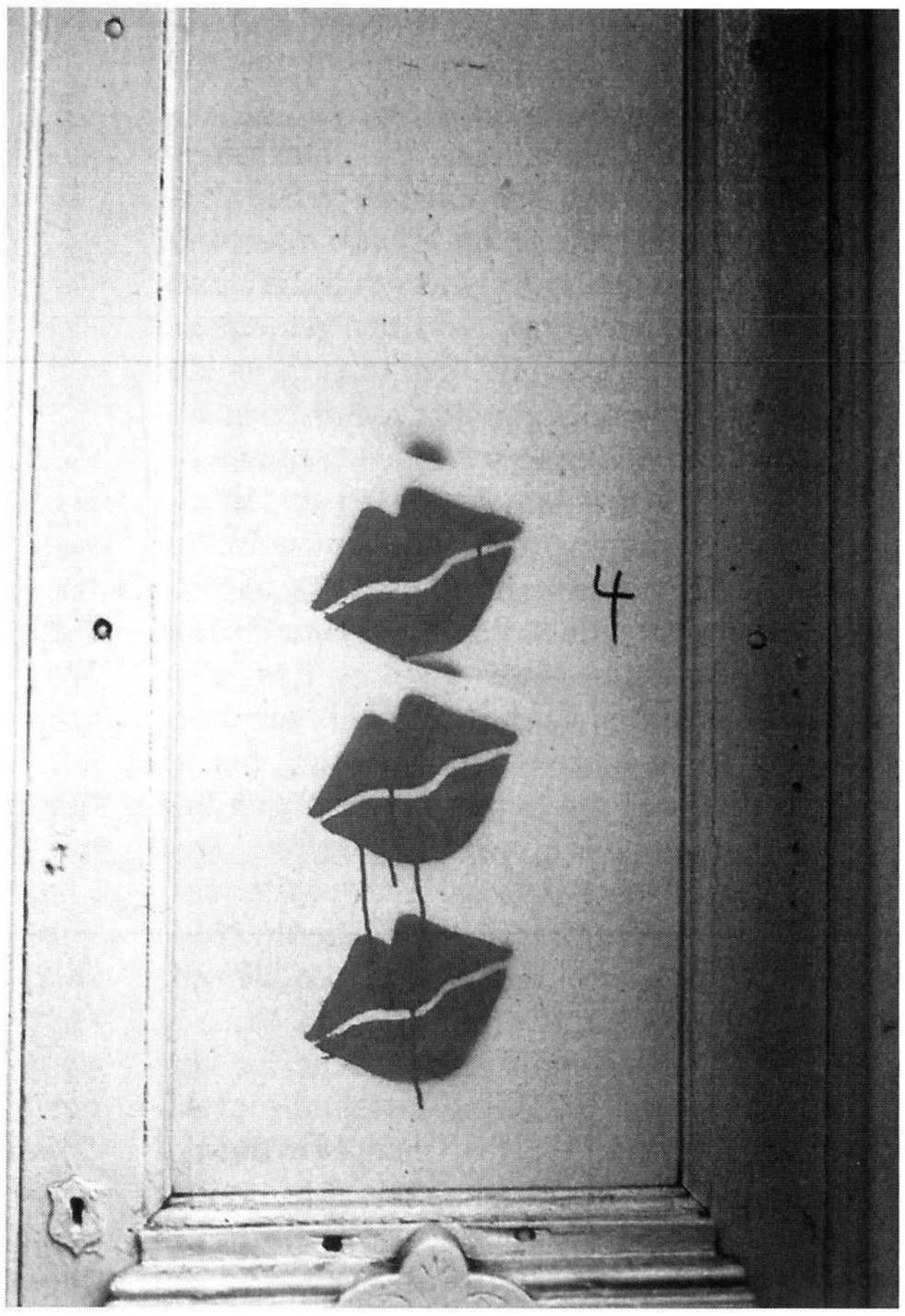


Foto: Vera Isler

„Das nationalistische Slowenien gehört zur DM-Zone, und das nationalistische Kroatien gehört wirtschaftlich und militärisch zur DM-Zone, und die moslemischen bosnischen Nationalisten, die Schützlinge der USA sind, gehören zur DM-Zone,“ alle werden aufgerüstet *„und das nationalistische Serbien rüstet trotz gegenteiliger Behauptung und trotz des UNO-Embargos die nationalistischen serbischen Bosnier auf (...) und das Morden kann andauern“*.

Der Amerikaner gerät immer tiefer in den Wirbel der politischen und militärischen Einmischungen, wo jeder *„doch nur halbe Sachen macht, weil niemand mit offenen Karten spielt und die volle Wahrheit sagt“*, und er versteht letztlich nicht, *„warum alle Welt ausschließlich den serbischen Nationalisten die Schuld gibt“*.

Den letzten Schlag geben Felix Dohnal die Erlebnisse 1995 mit der kroatischen Offensive in der Krajina. *„Sie waren von den Amerikanern ausgebildet und ausgerüstet worden und guter Dinge. Sie hatten hunderttzwanzigtausend Mann unter Waffen und verfügten über tausend Geschütze und vierhundert Panzer (...) In den Stützpunkten der offensichtlich überraschten UN-Soldaten gab es Verluste (...) Kroatische Kampfflugzeuge nahmen einen mit Tschechen besetzten UNO-Beobachtungsposten unter Feuer. Die Welt verzieh diesen Lapsus belli (...) Die öffentliche Meinung in der Welt fand sich ohne größere Probleme mit der Erkenntnis ab, daß auch die netten Kroaten brutale Gewalt anwenden, morden, Dörfer in Brand stecken und ganze Völkerschaften hilfloser Zivilisten vor sich hertreiben.“*

Monarchie, Arbeiter, Bürger

Paul Blaha hat weit ausgeholt, um diese Entwicklung von den alltäglichen oberflächlichen Schuldzuweisungen zu lösen. Er läßt die Geschichte lebendig werden, indem er Menschen aus dem „Romanfragment“ und aus den Recherchen des Felix Dohnal sprechen läßt. So läuft seine Handlung auf zwei Ebenen ab, jener der Recherchenarbeit von Felix Dohnal während weniger Monate in jüngster Vergangenheit mit all den aktuellen politischen Bezügen, und jener der ersten fünf Jahrzehnte unseres Jahrhunderts mit starken Skizzen zur Alltagsgeschichte.

Mit knappen Strichen zeichnet der Autor solcherart die letzten Jahre der Habsburger-Monarchie und ihrer Herrschaft über Slowenien und Kroatien; die Verwurzelung dieser Monarchie im Bewußtsein des mit Militäradel und Kleinbourgeoisie verbundenen Bürgertums; den nahtlosen Übergang alter k.u.k. Militärs in die Armee des

neuen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen nach 1919, während andere für den Verbleib Sloweniens bei Österreich eintreten.

Hier berührt Blaha die Geschichte der Arbeiterbewegung: Nicht nur deutschsprachige, sondern auch slowenische Arbeitermassen demonstrierten am 27. Jänner 1919, dem „Blutigen Sonntag", unter anderem auch dafür, lieber einer demokratischen Republik Österreich als dem reaktionären königlichen Jugoslawien anzugehören. Das Militär griff ein, Dutzende Tote. Dann die blutigen Kämpfe in Unterkärnten und an der steirischen Grenze 1919 – *„halbe Bürgerkriege, ist das nicht idiotisch"*, läßt Blaha eine seiner Romanfiguren sagen -; den Eisenbahnerstreik 1920 mit bewaffnetem Gendarmerieeinsatz und vielen Toten; die Kommunistenprozesse in Zagreb 1928 (Tito verbrachte danach fünf Jahre in den berüchtigten Gefängnissen Lepoglava und Maribor) und anderen Städten.

Es beginnt der Widerstand gegen die Gefahr aus Hitlerdeutschland schon vor dem Überfall. Im März 1941 in Maribor demonstrierten tausende mit einem Fackelzug. Schließlich beschreibt Blaha die Aktivitäten der deutschnationalen Verbände in Slowenien, die im April den Nazi einen jubelnden Empfang bereiteten; den Beginn des bewaffneten Widerstands und der deutschen Massaker; den Partisanenkampf und die Nachkriegszeit, die allmählich in *„zu viel Hochmut der Apparatschiks, zu viel Korruption, zu viel Inkompetenz"* übergeht, wie Blaha einen alten Kämpfer sagen läßt. *„Und dann diese serbische Überheblichkeit, die konnte einem schon manchesmal auf die Nerven gehen. Eigentlich bin ich froh, daß wir jetzt einen slowenischen Staat haben."* So haben sich nun die serbischen, slowenischen, kroatischen Überheblichkeiten – der Nationalismus in den Köpfen, wie ihn Paul Blaha zu schildern versucht –, selbständig gemacht.

Dilemma Nationalismus

Blaha erwähnt in der „Recherche" einige historische Erinnerungen: Die kroatischen Ustascha-Faschisten *„haben zwischen neunzehnhunderteinundvierzig und fünfundvierzig sechshunderttausend Serben umgebracht"* – aus dem „Romanfragment" werden grausige Details zitiert – und die Partisanen seien ihnen danach nichts schuldig geblieben. (Nicht unerwähnt bleiben die Gefängnisse aus der Tito-Zeit, in denen je nach politischem Klima „Agenten", „Revisionisten", „Stalinisten" verschwanden.) *„Eine nichtendenwollende Unmenschlichkeit wurde losgetreten (...) Der Nationalismus wird seine Fratze immer wieder erheben, und die alte Welt wird für uns nicht mehr bewohnbar sein. Immerfort zerstören die Menschen ihren Planeten, bis zum jüngsten Tag. Ununterbrochen begeht die Menschheit Selbstmord."* Aber: Genügt als Ursache die Schuldzuweisung an den „Nationalismus"?

Blaha schiebt einem *„Nationalismus, der immer wieder seine Fratze erhebt"*, die Hauptschuld zu; er verwendet für die Schilderung der aktuellen faschistoiden Entwicklung am Balkan und in Österreich mehrmals die Begriffe „national" – jeder fünfte Österreicher (*„und jeder dritte Polizist"*) wähle „national". Er prangert den jahrzehntelangen laxen Umgang der Justiz mit „nationalsozialistischer Wiederbetätigung" an. Bei der Buchpräsentation ortete er Nationalismus immer dort, wo eine große Idee zerfallen sei, als *„eine zynische Philosophie von Wirtschaftsexperten, die das, was auf uns zukommt, eine Lösung nennt"*.

Wenn Blaha den „ununterbrochenen Selbstmord der Menschheit" auf „die Fratze des Nationalismus" reduziert, trennt er die blutige Gegenwart von der Vernichtung von Völkern und Kulturen rund um die Erde durch den jahrhundertelangen Raubzug der Europäer, den sie zu ihrer Bereicherung unentwegt geführt haben. Selbst der Neokolonialismus mit all seinen menschlichen und ökologischen Scheußlichkeiten hätte hier keinen Platz. Und er wendet den Blick von der Tatsache, daß hinter nationalistischem Chauvinismus stets zahlungskräftige ökonomische Interessen stehen, wie eben nationale Unterdrückung, Kolonialismus und Neokolonialismus und Völkermord handfesten Wirtschaftsinteressen zu danken sind.

Von allerlei Ideologien

Mit dem Rückzug auf den „Nationalismus" widerspricht Blaha auch seinen eigenen Recherchen in jenem Maribor, in jenem Slowenien, aus dem er selbst stammt, ebenso wie seinen Erfahrungen in Österreich, wo er seit Jahrzehnten mit dem politischen Leben und der Kulturszene vertraut ist. Er durchschaut ja die Zusammenhänge von Wirtschaftsmacht, Herrschaft über die Köpfe mittels subtiler Meinungs- und Bedürfnisbildung mit der Zielrichtung politischer Macht. Aber vielleicht vertraut der Autor hier ganz einfach den LeserInnen, deren Durchblick, ihrer Fähigkeit zu den entsprechenden Schlußfolgerungen.

Wenn eine Idee die Massen ergreift, werde sie zur materiellen Gewalt, ist eine Formel aus dem marxistischen Instrumentarium – das bezieht sich leider nicht nur auf revolutionäre Bewegungen, wie man aus der Geschichte weiß. Faschistische oder faschistoide Ideologie läßt sich leicht über nationalistische Schienen transportieren. Aber nicht, weil Nationalismus an sich negativ ist. Nationen haben sich aus verschiedenen Wurzeln her entwickelt und sind oft genug Ergebnisse abgeschüttelter Fremdherrschaft. Antifaschistischer Kampf in Österreich und anderen Ländern – wie etwa Slowenien – war durchaus berechtigt in Nationalbewußtsein gebettet, als er sich gegen die deutschnational-chauvinistische Spielart des Faschismus zu wehren hatte. So konnten Demokraten aus mehr als fünfzig Nationen in den Internationalen Brigaden in Spanien gegen den Franco-Faschismus und damit auch gegen die übrigen europäischen Faschismen kämpfen.

Blaha führt allerdings an ein ideologisches Grundproblem heran: Das für SP und VP fatale Wahlergebnis 1995 sei *„die Quittung für die liberale Linie der bürgerlichen Parteiführung einerseits und für die Preisgabe sozialistischer Grundsätze in der obersten und oberen Parteiführung der Sozialisten andererseits (...), eine Quittung dafür, daß ihre Parteiführung, die oberste, die obere und die mittlere, übersättigt, überheblich und phantasielos, die längste Zeit schon nach rechts eingeschwenkt ist."*

Für die Grundprobleme unserer Gesellschaft und unserer Zeit dürfte also nationaler Chauvinismus nur eines der Symptome sein. Er ist wohl Folge und Instrument ökonomischer Widersprüche, begünstigt durch die Preisgabe sozialistischer, humaner Grundsätze gegenüber internationalisierter Kapitalmacht, der Preisgabe einer ideologischen Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Hegemonie. Paul Blahas „Recherche" läßt das (trotz der Nationalismus-Betroffenheit) zwischen den Zeilen nachvollziehen. Möge er genügend Kraft und Zeit für weiteres Schaffen haben, allzuviele Autoren seiner Sorte gibt es ja nicht. ■

Hubert SCHMIEDBAUER ist Journalist.

Über die Bewältigung von Vergangenheiten und Gegenwart

Paul BLAHA im Gespräch

Im Publikum herrscht gespannte Aufmerksamkeit, als der Autor im Dezember 1996 nach der Lesung in einer Wiener Bücherei auf die Fragen der Zuhörer eingeht. „Ja natürlich, die Geschichte Jugoslawiens – des ehemaligen Jugoslawien – hat mich sehr bewegt und ich habe einiges zurechtzurücken versucht, was an Fehlmeldungen und Falschmeldungen in der Gegenwart verbreitet wird", bestätigt Paul Blaha. In Maribor 1925 geboren und dort auch aufgewachsen, beschreibt er in seinem neuen Roman „Die Recherche" weit mehr als ein Stück Heimatgeschichte. Und er wird auch nach der jüngsten Geschichte gefragt.

„Nach Titos Tod – das wußte jeder – konnte es nicht so weitergehen. Die Entwicklung zu einem Bundesstaat war im Gange. Tudjman und Milosevic haben versucht, dies zu keiner Lösung kommen zu lassen. Es stand im Raum, daß die Probleme friedlich gelöst werden – aber es hat sich die Welt eingemischt, ohne gebeten worden zu sein; doch, die Kroaten haben dann wohl darum gebeten. Die BRD und ihr Kasperl-Juniorpartner Österreich haben bewirkt, daß dieser Prozeß keine Chance mehr hatte, denn es war Absicht, daß dieser Staat zerfallen soll!"

So ist der neue Roman von Paul Blaha eine Geschichte der Einmischungen geworden.

„Alles geht einmal an irgendeiner unbewältigten Vergangenheit zugrunde", ist eine Art Motto in Blahas Buch. Bei der Präsentation im Oktober gab Peter Huemer die Einführung. Historisches Gedächtnis sei für Menschen und Gesellschaften wichtig. Aber auch das Vergessen-Können sei lebenswichtig, um für eine neue Art des Zusammenlebens hinwegzuhelfen. Dies sei aber nicht Lösung für alle Zeit – die Amnesie dürfe nicht andauern. Zeitweiliger Erinnerungsverlust müsse zur Empörung der Opfer führen. Wozu starben die jungen Partisanen – wenn der „Schlächter von Maribor" später ein bundesdeutsches Verdienstkreuz bekam. Und nun könne das Buch Blahas erst recht keine Antworten geben. Wie weit reicht das Denken und Vergessen zurück, daß es noch eine Bewältigung geben muß? Bewältigung wird von unterschiedlicher Betroffenheit jeweils anders gesehen, zeigt Blaha in der „Recherche". Etwa am Beispiel ehemals „deutscher" Besitzungen in Slowenien.

Also Pessimismus? Das Publikum bei der Lesung will von Blaha einen Lichtblick erfahren.

„Die Situation ist zur Zeit unlösbar! Das ist meine Meinung. Solange der Zankapfel Bosnien, der nie ein eigener Staat werden kann, zu einem Nest moslemischer Aggression gemacht werden soll. Selbst der Großteil der bosnischen Bevölkerung will einen moslemischen Staat Bosnien nicht. Die Bosnier sind Serben moslemischen Glaubens. Es gibt in Bosnien 600.000 Mischehen! Kroatien ist wieder ein faschistischer Staat, was es früher schon war. 1945 sind 300.000 Kroaten ausgewandert, vor allem Faschisten. Die haben ihre Mafia in der ganzen Welt. Milosevic ist ein Diktator, der seinem Volk nicht nützt", zählt Blaha die Pfeiler seines Pessimismus auf.

Ob er wirklich keine Lösung sehe? Ja, Tudjman werde eines Tages einer Krankheit erliegen, vielleicht dann. Und Serbien?

„Ich glaube auch, daß die Wahlen getürkt wurden und die Demonstrationen gerechtfertigt sind. Die Frage ist, wer beherrscht diese Demonstrationen. Vuk Draskovic ist noch ärger als Milosevic und nicht geeignet, die Verhältnisse zu ändern. Die Arbeiterschaft spielt da nicht mit, und ohne Arbeiterschaft geht nichts. Clinton und die anderen warten natürlich nur darauf, daß Milosevic die Nerven verliert und sie Grund zum Einschreiten haben. Das wäre schlimm."

Die Geschichte der bisherigen Einmischungen ist schlimm genug. Die Suche nach Kriegsverbrechern setzt laut Blaha nicht bei den Wurzeln an. „Da gehören auch andere dazu – die österreichische und deutsche Anerkennungspolitik war der Anfang vom Ende Jugoslawiens. Am schlimmsten war die Anerkennung Bosniens, sie hat das Gemetzel verursacht. Die jetzige Friedhofsruhe ist besser als Krieg. Aber gelöst sind die Probleme nicht!"

Blaha bezeichnet sich als Sozialist. Er schildert neben dem Profitwucher des Kapitals und der Dekadenz bürgerlichen Denkens die Unentbehrlichkeit der Arbeiterbewegung – im weitesten Sinn des Begriffs – für die Gestaltung einer humanen Gesellschaft, in der Demokratie Bewegung von unten sein muß.

Blaha meinte im Gespräch, es gingen ihm allmählich die Personen aus. Als Sozialist sollte es ihm doch nicht schwerfallen, Menschen zu entdecken, erfinden, entwickeln, die Träger eines neuen Optimismus sein können, den wir alle – und vor allem die junge Generation – so sehr brauchen. In der „Recherche" hat er ja einige dieser Art gezeichnet, und allein um deretwillen lohnt es sich schon, das Buch zu lesen!

Hubert Schmiedbauer

Niemals empört etwas mehr als Ungerechtigkeit;
alle anderen Übel, die wir ausstehen, sind nichts dagegen.
Immanuel Kant

„Verteilungsgerechtigkeit“ oder Sicherheit?

Stephan GANGLBAUER

Die SPÖ hat Anfang November 1996 einen erweiterten Parteivorstand einberufen, um verbindliche Schlußfolgerungen aus der schweren Niederlage bei den Wahlen zum Europaparlament zu beraten. „Verteilungsgerechtigkeit“ heißt das Schlagwort, in dem zusammengefaßt sein soll, womit sich die sozialdemokratische Partei künftig unverkennbar profilieren möchte.

Einige der genannten Vorhaben stützen sich auf die Umverteilungsstudie des WIFO, die auf Anregung des Nationalrats und im Auftrag des Finanzministeriums durchgeführt wurde.

Bereits nach deren Präsentation im August wollte Ex-Kanzler Vranitzky prüfen lassen, „wo es möglich ist, sozial zu staffeln“. Dabei nannte er Familienleistungen und die Mitversicherung von Haushaltsangehörigen. Die Reaktion von Vizekanzler Schüssel fiel erwartungsgemäß aus. Über Staffelungen der Familienleistungen könne man mit ihm reden, allerdings will er nicht zu einkommensschwachen, sondern kinderreichen Familien umverteilen. Zurückgewiesen hat er das Ansinnen, die Mitversicherung bei höheren Einkommen in Frage zu stellen. Dennoch trat nun Ex-Sozialminister Hums mit diesem Vorhaben an die Öffentlichkeit, wohl um einen Beitrag zur Profilierung der Sozialdemokratie als Partei der „Verteilungsgerechtigkeit“ zu leisten.

Untersucht wurde vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die „Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich“. Der generelle Befund lautet, daß trotz einer auf die OECD bezogen überdurchschnittlich hohen Abgabenquote die Umverteilungswirkung vergleichsweise gering ist. Die Gründe dafür sind: die Höchstbeitragsgrundlage zur gesetzlichen Sozialversicherung, ein gegenüber dem OECD-Durchschnitt deutlich niedrigerer Anteil der Einkommenssteuern (um knapp 12 Prozent) und (bis zu deren Abschaffung) der Vermögenssteuer (nur halb so hoch) am gesamten Steueraufkommen, der hohe Anteil der indirekten (Umsatz-) Steuern auf Konsumgüter und Dienstleistungen. „Die Schweiz, USA und Japan – Länder mit geringer genereller Steuerbelastung und niedrigen Steuersätzen – weisen dagegen mit einem Anteil an Einkommens- und Ertragssteuern von über 40 Prozent (gegenüber 27 Prozent in Österreich) und hohen Vermögenssteueranteilen, aber geringen indirekten Steuern eine sehr progressive Steuerstruktur aus“, heißt es im Bericht. Die Umverteilungswirkung kommt in Österreich generell dadurch zustande, daß die oberen Einkommensschichten zwar von den Transferleistungen des Staates pro Kopf im allgemeinen ebensoviel erhalten wie die unteren Einkommensschichten, doch weniger als sie einbezahlt haben, während es sich bei ärmeren Haushalten umgekehrt verhält. Das gilt aber nicht für alle Transferleistungen: „Eindeutig mehr profitieren die oberen Einkommensschichten von den direkten Wirkungen der Ausgaben für das Hochschulwesen und von der Wohnbauförderung – darüber hinaus auch noch für die Ausgaben für die Zinszahlungen für die Staatsschuld, den Straßenverkehr und die Kultur. Die Zinszahlungen für die Staatsschuld fließen zu mehr als zwei Drittel an das obere Haushaltsdrittel.“

Damit ist ein grundlegendes Folgeproblem unbeabsichtigter Umverteilungswirkungen schuldenfinanzierter staatlicher Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik angesprochen. Während die (um die Verschiebung des Anteils der Unselbständigen an allen Erwerbstätigen) bereinigte Lohnquote seit 1970 relativ stabil geblieben ist, haben sich innerhalb der Nichtlohneinkommen gravierende Anteilsverschiebungen ergeben: „Während 1970 die Gewinneinkommen (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften) noch 90 Prozent der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung ausgemacht hatten, belief sich ihr Anteil in den neunziger Jahren nur mehr auf rund 70 Prozent. Der Anteil der Besitzeinkommen ist dagegen im gleichen Zeitraum von 7 Prozent auf 25 Prozent gestiegen. Die Besitzeinkommen nahmen in diesen zwei Jahrzehnten um das 18fache zu, die Gewinneinkommen nur um das 4fache.“ Ab Anfang der achtziger Jahre entwickelten sich Gewinnentwicklung und Investitionsbereitschaft deutlich auseinander. Auch in Österreich, so das Ergebnis einer in der genannten Studie angeführten Bilanzanalyse, expandierte der Anteil des Finanzanlagevermögens von Industrieunternehmen an ihrem Gesamtvermögen zu Lasten des Sachanlagevermögens seit Mitte der siebziger Jahre rasch. „Der Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme der Großunternehmen der österreichischen Industrie stieg von 11,5 Prozent 1973 auf 15,7 Prozent 1980 und danach doppelt so rasch auf 24 Prozent im Jahr 1988.“ Für diese Entwicklung waren zwei Gründe maßgeblich. Der Zuammenbruch des Systems von Bretton Woods 1971 bedeutete das Ende eines festen Wechselkurssystems. Daraus entstanden die in astronomische Höhen getriebenen Währungsspekulationen. Zur Ausdehnung der Finanzmärkte in Größenordnungen von bald annähernd dreistelligen Dollarbillionenbeträgen trugen maßgeblich die ursprünglich zur Sicherung von Wechselkursrisiken dienenden sogenannten derivativen Finanzgeschäfte bei. 1993 hat nach Schätzungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich der Deriva-

tenhandel an den Börsen ein Volumen von rund 8 Billionen Dollar erreicht, zu dem ein etwa gleich hoher Umsatz außerbörslicher Derivatengeschäfte hinzukommt. Der zweite Grund ist in der seit dem Kriseneinbruch Mitte der siebziger Jahre im wesentlichen unabhängig von der Zusammensetzung der Regierungen betriebenen Politik des deficit spending zusammen mit der schuldenfinanzierten Industrialisierungspolitik der sogenannten Schwellenländer zu sehen. Damit stieg die Nachfrage nach Geldkapital stark an, was eine Verteuerung der Kredite bewirkte, und das bedeutet: steigende Renditen für Finanzanlagen.

In den oben angeführten Zahlen drückt sich ein Wandel aus, der vom Paradeliberalen Ralf Dahrendorf, also keineswegs von prinzipiell kapitalismuskritischer Seite, als Übergang zum „Casino-Kapitalismus" bezeichnet wurde. Zusammen mit der raschen Entwicklung weltumspannender Informations- und Kommunikationstechnologien bringt die enorme Ausweitung der Finanzmärkte sowohl eine rasante Beschleunigung der Akkumulationsprozesse im globalen Maßstab mit sich als auch kaum noch behinderte Mobilität von Kapital. Die Frage ist zwar nicht neu, doch stellt sie sich dringlicher denn je, ob an diese Vorgänge und an deren Folgen in irgend aussichtsreicher Weise das Kriterium der Gerechtigkeit angelegt werden kann und ob diese überhaupt moralischen Urteilen zugänglich sind. Aufschlußreich ist, was die Apologeten hoher Kapitalrenditen anführen, beispielsweise über die Wirkungszusammenhänge von Vorgängen auf den Finanzmärkten und Entwicklungen der Beschäftigtenquote. Immerhin handelt es sich weder um zufällige noch einmalige Ereignisse, daß die New Yorker Aktienkurse steigen, wenn höhere Arbeitslosenzahlen gemeldet werden, und sie zu sinken pflegen, wenn Lohnsteigerungen bekannt werden. In solchen Wirkungszusammenhängen gibt sich zu erkennen, wofür ein Vokabel steht, das hierzulande vor zwei Jahren noch unbekannt war. Auf den Finanzmärkten wird tatsächlich der Vorrang des shareholder value gegenüber allen anderen Interessenten im ökonomischen Geschehen durchgesetzt. Die Apologeten dieser Entwicklung nennen es gerecht, daß die Risiken der Geldanlagen mit entsprechend hohen Renditen belohnt werden. Überdies sei es gesamtwirtschaftlich zweckmäßig und rational, weil nur auf diesem Weg der effektivste Einsatz der Mittel zu gewährleisten sei. Hinzu kommt das entscheidende Argument. Es ist pragmatischer Natur und besagt: Die globalisierte Konkurrenz erzwinge höchst ertragreiche Anlagemöglichkeiten zur „Standortsicherung".

„Herrenlose Sklaverei"

Bereits Max Weber hielt, nicht zufällig im Kapitel über „Herrschaftssoziologie", fest: „Im Gegensatz zu allen anderen Herrschaftsformen ist die ökonomische Kapitalherrschaft ihres ‚unpersönlichen' Charakters halber ethisch nicht reglementierbar. Sie tritt schon äußerlich meist in einer derart ‚indirekten' Form auf, daß man den eigentlichen ‚Herrscher' gar nicht greifen und ihm daher auch nicht ethische Zumutungen stellen kann. Man kann an das Verhältnis des Hausherrn zum Dienstboten, des Meisters zum Lehrling, des Grundherrn zum Hörigen oder Beamten, des Herrn zum Sklaven, des patriarchalen Fürsten zu den Untertanen, weil sie persönliche Beziehungen sind (...), mit ethischen Postulaten herantreten und sie inhaltlichen Normen zu unterwerfen suchen (...) Dagegen sehr schwer das Verhältnis des Direktors einer Aktiengesellschaft, der die Interessen der Aktionäre als der eigentlichen ‚Herren' zu wahren verpflichtet ist, zu den Arbeitern von deren Fabrik und gar nicht dasjenige des Direktors der die Aktiengesellschaft finanzierenden Bank zu jenen Arbeitern (...) ‚sachliche', weder ethische noch antiethische, sondern einfach anethische, jeder Ethik gegenüber disparate Erwägungen bestimmen das Verhalten in den entscheidenden Punkten und schieben zwischen die beteiligten Menschen unpersönliche Instanzen. Diese ‚herrenlose Sklaverei'(...) ist nur als Institution ethisch diskutabel (...)" (Wirtschaft und Gesellschaft, 708f.).

1875 notierte Karl Marx in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei": „Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht' ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte' Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktion?" (MEW Bd. 19, 18). Die Bemerkung war gegen die Forderungen nach „gerechtem Lohn" und „dem vollen Arbeitsertrag" gerichtet und sie war konsequent im Sinn seiner früh schon unüberbietbaren Verachtung für die moralische Empörung, die „ultima ratio des mit sich selbst einigen Egoisten", als welche diese in der Deutschen Ideologie gekennzeichnet wird (MEW Bd. 3, 387). Und davor schon hieß es in der Heiligen Familie, der mit Engels gemeinsam verfaßten Polemik gegen die moralisierende „kritische Kritik", es handle sich hierbei um eine idelle Erhebung über die Welt, welche der ideologische Ausdruck der Ohnmacht der Philosophen gegenüber der Welt sei (ebenda 363). Die Empörung sei alles, nur keine Tat; und: „Die Philosophie der Empörung (...) ist in letzter Instanz nichts als eine bramarbasierende Apologie der Parvenuewirtschaft (Parvenu, Emporkömmling, Emporgekommener, Empörer). Jeder Empörer hat (...) ein spezielles Bestehendes sich gegenüber, worüber er sich zu erheben strebt, unbekümmert um die allgemeinen Verhältnisse. Er sucht das Bestehende nur, insoweit es eine Fessel ist, loszuwerden, im Übrigen dagegen sucht er es sich vielmehr anzueignen."[1]

Von solchen in großer Zahl beibringbaren Belegen für Marxens beißenden Hohn über die moralisierenden „Philosophen" sollte sich niemand darüber täuschen lassen, daß sein Wirken und sein Werk getragen ist von den zeitgenössisch zahlreichen und vielfältigen Beleidigungen eines intakten Gerechtigkeitsempfindens. Zu beachten ist, daß sich die Polemiken gegen die „Philosophen der Empörung" richten, nicht aber gegen wirkliche Erhebungen wie in der französischen Revolution, in der das Levons-nous! gegen die Selbsterniedrigung gerichtet war, aus der heraus die Großen erst groß erscheinen würden.[2]

Klassenverhältnisse

Sowohl die Verachtung für die Maulhelden und die Hochschätzung für diejenigen, die wirkliche Freiheitskämpfe führen, als auch die Einsicht in die Verselbständigung der von den Menschen hervorgebrachten Produktionskräfte teilt Max Weber mit Karl Marx. Dieser betonte: Nicht als wirkliche Menschen, sondern als Mitglieder der verschiedenen Klassen, denen sie wesentlich aber nur als Durchschnittsindividuen angehörten, würden sie gemeinschaftliche Verhältnisse bilden, bedingt durch ihre gemeinschaftlichen Interessen gegenüber Dritten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, wofür die Rede von der sachlichen Macht des Geldes nur ein anderer Ausdruck ist,[3] hätten sich verselbständigt auch gegenüber den Mitgliedern der herrschenden Klasse, wenngleich diese ihr

Foto: H. Schmidt-Brümmer

Leben in der Selbstentfremdung erträglich einzurichten in der Lage seien. Damit habe jene scheinbare Albernheit zu tun, welche die mannigfaltigen Verhältnisse der Menschen zueinander in das eine Verhältnis der Brauchbarkeit auflöse, diese scheinbar metaphysische Abstraktion gehe daraus hervor, daß innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft alle Verhältnisse unter das eine abstrakte Geld- und Schacherverhältnis praktisch subsumiert seien (...) „Die eigentliche Wissenschaft dieser Nützlichkeitstheorie ist die (zur besonderen Fachwissenschaft erhobene, Anm. S.G.) Ökonomie; in den Physiokraten erhält sie ihren wahren Inhalt, da diese zuerst die Ökonomie systematisch zusammenfassen (...) Die vollständige Subsumtion aller existierenden Verhältnisse unter das Nützlichkeitsverhältnis (...) finden wir erst bei Bentham, wo nach der französischen Revolution und der Entwicklung der großen Industrie die Bourgeoisie nicht mehr als eine besondre Klasse, sondern als die Klasse auftritt, deren Bedingungen die Bedingungen der ganzen Gesellschaft sind“ (MEW Bd. 3, 397f.).

Mit gutem Grund polemisierte Marx gegen „die guten Menschen“, gegen jene moralisierenden Empörer, die nicht zu begreifen in der Lage sind, daß an sachliche Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse ethische Ansprüche nicht gestellt werden können. Sie können keinen Adressaten finden als imaginierte Personifikationen dieser Verhältnisse. Bei Marx zurückgetreten und in der Rezeption verlorengegangen ist der zunächst noch betonte Unterschied „zwischen dem Leben jedes Individuums, soweit es persönlich ist und insofern es unter irgendeinem Zweig der Arbeit und die dazugehörigen Bedingungen subsumiert ist“. Ausdrücklich wird dazu erläutert: „Dies ist nicht so zu verstehen, als ob zum Beispiel der Rentier, der Kapitalist pp. aufhörten, Personen zu sein; sondern ihre Persönlichkeit ist durch ganz bestimmte Klassenverhältnisse bedingt und bestimmt, und der Unterschied tritt erst im Gegensatz zu einer andern Klasse und für sie selbst erst dann hervor, wenn sie bankrott machen“ (ebenda 76). „Die Arbeit“, genauer: die freie Lohnarbeit, ist auf dieser höchsten Abstraktionsstufe nicht weniger die Existenzbedingung der Lohnarbeiter als die der Kapitalisten. Wiewohl ihre Stellung in diesem Verhältnis die der Verfügenden, der Inhaber der Befehlsgewalt gegenüber den von ihnen in Arbeitskontrakt genommenen Arbeiter ist,[4] vermögen sie doch nicht, weder im Verband miteinander noch gestützt auf die Staatsmacht, den Gesamtprozeß der Kapitalverwertung zu beherrschen und unter ihre Kontrolle zu bringen.

Es ist in sich stimmig, daß Marx keine Idee der Gerechtigkeit vor sich her trägt, sondern sie implizit entwickelt als (das kommunistische) Ideal einer gerechten, das ist eine den wirklichen Menschen mit allen ihren Eigenarten, in ihrer Verschiedenheit gerecht werdenden, Ordnung, die in eins fallen würde mit der freien Gesellschaft, das wäre die Gemeinschaft mit allen anderen, worin jedes Individuum die Mittel hätte, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden, worin so verstandene persönliche Freiheit erst möglich wäre. Marxens Werk ist zu entschlüsseln als Ausfluß ungebrochenen Vernunftglaubens, der allerdings nicht mehr meinte, die Ordnungen der Welt ließen sich nach einer vernünftigen Idee gestalten, sondern vermeinte, die gesellschaftlichen Kräfte identifiziert zu haben, die aus ihrer Lage heraus geradezu dazu gezwungen wären, mit der Durchsetzung ihrer Interessen zugleich die Befreiung der gesamten Menschheit von Herrschaft, Not und selbstgeschaffenem „Sachzwang“ zu bewirken. Bei Marx ist die vernünftige Ordnung identisch mit gesellschaftlichen Verhältnissen gedacht, worin die Menschen sich keinen, seiner Auffassung nach letztlich aus Armut resultierenden Entwicklungsschranken gegenübersehen würden. Dies ist bei ihm weder als „Himmelreich philosophischer Ideen“ vorgestellt, also nicht mehr als ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten hätte, noch als lokal begrenzter und „roher Kommunismus“. Ein hoher Grad der Entwicklung der Produktivkräfte sei „auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige immer wieder beginnen (...) müßte“ (MEW Bd. 3, 34f.). Den „noch ganz rohen und gedankenlosen Kommunismus“ seiner Zeit hält er für noch in der „Kategorie des Habens“ befangen, was verursacht sei durch die Herrschaft des Privateigentums.

Die gegenwärtig häufig zu hörende Rede von den Zwängen zur „Standortsicherung“ wird selbstverständlich zur Durchsetzung der spezifischen Interessen an Gewinnmaximierung benützt. Doch liegt es keineswegs allein im Ermessen von Kapitaleignern, ob sie unter tatsächlich verschärften Konkurrenzverhältnissen den Zwängen zur Steigerung der Renditen gehorchen. Marx analysierte das Kapitalverhältnis immer schon als ein sachliches, „der Kapitalist“ galt ihm nicht als wirkliche Person, sondern als „Charaktermaske“, als ein Individualitätstypus, der bei Strafe seines Untergangs als Agent des Akkumulationsprozesses von Kapital den Funktionserfordernissen Genüge tun müßte. Seither hat sich jener Prozeß soweit funktionell und institutionell ausdifferenziert, vertieft und verallgemeinert, daß Privateigentum an Großkapital in gewisser Weise tatsächlich herrenlos und anonym geworden ist. Symptomatisch dafür ist, daß die Karikatur mit Zigarre und Melone hoffnungslos anachronistisch geworden ist, ein anderes Sinnbild jedoch nicht gefunden wurde, wohl auch nicht wird, wiewohl einige „Reiche und Superreiche“ bekannt sind.

Gefährdetes Wohlstandsniveau

Da nun die erreichten Wohlstandsniveaus in den reichen Ländern gefährdet scheinen, hält sich die Ohnmacht gegenüber den Verwertungszwängen an die sichtbaren Repräsentanten des Systems, an die Politiker also, die in besseren Jahren den ökonomischen Erfolg für sich reklamiert haben. Prekär wird die Situation absehbar dann, wenn die verschiedenen Sozialleistungen in der bisherigen Form ganz einfach nicht mehr finanzierbar sein werden. Das gilt für die Alterssicherung, die Krankenversicherungen und die Arbeitslosenversicherung. Aus verschiedenen Gründen geht bei allen drei Systemen die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter auseinander. Es bedarf keines prognostischen Scharfsinns, um das Ende der herkömmlichen Sicherungssysteme, das heißt mit etwa gleichbleibenden Anspruchsberechtigungen vorauszusehen.

An den gegenwärtigen politischen Veränderungen ist ablesbar, daß die Bereitschaft, sich für ein höheres Maß an gerechter Verteilung des nach wie vor großen Reichtums zu engagieren, erheblich geringer ist als die Bereitwilligkeit zur Gefolgschaft für denjenigen, der behauptet, er würde „Ordnung schaffen“ und „Sicherheit bieten“. Die SPÖ ist zu lange führend an der Regierung beteiligt, als daß ihr großes Vertrauen entgegengebracht würde, wenn sie nun den Mangel an sozialer Gerechtigkeit zu ihrem Thema zu machen versucht. Zumal sie seit Vranitzkys Kanzlerschaft das dem Gerechtigkeitsempfinden zugehörige Protestideal der Gleichheit eher zu desavouieren beigetragen hat, als daß sie Egalität glaubhaft vertreten hätte gegen den vordringenden Neoliberalismus. Nicht zuletzt deshalb gelingt es Haider so leicht, die Empörung derer zu bedienen, deren Gerechtigkeitsgefühl so weit reicht wie das der „Empörungsphilosophen“, denen Marx mit Verachtung begegnete. Intaktes Gerechtigkeitsempfinden bewährt sich durch die Wahrnehmung des Unrechts, das anderen zugefügt wird, dessen Beseitigung die eigenen Annehmlichkeiten womöglich beeinträchtigt. Eine „objektive“ Grenze zur Selbstgerechtigkeit gibt es nicht und kann es sowenig geben wie eine allgemeine Defintion dessen, was gerecht ist. Gerechtigkeit ist eine Frage der Urteilskraft, die (scheinbar paradox) immer subjektiv und nie beliebig ist. Ob Institutionen und politische Gruppierungen die Bildung erweiterter Denkungsart fördern oder behindern, ist eines der wesentlichen Kriterien zu deren Beurteilung im Hinblick auf ihre Rolle in den Auseinandersetzungen darum, wie eine den wirklichen Menschen gerecht werdende Ordnung ihres Zusammenlebens geschaffen werden könne.

Hinsichtlich der SPÖ muß diesbezüglich auf Züge nostalgischer Verklärung der Kreisky-Ära aufmerksam gemacht werden. Bereits die letztmalige absolute Mehrheit bei Nationalratswahlen hatte die SPÖ keineswegs mit Gerechtigkeitsforderungen, sondern maßgeblich deshalb errungen, weil ihr noch zugetraut wurde, sie könnte Sicherheit gewährleisten. Damals erschien in der Juniausgabe nach Kreiskys größtem Wahlsieg vom 6. Mai ein Beitrag in der »Zukunft«, in dem kritisch vermerkt wurde: „Sicherheit hatte eine jener sozialdemokratischen Wahlparolen gelautet, die wahrscheinlich viel zum unerwartet großen Erfolg des 6. Mai beigetragen hat. Aber ‚Sicherheit‘ ist eine Losung, die ansonsten von konservativen Parteien bevorzugt wird, und die sich eigentlich schlecht mit dem Willen zur Veränderung der Gesellschaftsordnung verträgt: Denn Veränderungen bringen naturgemäß auch Risken und Unsicherheiten mit sich“ (»Zukunft« 6/1979, 26).

Der Beitrag stammt von Josef Cap, der in weit kürzerer Zeit ebenso in Vergessenheit geraten ist, wie sein damaliger Gedanke. Oder wie hieß das zentrale Thema der Wiener SPÖ im Gemeinderatswahlkampf 1996? ■

Dr. Stephan GANGLBAUER ist Historiker

Anmerkungen

1 MEW Bd. 3, 366.
In der 1847 erschienenen Polemik gegen einen anderen Moralisten stellt Marx den „dünkelhaften Grobianismus des ‚gesunden Menschenverstandes‘“ bloß, der Banalitäten ausposaunt, die er als ewige Wahrheiten und unerschütterliche Dogmen ausgeben möchte. So „schafft er sich die erwünschte Situation, seine moralische Entrüstung über die ‚Blindheit‘, ‚Torheit‘ oder ‚Schlechtigkeit‘ der Widersacher solcher Glaubensartikel auszuschütten – ein Selbstgenuß, der in seinen polternden Expektorationen zugleich den rhetorischen Brei hergeben muß, worin die paar dürftigen, knöchernen Wahrheiten schwimmen“ (MEW Bd. 4, 340).

2 Das Levons-nous! war eine Parole der von Juli 1789 bis Februar 1794 erschienenen revolutionär-demokratischen Wochenschrift »Révolutions de Paris«. Die Selbstaufforderung stand wörtlich in folgendem Kontext: „Die Großen erscheinen uns nur deshalb groß, weil wir selbst auf den Knien liegen. Erheben wir uns!“ (zitiert nach: MEW Bd. 3, Anm. 138, 562).

3 MEW Bd. 3, 380f.: „In der Macht des Geldes, in der Verselbständigung des allgemeinen Tauschmittels, sowohl der Gesellschaft wie den Einzelnen gegenüber, tritt die Verselbständigung der Produktions- und Verkehrsverhältnisse überhaupt hervor.“

4 Im ersten Band des Kapitals findet sich auch folgende Formulierung: „nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andren Pol als Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft (...) Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt“ (MEW Bd. 23, 765).

Restlinke – Rostlinke – Rotzlinke – Rastlinke!

Anmerkungen zu Schandls Abgesang auf die Rostlinke im Rahmen seiner „Wahleinschätzung“ in »Weg und Ziel« 5/1996

Julius MENDE

Das Wortspiel Rest-/Rostlinke ist ebenso amüsant wie für manche die Abkanzelung der KPÖ und ihres Eifers, bei jeder Wahl dabei sein zu wollen, wie etwa die Beteiligung an der EU-Wahl. Solange es noch einige tausend Mitglieder gibt und diese bei einer „Wahlkonferenz“ beschließen: „Wir kandidieren“, ist auch dagegen schwer 'was zu sagen.

Über die Aussichten hat sich kaum jemand Illusionen gemacht. Wenn dann das kärgliche Ergebnis noch in Prozentzahlen und Wählerströmen gefaßt wird, hat das schon etwas Groteskes. All das sind traditionelle Herangehensweisen an die Politik entlang der traditionellen inhaltlichen Orientierungen: EU-Widerstand, gegen Sozialabbau, gegen Haider.

Was fällt aber Schandl dazu ein: „Noch einmal, auch wenn's weh tut: Das Trauerspiel ist offensichtlich, wird von allen so wahrgenommen, außer von den Darstellern selbst. Höchste Zeit also, mit der Selbstbeschädigung aufzuhören. Die Linke wird sich anhand neuer Inhalte gruppieren, oder sie wird dahinsiechen wie bisher.“ So weiß es Schandl aus seiner vermeintlichen Vogelperspektive – und dann kommt nichts.

Als eifriger Leser der Schandlschen Auslassungen und auch seiner theoretischen Texte weiß ich, es kommt wirklich nichts. Der Gedanke, daß die neuen Problem- und damit Fragestellungen aus den alten kämen, ist ihm nicht fremd. Nach guter alter Rostlinkenmanier pflegt er kleine Kapitallesegruppen und huldigt der Wertkritik. Er ist ein Prophet des Unterganges. In diesem Sinne ist er einer der Österreicher, die er zu Beginn seines Artikels pointiert kennzeichnet: „Man wird den Eindruck nicht los, als würde Fanatismus einerseits und Fatalismus andererseits immer mehr Menschen erfassen, als seien Aufgeregtheit und Schicksalsergebenheit nationale Kennzeichen.“

Aufgeregt ist Schandls Schreibe über die Linke, von oben herab und rotzfrech und sogar erfrischend, doch mündet die Erregung genau wie Herr Franz schreibt, in den Fatalismus, zum Beispiel was die SPÖ betrifft: „Etablierte Politik, parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition stehen gleichsam vor einem Rätsel. Sie begreifen weder, was geschieht, noch was geschehen soll. So wie es ist, geht es nicht mehr weiter, aber wie es weitergehen soll, weiß niemand. So wird aus dem Spagat der SPÖ-Debatten keine Reform machbar sein. Reform meint so das Gerede über sie. Es ist kein Zufall, daß die Diskussionen nur aus Schlagworten bestehen. Sie erscheinen als Durcheinander unterschiedlicher Wünsche. Einerlei, ob die Partei nun nach vorne oder hinten, nach rechts oder links gehen wird, sicher ist nur eines: nach unten geht es weiterhin.“ So beinhart, messerscharf und pointiert analysiert Schandl die Entwicklung der SPÖ. Mag ja sein, daß er recht hat, weiß ja außer ihm keiner, was kommt. Jedenfalls stützt sich sein Untergangsszenario auf keine Analyse und auf kein einziges Argument. Es ist nämlich so, daß die reale Welt ihn wenig interessiert. Vielmehr stört sie offensichtlich bei seinen Sandkastenspielen die allemal im Zusammenbruch des Sandturms münden, wenn die Sonne das Wasser verdampft hat. Die SPÖ interessiert ihn nicht. Es wäre doch angebracht, sich die Klientel der SPÖ näher anzusehen, politische Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen. Dann käme er nämlich nicht zu dem Schluß, daß dort niemand wüßte, was er tut. Die Führung weiß, was sie tut. Es gibt keinen schlimmeren Fehler in einer Auseinandersetzung, als den Gegner zu unterschätzen.

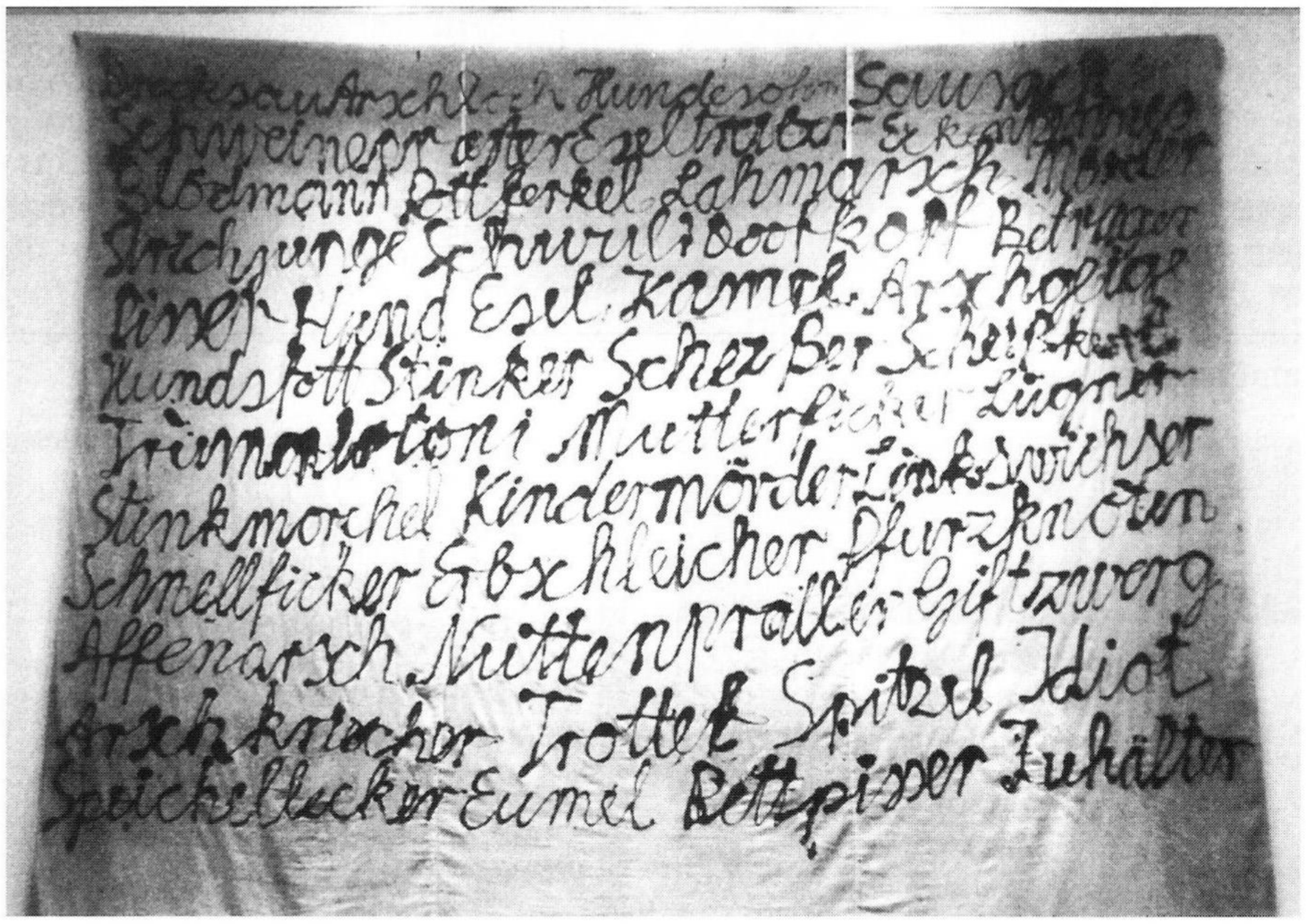


Foto: Paolo Bianchi

Sigmar Polke: „Das große Schimpftuch“ 1968.

Die neuen Fragestellungen können nur aus der Präzisierung der alten entstehen. Warum zieht es traditionelle

SP-Wähler zu Haider? Das ist doch eine vielschichtige, schwierige Frage. Sie könnte nur mit einer politisch differenzierten Analyse, eben auch einer Klassenanalyse beantwortet werden. Schreibt Schandl doch selbst: „Die Linke muß sich an Haider ranmachen, ihn wirklich angreifen, was meint, die Analyse der gesellschaftlichen Prozesse und der aufstrebenden Formation in ihrem Zusammenhang ergründen." Aber – es kommt nichts – in Schandls Kommentar. Vielmehr behauptet Schandl: „Wahlen werden nicht mehr nach politischen Kriterien ausgetragen und entschieden, sondern sind zusehends apolitischen Formen zugängig (...) was meint, daß immer mehr Menschen nach irgendwelchen sekundären Beliebigkeiten ihr Kreuzchen machen." Hier, Franz Schandl, zeigt sich das Neue, die neuen eben auch politischen Kriterien, die interessieren Dich nicht. Wer bestimmt, was politisch und was apolitisch ist? Oder gehörst Du etwa zu jenen, die meinen, nur die politischen Sendungen im Fernsehen wären die, wo es um Politik geht, statt etwa in den „Unterhaltungsserien", die ja immer mehr das Muster für die Politsendungen abgeben?

Was fällt Schandl zur Haiderkritik ein? Anstatt wirklich anzugreifen, greift er das eigene Milieu an: „Die defensive Abwehrschlacht und das Aufzeigen brauner Flecken helfen hingegen überhaupt nicht weiter. Die hilflose Antihaiderei von rechtsliberal bis linksradikal, die sich als bewußtloser und aufgeschreckter Helfershelfer entpuppte, muß ein Ende haben." Kann ja sein. Wenn Schandl endlich die Katze aus dem Sack ließe, würden die Verblendeten vielleicht klarer sehen. Doch die Rostlinke sieht nicht so klar wie er: „Während der Kapitalismus die letzten Spielräume politischen Handelns vernichtet, diese zu einer untergeordneten Wirtschafts‚politik' absinkt, beschwört die Restlinke gerade auf dieser Ebene andere Kräfteverhältnisse, ohne allerdings angeben zu können, woraus diese denn resultieren könnten." Diesen Vorwurf würde ich nicht zu erheben wagen, wenn meine eigenen Perspektiven dermaßen blaß bleiben. Die politischen Handlungsfelder der Rest-/Rostlinken mögen Schandl nicht passen, aber daß sie nicht artikuliert wären, kann man nicht behaupten. Solange die völlig neuen Fragestellungen der neuen „Neuen Linken" so unscharf bleiben, finde ich es zumindest anständig und gar nicht fatalistisch, an den alten Fragen (Verteilung des Reichtums, Arbeit, Wohnen etc.), die sich dramatisch zuspitzen, anzuknüpfen.

Die Schwäche der Linken, zu deren Rost Schandl allemal gehört, noch zynisch zu kommentieren, entspricht wohl der von ihm skizzierten „nationalen Eigenart".

Der Widerstand – und sei er noch so hilflos – gegen die Rechtsentwicklung in Europa wird von der Restlinken ausgehen müssen. Von wem sonst? Schandls Strategie: Radikalkritik im Stübchen – alles andere ist lächerlich – „Theater, an das nur die Darsteller glauben".

Klassenmäßig bringt hier Klassenkampfgetöse nichts. Doch wird es sich bei den konkreten Menschen, die da Widerstand gegen Rechtspopulismus, Wirtschafts-Liberalismus und Sozialabbau leisten könnten, mehrheitlich um irgendwie Lohnabhängige oder eben Arbeitslose handeln. Ob die alle bei einer so oder so gearteten Klassendefinition zur Arbeiterklasse gehören würden, ist mir egal. Soll der Widerstand Wirkung zeigen, müßten viele Menschen aus relevanten Arbeitsbereichen involviert sein, um diverse altmodische und völlig neue – her mit den Ideen, Herr Franz – Kampfmaßnahmen zu entwickeln. Deine Absage an die traditionelle Klassenkampfpolitik verschleiert lediglich, daß Du keinerlei Gegenformation gegen die von Dir vielfach richtig beschriebenen Entwicklungen zu benennen vermagst und dann beim allgemeinsten Menschen landest, den Dir Andreas Rasp (»Weg und Ziel« 5/1996) ordentlich zerzaust hat.

Was bleibt vom Restefest, die von Dir beschriebene Lethargie, gepaart mit Überheblichkeit und Zynismus – Haltungen, die mir sehr vertraut sind.

Sei nur froh, daß es die Restlinke mit ihren Illusionen noch gibt, sonst hättest Du niemand, der Deine schlauen Texte liest. ■

Mag. Julius MENDE ist Zeichenlehrer und Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Akademie sowie an der Akademie der bildenden Künste.

BAHAMAS

Nr. 21 – Herbst 1996

Wahn der Wirklichkeit

* Das Grevesmühlener Gefühl *
* Kommandiert Deutschland in der NATO? *
* Fetisch „Friedensprozeß" und Israel *
* „Padanien" und die italienische Linke *
* Deutsche Linke als Antizionisten in Libyen *
* Französische Linke und der Negationismus *
* Debatte: „Krisis" zum Subjekt der Aufhebung *
* Peter Handke und die Serbenfresser *
* Linke und Drogen * u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben;
Einzelpreis DM 7,50 (nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44
Postfach 620628, 10796 Berlin, Konto: E. Müller
Nr. 12005270, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

14.,15. und 16. März 1997

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive

Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover

Referate, Podiumsdiskussionen, Einführungsvorträge, ca. 30 Workshops

Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken der Bundesrepublik.

Kontakte, Informationen, Anmeldungen:

Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V.,
Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt/M.

Errata!

In der vorigen Ausgabe von »Weg und Ziel« (5/1996) haben sich zwei schwere Fehler eingeschlichen. Wir bitten die LeserInnen und die Autoren um Entschuldigung.

1. Ab Seite 10 sind im Artikel von Gerhard Scheit die Fußnoten falsch. Fußnote 15 ist doppelt. Anstatt der zweiten muß es 16 heißen, statt 16 17 usw. Die letzte - 33 - gehört ersatzlos gestrichen.

2. Im Artikel von Franz Schandl muß es auf Seite 18, dritte Spalte, Ende des vorletzten Absatzes heißen: „Nichtsdestotrotz sind sie [die fetischisierten Formen der Kommunikation] - ganz anders als sie den Menschen in ihrer zeitlichen, örtlichen und geistigen Beschränktheit erscheinen - *keine* ehernen Gesetzlichkeiten des Menschseins."

Vom Fortschritt in der Geschichte über den Wert zum Gut

Überlegungen zu den Aufsätzen von Gerhard Scheit

Franz SCHANDL

Gerhard Scheits Texte gehören zu den anregendsten, die uns gegenwärtig bekannt sind. Egal ob es sich um musik- oder theaterwissenschaftliche Schriften[1] handelt, um geschichtsphilosophische oder werttheoretische Abhandlungen.[2] Vor allem die Entwicklung einer elementaren Kritik des Gebrauchswerts scheint uns von immenser Bedeutung. G. Scheit wird seinem Namen also gerecht.

Wer weit geht, geht allerdings auch manchmal in die Irre. Die Aufgabe dieses Beitrags besteht nun darin, das Scheitsche Schriftgut hinsichtlich der hier aufgeworfenen Fragestellungen zu sondieren und sich mit den vorgestellten Thesen und Einwendungen an unsere Adresse auseinanderzusetzen. Die Wichtigkeit bedingt auch die unbeabsichtigte Länge der Ausführungen.

Fortschritt und Geschichte

Sicher will der Fortschrittsbegriff verallgemeinern, er sagt nichts weniger aus, als daß Geschichte zwar kein Ziel, wohl aber Logik und Richtung kennt, kein wildes Durcheinander von Eventualitäten ist. Ohne Verallgemeinerung der Geschichte – die nun frei nach Adorno stets zu konstruieren wie zu verneinen ist – haben Praxis und Perspektive keinen Sinn, müßten ersetzt werden durch die jeweils aktuelle Gelegenheitsvernunft, den Opportunismus. Genau das ist der Punkt, wo postmoderne Überlegungen ansetzen. Der *Fortschritt*, das ist zweifelsfrei eine dieser heute verpönten großen Erzählungen. Die Begründung einer sozialistischen Möglichkeit kann nur zielführend sein, wenn *Fortschritt* nicht generell geleugnet wird.

Natürlich hat Scheit recht, wenn er meint, daß wir einerseits den Fortschrittsbegriff entleeren, um ihn andererseits wieder aufzufüllen.[3] Darin erkennen wir auch keine Tragik. Er ist eben vom pompösen aufklärerischen Beiwerk zu befreien, vor allem von der Vorstellung eines Automatismus, der der Möglichkeit stets die Notwendigkeit unterschiebt und die Verwirklichung als sicher erscheinen läßt. Dem ist nicht so. Aber auch nicht umgekehrt.

Fortschritt, wie wir ihn verstehen, ist jedenfalls von seiner allzupositiven Alltagsassoziation zu befreien, es gilt ihn dialektisch zu fassen, nicht mechanisch. Marx selbst charakterisierte Fortschritt sowohl positiv als auch negativ. Im Ersten Band des „Kapitals" schreibt er etwa: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen der Fruchtbarkeit."[4]

Dort wo wir schreiben: „Fortschritt sagt lediglich, daß die Menschheit nicht beharrend bei sich bleibt, sondern den Kreislauf der ersten Natur durchbrechen konnte", meint Scheit: „Die Betonung wäre allerdings auf die Vergangenheitsform zu legen: Fortschritt *war* (Hervorhebung von F.S.) der Ausstieg des Menschen aus der Evolution: die Entstehung der Gesellschaftlichkeit (...)."[5]

Nun wissen wir nicht, was hier genau unter Betonung zu verstehen ist: jedenfalls legt der Satz nahe, daß es Fortschritt im Übergang zur zweiten Natur gegeben hat, dieser sich damit aber vorerst erledigt hätte. Wir hingegen setzen auf eine *Permanenz des Fortschreitens* und somit des Fortschritts: das Heraustreten aus der ersten Natur ist nicht nur an seinen ersten Ermöglichungen zu messen, sondern an seinen andauernden Verwirklichungen, wovon die fetischistische Form des Werts bisher wohl in ihrer universellen Penetranz die entwickelteste Stufe darstellt. Daß Scheits Überlegungen – denken wir ihn zu Ende – zu der etwas wilden Konstruktion führen, Fortschritt nur noch an den Übergängen von der ersten zur zweiten und von der zweiten zur dritten Natur festzumachen, sei ebenfalls angemerkt. Was aber war dazwischen und nachher? Fortschritt meint also nicht bloß die Entstehung, sondern auch die Entwicklung der Gesellschaftlichkeit.

Fortschritt und Wert

Weiters behauptet Scheit, daß unser (zweiter) Definitionsversuch lediglich das Wertgesetz paraphrasiere: „Was heißt eines vergleichbaren qualitativen Produkts", frägt er, „wenn die Vergleichbarkeit nicht durch den Wert hergestellt wird? Die Trennung von Qualität des Produkts (Gebrauchswert) und Quantität der Arbeitszeit (Tauschwert) ist bereits der Modus des Wertes."[6]

So ganz will uns das nicht einleuchten. Zwar stimmt es, daß diese Trennung einen Modus des Werts darstellt, aber es stimmt auch, daß diese Trennung erst *in* und *mit* der Ware konstituiert wurde. Der Trennung ist also keine Identität von Gebrauchs- und Tauschwert vorausgegangen, sondern Zustände, die weder das eine noch das andere überhaupt kannten.

Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob eine Vergleichbarkeit außerhalb der Kategorien des warenproduzierenden Systems überhaupt gewährleistet werden kann, ob es eine Qualität gibt, die nicht apriori durch das Mitdenken des Werts schon infiziert ist. Der Wert wäre sodann total oder absolut, alles ihm zugehörig oder zumindest analogisiert. So recht will auch das nicht in unseren Kopf. Aus der absolutistischen Tendenz ist nicht seine unbedingte Verwirklichung zu folgern.

Der Wert ist außerdem ja nicht die geopferte Zeit, sondern die spezifische Zurichtung der Zeit für den Markt. Nicht Arbeitszeit an sich schafft Wert, sondern nur gesellschaftlich nützliche

Arbeitszeit. Der Kapitalismus rechnet nicht in bloßen Zeiteinheiten (das wäre schon fast sozialistisch), sondern in wertgewichteten Zeiteinheiten. Prinzipiell ist es natürlich sinnvoll, Traktoren und Schuhe, Kopierer und Mischmaschinen in kürzerer Tätigkeitsdauer, mit weniger Verschleiß an Muskel, Nerv und Hirn herzustellen. Bloß das kann überhaupt Freiraum und Freizeit für alle Menschen, nicht nur für bestimmte Privilegierte, hervorbringen. Es gilt zu Gegebenheiten vorzudringen, die eben nicht von Reproduktion und Produktion, kurzum vom Alltag diktiert werden.

Selbstverständlich ist der Fortschrittsbegriff *auch* an den Wert geknüpft. Für die Vorgeschichte gilt: Die Herausbildung des Werts und die Entwicklung des Werts ist *ein* Fortschritt. Die Krise des Werts ist somit auch die Krise des Fortschritts. In einer Zeit, wo der Wert verfällt, das Wertgesetz immer weniger greift[7] – auch wenn es sich nach wie vor kolonialistisch aufführt und betreibt – die Wertkritik hingegen aufsteigt, muß *auch* der abendländisch-aufklärerische Fortschrittsbegriff in die Krise geraten. Was allerorten sinnlich erfahrbar ist. Nichtsdestotrotz ist die Kritik von *Wert* und *Fortschritt* keine, die aus ihren unmittelbaren Gegebenheiten abgelöst werden kann.

Kapitalakkumulation und Fortschritt waren jedoch niemals identisch, sehr wohl aber liefen sie eine ganze historische Epoche (von den Anfängen des Kapitals bis zum Fordismus) synchron. Das heißt ohne Kapitalakkumulation kein Fortschritt, konkret: keine Demokratie, kein Rechts- und Sozialstaat. Damit sollen die repressiven Momente gar nicht verschwiegen werden. Die gehören ebenso dazu. Diese Synchronität ist heute gestört und erscheint nicht mehr herstellbar. Und darin liegt ja gerade die Besonderheit der aktuellen Phase.

Es drängt sich also die Frage auf, ob die Koppelung von Fortschritt und Wert eine eherne ist, oder ob die gleichzeitige Krise von beiden nicht eine Abkoppelung andeutet, deren Chance begriffen werden muß, das heißt, daß eben die Wertkritik nicht zu einer prinzipiellen Fortschrittskritik führen muß, daß sich Fortschritt nicht nur vor dem Wert – und darauf hat Gerhard Scheit ja andernorts zurecht hingewiesen[8] – formulieren läßt, sondern auch nach, vor und neben dem Wert. Aus der Amalgamierung von Wert und Fortschritt ist nicht eine eherne Verwachsenheit zu schließen. Aus der Notwendigkeit der Überwindung des Werts ist keine Liquidation des Fortschritts abzuleiten. Freilich muß so etwas wie der „wertlose" Fortschritt erst erkannt und bewußt werden.

Zweifellos ist der Gedanke an den Fortschritt gleichzeitig mit der Etablierung von Ware und Wert aufgekommen, was aber nicht heißt, daß er nur dieser Welt zugehörig sein muß. Verschiedene Kategorien haben verschiedene historische Festigkeiten, man könnte reziprok auch von divergierender ontologischer Härte sprechen.

Begreifen wir die sogenannte zweite Natur, die Vorgeschichte, als eine bestimmbare Entwicklungsepoche, dann sind Quasi-Ontologisierungen der sie zentral kennzeichnenden Momente nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern unbedingt erforderlich. Die Stoßrichtung gegen die Ontologisierung kann ja selbst keine ontologische sein, die sich kategorisch auf alles und jedes anwenden und ausweiten läßt, sondern sie war stets gerichtet gegen die bürgerliche Ontologisierung der Herrschaft und ihrer Begrifflichkeiten in die Vergangenheit und in die Zukunft.

Das Problem ist auch, daß man um den Fortschrittsbegriff nicht herumkommt, er ist zu kritisieren, man kann sich seiner aber nicht entledigen. Ob die von uns vorgenommene Doppelung trägt, oder ob sie nicht vielleicht ein (un)geschickter Schwindel ist, sei vorerst einmal dahingestellt. Wichtig ist es, sich dem Problem zu stellen, nicht aus der arbeiterbewegten Euphorie in einen pessimistischen Nihilismus zu verfallen.

Schiefe Metapher

„Begreift man den Fortschritt unmittelbar als Kapitalakkumulation und Durchsetzung des Wertgesetzes – dann ist diese Notbremse die einzige Perspektive, die auf dem Planeten bleibt."[9] Scheits Kritik ist hier wider Willen bei der Affirmation der Kapitalherrschaft gelandet. Was er uns zu Unrecht unterstellt, Fortschritt und Kapitalakkumulation identisch zu setzen, diesem Gedanken frönt er nun selbst.

Ein Problem scheint für uns nun darin zu liegen, daß die Scheitsche Wertkritik ohne Krisentheorie verläuft, sozusagen auf halben Weg stehenbleibt. Scheits Skeptizismus rührt wohl auch daher, weil die Krise der Verwertung in seinen Betrachtungen – soweit wir sie kennen – keine Rolle spielt. Letztlich bleibt nur eine Rückkehr zum Politizismus, so sehr Gerhard Scheit dem praktisch auch fernstehen mag. Die Alternative ist sodann auch eine voluntaristische. Folgendes Bild entsteht in unserem Kopf: Kräftige Männer, gewappnet mit einer scharfen Ideologiekritik greifen rettend ein. Scheit fällt hier selbst hinter die Kritik der politischen Ökonomie zurück, die wahre Schranke des Kapitals ist nicht mehr wie bei Marx das Kapital selbst,[10] sondern das sind die Bremser auf der Lok.

Die Notbremse erscheint uns deshalb als schiefe Metapher, weil – wird sie erfolgreich gezogen, wofür es so überhaupt keine Indizien gibt – wir nachher auch nirgendwo anders sind als vorher. Wenn schon, dann gilt es die Schienen zu sprengen, Örtlichkeit als Synonym für Möglichkeit abseits der vorgegebenen Strecke zu entfalten. Nicht Stillstand, sondern Überwindung, nicht Verengung, sondern Ausweitung wäre angesagt.

Benjamins und mit ihm Scheits Denken ist zutiefst pessimistisch, mehr als daß das Werkel gestoppt werden kann, will es nicht zulassen. Wer soll sie nun aber ziehen, diese Bremse? Vom Proletariat als emanzipatorischer Kraft und dem Klassenkampf als revolutionärer Form hat Scheit sich ja zurecht verabschiedet. Wer soll das nun können wollen? Wie soll das über die Schiene gehen?

Umgekehrt, das Werkel wird sich von selbst stoppen, der gesellschaftliche Stau verweist schon Richtung Motorschaden. Was aber nicht unbedingt anheimelnd sein muß. Das Sich-Selbst-Stoppen ist nicht als positives Ereignis zu sehen. Ohne *bewußt-gemachte* (getrennt wie zusammengeschrieben, also in doppelter Deutung) Alternative ist das Allerschlimmste zu fürchten, nämlich die fortschreitende Entzivilisierung der gesellschaftlichen Kommunikation, wie wir sie schon heute in zahlreichen Weltgegenden ausmachen können. Wenn weder Kapitalismus noch Sozialismus möglich sind, ist der Weg in die sekundäre Barbarei vorgezeichnet.

Welche Wertkritik?

Ganz unsentimental: Der kapitalistische Fortschritt ist der spezifische Fortschritt, der eben wegen seiner ökonomischen, politischen und militärischen Potenz siegreich gewesen ist. Ob einmal etwas anderes möglich gewesen wäre, andere Dynamiken ihre histori-

schen Chancen nicht nutzen konnten, mag erstens möglich gewesen sein, darf aber zweitens auch bezweifelt werden, drittens vor allem aber ist es, denken wir perspektivisch, müßig. Die Entwicklung der Menschheit ist nun mal so verlaufen. Falsch und richtig sind keine Kriterien zur Beurteilung der Geschichte.

Der Wert ist also nicht das gesellschaftlich *Böse*, das zu Verneinende schlechthin, sondern das in seinem gesellschaftlichen Umfeld zu Dechiffrierende. Eine dialektische Kapitalismus-Kritik ist keine rein negatorische, so nach dem Motto: Die Entwicklung der Menschheit ist falsch verlaufen. Das klingt äußerst christlich-abendländisch, erinnert stark an den Sündenfall. Unserer Einschätzung nach war der Wert zur Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse (vom Rechtsstaat bis zur Demokratie, bis hin zu bürgerlichen Leitbildern wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität) das treibende Ferment. Kurzum: Unsere Möglichkeiten verdanken wir der positiven Dialektik des Kapitalismus. Die bürgerliche Sichtweise verallgemeinert hier bloß unzulässig, will von Hegel bis Fukuyama gleich das Ende und den Höhepunkt menschlicher Entwicklung überhaupt erblicken.

Die zentrale Bedeutung der Wertkritik rührt primär nicht daher, weil sie die fundamentalen Grundlagen des Kapitalverhältnisses angreift, eben nicht bloß die Folgen kapitalistischer Zustände beklagt und politisch ausgleichen möchte, sondern weil diese Kritik heute erstmals verallgemeinerungsfähig wird, ihren bloß esoterischen Charakter verliert und exoterische Potenz gewinnt. Diese gilt es allerdings erst zu exemplifizieren.

Die Frage nach der Universalisierung der Wertkritik stellt sich nicht auf der zeitlichen Achse, sehr wohl aber auf der räumlichen. Der aktuelle Vorrang der Wertkritik ergibt sich nicht daraus, daß sich mit ihr beliebig rückwärts argumentieren läßt, das wäre sicher Unfug, ihre Relevanz rührt daher, daß – unabhängig davon, wie die vorkapitalistische Geschichte vieler Gesellschaften ausgesehen haben mag – der Kapitalismus sich universell durchsetzen konnte. Der Weltmarkt wurde hergestellt auf Grundlage seiner Prinzipien, egal was vorher gewesen. Es ist der Wert, der die Welt in Atem hält. Doch er wird kurzatmiger.

In der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie ist die Wertkritik selbstverständlich angelegt, aber sie ist noch nicht entwickelt, bzw. ist – abgesehen vom Ersten Abschnitt des Ersten Bandes des „Kapitals“ in der Kritik des Mehrwerts enthalten, muß aus jener gelöst werden. Die Kritik des Mehrwertes ist nämlich auch durchaus als Affirmation des Wertes zu lesen – Robert Kurz hat darauf in seinen Untersuchungen zum „doppelten Marx“ stets hingewiesen – somit kann die Realisierungsform des Kapitalismus durch den Mehrwert von der spezifischen Substanz der Warenproduktion, dem Wert, getrennt werden. Die gesamte bisherige marxistische Kritik blieb weitgehend in dieser Beschränkung befangen.

Profit 1980: Das Haus soll abgerissen werden, um Parkplätze für einen Supermarkt zu schaffen.

Gebrauchswert und Wert

Vorerst einmal gilt es festzuhalten, wo Gerhard Scheit eindeutig recht hat: Die Begriffe Tauschwert und Gebrauchswert sind grundsätzlich als zwei verschiedene Arten von Abstraktionen intendiert, beim ersten wird vom konkreten Produzieren abstrahiert, beim zweiten vom konkreten Produkt. Beides sind Abstraktionen von Arbeit. Der Tauschwert respektive Wert verkörpert das abstrakt Allgemeine der lebendigen Arbeit, der Gebrauchswert das abstrakt Allgemeine der toten Arbeit. Der Gebrauchswert ist aus der Kritik nicht auszunehmen, wenngleich es sich bei dieser um keine *Wertkritik* im eigentlichen Sinne handelt, sondern um eine *Warenkritik* im Allgemeinen. Wogegen Scheit sich also zurecht ausspricht, ist die Ontologisierung und Heiligsprechung des Gebrauchswerts.

„Das heißt die Trennung von Tausch- und Gebrauchswert ist eigentlich nicht durchzuhalten, [sie] ist nur eine vorübergehende Arbeitsabstraktion – ebenso wie die Trennung von Produktivkraft und Produktionsverhältnissen. Man sollte darum die Abstraktion des Gebrauchswerts durchaus nur als eine Art Arbeitshypothese betrachten – notwendig, um den Tauschwert in Ruhe studieren zu können, gewissermaßen unter den Bedingungen des Laboratoriums. Diese Arbeitshypothese hat sich indessen im Bewußtsein vieler verfestigt zu einer ontologischen Differenz, mit der das Dilemma des Fortschrittsbegriffs ebenso zusammenhängt wie eine gewisse Blindheit für die Ökologie. Aus der Abstraktion gewannen die Gebrauchswerte und die Produktivkräfte ihre Unschuld und der Fortschrittsbegriff seine Unangreifbarkeit.“[11] „Gebrauchswert ist ebenso wie Wert ein Begriff, der auf die Warenform gemünzt ist – und nur in diesem Zusammenhang mit ihr einen Sinn ergibt. Die Fetischierung, die mit ihm betrieben werden kann, soweit er unabhängig vom Tauschwert verwendet wird, beginnt bereits in der ontologischen Scheidung von Quantität und Qualität.“[12] Nur die Ware hat demnach Gebrauchswert und Tauschwert.

Insofern sind auch unsere Aussagen in den *»Streifzügen«* (Nr. 2/1996) zu relativieren. Zwar schreiben wir dort noch ganz richtig: „Die Ware wird verstanden als die konkrete Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert“, leiten diese Grundbestimmung aber dua-

listisch aus: „Verschwindet der Tauschwert (respektive der Wert), dann verliert das Produkt zwar seinen Warencharakter, bleibt aber stofflich aufrecht. Verschwindet hingegen der Gebrauchswert (z.B. durch Konsumtion, Verderbnis, Diebstahl), dann geht mit ihm auch der Wert unter. Der Gebrauchswert ist eine Bedingung des Tauschwerts, der Tauschwert keine Bedingung des Gebrauchswerts.

Der Tauschwert ist an den Gebrauchswert geknüpft, das Gut kann auch anders vorgestellt und hergestellt werden. Das heißt Tauschwert respektive Wert sind nicht natürlich aneinander gebunden, sondern nur unter besonderen historischen Bedingungen zur Ware verschmolzen. Als Ware ist die Ware ein gesellschaftliches Verhältnis, kein bloßer Gegenstand. Was aber auch weiter heißt: *Das charakteristische Spezifikum der Ware ist der Wert, nicht der Gebrauchswert.* Jener ist der Punkt, um den sich in der bürgerlichen Produktion alles dreht. Der Gebrauchswert (oder besser noch: der Gebrauch) ist ein soziales Apriori der Menschwerdung, Wert ein besonderes Verhältnis der Warenwirtschaft. Produkt und Ware sind nicht identisch, sondern lediglich historisch analogisiert."[13]

Diese Passage ist unter den Einwänden Gerhard Scheits zurückzunehmen und neu zu formulieren. In ihrer Schlichtheit kommt sie über die Standpunkte, gegen die Scheit zurecht polemisiert (Adorno, Haug, Pohrt) nicht hinaus, ja huldigt geradezu den unbefleckten Gebrauchswerten. Es geht also nicht an, den Gebrauchswert als Positivum gegenüber dem Tauschwert hinzustellen, jener selbst ist eben auch keine ontologische Größe, somit eben nicht zu verwechseln mit dem *Produkt* schlechthin, sondern eine historische Bestimmung.

Marxens Gebrauchswert

Marxens diesbezügliche Ausführungen sind alles andere als eindeutig, so sicher und abgeschlossen und letztendlich verführerisch einfach sie manchmal wirken.[14] Marx selbst aber durchbricht des öfteren dieses krude ABC des Gebrauchswerts. In den Grundrissen schreibt er etwa: „Die Ware selbst erscheint als Einheit zweier Bestimmungen. Sie ist *Gebrauchswert*, d.h. Gegenstand der Befriedigung irgendeines Systems menschlicher Bedürfnisse. Es ist dies ihre stoffliche Seite, die den disparatesten Produktionsepochen gemeinsam sein kann und deren Betrachtung daher jenseits der politischen Ökonomie liegt." So weit, so obligat. Doch gleich weiter heißt es: „Der Gebrauchswert fällt in ihren Bereich, sobald er durch die modernen Produktionsverhältnisse modifiziert wird oder seinerseits modifizierend in sie eingreift. Was im allgemeinen anstandshalber darüber gesagt zu werden pflegt, beschränkt sich auf Gemeinplätze, die einen historischen Wert hatten in den ersten Anfängen der Wissenschaft, als die gesellschaftlichen Formen der bürgerlichen produktion noch mühsam aus dem Stoff herausgeschält und mit großer Anstrengung als selbständige Gegenstände der Betrachtung fixiert wurden."[15]

Marx stand mehrmals davor, das profane Alltagssätzchen über den Gebrauchswert zu sprengen, zog sich dann aber doch meist auf die traditionelle Position des Abendlandes zurück. Der Mut, die Phalanx von Aristoteles bis Ricardo endgültig zu verlassen, fehlte hier, wenngleich hervorgehoben werden muß, daß Marx seinen Schwerpunkt auf die Analyse des Werts, und noch mehr des Mehrwerts legte. Einsicht und Notwendigkeit, beim Gebrauchswert Akzente zu setzen, waren aber auch objektiv unterdeterminiert, das heißt, sie standen in der praktischen Kritik einfach (noch) nicht auf der Tagesordnung.

Eine Marxsche Theorie der Gebrauchswerte liegt nicht vor. Nicht einmal eine implizite. In seiner letzten ökonomischen Schrift schreibt er, daß „der Gebrauchswert – als Gebrauchswert der Ware selbst einen historisch-spezifischen Charakter"[16] besitzt. Über den Nationalökonomen Adolph Wagner meint er darin: „Nur ein vir obscurus, der kein Wort des ‚Kapitals' verstanden hat, kann schließen: Weil Marx in einer Note zur ersten Ausgabe des ‚Kapitals' allen deutschen Professoralkohl über ‚Gebrauchswert' im allgemeinen verwirft und Leser, die etwas über wirkliche Gebrauchswerte wissen wollen, auf ‚Anleitungen zur Warenkunde' verweist, – daher spielt der *Gebrauchswert* bei ihm keine Rolle. Er spielt natürlich nicht die Rolle seines Gegenteils, des ‚Wertes', der nichts mit ihm gemein hat, als daß ‚Wert' im Namen ‚Gebrauchswert' vorkommt."[17]

Fassen wir zusammen, versuchen wir eine Stringenz dieser nur hingeworfenen Gedanken zu rekonstruieren: Erstens wird klar ersichtlich, daß Gebrauchswert und Tauschwert nicht (wie bei Smith und Ricardo) als die zwei Bestimmungen des Werts gelten, sondern als die zwei Bestimmungen der am Markt realisierbaren Ware. Zweitens zeigt sich deutlich, daß Marx, wo er gezwungen war, seinen Standpunkt zu präzisieren, über die einfache Division hinausdachte, der Gebrauchswert nicht mehr als Daseinsbedingung der zweiten Natur auftritt, sondern ganz plötzlich eine „historisch-spezifische" Einordnung vorgenommen wird. Die inhaltliche oder dialektische Methode verlangte nach einer Differenzierung der Ware in ihre Aspekte, um überhaupt die Verwertung des Werts darstellen zu können, ebenso aber auch die Wiederverschmelzung der beiden in der konkreten Ware. Während erster Aufgabe breiter Raum gewidmet wurde, blieb letztgenannte in den Skizzen stecken.

Der Gebrauchswert ist ohne Wert nicht zu denken. Will eine umfassende Kritik der Ware geleistet werden, dann kann sie die stoffliche Dimensionierung des Gebrauchswerts nicht bloß auf den Tauschwert überwälzen, sondern muß die Ware in ihrer Totalität in Frage stellen. Der Tauschwert ist dem Gebrauchswert nicht äußerlich. In der Ware sind sie untrennbar eins, erst deren Analyse muß sie teilen, um eben die Ware inhaltlich zu durchdringen. Marx ausnahmsweise einmal ganz deutlich in diesem Sinne: „Wir haben vorher gesehen, daß nicht gesagt werden kann, daß sich der Tauschwert in der einfachen Zirkulation realisiert. Es geschieht dies aber deswegen, weil ihm der Gebrauchswert nicht als solcher gegenübertritt, als ein durch ihn selbst als Gebrauchswert bestimmter; während umgekehrt der Gebrauchswert als solcher nicht im Verhältnis steht zum Tauschwert, sondern nur dadurch bestimmter Tauschwert wird, daß die Gemeinsamkeit der Gebrauchswerte – Arbeitszeit zu sein – als äußrer Maßstab an sie angelegt wird. Ihre Einheit fällt noch unmittelbar auseinander und ihr Unterschied noch unmittelbar in eins. Daß der Gebrauchswert als solcher wird durch den Tauschwert und daß der Tauschwert sich selbst vermittelt durch den Gebrauchswert, muß nun gesetzt sein."[18]

Die Gemeinsamkeit der Gebrauchswerte liegt im Tauschwert. An sich gibt es weder den einen noch den anderen. Um ein Produkt in-Wert-zu-setzen muß es Gebrauchswert haben (oder zumindest unterstellen). Denn: Gebrauchswerte werden getauscht, nicht Tauschwerte. Damit sich jene durch diese verwirklichen, müssen sie nicht

nur konsumiert, sondern auch zirkuliert werden, das heißt dem Kauf und Verkauf zugänglich sein.

Wenn die Produktion hingegen konkrete allgemeine Tätigkeit darstellte (eben nicht abstrakte allgemeine Arbeit für den Markt), dann hätte sie weder Tauschwert noch Gebrauchswert. Sie wäre einfach für uns da, gestaltete sich in fetischfreier Form – so die unvorstellbare Normalität. Mit der Überwindung des Werts fällt auch der Gebrauchswert. Sozialismus ist also nicht das Reich der Gebrauchswerte, sondern das Reich vergesellschafteter Produktion, Distribution und Konsumtion. Mehl steht als Mehl im Gebrauch, nicht mehr als Gebrauchswert.

Vielleicht wäre hier auch nützlich, die alten Synonyme *Gebrauchswert* und *Gut* zu scheiden, als *Gut* nur noch gelten zu lassen, was konkret *gut tut* und verallgemeinerungsfähige Potenz aufweist. *Gut* könnte verstanden werden als spezifische Einheit von Qualität und Quantität im entsprechenden Maß. Worin sich möglicherweise schon deren Aufhebung andeutet.

Krise und Praxis

Vor allem die ökologische Krise verdeutlicht auf empirischer Ebene die Trennung von Gebrauchswert und Gut: An Atomkraftwerken, Sondermüll und genmanipulierten Lebensmitteln ist die klassische Gleichsetzung auch sinnlich obsolet geworden. Vergessen wir nicht: Stofflich gefährlich an den Produkten ist der Gebrauchswert, nicht der Tauschwert, auch wenn jener unfraglich in dieser Produktionsweise diese Produkte dimensioniert. Schaffte die Arbeiterbewegung nicht die Verknüpfung der beiden, kam sie über eine Kritik des Mehrwerts nicht hinaus, so ist die Ökologiebewegung nie essentiell von einer Kritik der Produkte zu einer der Produktionsverhältnisse vorangeschrittten.

Die Wertkritik ist jene Kritik, die beide synthetisch in sich aufhebt, ohne ihre Beschränkungen zu teilen. Die Kritik des Kapitalismus, ja weiter die Kritik der Warenproduktion ist im Kern eine Kritik der Ware, somit eine Kritik, die Gebrauchswert und Tauschwert miteinschließt, ohne eine Seite zu verabsolutieren.

Im Gegensatz zu Marxens Behauptung – und auch da ist Scheit auf der richtigen Fährte – schmeckt man dem Weizen an, woher er kommt, verrät die Karotte die Aufzucht, riecht man das Schwein im Schweinsbraten etc. Die gesamte Biowelle und Bioproduktion, so obskur sie uns manchmal erscheint, so verlogen sie oft auftritt, verdeutlicht die *Krise des Gebrauchswerts*, die Tendenz, daß die Menschen die Produkte nicht einfach hinnehmen wollen, wie Fabriken und Agro-Industrien sie ausspeien. Was industriell logisch und billig ist, ist den Menschen nicht immer recht. Was ein konstruktiver Widerspruch ist.

Natürlich zwängt sich das neue Bedürfnis, wie jedes andere, in die Gesetze von Markt und Geld, kommt von ihnen nicht los. Aber es steht mehr an, als dieses Bedürfnis und seine Umsetzung als bloß neue Verwertungsmöglichkeit zu diskreditieren. Die Grenzen werden sich dann zeigen, wenn diese qualitativen Produkte zwar hergestellt, aber immer weniger bezahlt werden können, da das Kaufpublikum regional und sektoral auch in den reichen Staaten des Nordens kleiner wird.

Die Formen der praktischen Auseinandersetzung müssen sich daher verschieben. Der Gordische Knoten des Werts wird dann (zumindest im Kopf) gelöst, wenn die Menschen nicht mehr für mehr Geld und mehr Arbeit eintreten, sondern für mehr materielle und ideelle Möglichkeiten, kurzum für mehr Leben demonstrieren, wenn der *kapitalistische Überlebenskampf* sich wirklich in einen *kommunistischen Lebenskampf* transzendiert. Wenn sie nicht mehr für den Fetisch mobilisieren, sondern gegen ihn, dann ist der Limes des bürgerlichen Denkens überwunden. Die vom englischen Schatzkanzler und späteren Premier William Gladstone in seiner Budgetrede 1864 aufgestellte, und heute noch immer gültige Behauptung: „Das menschliche Leben ist in neun Fällen von zehn ein bloßer Kampf um die Existenz“[19], muß endlich und endgültig der Vergangenheit angehören. ■

Dr. Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Zum Beispiel Gerhard Scheit, Dramaturgie der Geschlechter. Über die gemeinsame Geschichte von Drama und Oper, Frankfurt am Main 1995; Walter Pass/Gerhard Scheit/Wilhelm Svoboda, Orpheus im Exil. Die Vertreibung der österreichischen Musik von 1938 bis 1945, Wien 1995; Gerhard Scheit, Hanswurst und der Staat. Eine kleine Geschichte der Komik: Von Mozart bis Thomas Bernhard, Wien 1995.

2 Gerhard Scheit, Notbremse (I). Zur Aktualität einer Metapher Walter Benjamins. Von Benjamin zu Marx, »FORVM«, Nr. 452-454, 2. Juli 1991; Notbremse (II). Die Vertreibung aus dem Paradies der Produktivkräfte. Von Karl Marx zu Günther Anders, »FORVM«, Nummer 458/459, 18. März 1992; Notbremse (III). Theorie der Gebrauchswerte, »Sinn und Form«, 45. Jg. (1993), Nr. 2.

3 Gerhard Scheit, Fortschritt und Notbremse, »Weg und Ziel«, Nr. 5/1996, S. 6.

4 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 529.

5 Ebenda, S. 7.

6 Gerhard Scheit, Fortschritt und Notbremse, S. 6.

7 Vgl. dazu Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien 1996, S. 37-54.

8 Gerhard Scheit, Notbremse (III)., S. 333.

9 Gerhard Scheit, Fortschritt und Notbremse, S. 7.

10 Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band (1894), MEW, Bd. 25, S. 260.

11 Gerhard Scheit, Der Fetisch des Gebrauchswerts. Eine Anmerkung zu einem vergessenen Begriff, »Streifzüge« 2/1996, S. 5. Apropos Unschuld: Auch wenn die Produktivkräfte ihre *Unschuld* verlieren, haben sie damit nicht – wie vorherrschend in der Ökologiebewegung vertreten – *Schuld* gewonnen. Schuld und Unschuld sind religiöse Assoziationen, die später in die bürgerliche Rechtsbegrifflichkeit Eingang gefunden haben. In unserer Debatte wären sie aber irreführend.

12 Ebenda, S. 6.

13 Franz Schandl, Der Wert. Smith, Ricardo, Marx. Überarbeitetes Referat im Kritischen Kreis, »Streifzüge« 2/1996, S. 2.

14 Vgl. dazu etwa: Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 50, 57, 75-76.

15 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 767.

16 Karl Marx, [Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie] (1879/1880), MEW, Bd. 19, S. 370.

17 Ebenda, S. 369.

18 Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 195-196.

19 Gladstone, zit. nach: Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 681.

Franz Schandl in luftigen Höhen

Eine Retourkutsche

Zu: „Haider ante Portas, die Linke im Keller", »Weg und Ziel« 5/1996

Schrullig finde ich die Aufzählung der angeblich letzten (Haider-)Resistenten in der Republik Österreich: Von den Künstlern, Studenten, Intellektuellen über die Beamten zum Großbürgertum(?!). (Die Weglassung der weiblichen Formen gehört – wie wir aus anderen Publikationen wissen – zum Markenzeichen.)

Was fehlt, ist eine Analyse dessen, wie die Politik und strategischen Optionen der FPÖ mit welchen in Österreich und der BRD repräsentierten Kapitalstrategien in Einklang stehen und verflochten sind. Ohne eine solche Analyse bleibt aber die Frage, ob die FPÖ eine bürgerliche Partei ist und bleiben wird oder ob etwas an der ‚Arbeiterpartei' dran ist, oberflächliche Wortspielerei.

Arrogant und ärgerlich ist die Kommentatorenrolle, die sich Franz Schandl nimmt und wie er an Linke, die von anderen Positionen ausgehend, heute an verschiedenen Projekten – zum Beispiel am Versuch von Bündnis-Kandidaturen bei allgemeinen Wahlen – arbeiten, Noten verteilt. Herablassendes Benoten von Anstrengungen Anderer trägt weder innerhalb der KPÖ noch in der Linken zur Weiterentwicklung von Positionen, oder dazu bei, mit der „Selbstbeschädigung aufzuhören".

Im Unklaren bleibt, warum Wahlergebnisse – im Text die von KPÖ und „Bewegung Rotes Wien" – „verheerend" sein sollen, wenn ohnehin „der Kapitalismus die letzten Spielräume politischen Handelns vernichtet", „Politik a priori kapitalkonform" und „Demokratie heute ein bürgerlicher Leitwert ist", von dem „die Linke Abschied nehmen muß". Ja, mir ist sogar unklar, welchen Sinn – von dieser Position aus – die Beschäftigung mit Wahlen und Wahlergebnissen überhaupt macht.

Richtig finde ich, daß ein Grundproblem der KPÖ ist, daß sie – auch unter Linken – kaum „Respekt und Akzeptanz" genießt. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, wie ernst sich die Partei selbst nimmt, wie ihre Mitglieder und FunktionärInnen sich präsentieren und positionieren. Aber – zumindest was den Respekt anlangt – dachte ich, daß er auch dadurch zu erwerben ist, daß KommunistInnen gleichberechtigt mit anderen Linken umgehen, Infrastrukturen und Publikationen für andere Linke öffnen und eigene Einschätzungen und Positionen zur Diskussion stellen, statt eine (angeblich) führende Rolle zu beanspruchen. Aber vielleicht ist auch das ein Rest von „linken Illussionen", die dringend entlarvt und überwunden werden müssen.

P.S. Nicht alle Zitate (sie stehen unter Anführungszeichen), sind aus dem Artikel, auf den ich mich beziehe. Aber es sind Original-Zitate Franz Schandls.

Claudia Krieglsteiner

Der unsichtbare Gott

Anmerkung zu den Artikeln von Andreas Rasp und Helmut Rizy in »Weg und Ziel« 5/1996

Oft ist das Interessanteste an einem Text das, wovon er schweigt. So sind die Bemerkungen von Andreas Rasp zum ‚Menschen' und zu verwandten Spukgestalten ein gutes Beispiel für die heimliche Anwesenheit des Staates in einem Text – im Gegensatz zu Hegel, der den Staat geradezu wie ein Exhibitionist zur Schau stellt und den Rasp nicht mag. Der Autor hingegen setzt der Spukgestalt des Allgemeinmenschlichen das real existierende Allgemeinösterreichische entgegen. Doch dieses bleibt wie von einem Feigenblatt verdeckt.

Polemisiert wird nämlich gegen die wichtige theoretische Arbeit von Franz Schandl, der offenkundig zu jenen gezählt wird, die den Arbeitern im Namen des Allgemeinmenschlichen „Borniertheit" vorwerfen und sie nicht „lieben" (S. 14). Ich weiß nicht, wie es um die Gefühle Schandls für die Proletarier steht. Ich denke aber, er versteht gut, daß sie ihre Interessen vertreten wollen. Nur vermeidet er nicht, die Begrenztheit dieser Vetretung hervorzuheben – und das mit Recht. Doch Rasp will von Grenzen nichts wissen – denn die österreichischen Grenzen sind die Grenzen seiner Welt.

Die große Masse der Arbeiter und der zersplitterten Individuen, „die dennoch kollektive Interessen haben", können – so Rasp – ihre Interessen „nur über eine vermittelnde Instanz, eben die Politik, ausdrücken und verfechten." (S. 14) Wer den Staat verinnerlicht hat, blendet automatisch aus, daß die politische Instanz „soziale Errungenschaften" (S. 14) immer nur in der Form von Ausgrenzung gewährt. Sich an sie zu wenden, schließt demnach notwendig eine Borniertheit ein: nämlich die Borniertheit, um den Reichtum innerhalb eines Staates zu streiten und die, die außerhalb sind, davon abzuhalten. Dieser Borniertheit sollte man sich zumindest bewußt sein, wenn man seine Interessen oder die der Arbeiter politisch oder gewerkschaftlich vertritt. Andernfalls ist man schon ein Bündnispartner des Nationalismus.

In anderer Weise bemerkenswert, wovon Helmut Rizys Text über Abrahams Kindeskinder schweigt. Hier wird das Verhältnis von Judentum und Islam vom 2. Jahrtausend v.u.Z bis zur unmittelbaren Gegenwart der israelisch-palästinensischen Konflikte dargestellt – und vom Christentum fast ganz, vom nationalsozialistischen Massenmord an den Juden ganz geschwiegen – als gehörten der christliche Antisemitismus und die nationalsozialistische Politik nicht zu den Bedingungen der heutigen Situation. Dem Autor scheint es wichtiger, darauf hinzuweisen, daß „die Hebräer" im 2. Jahrtausend v.u.Z. „im Zuge ihrer Eroberung die Urbevölkerung des Landes erbarmungslos ausrotteten"; ihr Gott Jahwe habe ihnen diesen „blutigen Eroberungszug" geboten (S. 29).

Es ist unklar, aus welchen Quellen hier geschöpft wird. Jedenfalls handelte es sich bei der ‚Landnahme' um einen kriegerischen Vorgang, der sich nahezu überall auf der Welt zwischen Nomaden und Seßhaften abspielte und teilweise noch immer abspielt; „erbarmunglos ausgerottet" – das heißt gewaltsam umgebracht wurden dabei viele – daran besteht kein Zweifel; es sollte indes nicht verschwiegen werden, daß es ebenso zu einer Vermischung der nomadischen Hebräer mit den ansässigen Kanaanäern kam.

Will der Autor mit seinen Ausblendungen eine Kontinuität des Judentums nahelegen, die vom 2. Jahrtausend bis zu jener Äußerung reicht, die vom Vater des Mosche Dayan zitiert wird (S. 33) – worin die Araber mit „Moskitos, Insekten und wilden Tieren" verglichen werden?

Gerhard Scheit

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Hinweis zu den Abo-Preisen

Sehr geschätzte Leserinnen und Leser!
Um den Zuwachs an Erlösen dem ständigen Zuwachs an Aufwendungen für die Produktion von »Weg und Ziel« anzupassen, haben wir uns dazu entschlossen, die Heft- und Abopreise einer moderaten Hebung zuzuführen (aktuelle Preise: siehe oben). Wir tun dies auch in der Erwägung, daß das derzeitige Maß an Eigenfinanzierung auch künftig zumindest nicht unterschritten werden sollte, um eine gedeihliche Entwicklung dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Wir hoffen auf Ihr Verständnis, wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und verweilen

mit recht freundlichen Grüßen
Ihre »Weg und Ziel«-Redaktion

Weg und Ziel

Preis je Heft: 40,- öS zuzüglich Porto

WUZ9201 . . . Weg und Ziel 1/92 . . . Amerika! Amerika!
WUZ9202 . . . Weg und Ziel 2/92 . . . Menschenbilder
WUZ9203 . . . Weg und Ziel 3/92 . . . Leo Kofler 85
WUZ9204 . . . Weg und Ziel 4/92 . . . Fortschritt
WUZ9205 . . . Weg und Ziel 5/92 . . . Das österreichische „Wesen"
WUZ9206 . . . Weg und Ziel 6/92 . . . Rückkehr des Politischen
WUZ9301 . . . Weg und Ziel 1/93 . . . Nation(alismus)
WUZ9302 . . . Weg und Ziel 2/93 . . . Ästhetik
WUZ9303 . . . Weg und Ziel 3/93 . . . Dritte Welt im Abseits
WUZ9305 . . . Weg und Ziel 5/93 . . . Menschenrechte
WUZ9306 . . . Weg und Ziel 6/93 . . . Der reale Kapitalismus
WUZ9401 . . . Weg und Ziel 1/94 . . . „Kalte Frauen"?
WUZ9402 . . . Weg und Ziel 2/94 . . . Europa der Regionen?
WUZ9403 . . . Weg und Ziel 3/94 . . . Alles Öko?
WUZ9404 . . . Weg und Ziel 4/94 . . . Medienwirklichkeit
WUZ9405 . . . Weg und Ziel 5/94 . . . Individualisierung
WUZ9501 . . . Weg und Ziel 1/95 . . . Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502 . . . Weg und Ziel 2/95 . . . Das politische System
WUZ9503 . . . Weg und Ziel 3/95 . . . Mega-Stadt-Raum
WUZ9504 . . . Weg und Ziel 4/95 . . . Inszenierte Literatur
WUZ9505 . . . Weg und Ziel 5/95 . . . Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601 . . . Weg und Ziel 1/96 . . . Armut im Überfluß
WUZ9603 . . . Weg und Ziel 3/96 . . . Welt-Meisterschaft
WUZ9604 . . . Weg und Ziel 4/96 . . . Oh, du teure Bildung
WUZ9605 . . . Weg und Ziel 5/96 . . . Kirche/Religion
WUZ9701 . . . Weg und Ziel 1/97 . . . Auto/Industrie/Global

PÄZ – Pädagogische Zeitschrift für demokratische Lehrerinnen und Lehrer

Wir bieten Restexemplare der nachfolgend angeführten Ausgaben an. Die »PÄZ« hat Ende 1995 ihr Erscheinen eingestellt – wir bitten daher, von Abo-Bestellungen Abstand zu nehmen.
Preis je Heft: 20,- öS zuzüglich Porto

PÄZ9203 . . . . PÄZ Nr. 3-4/92 . . . . . Das Ende der Bildungsutopien?
PÄZ9303 . . . . PÄZ Nr. 3/93 . . . . . Weniger Staat mehr privat
PÄZ9304 . . . . PÄZ Nr. 4/93 . . . . . Gewalt in der Schule
PÄZ9401 . . . . PÄZ Nr. 1/94 . . . . . Gesamtschulen
PÄZ9402 . . . . PÄZ Nr. 2/94 . . . . . Schul-Zeit ...
PÄZ9404 . . . . PÄZ Nr. 4/94 . . . . . Unsere Jugend ...
PÄZ9502 . . . . PÄZ Nr. 2/95 . . . . . Teure Bildung bewegt
PÄZ9503 . . . . PÄZ Nr. 3/95 . . . . . Bildungspolitik lechts und rinks
PÄZ9504 . . . . PÄZ Nr. 4/95 . . . . . Keine Wahl bei der Wahl?

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal ein-

Weg und Ziel – Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

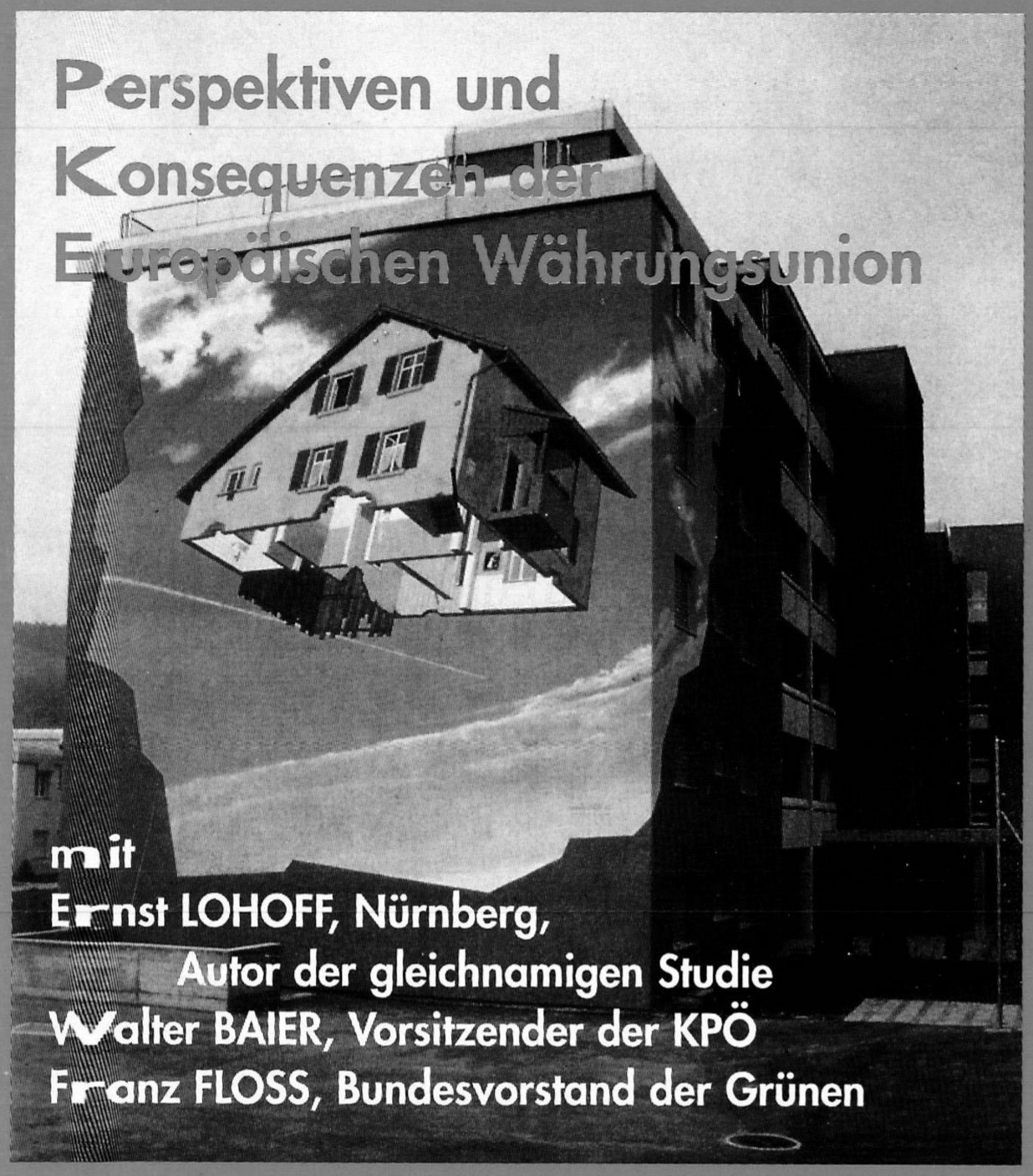
Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift

»Weg und Ziel«-LeserInnen-Forum



Mittwoch, 16. April 1997, um 19 Uhr

Amerlinghaus (im Veranstaltungsraum),
Stiftgasse 8, 1070 Wien

VHS-KURSE MIT FRANZ SCHANDL

Tja, und wer nicht genug von uns bekommen kann, dem und der bieten sich noch zwei VHS-Kurse in Meidling an.
In beiden werden Themen behandelt, die auch im »Weg und Ziel« schon zur Debatte gestellt wurden, und zwar:

1) KRITIK DER POLITIK
(Kurs 106, Montag, 18.00-19.00, 28.4.,
5., 12. und 26.5. 1997, S 240.- Kursbeitrag)

Viel wird von ihr verlangt, denn alles soll sie können und für alles ist sie verantwortlich und zuständig: die Politik. In der Veranstaltung geht es vorrangig nicht darum, verschiedene Politikansätze zu diskutieren, sondern die Politik an sich als Formprinzip der Moderne zu hinterfragen. Anhand diverser sich aufdrängender Phänomene (Quereinsteigertum, Ästhetisierung, mediale Inszenierung, Outfit, Talkshows,
Privilegien) sollen nicht bloß die Möglichkeiten aufgezeigt, sondern auch Grenzen und Verfall der Politik deutlich gemacht werden.

2) ÖKOLOGIE UND GESELLSCHAFT
(Kurs 107, Montag, 19.30-21.00,
5., 12. und 26.5., 2.6.1997, S 240.- Kursbeitrag)

Ökologie ist in aller Munde, und allerlei Lösungen werden angeboten. Anhand der gängigen Vorschläge und Konzepte (Ökosteuern, Verursacherprinzip, Umweltverträglichkeitsprüfung, Müll„entsorgung" etc.)
gilt es, deren gesellschaftlichen Stellenwert zu überprüfen. Ökologie soll nicht als Sach- oder gar Expertenfrage vorgetragen, sondern in ihrer gesellschaftskritischen Dimension deutlich gemacht werden. Ziel ist es, die Zusammenhänge von Ökologie und Gesellschaft nachvollziehbar zu gestalten.

Anmeldungen an die VHS-Meiding,

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

5.50

An die

Redaktion »Weg und Ziel«

Trattnerhof 2/14
1010 Wien